

Henning Rohrmann

Forschung, Lehre, Menschenformung.
Studien zur „Pädagogisierung“
der Universität Rostock
in der Ulbricht-Ära.

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte Band 25

Rostock 2013

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
www.dnb.de abrufbar.

Herausgeber: Der Rektor der Universität Rostock
Redaktion: Kersten Krüger
Druckvorlage: Henning Rohrmann
Einband: IT- und Medienzentrum der Universität Rostock

Herstellung und Verlag:
BoD – Books on Demand, Norderstedt
ISBN 978-3-7322-8554-9
Copyright 2013 by Universität Rostock

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Der Erziehungsauftrag der DDR-Universitäten am Beispiel der Geschichtslehrerbildung in Rostock bis 1970	9
1. Fragestellung und Forschungsstand	9
2. Erziehung	13
2.1. Erziehungsbegriff	13
2.1.1 Anpassung und Ergänzung des Erziehungsbegriffs	14
2.2. Erziehung in der DDR	15
2.2.1. Das Erziehungsverständnis der SED und der DDR-Pädagogik	16
2.2.2. Begründungen für das Erziehungsverständnis	17
2.2.3. Folgen des Erziehungsverständnisses für die Untersuchung	19
2.3. Erziehungsorganisation	19
3. Der Erziehungsauftrag der Universitäten	22
3.1. Formulierung des Erziehungsauftrags	22
3.2. Die Umsetzung des Erziehungsauftrags in die universitären Organisationsstrukturen	24
3.2.1. Von der Wiedereröffnung der Universitäten bis zur Gründung der DDR	25
3.2.2. Die 2. Hochschulreform 1951/52	27
3.2.3. Die „sozialistische Umwälzung“ auf dem Gebiet der Hochschulen bis 1957/58	32
3.2.4. 3. Hochschulreform 1966–1969	37
4. Ziele, Inhalte, Methoden, Theorie und Organisation der Erziehung an den DDR-Universitäten	41
4.1. Erziehungsziele für die Universitäten	41
4.2. Erziehungsmittel	43
4.3. Erziehungstheorie	50
4.4. Erziehungsorganisation	55
5. Die Umsetzung des Erziehungsauftrags in der Geschichtslehrerbildung in Rostock	59
5.1. Das Historische Institut von 1946–1952	60
5.2. Das Historische Institut von der Wiedereröffnung bis zum von Tod Johannes Nichtweiss	61
5.2.1. Erziehung am Historischen Institut	63
5.2.2. Die sozialistische Erziehung der Studenten als Aufgabe des Fakultätsrats	64
5.3. Die Amtszeit Martin Polzins 1958–1961	69

5.3.1. Erziehung am Historischen Institut 1958–1961: „Prüfungen alten Stils“	71
5.3.2. Erziehung als Thema im Fakultätsrat	73
5.4. Vom Mauerbau am 13. August 1961 bis zum 2. Jugendkommuniqué der SED im Herbst 1963	73
5.4.1. Erziehung am Historischen Institut nach dem Mauerbau	74
5.4.2. Bemühungen der Fakultätsleitung	78
5.5. Die Auswirkungen des 2. Jugendkommunikés auf die Erziehungsorganisation und -arbeit in der Fakultät und im Historischen Institut	82
5.5.1. Erziehung im Historischen Institut 1963–1965	84
5.6. Vom 11. Plenum bis zur Sektionsgründung	87
5.6.1. Die Reaktionen auf das 11. Plenum im Fakultätsrat und die Wiederbelebung der Kommission für Lehre und Erziehung.	88
5.6.2. Die Erziehungskonzeption des Senats	92
5.6.3. Die Organisation der politisch-ideologischen Erziehung am Historischen Institut nach dem 11. Plenum des ZK der SED	94
5.6.4. Das Erziehungsprogramm des Historischen Instituts	97
5.7. Erziehung nach der Sektionsgründung 1968–197	99
5.7.1. Die Aufgaben des Stellvertreters für Ausbildung und Erziehung	100
5.7.2. Strukturelle und personelle Veränderungen nach der Sektionsgründung	101
5.7.3. Der Ausbildungsplan des Historischen Instituts	102
5.7.4. Erziehung in der Sektion Geschichte 1969–1970	104
6. Fazit	108

Entstehung und Entwicklung des Instituts für Hochschulpädagogik (1961–1969)	111
1. Gründe, sich mit der Hochschulpädagogik zu beschäftigen	111
2. Kurzer Abriss der Geschichte des Instituts	115
3. Ziele, Erfolge und Schwierigkeiten des Instituts für Hochschulpädagogik	121
3.1. Erfolge und zwischenzeitliche Frustration bei der Verankerung der Hochschulpädagogik in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses	122
3.2. Abschluss der Forschungsvorhaben und personelle Stagnation seit der Mitte der sechziger Jahre	125
3.3. Verdeckte Ziele in der „operativen Tätigkeit“	129
4. Bedingung der Institutionalisierung der DDR-Hochschulpädagogik	130
4.1. Die Institutionalisierung der Hochschulpädagogik im Kontext hochschulpolitischer Erfahrungen der fünfziger Jahre	130
4.2. Die Hochschulpädagogik im Kontext der Zukunftserwartungen der sechziger Jahre	136
4.3. Etappen der Institutionalisierung	142
4.4. Subjektive Faktoren“ der Rostocker Institutsgründung	146
5. Möglichkeiten für weitere Untersuchungen der Rostocker Hochschulpädagogik	155
Anhang	161
1. Abbildungen	161
1.1. Erziehungsmittel	161
1.2. Erziehungsmittel im akademischen Unterricht	162
1.3. Außerunterrichtliche Erziehung	163
1.4. Subjekte und Objekte der Erziehung	164
2. Literaturverzeichnis	165
2.1. Quellen	165
2.1.1. Ungedruckte Quellen	165
2.1.2. Gedruckte Quellen	167
2.2. Darstellungen	177
2.3. Internetquellen und -darstellungen	188

Vorwort

Auf der Suche nach einem möglichen Examensarbeitsthema entdeckte ich in den Akten des Universitätsarchivs Rostock ein „staatliches Erziehungsprogramm des Historischen Instituts“¹. In dem Dokument wurde festgehalten, wie sich das politische Bewusstsein der Studienanfänger in ihrem ersten Studienjahr entwickeln sollte, welche Maßnahmen dafür wann eingeleitet wurden, wer diese durchzuführen hatte und wie der Erfolg dieser Bemühungen schließlich überprüft werden sollte.

Die Auffindung dieses Dokuments wirkte in dreierlei Weise als Forschungsimpuls. Mein Interesse entzündete sich am totalitären Ansinnen, politische Überzeugungen mithilfe von Sozialtechnologie „herstellen“ zu wollen. Mein zweites Augenmerk lag darauf, dass Erziehung hier als planbares Unternehmen erscheint, das durch die Anwendung bestimmter Instrumente letztlich zu vorhersagbaren Ergebnissen führt. Drittens bemerkte ich, dass hier Studenten, also junge Erwachsene und nicht Kinder, zum Objekt der Erziehung wurden. Diese drei Aspekte waren die Ausgangspunkte der hier vorliegenden Untersuchungen zu den DDR-Universitäten.

Meine Examensarbeit widmete sich dementsprechend dem „Erziehungsauftrag der Universitäten“. An eine allgemeine Darstellung über die Verankerung des Erziehungsauftrags an den DDR-Universitäten, die neben Sekundärliteratur besonders die Beiträge der Zeitschrift „Das Hochschulwesen“ als Quelle heranzog, schloss sich eine Fallanalyse des „Historischen Instituts“ der Universität Rostock an. Wichtige Ergebnisse der Examensarbeit waren, dass die „politisch-ideologische Erziehung“ der Studenten spätestens seit dem Beginn der sechziger Jahre eine kaum überschätzbare Bedeutung für die Arbeit der universitären Selbstverwaltungsgremien besaß und dass der Stellenwert dieses Themas in den Archivalien keinen Gegenwert in der Historiographie zu den DDR-Universitäten findet.

Auf der Suche nach einem erklärenden Begriff für diese Entwicklung konnte ich auf die Vorarbeiten Heinz-Elmar Tenorths zurückgreifen der die „Pädagogisierung“ der Universitäten im sechsten Band der Berliner Universitätsgeschichte als Hauptrichtung der Universitätsreformen in der DDR bezeichnete.² Auf die Frage nach einer Definition des Begriffes „Pädagogisie-

¹UAR 2.01.2, 124: Zweiter Entwurf eines staatlichen Erziehungsprogrammes des Historischen Instituts der Universität Rostock für das 1. Studienjahr 1967.

² Tenorth, Heinz-Elmar: Selbstbehauptung einer Vision. Zur Einleitung. In: Tenorth, Heinz-Elmar; Vom Bruch, Rüdiger (Hrsg.): Geschichte der Universität unter den Linden. Bd. 6: Selbstbehauptung einer Vision. Berlin 2010. S. 16–18.

„Ordnung der Institutionen und Lebensläufe“ hinsichtlich der „Erziehungsambitionen der Hochschulpolitik/-pädagogik“ verstand. Um den allgemeinen Begriff Tenorths zur historischen Prozess- und Fallanalyse nutzen zu können, ist es notwendig, die Umwandlung der Universitäten auf verschiedenen Ebenen gesondert zu betrachten: Auf den Ebenen der veränderten gesellschaftlichen und politischen Umwelt der Universitäten in der DDR, der SED-Hochschulpolitik, der universitären Selbstverwaltung, des Berufsprofils der Hochschullehrer und ihres konkreten pädagogischen Handelns.

In der zweiten Studie dieses Bandes wird der Prozess der „Pädagogisierung“ aus einer anderen Perspektive betrachtet. Am Beispiel der Entstehung und Entwicklung des DDR-weit ersten „Instituts für Hochschulpädagogik“ an der Universität Rostock wird die Etablierung einer erziehungswissenschaftlichen Teildisziplin untersucht, die sich zum Ziel setzte, mithilfe von Forschung und Lehre auf die Ausbildung der Nachwuchswissenschaftler und die Organisationsentwicklung der Universitäten einzuwirken.

Der Erziehungsauftrag der DDR-Universitäten am Beispiel der Geschichtslehrausbildung in Rostock bis 1970

1. Fragestellung und Forschungsstand

In den letzten beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung Deutschlands sind auch die Universitäten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR immer wieder zum Gegenstand historischer Untersuchungen geworden. Während in den ersten Jahren nach der Wende die Auseinandersetzung mit der Rolle der Staatssicherheit³ und die Frage nach dem Wert und dem Weiterleben der in der DDR betriebenen wissenschaftlichen Arbeit dominierten⁴, wurde in den darauffolgenden Jahren verstärkt nach den institutionellen Bedingungen und politischen Verstrickungen der Forschung gefragt. Zugespitzt ging es darum, wie viel Freiheit und Autonomie die Forschenden besaßen.⁵

Während sich die meisten Untersuchungen zu den Hochschulen der DDR mit der Forschung und in geringerem Maße auch mit der Lehre auseinandersetzen⁶, bleibt die Erinnerung an den Erziehungsauftrag der Hochschulen gegen-

³ In Rostock sind dabei vor allem die Studien zu nennen, die der Verband ehemaliger Rostocker Studenten herausgegeben hat. Allen voran die Monographien von Karl Wockenfuß. Wockenfuß, Karl: Einblicke in Akten und Schicksale Rostocker Studenten und Professoren nach 1945. 2. Aufl. Rostock 2002; Wockenfuß, Karl: Streng vertraulich. Die Berichte über die politische Lage und Stimmung an der Universität Rostock 1955 bis 1989. 2. Aufl. Rostock 2002; Zur Zielsetzung des Vereins: Baudisch, Markus: VERS – Verband Ehemaliger Rostocker Studenten. Aufgaben und Ziele, 2003. <http://www.vers-online.org/aufgaben.html> (21.08.2011).

⁴ Für die Geschichtswissenschaft z.B.: Jarausch, Konrad H.: Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR. Berlin 1991.

⁵ Diese Debatte wurde am frühesten und am intensivsten in der Geschichtswissenschaft geführt. dazu unter anderem: Eckert, Rainer; Kowalczyk, Ilko-Sascha; Stark, Isolde (Hrsg.): Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes. Berlin 1994.

⁶ Zum Forschungsstand: Burrichter, Clemens; Malycha, Andreas: Wissenschaft in der DDR. In: Eppelmann, Rainer (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag. Paderborn 2003. S. 300–307; Malycha, Andreas (Hrsg.): Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961. Leipzig 2003; eine Bibliographie mit mehreren tausend Beiträgen hat Peer Pasternack zusammengestellt: Pasternack, Peer: Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945–1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990–1998. Weinheim 1999.

wärtig vor allem auf die Berichte der Zeitgenossen beschränkt.⁷ Im Selbstverständnis der DDR-Universitäten spielte dieser Aspekt jedoch eine nicht zu unterschätzende Rolle. Der Greifswalder Rektor Otto Rühle erhob 1966 in seiner Schrift zur „Idee und Gestalt der deutschen Universität“ die „sozialistische Menschenformung“ zur dritten, das traditionelle Dual von Forschung und Lehre erweiternden, Aufgabe der Universität⁸. Die „Ideologisierung“ und „Pädagogisierung“⁹ der traditionellen Universität führte zu einer veränderten Rolle der Hochschullehrerschaft. Das seit der Mitte der 1960er entstehende umfangreiche Berichtswesen an den Universitäten beweist, dass erhebliche Anstrengungen unternommen wurden, um die geforderte politisch-ideologische, weltanschauliche, moralische oder wie auch immer betitelte Erziehung an der Universität institutionell und in den Aufgabenprofilen der Hochschullehrer zu verankern.¹⁰

Das Erziehungsverhältnis von Studierenden und Hochschullehrern ist bis heute kaum zum Gegenstand historischer Analysen geworden.¹¹ In den letzten

⁷ An den verschiedenen Universitäten der ehemaligen Universitäten werden in den letzten Jahren Zeitzeugenberichte gesammelt. für Rostock: Krüger, Kersten (Hrsg.): Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. 3 Bände. Rostock 2007–2010. Für die Humboldt Universität Berlin: Girmus, Wolfgang (Hrsg.): Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen, Einblicke, Analysen. Leipzig 2010. Für die Friedrich Schiller Universität Jena: Steinbach, Matthias: "Lob des Dialogs". In: Steinbach, Matthias; Ploenus, Michael (Hrsg.): Universitätserfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch. Jena 2005. S. 7–18.

⁸ Rühle, Otto (Hrsg.): Idee und Gestalt der deutschen Universität. Tradition und Aufgabe. Berlin 1966. Zit nach Tenorth, Heinz-Elmar: Selbstbehauptung einer Vision. Zur Einleitung. In: Tenorth, Heinz-Elmar; Vom Bruch, Rüdiger (Hrsg.): Geschichte der Universität unter den Linden. Bd. 6: Selbstbehauptung einer Vision. Berlin 2010. S. 17.

⁹ Tenorth 2010. S. 18.

¹⁰ Ebenda. S. 18.

¹¹ Zu nennen sind lediglich die Arbeiten der Oldenburger Erziehungswissenschaftler Friedrich W. Busch, Peter-Straube und Beate Rüter, die sich allerdings nur auf den Zeitraum bis zur 2. Hochschulreform beschränken: Busch, Friedrich W; Rüter, Beate; Straube, Peter-Paul (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft. Oldenburg 1992. Einen kenntnisreichen Einblick in die Erziehungsarbeit der Universitäten gibt Egon Becker am Beispiel der TH Magdeburg, jedoch ohne dabei von einem Begriff der Erziehung auszugehen, eher interessiert daran eine Gesamtcharakterisierung der DDR-Zeit abzugeben als Entwicklungen oder Veränderungen aufzuzeigen. Becker, Egon: Die Einflußnahme der SED auf die Entwicklung der Technischen Hochschule Magdeburg. Magdeburg 2000–2002. Auch Ralph Jessen untersucht in seiner mittlerweile zum Standardwerk aufgestiegenen Studien zur „Akademischen Elite und kommunistische[] Diktatur“ die Implementierung des Erziehungsauftrags an den Universitäten der DDR, beschränkt sich dabei jedoch auf das Berufsbild des Hochschullehrers. Jessen, Ralph:

Jahren ist eine Reihe von Zeitzeugenbänden erschienen, in denen ehemalige Hochschulangehörige ihre Erinnerungen an den universitären Alltag in der DDR darlegen. Matthias Steinbach unterstreicht in seiner Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Jenaer Zeitzeugenband die Wichtigkeit dieser Quellengattung als Ergänzung und Korrektiv zum ausufernden, offiziellen Schrifttum der Universitäten. Steinbach wiederholt Lutz Niethammers Zweifel, ob die „die schriftlichen Hinterlassenschaften einer ‚wirklichkeitsfremden Bürokratie‘ dazu angetan sind, ohne Umstände eine ‚intelligible Sicht der historischen Wirklichkeit‘ nachzuzeichnen.“¹²

Entgegen Steinbachs und Niethammers Zweifeln an der Aussagefähigkeit des aus der DDR-Zeit überlieferten offiziellen Schrifttums werden Erziehungspläne und -berichte, Protokolle und Informationsberichte die Quellenbasis dieser Arbeit darstellen. Diese Arbeit geht der Frage nach, wie die ideologisch bestimmten und politisch verankerten Erziehungsziele der „sozialistischen Universität“ institutionell und in konkreter erzieherischer Praxis verwirklicht werden sollten.

Dazu soll zunächst die rechtliche und strukturelle Umsetzung des Erziehungsauftrags der Universitäten untersucht werden. Als zweiten Schritt sollen dann die Ziele, Inhalte, Methoden und die hinter diesen Maßnahmen liegende Theorie erläutert werden. Als Drittes soll die Umsetzung des Erziehungsauftrages in organisatorisches im Rahmen einer Studie untersucht werden. Als Untersuchungsgegenstand habe ich dafür die Geschichtslehrausbildung an der Universität Rostock zwischen 1950 und 1970 ausgewählt.

Die Lehrerbildung und das Studienfach Geschichte eignen sich besonders gut, um den Aspekt der Erziehung im Studium zu untersuchen. Das hat einerseits mit den hohen Ansprüchen zu tun, die seitens der SED an den schulischen Geschichtsunterricht und die angehenden Lehrer gestellt wurden. Dem Geschichtsunterricht kam in den Intentionen der SED-Bildungspolitik eine Schlüsselrolle bei der Erziehung sozialistischer Menschen zu.¹³ Der Geschichtsmethodiker Bernhard Stohr bestimmte die Entwicklung eines „sozialis-

Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen 1999.

¹² Steinbach 2005. S. 9.

¹³ Schmid, Hans-Dieter: Geschichtsunterricht in der DDR. Eine Einführung. Stuttgart 1979. S. 7, 12–13. Als bildungspolitisches Dokument zum Beispiel: Zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts und zur Verbesserung der Parteiarbeit an den allgemeinbildenden Schulen vom. Beschluss des Politbüros vom 26 November 1957. In: Baske, Siegfried; Engelbert, Martha (Hrsg.): Dokumente zur Bildungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone. Heidelberg 1966. S. 90.

tischen Geschichtsbewußtseins“ als wichtigstes Ziel der schulischen Auseinandersetzung mit Geschichte.¹⁴ Neben historischen Zusammenhängen und Faktenwissen sollte der Geschichtsunterricht auch kommunistische Überzeugungen vermitteln. Nicht zuletzt sollten die Heranwachsenden durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte von der führenden Rolle der Partei in der Gegenwart überzeugt und zu loyalen Staatsuntertanen erzogen werden.¹⁵

Dementsprechend waren auch die Aufgaben des Lehrers nicht auf Wissens- und Fähigkeitsvermittlung beschränkt, sondern beinhalteten auch die Vermittlung eines durch die Partei vorgegebenen Wertekanons. Die Geschichtslehrerausbildung diente deswegen nicht nur der fachlichen und methodischen Qualifizierung der angehenden Lehrer, stattdessen sollte sie die Studenten auch in den Grundlagen der marxistisch-leninistischen Staatsideologie unterweisen und die kommunistische Weltanschauung der nächsten Lehrergeneration sichern. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die Erziehung der Lehramtsstudenten aus der Sicht der staatlichen Ideologen einen ausgesprochenen Stellenwert besitzen musste.¹⁶

¹⁴ Stohr, Bernhard: Methodik des Geschichtsunterrichts. Probleme der methodischen Gestaltung des Geschichtsunterrichts in der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. Berlin 1962. S. 13.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Handro, Saskia: Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR (1945 - 1961) Weinheim [u.a.] 2002. S. 31–34.

2. Erziehung

2.1. Erziehungsbegriff

In diesem Abschnitt soll ein Erziehungsbegriff ausgearbeitet werden, welcher der gesamten folgenden Untersuchung zugrunde liegt. Die Notwendigkeit dafür ist dadurch gegeben, dass das Wort keine wissenschaftliche Kunstschöpfung ist, sondern der Alltagssprache entstammt.

An dieser Stelle möchte ich nun einen Erziehungsbegriff einführen, der über eine gewisse Eindeutigkeit verfügt und vermag, den Untersuchungsgegenstand ein- und abzugrenzen. Dafür soll er deskriptiv und wertfrei sein. Notwendig ist ein solcher Begriff auch, um eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber dem Gebrauch des Begriffes Erziehung in den Quellen zu gewinnen.¹⁷

Die Definition, auf der diese Arbeit im Folgenden aufbaut, stammt vom Erziehungswissenschaftler Wolfgang Brezinka¹⁸, der den Begriff folgendermaßen bestimmt hat:

Unter Erziehung werden soziale Handlungen verstanden, durch die Menschen versuchen, das Gefüge psychischer Dispositionen anderer Menschen in irgendeiner Hinsicht dauerhaft zu verbessern oder seine als wertvoll beurteilten Komponenten zu erhalten.¹⁹

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus diesem Erziehungsbegriff ziehen? Gudjons benennt vier Bestimmungsmerkmale, die sich aus der Begriffsbestimmung ergeben:

1. Erziehende sind Menschen (keine Sachen, Landschaften oder Gegebenheiten).

¹⁷ Ansonsten besteht die Gefahr, dass der Untersuchungsgegenstand letztendlich durch die Sprachregelungen und theoretischen Hintergründe der Quellen vorgegeben ist. als Beispiel dafür: Kausch, Jana: "Eine Gesellschaft, die ihre Jugend verliert, ist verloren". Das hochschulpolitische Konzept der SED am Beispiel der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt und die daraus resultierende Verantwortung der FDJ zwischen 1953 und 1989/90. Chemnitz 2009. Im besten Falle ist durch so ein Vorgehen eine systemimmanente Analyse und Kritik möglich. dafür als Beispiele: Deja-Löhlhöffel, Brigitte: Erziehung nach Plan. Schule u. Ausbildung in d. DDR. Berlin 1988; Niermann, Johannes: Wörterbuch der DDR-Pädagogik. Heidelberg 1974.

¹⁸ Zur persönlichen und akademischen Biografie sowie zur wissenschaftstheoretischen Grundlagen Engelbrecht, Helmut: Zum 75. Geburtstag des Erziehungswissenschaftlers Wolfgang Brezinkas. URL: <http://vcl-oe.at/bdztg/032/brezinka.pdf> (03.08.2011).

¹⁹ Brezinka, Wolfgang zit. nach: Gudjons, Herbert: Pädagogisches Grundwissen. 10. Aufl. Bad Heilbrunn 2008. S. 187.

2. Sie [die Erzieher] versuchen, das bedeutet: Erzieherische Handlungen können eben auch misslingen, denn die Leistung des Lernens (=Veränderung der psychischen Dispositionen) kann der Lernende nur selbst vollbringen, erzieherische Handlungen können daran nur einen Anteil haben.

3. Soziale Handlungen setzen ein zielgerichtetes, zweckbestimmtes Verhalten voraus, dessen man sich subjektiv bewusst ist, wobei sozial meint, dass diese Handlungen auf andere bezogen sind.

4. Mit psychischer Disposition sind nicht flüchtiges Erleben und Verhalten gemeint, sondern relativ dauerhafte Bereitschaften zum Erleben und Verhalten (das können Kenntnisse, Haltungen, Einstellungen, Interessen etc. sein).²⁰

Die Definition hat den Vorteil, dass sie Erziehung klar gegenüber den anderen erziehungswissenschaftlichen Leitbegriffen Bildung (als selbstständige Aneignung von Wissen, Fertigkeiten und Haltungen)²¹ und der Sozialisation (als nicht-intentionale „Sozialwerdung“ des Individuums)²² abgrenzt.

2.1.1 Anpassung und Ergänzung des Erziehungsbegriffs

Im Folgenden sollen in erster Linie diejenigen Erziehungsakte betrachtet werden, die in persönlichen Interaktionen verlaufen. Daneben bezieht die Untersuchung die bewusste Gestaltung konkreter Lernarrangements mit ein, die der Veränderung von Persönlichkeitseigenschaften dienen sollen. Auf die Lehrerbildung an den Universitäten bezogen gehören Schul- und Fachpraktika zu diesem Bereich. In diesem Falle „indirekter Erziehung“ müssen die Erziehenden nicht persönlich anwesend sein.²³

Ausschlaggebend dafür, welches soziale Handeln hier mithilfe des Begriffs der „Erziehung“ untersucht wird, soll der „Anwendungsbereich“ der vom Objekt des Erziehungsprozesses zu erwerbenden Eigenschaften, Einstellungen und Kenntnisse sein. Hier werden solche Verhaltens-, Bewertungsdispositionen und Kognitionen als Erziehungsziele betrachtet, die den Individuen ein

²⁰ Gudjons 2008. S. 188.

²¹ Keck, Rudolf: Bildung. In: Keck, Rudolf (u.a) (Hrsg.): Wörterbuch Schulpädagogik. Bad Heilbrunn 2004. S. 71–73. Vgl. dort auch die umfangreiche philosophische und pädagogische Tradition des Begriffes „Bildung“.

²² Fend, Helmut zit. nach Keck, Rudolf: Erziehung. In: Keck, Rudolf (u.a) (Hrsg.): Wörterbuch Schulpädagogik. Bad Heilbrunn 2004. S. 123.

²³ Wiater, Werner: Bildung und Erziehung als Aufgabe der Schule. In: Apel, Hans-Jürgen; Sacher, Werner (Hrsg.): Studienbuch Schulpädagogik. Bad Heilbrunn 2009. S. 324.

Zusammenleben mit anderen Menschen ermöglichen: Die Kenntnis, Internalisierung und Auseinandersetzung mit sozialen Normen und die Entwicklung von Fähigkeiten und Wissensbeständen, die eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Zusammenfassend soll der abgewandelte, hier verwendete Begriff der Erziehung lauten: Als Erziehung soll hier soziales Handeln in persönlichen Interaktionen aufgefasst werden, das diejenigen psychischen Dispositionen erhalten oder verbessern möchte, die die Eingliederung und Teilhabe des Zu-Erziehenden in seine soziale Umwelt ermöglichen.

2.2. Erziehung in der DDR

Nach dem Ende der DDR keimte in den Geisteswissenschaften von Neuem die Frage auf, wie das untergegangene politische System und seine Gesellschaft einzuschätzen und begrifflich einzuordnen seien.²⁴ In den Erziehungswissenschaften wurde als Erklärungsansatz auf den Begriff des „Erziehungsstaates“ zurückgegriffen.²⁵ Einerseits hätte der Staat besonders stark in die Praxis der Erziehungsinstitutionen eingegriffen, genaue Erziehungsziele für verbindlich erklärt, an den Schulen Bildungsinhalte, Umfang und Art ihrer Behandlung durch Lehrpläne unumstößlich festgelegt²⁶ und bestimmte Lehrformen per Parteibeschluss festgeschrieben oder verboten.²⁷ Andererseits ist für die Bezeichnung der DDR als „Erziehungsstaat“ die Motivation bedeutsam, welche die Machthabenden zu dieser Regulierungswut antrieb. Danach sei die DDR ein Erziehungsstaat gewesen, weil sie hoffte, durch die bewusste Erziehung ihrer Staatsbürger ihre Legitimität erhöhen und als Konsequenz daraus ihre Stabilität erhalten zu können.²⁸

²⁴ Zu der umfangreichen und erhellenden Diskussion zusammenfassend: Ihme-Tuchel, Beate: Die DDR. Darmstadt 2002. S. 89–105.

²⁵ Eine Hinterfragung des systemerklärenden Potentials des Begriffs findet sich bei Geißler, Gert; Wiegmann, Ulrich: "Das Sein verstimmt das Bewußtsein". Zur gesellschaftspolitischen Funktionalisierung der Erziehung. In: Benner, Dietrich; Schriewer, Jürgen; Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Erziehungsstaaten. Historisch-vergleichende Analysen ihrer Denktraditionen und nationaler Gestalten. Weinheim 1998. S. 226–229.

²⁶ Dazu ausführlich: Kudella, Sonja; Paetz, Andreas; Tenorth, Heinz-Elmar: Die Politisierung des Schulalltags. In: Blask, Falk; Kudella, Sonja (Hrsg.): In Linie angetreten. Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln. Geschichte, Struktur und Funktionsweise. der DDR-Volksbildung. Bd. 2. Berlin 1996. S. 70–73.

²⁷ Kirchhöfer, Dieter: DDR, Pädagogik und Bildungspolitik. In: Krüger, Heinz-Hermann (Hrsg.): Wörterbuch Erziehungswissenschaft. Opladen [u.a.] 2006. S. 96.

²⁸ Dengel, Sabine: Untertan, Volksgenosse, Sozialistische Persönlichkeit. Politische Erziehung im Deutschen Kaiserreich, im NS-Staat und der DDR. Frankfurt am Main 2005. S. 36.

2.2.1. Das Erziehungsverständnis der SED und der DDR-Pädagogik

Ein Diskussion darüber, welche Erziehungsziele anzustreben seien, welche Mittel in der Erziehung erlaubt oder verboten sein sollten, gab es weder in der DDR-Öffentlichkeit noch in der Erziehungswissenschaft. Grundlegend für die Beurteilung der DDR-Erziehungswissenschaft ist ihr Selbstverständnis als „Staats-“ oder viel mehr als „Staatsparteienpädagogik“.²⁹ Eine kritische Reflexion der Praxis fand dabei lediglich unter dem Erkenntnisinteresse statt, wie die parteipolitischen Vorgaben wirksamer umzusetzen seien. Die zu vermittelnden Einstellungen, Überzeugungen und ideologisch wichtigen Wissensbestände wurden zumindest innerhalb der Erziehungswissenschaft nicht zum Gegenstand der kritischen Diskussion.³⁰

Daher sind es auch die parteipolitischen Dokumente, die besonders aussagekräftig für das – im wahrsten Sinne des Wortes – herrschende Erziehungsverständnis sind und die den gesellschaftlichen Institutionen generelle Aufträge und konkrete Aufgaben zuweisen.

Das Erziehungsverständnis der SED-Parteiführung lässt sich folgendermaßen charakterisieren: Zunächst war das politische Ansinnen, die Eigenschaften, Einstellungen und Überzeugungen von bestimmten Menschengruppen zu prägen, keineswegs auf Heranwachsende beschränkt.³¹ Stattdessen wurde der Mensch als lebenslang erziehungsfähig und im besonderen Maße auch als erziehungsbedürftig angesehen.³² Weder im politisch-ideologischen, noch im ihn konkretisierenden pädagogischen Diskurs wurde dabei ein der „Mündigkeit“ vergleichbarer, auf reflexive Distanz zielender idealer Endzustand der Persön-

²⁹ Geißler, Wiegmann 1998. S. 244.

³⁰ Ebenda. Ansätze zu einer kritischen, fachwissenschaftlichen Debatte gab es, jedoch größtenteils vor der Gründung der DDR und der Durchsetzung des Meinungsmonopols der SED nach dem IV. Pädagogischen Kongress 1949. Vgl. dazu den Band Benner, Dietrich; Sladek, Horst: Vergessene Theoriekontroversen in der Pädagogik der SBZ und DDR 1946-1961. Weinheim 1998. Für die genauen Stationen der Durchsetzung des Meinungsmonopols der SED in den Erziehungswissenschaften: Wiegmann, Ulrich; Geißler, Gert: Schule und Erziehung in der DDR. Neuwied [u.a.] 1995.

³¹ Kirchhöfer 2006. S. 99. Auch Tenorth, Heinz-Elmar: "Erziehungsstaaten". Pädagogik des Staates und Etaisismus der Erziehung. In: Benner, Dietrich; Schriewer, Jürgen; Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Erziehungsstaaten. Historisch-vergleichende Analysen ihrer Denktraditionen und nationaler Gestalten. Weinheim 1998. S. 31.

³² Kirchhöfer 2006. S. 98.

lichkeitsbeeinflussung formuliert.³³ Erziehung sollte in erster Linie auf die Internalisierung gesellschaftlicher Normen und Werte zielen. Das pädagogische Dilemma zwischen den Anforderungen der Gesellschaft und den individuellen Interessen des Heranwachsenden trat durch Harmonieannahmen in den Hintergrund.³⁴ Gleichzeitig zielten Erziehungsintentionen der Parteiführung keineswegs nur auf die Internalisierung allgemein akzeptierter, sittlicher Normen, sondern visierten, teilweise in deutlicher Ablehnung der allgemeinen Moralvorstellungen³⁵, die Herausbildung neuer Einstellungen und Überzeugungen an, die im Sinne der Partei und für den Nutzen ihres gesellschaftspolitischen Projekts formuliert waren.³⁶

2.2.2. Begründungen für das Erziehungsverständnis

Ideologisch legitimiert wurde der umfassende Gestaltungsanspruch der SED durch die ihrem Selbstverständnis zugrunde liegende Parteiideologie W.I. Lenins. Lenin ging in seiner 1902 erschienen Schrift „Was tun?“³⁷ davon aus, dass die Arbeiterklasse nicht von allein das Bewusstsein für ihre gesellschaftliche Lage entwickle und somit auch nicht die notwendige Einsicht in die Richtigkeit der marxistischen Lehre. Selbst in schlimmsten Ausbeutungsverhältnissen würden die Arbeiter „spontan“, das heißt ohne die Anleitung der Partei, nur solche Organisationsformen entwickeln und politische Forderungen stellen, die keine systemsprengende Kraft entwickeln könnten. Die allererste und wichtigste Aufgabe einer Arbeiterpartei sei deswegen innerhalb der Arbeiterschaft das Bewusstsein für die Richtigkeit ihrer Ideologie zu entwickeln.³⁸

Es war darüber hinaus die historische Situation nach dem Zweiten Weltkrieg, die staatspädagogischen Ambitionen eine gewisse Zustimmung sicherte. Nach der militärischen Vernichtung des Dritten Reiches hatten sich die Alliierten auf eine „Demokratisierung“ Deutschlands und einer „Umerziehung“ seiner Bürger geeinigt.³⁹ Die Vorstellung, dass nicht nur junge Menschen erzie-

³³ Kirchhöfer 2006. S. 99.

³⁴ Benner, Sladek 1998. S. 44–49.

³⁵ Zum Beispiel in der provokanten Aufstellung der „10 Gebote der sozialistischen Moral“ durch Walter Ulbricht 1958 auf dem V. Parteitag der SED. Hanke, Irma: Vom neuen Menschen zur sozialistischen Persönlichkeit. In: Deutschland Archiv 9, 1976. S. 499–501.

³⁶ Hanke 1976. S. 494–496.

³⁷ Lenin, Wladimir Iljitsch: Was tun? 3. Aufl. Berlin 1948. S. 77–78.

³⁸ Lenin 1948. S. 77.

³⁹ Für alle 4 Besatzungszone Benz, Wolfgang: Demokratisierung durch Entnazifizierung und Demokratisierung, 2005.

hungsbedürftig seien, ist also auch ein spezifischer Gedankengang der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Der Erziehungsanspruch der SED-Führung soll drittens als Resultat einer gewissen Systemlogik begriffen werden. Dieser Weg ist von der Politikwissenschaftlerin Sabine Dengel bestritten worden. In ihrer Monografie „Untertan, Volksgenosse, sozialistische Persönlichkeit“⁴⁰ vergleicht die Autorin das Deutsche Kaiserreich zwischen 1871 und 1919, das Dritte Reich und die DDR als „Erziehungsstaaten“. Gemeinsam hätten die drei politischen Systeme, dass sie ihren Bürgern wenige oder gar keine politische Teilhaberechte garantieren würden. Diese Art politischer Systeme sei um die Entwicklung von Herrschaftstechniken bemüht, die ihre Stabilität auch ohne die Gewähr solcher Rechte sicherstellen könnten. Im Wesentlichen bestünden dazu zwei Möglichkeiten, der Aufbau eines Repressionsapparates und der Verankerung einer staatlich organisierten politischen Sozialisation.⁴¹ Dabei ginge es darum, die tatsächlich in einer Gesellschaft vorherrschende politische Kultur⁴² einem herrschaftsfunktionalen Ideal anzunähern. Politische Sozialisation, die Dengel definiert als

lebenslang ablaufende Prozesse der Vermittlung sowie des Erwerbs derjenigen von der Gesellschaft normativ definierten Persönlichkeitsmerkmale, Wertüberzeugungen, Kenntnisse und Fähigkeiten, die politisches Bewusstsein und politisches Verhalten konditionieren.⁴³

Das Anliegen von Erziehungs- oder nach Dengel besser „Zielkulturtransformationsstaaten“ ist es, den Anteil der selbstständigen Aneignung der politischen Kultur zu minimieren und die Vielfalt der in der politischen Sozialisation wirkenden Einflüsse durch die staatliche Organisation der Erziehung unter der Führung des Staates zu vereinheitlichen.⁴⁴

Die Identität von politischer Sozialisation und Erziehung sollte dabei systemübergreifend durch die Ausweitung des pädagogischen Raumes und die Intensivierung der staatlichen Erziehungsorganisationen erreicht werden. Alle

http://www.bpb.de/publikationen/ISISIR,0,Demokratisierung_durch_Entnazifizierung_und_Erziehung.html (07.08.2011).

⁴⁰ Dengel 2005.

⁴¹ Ebenda. S. 9–10.

⁴² verstanden als eine Gesamtheit der „kognitiven, affektiven und evaluativen politischen Orientierungen der Einzelsubjekte“. Dengel 2005. S. 11.

⁴³ Bergem, Wolfgang zit. nach Dengel 2005. S. 21.

⁴⁴ Dengel 2005. S. 22.

drei Staaten versuchten, den pädagogischen Raum auf Felder zu erweitern, die zuvor nicht im Dienste der staatlichen Selbstdarstellung standen.⁴⁵

2.2.3. Folgen des Erziehungsverständnisses für die Untersuchung

Welche Konsequenzen hatte das herrschende Erziehungsverständnis in der DDR für die Universitäten? Die Universitäten der neugegründeten DDR gehörten zu den Institutionen, die von der Ausweitung des politisch instrumentalisierten pädagogischen Raumes betroffen waren. Die von der Politik an die Universitäten gerichteten Forderungen waren analog zu den von der Partei formulierten Erziehungsaufträgen gegenüber anderen gesellschaftlichen Institutionen wie den Gewerkschaften⁴⁶, der Presse⁴⁷, der Literatur⁴⁸ und der bildenden Kunst.⁴⁹

Die Konsequenz aus diesem Erziehungsverständnis ist die Frage nach dem Weg der Verankerung und Durchsetzung des Erziehungsauftrages. Sabine Dengel stellte die These auf, dass die Eingliederung einer Institution in den pädagogischen Raum durch den Eingriff in bestehende organisatorische Strukturen, durch rechtliche Vorgaben, durch Planung und Kontrolle des Handelns der Institutionsangehörigen erfolgt. Im Folgenden ist also von Interesse, welche konkreten Maßnahmen die SED-Führung und die zuständigen staatlichen Behörden trafen, um die Universitäten zu staatlichen Erziehungsinstitutionen zu verwandeln.

2.3. Erziehungsorganisation

Im vorherigen Abschnitt wurde der Begriff „Erziehung“ definiert und dargestellt, welches Verständnis von „Erziehung“ unter den Entscheidungsträgern in der DDR vorherrschte. Darauf aufbauend habe ich versucht, dieses Erziehungsverständnis zu erklären. Die dafür herangezogenen Begründungen mach-

⁴⁵ Dengel 2005. S. 37–38.

⁴⁶ Schuhmann, Annette: Kulturarbeit im sozialistischen Betrieb. Köln, Berlin 2006.

⁴⁷ Fiedler, Anke: Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument. Berlin [u.a.] 2011.

⁴⁸ Pamperrien, Sabine: Versuch am untauglichen Objekt. Der Schriftstellerverband der DDR im Dienst der sozialistischen Ideologie. Frankfurt am Main [u.a.] 2004.

⁴⁹ Kaiser, Paul; Rehberg, Karl-Siebert (Hrsg.): Enge und Vielfalt. Auftragskunst und Kunstförderung in der DDR. Hamburg 1999.

ten die Bedeutung der Organisation für ein erziehungsstaatliches Anliegen deutlich. Daran anschließend soll nun der Begriff der „Organisation“ näher beleuchtet und für diese Arbeit fruchtbar gemacht werden.

Organisationen sind Zusammenschlüsse verschiedener Personen oder Akteure, die einem bestimmten Zweck dienen, die arbeitsteilig gegliedert sind, eine Leitungsinstanz besitzen und die über eine formale oder informale Verfassung verfügen, in der die Ziele des Zusammenschlusses, die Rechte und Pflichten der Akteure und die hierarchische Ordnung des sozialen Gebildes festgelegt sind.⁵⁰ Wie viele Organisationen dient auch die Universität unterschiedlichen Zwecken. Sie soll neue Forschungsergebnisse erbringen und daneben akademisch Bildung vermitteln.⁵¹

Für die Untersuchung des Erziehungsauftrags sind fünf allgemeine Merkmale von Organisationen wichtig. Organisationen besitzen eine Rollenstruktur. Sie entsteht dadurch, dass den verschiedenen Mitgliedern der Organisation Aufgaben zugewiesen werden, die aus der Arbeitsteilung innerhalb der Organisation resultieren. Diese werden durch Regeln festgelegt, bei deren Nichteinhaltung den Rollenträgern Sanktionen drohen. Die Rollen können sich durch die Verbindlichkeit der Erwartungen, die an sich gerichtet werden, unterscheiden.⁵²

Der damit verbundene Entscheidungsspielraum der Rollenträger ist durch eine Autoritätsstruktur festgelegt. Sie definiert, wer über die Ziele und Aufgaben der Organisation entscheiden darf und wer sich nach diesen Anweisungen zu richten hat.⁵³

Jede Organisation besitzt ein mehr oder weniger ausformuliertes Programm, welche Informationen an andere Mitglieder der Organisation weiterzugeben sind, damit die Organisationsziele erreicht werden können. Die Kommunikationsstruktur kann hierarchisch, sprich horizontal ausgerichtet sein, oder

⁵⁰ Abraham, Martin; Büschges, Günter: Einführung in die Organisationssoziologie. 3. Aufl. Wiesbaden 2004. S. 21–22.

⁵¹ Festgelegt sind diese Aufgaben zum Beispiel in den Landeshochschulgesetzen, zum Beispiel des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern: Gesetz über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. In der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Januar 2011. <http://www.landesrecht-mv.de/jportal/portal/page/bsmvprod.psml;jsessionid=F599F52368A0F1F93AAA3472FD8446B3.jp15?showdoccase=1&doc.id=jlr-HSchulGMV2011rahmen&doc.part=X&doc.origin=bs> (20.08.2011). §3.

⁵² Hierdeis, Helmwart: Erziehungsinstitutionen. 5. Aufl. Donauwörth 1995. S. 23.

⁵³ Ebenda. S. 24.

aber auch vertikal, zwischen gleichrangigen Mitgliedern der Organisation verlaufen.⁵⁴

Organisationen sind darüber hinaus durch Formalisierung bestimmt, das heißt, dass die unterschiedlichen Aufgaben und Beziehungen zwischen Rollenträgern in starkem Maß durch explizite Regeln festgelegt sind.⁵⁵

Wie beschrieben, dienen Universitäten der Verwirklichung verschiedener Ziele. Sie sind einerseits selbst in ein Gefüge verschiedener Organisationen eingebunden, z.B. ihnen übergeordnete staatliche Instanzen und gleichzeitig in teilautonome Organisationen wie Fakultäten gegliedert.⁵⁶ Durch ihren Doppelcharakter als Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen ist ihre Rollenstruktur einerseits durch den Gegensatz von Lehrenden und Lernenden, Hochschullehrern und Studenten geprägt, andererseits ist die hierarchisch höhere Gruppe wiederum ausgehend von verschiedenen Qualifikationsgraden stark differenziert. Sie verfügt über eine Autoritätsstruktur, sowohl zwischen Dozenten und Studenten, als auch zwischen den akademischen Graden und Funktionen innerhalb der Hochschullehrerschaft.⁵⁷ Es bestehen formalisierte Kommunikationsstrukturen, die sich zum Beispiel in turnusmäßig abgehaltenen Versammlungen und Beratungen zeigen.

Der Organisationscharakter der Universität bildet also den Rahmen für die Umsetzung des Erziehungsauftrags der Universitäten in der DDR-Zeit. Dabei darf nicht vergessen werden, auf welchen Gegenstand sich die Organisationsbemühungen bezogen. Die intentionale Einwirkung auf die Eigenschaften, Haltungen und Überzeugungen anderer ist keineswegs immer von Erfolg gekrönt noch im einfachen Sinne überprüfbar.⁵⁸

⁵⁴ Hierdeis. S. 24.

⁵⁵ Ebenda. S. 24.

⁵⁶ Thieme, Werner: Deutsches Hochschulrecht. Das Recht der wissenschaftlichen, künstlerischen, Gesamt- und Fachhochschulen in der Bundesrepublik. 2. vollständig überarb. Aufl. Köln (u.a.) 1986. S. 120ff.

⁵⁷ Thieme 1986. S. 120.

⁵⁸ Abraham, Büschges 2004. S. 36.

3. Der Erziehungsauftrag der Universitäten

Im Folgenden soll es darum gehen, wie der Erziehungsauftrag der Universitäten umgesetzt werden sollte. Dazu soll als Erstes geklärt werden, ab wann den Universitäten in der DDR eine erzieherische Wirkung zugesprochen und seit welchem Zeitpunkt diese Wirkung von ihnen eingefordert wurde. Als Nächstes soll die rechtliche und strukturelle Verankerung des Erziehungsauftrages und die damit einhergehende Durchsetzung der SED als Gestaltungsmacht an den Universitäten dargestellt werden. Als Drittes wird betrachtet, auf welche Weise, mit welchen Zielen und mit welchen theoretischen Hintergründen Erziehung an der Universität betrieben wurde.

3.1. Formulierung des Erziehungsauftrags

In seiner Rede zur Wiedereröffnung der Berliner Universität am 20.1.1946 forderte der damalige Präsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, Paul Wandel, die anwesende Professorenschaft auf, nicht nur Forscher und Lehrer, sondern auch Erzieher der jungen Generation zu sein⁵⁹:

Das Interesse des Volkes fordert von Ihnen, daß sie unsere Hochschulen zu einem festen demokratischen Block machen. Wir wissen, dass in Universitätskreisen oft abgelehnt wurde, Erziehungsaufgaben zu erfüllen. Man fand es für einen Universitätslehrer unangebracht, als Erzieher zu wirken, weil es ihn als Forscher zu erniedrigen schien. [...] Die Studenten zu der neuen demokratischen Intelligenz zu formen, die unser Volk so notwendig braucht, kann aber nur das Ergebnis eines allseitigen Zusammenwirkens sein. Sie muß in erster Linie die Arbeit der Menschen sein, die Autorität haben.⁶⁰

Das Widerstreben der Hochschullehrer war jedoch keineswegs allein durch Sorgen über den eigenen Status begründet, wie Wandel nahelegt. Stattdessen berührte der Aufruf an die Hochschullehrer das Selbstverständnis der akademischen Zunft. Unbestritten maßen sie der an der Universität erworbenen Bildung eine – vielfach idealistisch überhöhte – persönlichkeitsbildende Wirkung zu.⁶¹ Wilhelm von Humboldt, auf den sich dieses Bildungs- und Universitätsverständnis berief, erteilte aber einer bewussten, über den Bildungseffekt

⁵⁹ Jessen 1999. S. 229.

⁶⁰ Wandel, Paul zit. nach Rütter, Beate: Die Bedeutung des Erziehungsauftrages für Hochschullehrer und Studierende. In: Busch, Friedrich W; Rütter, Beate; Straube, Peter-Paul (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft. Oldenburg 1992. S. 84.

⁶¹ Jessen 1999. S. 230.

der Wissenschaften hinausgehenden, politischen oder moralischen Erziehung eine Absage.⁶² Obwohl Humboldt besonders in diesem Punkt keineswegs unwidersprochen blieb⁶³, prägt diese Einstellung einen Großteil der Hochschul-Lehrerschaft bis heute.⁶⁴

Der für diese Arbeit grundlegende Terminus „Erziehungsauftrag“ weist indirekt auf diesen, der Traditionen der Institution fremden Charakter der erho-benen Forderungen hin. Die Bezeichnung „Auftrag“ verweist auf die Anord-nung einer Tätigkeit durch jemand anderes. Ein Subjekt und auch eine Institu-tion können sich selbst keine Aufträge, sondern höchstens Aufgaben geben. Diese Feststellung ist keineswegs spitzfindig, denn sie offenbart ein spezifi-sches Verständnis des Verhältnisses von Staat und Hochschulen, das bei der Verwendung des Begriffes mitgedacht ist. Der Ausdruck „Erziehungsauftrag“ taucht erst nach der 2. Hochschulreform 1951/52 in der Debatte über die Um-gestaltung der Universitäten, auf.⁶⁵ Er ist daher, nach erfolgter Zentralisierung des Hochschulwesens und weitgehendem Autonomieverlust der Universitäten in der DDR als Ausdruck des Führungsanspruches der bildungspolitischen Akteure gegenüber den Universitäten zu sehen.⁶⁶

Dabei waren „Ausgangs- und Bezugspunkte [des Begriffs] im doppelten Sinne ausuniversitär“⁶⁷. Es waren die Bildungspolitiker der KPD/SED, die diesen Auftrag an die Universitäten verteilten. Sowohl die Ziele als auch der Inhalt des Erziehungsauftrags waren auf Bezugsgrößen außerhalb der universitären Lehre und Forschung, auf Staat, Partei und Wirtschaft gerichtet.⁶⁸

⁶² Eine detaillierte Übersicht über die bildungsphilosophischen Schriften und ihren Beitrag über zum Diskurs über die Erziehungsfunktion gibt Busch 1992. S. 20.

⁶³ Busch 1992. S. 24.

⁶⁴ Zur Diskussion über die Wirkkraft der Humboldtschen Universitätsidee: Ash, Mitchell G.: "Mythos Humboldt" gestern und heute. In: Ash, Mitchell G. (Hrsg.): Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten. Wien 1999. S. 7–25.

⁶⁵ Zuerst benutzt wurde er wahrscheinlich durch den Pädagogen und Bildungsfunktionär Heinrich Deiters. Deiters, Heinrich: Der Erziehungsauftrag des Hochschullehrers. In: Das Hochschulwesen 1, 1953. S. 1–5. Zur Biographie des früheren Reformpädagogen und Sozialdemokraten Geißler, Gert: Heinrich Deiters. In: Wer war wer in der DDR? <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=547> (20.08.2011).

⁶⁶ Straube, Peter-Paul: Zur Einführung eines Erziehungsauftrages an den Universitäten und Hochschulen in der DDR. In: Busch, Friedrich W; Rüter, Beate; Straube, Peter-Paul (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft. Oldenburg 1992. S. 48.

⁶⁷ Rüter 1992. S. 63.

⁶⁸ Ebenda. S. 63.

Schon in der „Vorläufigen Arbeitsordnung“⁶⁹ vom 23. Mai 1949 wurden die Universitäten von Körperschaften des öffentlichen Rechts in die „höchsten staatlichen Bildungseinrichtungen“ umgewandelt.⁷⁰ Im §1 wurde neben der Ausbildung „wissenschaftlich hochwertiger Fachleute“ die Aufgabe festgelegt, im „Geiste der Demokratie, des sozialen Fortschritts und der Völkerverständigung“ zu erziehen.⁷¹ Ein ähnlich allgemeiner Passus findet sich zum Beispiel auch im aktuellen Hochschulgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern.⁷² Der sich wandelnde, konkret auf die Politik der SED bezogene, Charakter des Erziehungsauftrags wird beispielsweise im Hauptreferat einer im Herbst 1952 einberufenen Hochschulkonferenz sichtbar. Dort heißt es:

Unsere Universitäten und Hochschulen haben die Aufgabe, junge Wissenschaftler auszubilden und zu erziehen, die als aufrichtige Patrioten und leidenschaftlich der Wissenschaft ergebene Menschen imstande sind, gemeinsam mit unseren älteren und erfahreneren Gelehrten der Arbeiterklasse und den mit ihr verbündeten Werktätigen tatkräftig beim Aufbau des Sozialismus zu helfen.⁷³

3.2. Die Umsetzung des Erziehungsauftrags in die universitären Organisationsstrukturen

Im folgenden Teil der Arbeit soll es um die Frage gehen, wie der Erziehungsauftrag in tatsächliches, erzieherisches Handeln umgesetzt wurde. Dabei soll zunächst die Perspektive der SED und der ihr unterstehenden staatlichen Behörden eingenommen werden. Die Frage, die sich aus dieser Perspektive stellt, ist, mithilfe welcher Strukturveränderungen die SED versuchte, den Erziehungsauftrag an den Universitäten und schließlich auch im Handeln der Hochschullehrer zu verankern.

Dabei wird davon ausgegangen, dass sowohl die institutionelle und personelle Durchherrschaft der Universitäten, als auch die Indienstnahme der Universitäten für die Herausbildung einer neuen, staatstreuen Elite von Anfang

⁶⁹ Schulz, Tobias: "Sozialistische Wissenschaft". Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975) Köln, Potsdam 2010. S. 48.

⁷⁰ Vorläufige Arbeitsordnung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 23. Mai 1949. In: Malycha, Andreas (Hrsg.): Geplante Wissenschaft. Leipzig 2003. S. 278–288.

⁷¹ Ebenda. S. 278–288.

⁷² Landeshochschulgesetz MV 2011. §3.

⁷³ Zentrale Hochschulkonferenz am 19/20.09.1952. Berlin 1952. S. 13.

an zur Agenda der SED-Hochschulpolitik gehörte.⁷⁴ Die Transformation der DDR-Hochschulen zu „sozialistischen Universitäten“⁷⁵ in der Abfolge verschiedener Reformen soll also einmal aus dem Blickwinkel verfolgt werden, inwieweit die SED und ihre staatlichen Behörden über Personalangelegenheiten der Universitäten mitentscheiden und in welchem Ausmaß die Staatspartei über ihre Vertreter auf die Entscheidungen der universitären Gremien Einfluss nehmen konnte. Als Zweites sollen die Strukturveränderungen betrachtet werden, die in direkter Absicht auf die Erziehung der Studenten gerichteten waren.

3.2.1 Von der Wiedereröffnung der Universitäten bis zur Gründung der DDR

Ende Februar des Jahres 1946 wurden die Universitäten auf dem Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone wiedereröffnet.⁷⁶ Der Wiederöffnung vorangegangen war eine im Vergleich zu den anderen Besatzungszonen radikale Entnazifizierung.⁷⁷ In diesem Zug wurden die Statuten der Universitäten aus der Zeit der Weimarer Republik wieder eingeführt, die den Universitäten weiträumige Autonomie zusprachen.⁷⁸ Gleichzeitig wurden der Universität in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Erneuerung ihrer traditionellen Rechte per Dekret der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) neue Einrichtungen zugeführt, für die alle angestammten, selbstständigen Verfahren der Stellenbesetzung und Lehrauswahl nicht mehr galten. Sowohl an den gesellschaftswissenschaftlichen⁷⁹ und pädagogischen Fakultäten⁸⁰ als auch an den Vorstudienanstalten (später Arbeiter- und Bauernfakultäten)⁸¹ wurde das Lehrpersonal von dem, der SMAD assistierenden, Deutschen Volksverwaltung für Volksbildung

⁷⁴ Malycha 2003. S. 37.

⁷⁵ Vgl. den Titel der Monografie: Richert, Ernst: "Sozialistische Universität". Die Hochschulpolitik der SED. Berlin 1967.

⁷⁶ Herzig, Jobst; Trost, Catharina: Die Universität Rostock 1945–1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Rostock 2008. S. 30.

⁷⁷ In Berlin betraf diese zunächst 78% der nach dem Krieg verbliebenden Belegschaft. Schulz 2010. S. 36. Für Rostock: Herzig, Trost 2008. S. 14f.

⁷⁸ Schulz 2010. S. 34.

⁷⁹ Aufgabe der in Rostock, Leipzig und Jena gegründeten gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten war die Ausbildung von Kadern für den Staatsdienst. Schulz 2010. S. 45.

⁸⁰ Ursprüngliches Ansinnen bei der Gründung der Pädagogischen Fakultäten war, die Lehrerbildung für alle Schultypen zu vereinigen. Schulz 2010. S. 44.

⁸¹ Die Vorstudienanstalten sollten Menschen ohne Abitur einen Weg an die Universitäten eröffnen. Schulz 2010. S. 40.

(DVV)⁸² ausgewählt und durch die ebenfalls zentral erlassenen Vorlesungsprogramme zur Vermittlung bestimmter Inhalte verpflichtet.⁸³

Viel weiter reichende Eingriffe in die Autonomie der Universitäten hatte die Vorläufige Arbeitsordnung (VAO) zur Folge, die von der – zu diesem Zeitpunkt durch die SMAD beträchtlich in ihrer Kompetenz erweiterten – DVV am 23. Mai 1949 erlassen wurde.⁸⁴ Die gesamte „Lehr- und Forschungstätigkeit“ wurde der DVV als obersten Dienstaufsichtsbehörde unterstellt.⁸⁵ Alle Wahlämter (Dekan und Rektor) mussten nach erfolgter Wahl durch die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung bestätigt werden.⁸⁶ Mit dem neu eingeführten Studentendekan, der für die Studienzulassung, Stipendienvergabe und politische Kontrolle des Studiums verantwortlich war,⁸⁷ und dem Verwaltungsdirektor, dem die Verwaltung des universitären Haushaltswesens und die Verwaltung der universitären Einrichtungen überantwortet wurde⁸⁸, wurden zwei Schlüsselpositionen nicht mehr vom Rektor, sondern durch die Landesministerien ernannt und durch die Zentralverwaltung kontrolliert.⁸⁹

Am folgenreichsten an der Verordnung, so urteilt Tobias Schulz, sei die „Abschaffung der Exklusivität von Fakultät, Senat und Konzil durch die Erweiterung dieser Gremien“ gewesen.⁹⁰ So gehörten dem Senat neben den Dekanen der Fakultäten und dem Prorektor nun auch der Studentendekan, der Verwaltungsdirektor und ein Gewerkschaftsvertreter an. In der Praxis waren dies nahezu immer SED-Männer. Durch „Scheinbegründungen“ wurden die Gremien so „für politische Funktionäre geöffnet“.⁹¹

Schon die erste Zulassungsverordnung der DVV vom 30. September 1945 sah für alle Studienanfänger vor dem Studienbeginn einen zwanzigstündigen Kurs in demokratischer Erziehung vor.⁹² Ab Herbst 1946 begann die DVV mit

⁸² Schulz 2010. S. 41.

⁸³ Zum Personal und Aufbau der Deutschen Verwaltung für Volksbildung Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962. Frankfurt am Main [u.a.] 2000. S. 71–77.

⁸⁴ VAO 1949 . §1, S. 278.

⁸⁵ Ebenda. §2, S. 278.

⁸⁶ Ebenda. § 22, S. 284.

⁸⁷ Ebenda. § 21, S. 284.

⁸⁸ Schulz 2010. S. 49.

⁸⁹ VAO. 1949. § 21, S. 284.

⁹⁰ Schulz 2010. S. 48.

⁹¹ Ebenda. S. 48.

⁹² Jessen 1999. S. 230.

der Erarbeitung eines Vorlesungsprogramms über „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“ unter der Leitung von Alfred Meusel.⁹³ Im Sommer 1947 wurde dieses Vorlesungsprogramm SBZ-weit von 9 Professoren gehalten, darunter auch vom späteren Geschichtspräsidenten Heinrich Herz in Rostock.⁹⁴ Von den „scholastischen Übungen [...] des späteren ML-[Marxismus-Leninismus] Studiums“, so Ralph Jessen, war diese Vorlesungsreihe jedoch noch weit entfernt.⁹⁵ Neben den „Klassikern“ des Marxismus-Leninismus behandelte die Vorlesung auch Autoren wie Malinowski, Sombart oder Max Weber.⁹⁶ Die Existenz dieser für alle Studenten obligatorischen Vorlesungsreihe zeigt, wie die Erziehung der Studenten in der ersten Periode nach der Wiedereröffnung der Universitäten gedacht war – als separates Ressort neben der Fachlehre.⁹⁷ Ralph Jessen fasst die Bemühungen um die Erziehung der Universitäten folgendermaßen zusammen: „Beileibe nicht ‚die‘ Hochschullehrerschaft sondern eine kleine und recht bunte Schar eher randständiger Dozenten befaßte sich in den ersten Nachkriegssemestern mit ‚Erziehung‘, fallweise assistiert von sowjetischen Vortragsreisenden“.⁹⁸

3.2.2. Die 2. Hochschulreform 1951/52

In den Jahren 1951/52 griff eine Reihe von Reformen in die bestehende Hochschullandschaft ein, die später durch die DDR-Historiographie unter der Bezeichnung „2. Hochschulreform“ zusammengefasst wurden. Die Reformen sicherten der SED an den Hochschulen nicht nur einen weitreichenden institutionellen und personellen Einfluss, sondern verankerten auch den Erziehungsauftrag in den Strukturen der Universitäten.

Erste und wichtigste Neuerung war die Gründung eines Staatssekretariats für Hochschulwesen, die mit der „Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens“⁹⁹ vom 22. Februar 1951 beschlossen wurde. Die Gründung des Staatssekretariats resultierte aus dem Wunsch der SED-Führung, die Hoch-

⁹³ Jessen. S. 230.

⁹⁴ Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Berlin 2003. S. 171.

⁹⁵ Jessen 1999. S. 230.

⁹⁶ Ebenda. S. 231.

⁹⁷ Ebenda. S. 230.

⁹⁸ Ebenda. S. 231.

⁹⁹ Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens vom 22. Februar 1951. Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens. In: Gesetzblatt der DDR 3, 1951. S. 123–125.

schulen besser anleiten und kontrollieren zu können.¹⁰⁰ Das Staatssekretariat vereinigte die Befugnisse, die zuvor die Behörden der Länder und das Volksbildungsministerium untereinander aufgeteilt haben.¹⁰¹ Die Gründung des Staatssekretariats zog auch eine Kompetenzerweiterung der staatlichen Behörden gegenüber den Universitäten nach sich. Als eine seiner Hauptaufgaben sah das neu gegründete Staatssekretariat die „Gestaltung des Studiums, der Lehre und der Forschung“ an.¹⁰² Ebenfalls sah sich das Staatssekretariat verantwortlich für den Erlass von Studienordnungen mitsamt Studienplänen, Vorlesungsprogrammen, Stundenplänen, Prüfungsordnungen und Praktika.¹⁰³

In institutioneller Hinsicht maß sich die Einrichtung an, die Aufsicht über die „Einheitlichkeit in allen Fragen der Hochschulordnung (Struktur, Status, Studienordnungen, [...], Habilitationsordnungen, Studienjahr“ zu entscheiden.¹⁰⁴ In personeller Hinsicht beanspruchte das Staatssekretariat das Recht für sich, Professoren und Dozenten ernennen zu können sowie ein Vetorecht bei der Besetzung der universitären Wahlämter (Rektor, Dekanen) und der Institutsdirektorenposten.¹⁰⁵

Mit der dritten Durchführungsbestimmung zur Neuorganisation des Hochschulwesens griff das Staatssekretariat dann schon kurze Zeit später in die Entscheidungsstrukturen der Universitäten ein. Vorgeblich zur „Entlastung des Rektors“ wurde die Einsetzung von 4 Prorektoren verfügt. Neben einem Prorektor für das zur Pflicht gemachte „gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium“, einem „Prorektor für Forschungsangelegenheiten“, und einem „Prorektor für die wissenschaftliche Aspirantur“ wurde auch das Amt eines Prorektors „für Studentenangelegenheiten“ installiert.¹⁰⁶ Lediglich die Prorektoren für Forschungsangelegenheiten und des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums mussten sich aus dem Lehrkörper rekrutieren.¹⁰⁷ Die Aufgabenbereiche der neuingesetzten Prorektoren wurden damit der Verfügung des Rektors

¹⁰⁰ Schulz 2010. S. 60.

¹⁰¹ Ebenda. S. 62.

¹⁰² Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens 1951. §3,3, S. 123.

¹⁰³ Ebenda. § 6,4 S. 124.

¹⁰⁴ Ebenda. § 6,3 ,S. 124.

¹⁰⁵ Ebenda. §6,7 S. 125.

¹⁰⁶ Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung vom 21. Mai 1951 über die Neuorganisation des Hochschulwesens. Einsetzung von Prorektoren für besondere Aufgabengebiete. Einsetzung von Prorektoren. In: Gesetzblatt der DDR 3, 1951. S. 491.

¹⁰⁷ Müller, Marianne; Müller, Egon Erwin: "... stürmt die Festung Wissenschaft!". Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Repr. der Ausg. Berlin-Dahlem 1953. Berlin 1994. S. 256.

entzogen und Funktionären übertragen, die das Vertrauen der Ostberliner Behörde besaßen.¹⁰⁸ Die Position des Rektors wurde damit entscheidend geschwächt.¹⁰⁹

Im Gefolge der 2. Hochschulreform erließ das Staatssekretariat im Sommer 1952 ein Musterstatut, zu dessen Übernahme die Universitäten per „Direktive“ verpflichtet wurden und das den neuen Machtverhältnissen Rechnung tragen sollte.¹¹⁰ Zunächst wurden im Musterstatut die Aufgabenbereiche der neuen Prorektorate präzisiert. Zu den Aufgaben des Prorektors für Studentenangelegenheiten gehörte neben der „Durchführung der Aufnahmeverfahren der Studenten, der Lenkung ihres Studienganges“ und der „Kontrolle des Ausbildungsstandes“ auch die „Leitung der kulturell-erzieherischen Arbeit unter den Studierenden“.¹¹¹

Gleichzeitig wurden die Prorektoren auch Mitglieder des Senats, dem höchstem Entscheidungsgremium der Universität. Insgesamt stieg der Anteil nicht gewählter Vertreter auf zehn, nur im Senat der Humboldt-Universität Berlin, in dem die Dekane von zehn Fakultäten saßen, waren die nicht gewählten Vertreter noch in der Mehrheit.¹¹²

Doch selbst dieses Verhältnis bestand praktisch nur „auf dem Papier“¹¹³, da auch die Dekane als Vertreter ihrer Fakultäten durch einen linientreuer Fakultätsrat gewählt wurden. Im Fakultätsrat saßen neben dem Dekan und dem Prodekan, die Fachrichtungsleiter, alle der Fakultät angehörenden Professoren und mit der Wahrnehmung einer Professur Beauftragten, die Institutsleiter, aber auch drei weitere durch das Staatssekretariat bestätigte Vertreter des Lehrkörpers und auch alle Professoren und Dozenten des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums wurden Mitglieder des Rates.¹¹⁴ Zu den Aufgaben des Fakultätsrats gehörten neben dem herkömmlichen Recht zur Durchführungen von Promotionen und Habilitationen auch die „Förderung der kulturell-

¹⁰⁸ Müller, Müller 1994. S. 259.

¹⁰⁹ Münzner, Daniel: Die Stellung der Rektoren der Universität Rostock. In: Krüger, Kersten (Hrsg.): Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Band 1. Rostock 2007. S. 15.

¹¹⁰ Beschluss des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufstellung von Statuten der Universitäten und Hochschulen vom 28. August 1952. In: Hoch- und Fachschulrecht. Berlin 1963. S. 119–129.

¹¹¹ Müller, Müller 1994. S. 261.

¹¹² Ebenda. S. 263.

¹¹³ Müller, Müller 1994. S. 265; Aufstellung von Statuten der Universitäten und Hochschulen 1952. S. 126.

¹¹⁴ Aufstellung von Statuten der Universitäten und Hochschulen 1952. S. 126.

erzieherischen Arbeit unter den Angehörigen der Fakultät, insbesondere die Hebung des demokratischen Staatsbewußtseins“¹¹⁵.

In der Fachrichtung sollten die an der Durchführung eines Studienganges Beteiligten zusammengefasst sein. Der Fachrichtungsleiter wurde ebenfalls staatlich eingesetzt und war verantwortlich für die „Sicherstellung der Durchführung des Studiums entsprechend den Studienplänen“ und für die „Leitung und systematische Kontrolle der Vorlesungen, Seminare, Übungen, Konsultationen usw.“¹¹⁶ Im Unterschied zur übergeordneten Ebene der Fakultät, besaß der Fachrichtungsleiter explizit keine erzieherische Verantwortlichkeit.¹¹⁷

Die Verordnungen der 2. Hochschulreform griffen zugleich in den Aufbau und die Inhalte des Studiums ein und bestimmten Lehr- und Sozialformen des Studiums. So wurde das Ein-Fach-Studium eingeführt, dessen Ablauf und Inhalte durch einen zentral erlassenen Studienplan vorgeschrieben wurden.¹¹⁸ Die Studienpläne wurden in den 1952 gegründeten wissenschaftlichen Beiräten erarbeitet, zu deren Mitgliedern vom Staatssekretariat bestimmte Professoren und Mitarbeiter der staatlichen Behörden gehörten.¹¹⁹

Gleichzeitig wurden auch bestimmte Fächer für alle Studenten zu verbindlichen Studienbestandteilen erklärt. Abgesehen von einem „Unterricht in deutscher Sprache und Literatur“¹²⁰, der für die Studenten der ersten beiden Studienjahre verbindlich war, erhielten die Studenten fortan in jedem Studienjahr obligatorischen Russischunterricht. Zusätzlich führte das Staatssekretariat einen als „Körpererziehung“ bezeichneten Sportunterricht verpflichtend ein.¹²¹

Das Projekt allerdings, von dem sich die SED-Führung den größten erzieherischen Effekt erhoffte, war die Einführung eines sogenannten „gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums“. In der fünften Durchführungsbestimmung vom 4. August 1951 heißt es nicht nur, dass das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium die „Aufgabe“ habe, kognitive „Einsicht, in die

¹¹⁵ Aufstellung von Statuten 1952. Vgl. auch Müller, Müller 1994. S. 265.

¹¹⁶ Müller, Müller 1994. S. 266.

¹¹⁷ Ebenda. S. 266.

¹¹⁸ Ebenda. S. 232.

¹¹⁹ Richtlinien für die Bildung wissenschaftlicher Beiräte beim Staatssekretariat für Hochschulwesen. Beschluß des Ministerrates. In: Zentrale Hochschulkonferenz am 19/20.09.1952. Berlin 1952.

¹²⁰ Zehnte Durchführungsbestimmung vom 10. September 1951 zur Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens. Unterricht in russischer Sprache und Literatur und in deutscher Sprache und Literatur für alle Studierenden. In: Gesetzblatt der DDR 3, 1951. S. 870–872.

¹²¹ Russisch- und Deutschunterricht 1951. S. 870–872.

Entwicklungsgesetze von Natur und Gesellschaft zu vermitteln“, sondern die Studenten eben auch zu „unermüdlischen Kämpfern für den Frieden und den Fortschritt der Menschheit“¹²² zu erziehen habe. Das Grundstudium sollte den Erziehungsauftrag durch Unterricht in den Fächern „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“, „Politischer Ökonomie“ (verstanden als „Wissenschaft von den Gesetzen der gesellschaftlichen Produktion“) und „Historischer und Dialektischer Materialismus“ (verstanden als „Wissenschaft“, die auf den sozialen Lehren Karl Marx‘ über Klassenkampf und über die Widersprüche in der Geschichte basiere) verwirklichen.¹²³

Die Reformen führten also zu einer weitreichenden Verankerung politischer Erziehung in der Universität. Dass der Erziehungsauftrag der Universitäten damit faktisch durchgesetzt war, wie Beate Rüther annimmt, bestreitet jedoch Ralph Jessen. Stattdessen sei es seiner Meinung nach mit der 2. Hochschulreform zwar zu einer Intensivierung der Erziehungsbemühungen gekommen, andererseits aber hätte die Einführung des „GeWi-Studiums“ „die Spaltung zwischen ‚Lehre‘ und ‚Erziehung‘ noch [vertieft], da politische Indoktrination in klar abgegrenzten organisatorischen Formen stattfand.“¹²⁴

Durch seine große Gewichtung in den Prüfungen war das GeWi-Studium gerade zum Zeitpunkt seiner Einführung eines Disziplinierungs- und Kampfinstrument gegenüber politisch missliebigen Studenten. So stellten die gesellschaftswissenschaftlichen Dozenten ihren Prüflingen in überwiegendem Maße Gesinnungsfragen.¹²⁵

Andere Eingriffe in die Studienorganisation erwiesen sich allerdings als ebenso folgenreich für die spätere Ausweitung des Erziehungsauftrags. So wurde die Dauer des Studienjahres auf zehn Monate erweitert. Die so „gewonnenen“ Wochen sollten jedoch nicht nur die Vorlesungsturnusse erweitern, sondern auch Zeiträume für staatlich festgelegte und durch die Universitäten organisierte Praktika darstellen.¹²⁶

Der im Gesamten gesehen wohl folgenreichste Eingriff in die Ausbildungsstrukturen der Universitäten war die „Vergemeinschaftung“ des Studi-

¹²² Achte Durchführungsbestimmung zur Neuorganisation des Hochschulwesens. Obligatorischer Sportunterricht für alle Studierenden der Universitäten und Hochschulen vom 24. August 1951. In: Gesetzblatt der DDR 3, 1951. S. 807.

¹²³ Ploenus, Michael: "... so wichtig wie das tägliche Brot". Das Jenaer Institut für Marxismus-Leninismus 1945 - 1990. Köln [u.a.] 2007. S. 38–39.

¹²⁴ Jessen 1999. S. 231.

¹²⁵ Eine Auflistung solcher Fragen findet sich bei Müller, Müller 1994. S. 244.

¹²⁶ Zweite Durchführungsbestimmung vom 4. Mai 1951 zur Verordnung vom über die Neuorganisation des Hochschulwesens. In: Gesetzblatt der DDR 3, 1951. S. 415–416.

ums durch die Zusammenführung der Studenten in sogenannte Seminargruppen.¹²⁷ Fortan hatten die Studenten ihre Vorlesungen und Seminare in einem gleichbleibenden, schulklassenähnlichen Verbund zu besuchen. Diese Maßnahme intendierte nicht nur die Studenten aus ihrer „Anonymität“ zu reißen und damit das erzieherische Handeln der Hochschullehrer überhaupt möglich zu machen,¹²⁸ stattdessen sollte die Einführung fester Seminargruppen auch die Einwirkungsmöglichkeiten der FDJ vergrößern. Seminargruppe und FDJ-Gruppe waren identisch.¹²⁹ Offensiver als die Erläuterung der staatlichen Verordnung proklamierte die FDJ die politisch-ideologische Erziehung der Studenten als ihr Hauptziel.¹³⁰ Die Personalunion von Seminar- und FDJ-Gruppe war institutionell folgenreich. Der Seminargruppenssekretär, der für die Einhaltung der studentischen Disziplin und die Anleitung des Selbststudiums verantwortlich war, war zugleich Sekretär der FDJ-Gruppe.¹³¹ FDJ- und Studienorganisation erhielten damit eine Schnittstelle, die für alle späteren Erziehungsinitiativen zum Ausgangspunkt wurde. Die Einführung von festen Seminargruppen ist die für die Organisation der universitären Erziehung die folgenreichste Neuerung der 2. Hochschulreform.

3.2.3. Die „sozialistische Umwälzung“ auf dem Gebiet der Hochschulen bis 1957/58

In der sogenannten Tauwetterperiode im Anschluss an die Geheimrede Chruschtschows' auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 kam es an verschiedenen Universitäten der DDR durch Studenten und Hochschullehrer zu Protesten gegen die Studienorganisation. Besonders beteiligt waren daran Vertreter von bis dahin eher ideologiefernen Disziplinen wie Medizin, Veterinärmedizin und Landwirtschaftswissenschaften. Die Protestierenden schrieben sich dabei

¹²⁷ Bildung und Aufgaben der Seminargruppen. Anweisung Nr. 26 des Staatssekretariats für Hochschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. September 1952. In: Zentrale Hochschulkonferenz am 19/20.09.1952. Berlin 1952. S. 70–72.

¹²⁸ Harig, Gerhard: Über die Verbesserung von Ausbildung und Erziehung unserer Studierenden. Rede auf der Zentralen Hochschulkonferenz. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 3–49; Neubert, Rudolf: Eine neue Generation Lehrer und Erzieher. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 15–21.

¹²⁹ Straube 1992. S. 51–52.

¹³⁰ Kausch 2009. S. 85–87.

¹³¹ Sachse, Ekkehard: Stellung und Aufgaben des Seminargruppenssekretärs. In: Das Hochschulwesen 7, 1959. S. 330–332.

die Abschaffung des obligatorischen GeWi-Studiums sowie die Reduzierung des als unnötig empfundenen Russisch-Unterrichts auf die Fahnen.¹³²

Dem konstatierten Ausbleiben des gewünschten erzieherischen Effekts des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums versuchten die Verantwortlichen auf zwei Arten zu begegnen: So sollte das wissenschaftliche Niveau der Lehrveranstaltungen gehoben und durch verbesserte Unterrichtsmethodik attraktiver gestaltet werden.¹³³ Der andere Weg bestand darin, die mit mehr Autorität ausgestatteten Fachwissenschaftler in die politische Erziehung einzu-beziehen.¹³⁴ Am Beispiel des Erziehungsauftrages für alle Hochschulen zeigt sich, dass der proklamierte „Sturm auf die Festung Wissenschaft“ weniger rasant und zielstrebig verlief, als die Propaganda der SED-Führung suggerieren wollten.¹³⁵ Die Hochschulpolitiker benötigten drei Anläufe (1953, 1955 und 1957) um den Erziehungsauftrag der Fachwissenschaftler rechtlich zu verankern.

In der Verordnung über die Vergütung der Hochschullehrer vom 12.6.1951 wird nur einmal in einem der letzten Paragraphen in sehr allgemeiner Weise von der „Anleitung und Erziehung der Studierenden und Assistenten“ als „Tätigkeitsbereich“ gesprochen. Dieser Passus hatte aber keine konkreten Folgen für die Arbeitspraxis der Hochschullehrer.¹³⁶

1952 und 1955 veranstaltete das Staatssekretariat für Hochschulwesen zwei zentrale Hochschulkonferenzen, die sich schwerpunktmäßig der Erziehung der Studenten durch die Fachprofessoren widmeten. 1952 hielt der Berliner Pädagogik-Professor Wilhelm Deiters eines der Referate über den „Erziehungsauftrag des Hochschullehrers“.¹³⁷

Im Anschluss an die Staatskrise nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 wurden die Bemühungen, um die Indienststellung der Professoren für die politische Erziehung im Sinne des Staates jedoch zurückgefahren. Die SED konzentrierte sich fortan stärker auf den Ausbau und die Effektivierung ihrer Parteistrukturen an den Hochschulen.¹³⁸

¹³² Jessen 1999. S. 233. Dazu ausführlich: Richert 1967. S. 143–164.

¹³³ Ebenda. S. 234. Dazu auch Harig, Gerhard: Die Erziehung unserer Studierenden im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium. In: Das Hochschulwesen 2, 1954. S. 12–17.

¹³⁴ Jessen 1999. S. 234.

¹³⁵ Malycha 2003. S. 38.

¹³⁶ Jessen 1999. S. 232.

¹³⁷ Deiters 1953.

¹³⁸ Schulz 2010. S. 70–76.

Im Juni des Jahres 1955 fand in Leipzig die 2. Zentrale Hochschulkonferenz des Staatssekretariats statt. Die Forderungen des Hauptreferates von Staatssekretär Gerhard Harig sind dabei im Zusammenhang zu sehen mit dem Ende des „neuen Kurses“ im Anschluss an den 17. Juni und einer neuerlich forcierten sozialistischen Umgestaltung der DDR zu sehen. Harig stellt in seinem Hauptreferat ein „erhebliches Zurückbleiben der Universitäten“ gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen fest. Dieses Hintertreffen sei durch die mangelnde Wahrnehmung ihrer erzieherischen Funktion durch die Hochschullehrer begründet. Er forderte, dass die Erziehung „vielmehr zu einer Angelegenheit aller Dozierenden und Studierenden werden [muss]. Mir scheint sogar, daß zugleich auch der Erzieher selbst erzogen werden muss“.¹³⁹ Hochschullehrern, die Zweifel und Vorbehalte gegenüber erzieherischen Verpflichtungen äußerten, unterstellte Harig, dass sie dieses Verhalten aufgrund von „Nichtwollen“ oder „Nichtverstehenwollen“ der SED-Politik zeigten.¹⁴⁰ Rechtliche Folgen hatte Harigs flammender Appell jedoch nicht. Die angestrebte Einführung einer Disziplinarordnung für Hochschullehrer im selben Jahr kam nicht über die Entwurfsform hinaus.¹⁴¹ Der neuerliche Abbruch der Kampagne war ebenfalls durch den veränderten Kurs der SED-Führung nach dem XX. Parteitag der KPdSU bedingt.

Die Anstrengungen um eine Einbeziehung der Fachprofessoren in das Vorhaben der politischen Erziehung intensivierten sich als hochschulpolitische Antwort auf den durch die SED-Führung erzwungenen Abbruch der Reformdebatte 1957 und im Zusammenhang mit der darauf beginnenden Verfolgung der tatsächlichen und vermeintlichen Anhänger revisionistischer Auffassungen.¹⁴² Der neue Staatssekretär Wilhelm Girmus, der schon in früheren ideologischen Auseinandersetzungen seine Zuverlässigkeit bewiesen hatte¹⁴³, formulierte in seiner Antrittsrede im Rahmen einer Hochschulkonferenz unmissverständlich, dass eine lediglich „formale“ Loyalität der Hochschullehrer in der nun eingeläuteten Phase der Umgestaltung der Universitäten zu „sozialisti-

¹³⁹ Harig, Gerhard: Über die Verbesserung von Ausbildung und Erziehung unserer Studierenden. Rede auf der Zentralen Hochschulkonferenz. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 14.

¹⁴⁰ Ebenda. S. 42.

¹⁴¹ Anordnung über die disziplinarische Verantwortlichkeit der Hochschullehrer vom 26.11.1957. In: Gesetzblatt der DDR 9, 1957. S. 620–623.

¹⁴² Jessen 1999. S. 235.

¹⁴³ Vgl. seinen Beitrag in dem biografischen Lexikon „Wer war wer in der DDR?“, Kaulfuß, Jürgen; Barth, Bernd-Rainer: Wilhelm Girmus. In: Wer war in der DDR? <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=997> (14.08.2011).

schen Hochschulen“ nicht mehr ausreichte. Stattdessen sei offensive Parteinahme gefragt.¹⁴⁴

Im Gegensatz zu den Kampagnen der Jahre 1953 und 1955 fanden die Erziehungspflichten 1957 tatsächlich Eingang in das rechtlich verankerte Berufsbild des Hochschullehrers.¹⁴⁵ Die Disziplinarordnung für Hochschullehrer vom 8. Februar 1957 erwähnte Erziehung als eine der Lehre und Forschung gleichwertige Aufgabe.¹⁴⁶ Noch deutlicher war allerdings die „Verordnung über die Tätigkeit der wissenschaftlichen Assistenten und Oberassistenten“ vom November desselben Jahres¹⁴⁷. Danach besäßen die Assistenten und Oberassistenten eine „besonders hohe Verantwortung bei der sozialistischen Erziehung und Ausbildung“ der Studenten.¹⁴⁸ Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, sollte „eine moralisch einwandfreie Haltung und eine sich in der gesellschaftlichen Arbeit sowie im gesamten Verhalten ausdrückende Verbundenheit mit unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat“ Voraussetzung für die Einstellung als wissenschaftlicher Assistent sein.¹⁴⁹ Den Assistenten und Oberassistenten wurde parallel ein zusätzliches Studium in Marxismus-Leninismus verordnet.¹⁵⁰

Mit den Kampagnen 1955 und 1957 waren auch jeweils konkrete Eingriffe in die Organisations- und Entscheidungsstrukturen der Hochschulen verbunden. Die Fachrichtungen sollten zunächst die für Erziehung der Studenten maßgeblich verantwortliche Struktureinheit seien. Neben ihren herkömmlichen Aufgaben sollten diese sich fortan auch „Fragen der wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Erziehung der Studenten“ widmen, den „wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklungsstand der Studenten“ analy-

¹⁴⁴ Girnus, Wilhelm: Zur Idee der sozialistischen Hochschule. Rede auf der Rektorenkonferenz am 14. Juni. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 289–320. zit. Jessen 1999. S. 234.

¹⁴⁵ Jessen 1999. S. 234.

¹⁴⁶ Anordnung über die disziplinarische Verantwortlichkeit der Hochschullehrer 1957.

¹⁴⁷ Anordnung über die Tätigkeit der wissenschaftlichen Assistenten und Oberassistenten an den Universitäten und Hochschulen vom 26. November 1957. Assistentenverordnung. In: Gesetzblatt der DDR 9, 1957. S. 620–623; Resolution der Zentralen Hochschulkonferenz. Verbesserung der Ausbildung und Erziehung der Studierenden an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 99–100.

¹⁴⁸ Anordnung über die Tätigkeit der wissenschaftlichen Assistenten und Oberassistenten an den Universitäten und Hochschulen vom 26. November 1957. In: Gesetzblatt der DDR 9, 1957. S. 620.

¹⁴⁹ Ebenda. S. 621.

¹⁵⁰ Jessen 1999. S. 236.

sieren und kontrollieren und eng mit den Seminargruppenssekretären zusammenarbeiten.¹⁵¹

Im Jahr 1957, zum Zeitpunkt der neuerlichen Offensive zur Durchsetzung des Erziehungsauftrages, erläuterte der Stellvertreter des Staatssekretärs, der ehemalige kommunistische Spitzenfunktionär Franz Dahlem, die „gegenwärtigen Hauptaufgaben im Hochschulwesen“¹⁵². Zur „Unterstützung des Lehrkörpers“ sollte das Prorektorat für Studentenangelegenheiten seine Arbeitsweise umstellen. Der „Leitung der kulturell-erzieherischen Arbeit“, die in der Durchführungsverordnung von 1951 ebenfalls als Aufgabe des Prorektorats genannt wurden, seien die Prorektoren nicht nachgekommen.¹⁵³ Die „politisch-ideologische Arbeit“ sollte nun jedoch fortan im Vordergrund stehen. Dafür trage der Prorektor die volle Verantwortung für die „politisch-ideologische und moralische Erziehung der Studenten“ und der „Durchführung einer konsequenten sozialistischen Kaderpolitik unter den Studierenden“¹⁵⁴. Die am 8. April 1957 erlassene „Verordnung zur Umbildung der Prorektorate für Studentenangelegenheiten [...] in Prorektorate für Studienangelegenheiten“¹⁵⁵ fixierte diese Aufgabenverschiebung rechtlich. Undeutlich wird darin allerdings nur von der „Unterstützung“ des Lehrkörpers gesprochen. Eine Weisungskompetenz gegenüber den unteren Ebenen der universitären Entscheidungshierarchien erhielt der Prorektor damit aber nicht.¹⁵⁶

Deutlicher wurden die Kompetenzen des Prorektorats für wissenschaftlichen Nachwuchs formuliert, das Prorektorat entstand am selben Tag per Verordnung durch die Umbildung des Prorektorats für wissenschaftliche Aspirantur.¹⁵⁷ Hinter der Einführung der wissenschaftlichen Aspirantur im Zuge der 2. Hochschulreform stand Absicht, die traditionellen Rekrutierungswege des akademischen Nachwuchses abzuschneiden.¹⁵⁸ Die Versuche scheiterten je-

¹⁵¹ Anordnung über die Tätigkeit der wissenschaftlichen Assistenten und Oberassistenten.. S. 100.

¹⁵² Dahlem, Franz: Zur Fragen der sozialistischen Erziehung und der Verbundenheit der Studenten mit dem Kampf um den sozialistischen Aufbau in der DDR. Die gegenwärtigen Hauptaufgaben im Hochschulwesen. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 152–158.

¹⁵³ Ebenda. S. 157.

¹⁵⁴ Ebenda. S. 153

¹⁵⁵ Anweisung Nr. 97 über die Umbildung der Prorektorate für Studentenangelegenheiten an den Universitäten und Hochschulen in Prorektorate für Studienangelegenheiten vom 8. April 1957. In: Hoch- und Fachschulrecht. Berlin 1963. S. 898–900.

¹⁵⁶ Ebenda. S. 898.

¹⁵⁷ Ebenda. S. 898,

¹⁵⁸ Jessen 1999. S. 52ff.

doch am Widerstand der Hochschullehrerschaft, die Aspirantur wurde im Laufe der Fünfziger Jahre als Ausbildungsform wieder marginalisiert.¹⁵⁹ Mit der Umbildung des Prorektorates für wissenschaftliche Aspirantur wurde auf diesen Umstand reagiert und die Zuständigkeit des Prorektorates auf die Assistenten ausgeweitet. Anschließend kam dem Prorektor und nicht mehr den einzelnen Professoren die „Entscheidung, Kontrolle und Beratung in allen grundsätzlichen Fragen der Auswahl und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ zu. Die im Herbst des Jahres 1957 erlassene Assistentenverordnung machte deutlich, in welchem Sinne diese Kompetenzen genutzt werden sollte. Die neuen Kriterien an den wissenschaftlichen Nachwuchs führten zu regelrechten Säuberungen innerhalb der Assistentenschaft.¹⁶⁰

3.2.4. 3. Hochschulreform 1966–1969

Die Versuche der SED-Führung und des Staatssekretariats für Hochschulwesen mithilfe der Durchsetzung eines Erziehungsauftrags die Hochschullehrerschaft ideologisch zu vereinnahmen, führte in den Jahren 1957/58 regelrecht zu einer Fluchtwelle von Studenten und Dozenten in die Bundesrepublik. Infolgedessen sah sich die SED-Spitze genötigt, das Ausmaß ihrer Erziehungspropaganda wieder zu verringern. Bis zum Mauerbau wurden wieder die Stimmen einflussreicher, die eine taktisch bedingte Rücksichtnahme gegenüber der „Intelligenz“ forderten.¹⁶¹

Eine neuerliche Erziehungskampagne löste die später als „Kahlschlagplenum“¹⁶² bezeichnete 11. Tagung des ZK der SED im Dezember 1965 aus. Im Rahmen der Tagung wurde auch das sich häufende Missverhalten der Studenten während der alljährlich im September stattfindenden studentischen Ernteeinsätze zum Thema. Schuldig für diese „Erscheinungen des politisch-moralischen Versagens“ sei die mangelnde Wahrnehmung ihrer erzieherischen Aufgaben durch die Hochschullehrerschaft.¹⁶³

Die nun losgetretene massive Kampagne zur tatsächlichen Implementierung des Erziehungsauftrags beeinflusste auch ein wenige Monate später veröf-

¹⁵⁹ Jessen 1999, S. 52ff.

¹⁶⁰ Ebenda..S. 95ff.

¹⁶¹ Ebenda. S. 238.

¹⁶² Kloth, Nikola: Das 11. Plenum – Wirtschafts- oder Kulturplenum? In: Agde, Günther (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Berlin 1991. S. 65.

¹⁶³ Jessen 1999, S. 239.

fentlichtes Thesenpapier des Staatssekretariats, das die Richtung der in den folgenden Jahren folgenden tiefgreifenden Universitätsreformen vorgab. Das veröffentlichte Thesenpapier mit dem Namen „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung in der deutschen Demokratischen Republik“ wurde in einer ersten Fassung im Januar 1966 und in einer zweiten Fassung im Oktober desselben Jahres veröffentlicht.¹⁶⁴ In dem Dokument wurden vier Kernpunkte benannt, an denen eine Universitätsreform ansetzen sollte. Erster Punkt war die „Ausbildung und Erziehung“ der Studenten, in dem eine Verbesserung der ideologischen Erziehung angemahnt und eine zukünftige Gliederung des Studiums in Grund-, Fach-, Spezial- und Forschungsstudium skizziert wird. Der zweite Paragraph war Forschungsfragen gewidmet. Im dritten Punkt wurde die Notwendigkeit von wissenschaftlichen Schwerpunktbildungen an bestimmten Universitäten, die sogenannte Profilierung angemahnt. Der vierte Passus beschäftigte sich mit Fragen der zukünftigen Organisationsstruktur der Universitäten. Zur Sicherung der „Einheit von Lehre, Erziehung und Forschung“ sollte eine „überschaubare“ und „sachgerechte“ Leitungsebene geschaffen werden, die Sektion. Im Folgenden interessieren der erste und der vierte Punkt.¹⁶⁵

Im Zuge der 3. Hochschulreform 1968 wurden an allen Universitäten neue Leitungs- und Entscheidungsstrukturen eingeführt. Ziel dieser „Verfassungsreform“ war die Durchsetzung des Prinzips des Demokratischen Zentralismus an den Universitäten.¹⁶⁶ Die Stellung des Rektors wurde dadurch einerseits gegenüber dem Senat und den Prorektoren gestärkt, andererseits war der Rektor nun aber direkt dem Staatssekretär als Dienstvorgesetzten unterstellt und rechenschaftspflichtig.¹⁶⁷ Die Verantwortlichkeit der Prorektoren sollte sich im Folgenden nur noch auf eng umrissene Aufgabengebiete erstrecken. Der Großteil der Aufgaben, die zuvor einem der vier Prorektoren zur Leitung übergeben waren, sollte nun durch Direktoratate erledigt werden.¹⁶⁸ So auch das Direktorat für Erziehung und Ausbildung, das sich nun vornehmlich, nicht nur als eine von vielen Aufgaben, der Persönlichkeitsbeeinflussung der Studentenschaft widmete.¹⁶⁹ Die neugeschaffenen Direktoratate sollten reine „Funktional-

¹⁶⁴ Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. In: Rühle, Otto (Hrsg.): Idee und Gestalt der deutschen Universität. Tradition und Aufgabe. Berlin 1966. S. 313–317.

¹⁶⁵ zum Ablauf der Reformdiskussionen: Schulz 2010. S. 129–133.

¹⁶⁶ Schulz 2010. S. 194.

¹⁶⁷ Ebenda.

¹⁶⁸ Ebenda.

¹⁶⁹ Ebenda. S. 195.

organe“ sein und außerhalb eines sehr eng gefassten Rahmens keine Entscheidungsbefugnisse besitzen. Die Direktoren waren dem Rektor direkt unterstellt, rechenschafts- und weisungspflichtig. Begründet wurde dieser Eingriff in die Verfassung der Universitäten einerseits durch „technokratisch-sachliche“ und „politisch-ideologische Gründe“.¹⁷⁰ Die Verschiebung der Aufgaben von den Prorektoraten zu den Direktoraten sollte zu einer Professionalisierung der Leitungsarbeit führen. Im Gegensatz zu den Prorektoren sollten die Direktoren „hauptamtliche Wissenschaftsorganisatoren“ sein.¹⁷¹

Das zuvor höchste universitäre kollektive Entscheidungsgremium, der Senat, existierte nach der 3. Hochschulreform nicht mehr. An seine Stelle traten ein „wissenschaftlicher“ und ein „gesellschaftlicher Rat“, die im Sinne des demokratischen Zentralismus lediglich die Funktion besaßen, den Rektor in seiner Entscheidungsfindung zu unterstützen.¹⁷² Der „gesellschaftliche Rat“, der Empfehlungen zu grundsätzlichen Fragen der Universitätsentwicklung abgeben sollte, setzte sich zur Hälfte aus Wissenschaftlern und zum anderen Teil aus wichtigen Persönlichkeiten der DDR-„Öffentlichkeit“ zusammen. Der „wissenschaftliche Rat“ war nun im Gegensatz zum Senat stark personell erweitert und sollte sich mit den Fragen der Wissenschaftsorganisation, Ausbildung und natürlich auch der politisch-ideologischen Erziehung beschäftigen.¹⁷³

Die traditionellen Fakultäten und Institute wurden aufgelöst. An ihre Stelle traten „Sektionen“, deren Direktoren dem Rektor der Universität direkt unterstellt waren.¹⁷⁴ Die nominelle Zerteilung zwischen für die Lehre zuständiger Fachrichtung und der für die Forschung verantwortlichen Institute sollte durch die Gründung der Sektionen aufgehoben werden.¹⁷⁵ Die Sektionen sollten Forschung, Lehre und Erziehung miteinander vereinigen. Der Sektionsdirektor war, dem Rektor vergleichbar, als Einzelleiter vorgesehen. Als beratendes Gremium sollte ein Sektionsrat fungieren, dem neben den Sektionsangehörigen auch Vertreter der „Vertragspartner“ angehörten.¹⁷⁶

Entscheidend für die Entwicklung der Erziehungsorganisation war allerdings, dass auch der Sektionsdirektor gewisse Aufgaben Stellvertretern über-

¹⁷⁰ Schulze 2010. S. 195.

¹⁷¹ Ebenda. S. 195.

¹⁷² Ebenda. S. 199.

¹⁷³ Zur Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Rats im Einzelnen Ebenda. S. 205.

¹⁷⁴ Ebenda. S. 217.

¹⁷⁵ Prinzipien 1966. S. 316.

¹⁷⁶ In Rostock wurde eine Rahmenordnung für alle Sektionen erlassen. UAR SGE 20: Arbeitsordnung der Sektion Geschichte der Universität Rostock.

trug. Neben einem Stellvertreter für Forschung besaß jede Sektion auch einen stellvertretenden Direktor für Erziehung und Ausbildung. Die Sektionen waren dementsprechend dreifach differenziert, in Fachgruppen, Forschungsgruppen und Ausbildungsgruppen. In den Ausbildungsgruppen wurden die jeweils in den verschiedenen Ausbildungsphasen Lehrenden zusammengefasst. Sie waren dem Stellvertreter für Ausbildung und Erziehung ebenso unterstellt wie die nun obligatorischen Seminarbetreuer.¹⁷⁷

Auch an den Erziehungsauftrag der Hochschullehrer setzten die Reformen ein neuerliches Mal an. In §1 der 1968 erlassenen Hochschullehrerberufungsverordnung wurde den Hochschullehrern nicht nur ganz allgemein die Aufgabe übertragen, „hochqualifizierte sozialistische Persönlichkeiten heranzubilden“, sondern von ihnen wurde auch ganz konkret als Voraussetzung für den Erwerb einer Lehrerausbildung der Nachweis für die „die Fähigkeit des Bewerbers zur Festigung und Entwicklung des sozialistischen Staatsbewußtseins der Studenten“ gefordert.¹⁷⁸ Im Gegensatz zu den Reformen ein Jahrzehnt zuvor wurde der Erziehungsauftrag der Hochschullehrer nicht nur rechtlich verankert, sondern auch darüber hinaus in die Mechanismen zur Rekrutierung der Hochschullehrerschaft integriert. Um an einer Universität lehren zu können, bedurften die Hochschullehrer eine „Facultas docendi“, eine Lehrerausbildung, die die Hochschullehrer nach Prüfung durch den gesellschaftlichen Rat erhielten. Der dazu eingereichte Lebenslauf sollte besonders auf „gesellschaftspolitische Aktivitäten eingehen“, im Zweifelsfall konnte eine Lehrprobe angesetzt werden.¹⁷⁹

¹⁷⁷ UAR SGE 20: Arbeitsordnung der Sektion Geschichte der Universität Rostock.

¹⁷⁸ Verordnung über die Berufung und Stellung der Hochschullehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen. Vom 6. November 1968. In: Gesetzblatt der DDR 20, 1968. S. 999.

¹⁷⁹ Ebenda. S. 999.

4. Ziele, Inhalte, Methoden, Theorie und Organisation der Erziehung an den DDR-Universitäten

In diesem Teil sollen verschiedene Aspekte des Erziehungsauftrages der Universitäten näher beleuchtet werden. Zunächst wird es dabei um die Frage gehen, welche Ziele für die Erziehung an der Universität von politischer Seite gegeben wurden. Zweitens werden diejenigen Strukturen, Einrichtungen, Sozialformen und Handlungsweisen dargestellt, die in der Debatte über die Erziehung an der Universität als Methoden der Erziehung besprochen wurden. Danach soll drittens die Frage nach einer Theorie der Erziehung hinter den politischen Maßnahmen und Verordnungen und der Reflexion der Erziehungspraxis gestellt werden. Viertens und letztens soll beleuchtet werden, welche Aussagen die Artikel im Hochschulwesen über die Organisation der Erziehung an der Universität getroffen wurden.

Die Länge dieses Teils der Arbeit ist durch eine Forschungslücke begründet, die in diesem Bereich bis heute besteht. Zwar ist in der DDR eine systematische „Einführung in die Hochschulpädagogik“¹⁸⁰ erschienen, allerdings in den 1980er Jahren. Über den Diskurs über die universitäre Erziehung in den 1950er und 1960er Jahren ist diese Schrift daher nur bedingt aussagekräftig. Eine genetisch-kritische Untersuchung über den Entstehung und Entwicklung der hochschulpädagogischen Theorie existiert bisher nicht.¹⁸¹ Die Arbeit nähert sich daher dem Diskurs über Erziehung vorwiegend über Gesetzestexte, richtungweisende Reden der Hochschulkonferenzen und vor allem dem affirmativen Diskurs in der Zeitschrift „Das Hochschulwesen“, dem Verlautbarungsorgan des Ministeriums für Hochschulwesen.

4.1. Erziehungsziele für die Universitäten

In den ersten Jahren nach der Gründung der DDR hielt sich sowohl die SED-Führung als auch das Staatssekretariat für Hochschulwesen mit einer genauen

¹⁸⁰ Knöchel, Werner (Hrsg.): Einführung in die Hochschulpädagogik. Grundlagen und Aufgaben der kommunistischen Erziehung an den Hochschulen der DDR. Berlin 1984.

¹⁸¹ Jan Hendrik Olbertz beschäftigte sich 1997 vor allem mit der DDR-Hochschulpädagogik in siebziger und achtziger Jahren, weniger mit ihren Frühzeit und ihren Theorien. Olbertz, Jan-Hendrik: Hochschulpädagogik. Hintergründe eines "Transformationsverzichts". In: Kell, Adolf (Hrsg.): Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern. Weinheim 1997. S. 255–259.

Bestimmung der Ziele der universitären Erziehung zurück.¹⁸² Erst nach der 2. Parteikonferenz der SED 1952 wurde ein gesellschaftspolitisches Anforderungsprofil an die zukünftigen Absolventen der Universitäten formuliert. In der Entschließung der ersten vom Staatssekretariat für Hochschulwesen veranstalteten Hochschulkonferenz 1952 wurden „Spezialisten mit hohem demokratischen Staatsbewußtsein“ gefordert, die „aktive Erbauer des Sozialismus“ und bereit sein sollten, die DDR „mit der Waffe in der Hand“ zu verteidigen.¹⁸³

Die Spezifika der späteren Tätigkeiten der Absolventen des höchsten Bildungsganges wurden erst drei Jahre später in die Anforderungen für die späteren Hochschulabsolventen miteinbezogen. Das Ergebnis universitärer Ausbildung und Erziehung sollte die Schaffung einer neuen „Intelligenz“¹⁸⁴ sein, deren Mitglieder als „Kader des Staatsapparates, der Wirtschaft und der Kultur“ eine „gewaltige Rolle“ im Staatsverständnis der SED zugeordnet war.¹⁸⁵ Im ersten Jahrzehnt nach der Gründung der DDR sollten die Absolventen der Hochschulen vor allem über ein ausgeprägtes Wissen verfügen, dieses in ihren späteren Berufen anwenden können und eine loyale Haltung gegenüber dem SED-Staat zeigen.

Seit den frühen 1960er Jahren wurde von den Bildungspolitikern dagegen stärker die Fähigkeit zum selbstständigen wissenschaftlichen Denken betont.¹⁸⁶ Den Universitäten und Hochschulen sollte die Aufgabe zukommen, „solche Kader herauszubilden und zu erziehen, die im Stande sind, schon während des Studiums selbständig und verantwortungsbewußt zu denken und schöpferisch

¹⁸² Ulbricht, Walter: Der Fünfjahrplan und die Perspektive der Volkswirtschaft. In: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 1: 1.–3. Verhandlungstag. Berlin 1951. S. 396–397. auch: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Bd. 3. Berlin 1952. S. 357.

¹⁸³ Entschließung der zentralen Hochschulkonferenz vom 19/20. September 1952. In: Zentrale Hochschulkonferenz am 19/20.09.1952. Berlin 1952. S. 58–59.

¹⁸⁴ zum Begriff der Intelligenz Voigt, Dieter; Meck, Sabine: Intelligenz. In: Eppelmann, Rainer; Buchstab, Günter (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Band 1: A -M. Paderborn [u.a.] 1996. S. 412–414. Sehr ausführlich dazu auch Kowalczyk 2003. S. 25–76.

¹⁸⁵ Das Erziehungsziel wurde vom Staatssekretär für Hochschulwesen auf der 2. Hochschulkonferenz formuliert. Harig 1955. S. 16–17.

¹⁸⁶ unbestreitbar steht diese Nuancierung im Zusammenhang mit der gewandelten Wirtschaftspolitik des sogenannten Neuen Ökonomischen Systems (NÖS). generell zum Einfluss der NÖS auf die Universitäten: Schulz 2010. S. 111–117.

und wissenschaftlich zu handeln [...] um die auf sie zukommenden immer größer werdenden Aufgaben in der Praxis meistern zu können.“¹⁸⁷

Parallel dazu sollten die Hochschulabsolventen nicht nur die Ideologie der Staatspartei verinnerlichen, sondern gleichzeitig eine Reihe weiterer moralischer Haltungen entwickeln, die eine Richtschnur für ihre spätere Führungstätigkeit sein sollten: „Denn das Studium verlangt nicht nur den Erwerb von hohen fachlichen Kenntnissen, sondern auch hohe moralische Eigenschaften, die sich besonders in der Einstellung zur Arbeit und zur sozialistischen Gesellschaft ausdrücken.“¹⁸⁸

Zusammenfassend lässt sich jedoch eine hohe Kontinuität der von den Hochschulabsolventen geforderten Eigenschaften in den einzelnen Verordnungen, Konferenzresolutionen und -referaten von 1950-1970 feststellen. Dabei machte auch die stark in die traditionellen Strukturen der Hochschulen einschneidenden Bestimmungen der 3. Hochschulreform keine Ausnahme. Aufgabe der Universitäten sei es,

für die sozialistische Gesellschaft Hochschulabsolventen auf hohem wissenschaftlichen und politischen Niveau auszubilden und zu erziehen, die fähig und bereit sind, am sozialistischen Aufbau aktiv teilzunehmen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, wissenschaftlich-schöpferisch zu arbeiten, gegen Mittelmaß und für wissenschaftliche Pionierleistungen zu kämpfen und ihr sozialistisches Vaterland, die Deutsche Demokratische Republik, zu verteidigen.¹⁸⁹

4.2. Erziehungsmittel

In den allgemein verbindlichen Verordnungen und Anweisungen sind die Beschreibung der Motive und die Verknüpfung mit anderen Maßnahmen mit Erziehungsanspruch rar, ausführlich hingegen sind schon die Redetexte der verschiedenen Hochschulkonferenzen. Diese besaßen für die Universitäten einen deutlich anleitenden Charakter. Sie hoben zwar immer wieder die Wichtigkeit der universitären Erziehung hervor, benannten jedoch nur wenig und dabei sehr plakativ bestimmte Erziehungsmittel und blieben dadurch unkonkret. Die als Organ des staatlich regulierten Diskurses über Hochschulfragen gegründete Zeitschrift „Das Hochschulwesen“ schafft in den dort zu Fragen

¹⁸⁷ Dahlem, Franz: Neue Qualität in Erziehung und Ausbildung anstreben. In: Das Hochschulwesen 8, 1961. S. 391–392.

¹⁸⁸ Ulbricht, Walter: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 3: Berlin 1963. S. 214.

¹⁸⁹ Berufungsverordnung 1968. S. 997–1003.

der Hochschulerziehung veröffentlichten Beiträgen ebenfalls kein getreues Bild über die tatsächlich angewandten Erziehungsmittel. Die dort veröffentlichen Autoren berichteten – ganz im Sinne der DDR-Pädagogik – „Erfahrungen aus der Praxis“ und stellten vermeintliche Erfolgsmethoden bei der Erziehung der Studenten vor, die aber keineswegs an jeder Hochschule umgesetzt wurden oder mit denselben Motiven betrieben wurden.¹⁹⁰

Für eine Systematisierung der vielgestaltigen Organisationsformen, Strukturen oder Handlungserwartungen, die dem Zweck der Beeinflussung der Persönlichkeit der Studenten dient, ist die Einteilung der Erziehungsbemühungen im organisatorischen Rahmen der Lehrveranstaltungen und außerhalb des Unterrichts ganz grundlegend.¹⁹¹

Durch die 2. Hochschulreform wurde jedoch die Belegung der marxistisch-leninistische Parteiideologie vermittelnder Lehrveranstaltungen für jeden Studenten verpflichtend.¹⁹² Die Studenten sollten die im Unterricht vermittelten theoretischen Grundlagen und ideologischen Dogmen in ihre eigene Weltanschauung übernehmen. Es sollten nicht nur Kenntnisse erworben werden, sondern diese gleichzeitig als Überzeugungen verinnerlicht werden.¹⁹³ Die Erkenntnis, dass es durch ideologische Wissensvermittlung keineswegs zuverlässig zur Heranbildung von „Erbauern des Sozialismus“ mit dem richtigen Bewusstsein kam, führte zu Ernüchterung und den periodisch immer wieder erhobenen Forderungen nach einer besseren Lehrmethodik und einem engagierterem Auftreten der Marxismus-Leninismus-Dozenten.¹⁹⁴

¹⁹⁰ Zum Beispiel wird mehrfach von der Einführung von Elternabenden berichtet, dies war jedoch keineswegs an allen Universitäten so üblich. Lang, Lothar: Elternhaus und Hochschule arbeiten zusammen. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 513; Hartke, Werner: Elternhaus, Hochschule und Organisation – ein einheitlicher Erziehungsfaktor. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 313–315.

¹⁹¹ siehe Abbildung 1.1. im Anhang. S. 161.

¹⁹² Fünfte Durchführungbestimmung vom 4. August 1951 zur Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens. Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium an den Universitäten und Hochschulen. In: Gesetzblatt der DDR 3, 1951. S. 727–728. Zur Erziehung im Akademischen Unterricht: siehe auch Abbildung 1.2. S. 162.

¹⁹³ Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium 1951.

¹⁹⁴ Besonders: Harig 1954. Auch insgesamt liegt der Fokus der im Jahr 1954 in der Zeitschrift das Hochschulwesen veröffentlichten Artikel zum Stichwort „Erziehung“ ganz deutlich auf dem gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium. Knepler, Georg: Einige konkrete Vorschläge zur Erziehungsarbeit. In: Das Hochschulwesen 1, 1953. S. 16–18; Fabert, Hans: Für eine bessere Erziehungsarbeit im Grundstudium. In: Das Hochschulwesen 6, 1955. S. 59–63.

Auch die sich in den 1950ern intensivierenden Bemühungen das Fachstudium, besonders das der geisteswissenschaftlichen Fächer¹⁹⁵, auf die Basis des dialektischen¹⁹⁶ und des historischen Materialismus¹⁹⁷ zu stellen, fußte auf demselben Verständnis von Erziehung. Die immer stärker eingeforderte Deutungshoheit der Parteideologie gipfelte im V. Parteitag, auf dem der Marxismus-Leninismus zur einzig wissenschaftlichen Weltanschauung erklärt wurde¹⁹⁸. So wurde gerechtfertigt, dass auch Forschungsthemen, Studienpläne und sogar die generelle Fachsystematik ideologiekonform ausgerichtet wurden. Darin zeigt sich eine Auffassung von Erziehung als Erwerb gewünschter Einstellungen und Überzeugung durch die Vorauswahl der Bildungsinhalte und Studienlenkung.

Die im Gefolge der 2. Hochschulreform verbindlich gewordene organisatorische Zusammenfassung aller Studenten in Seminargruppen war eine strukturelle Bedingung für alle Erziehungsbestrebungen in den Lehrveranstaltungen. In der Konsequenz wurde gezielte, dauerhafte Einwirkung auf die Persönlichkeit der Studenten überhaupt erst möglich. Auch der steigende Anteil von Seminaren und Übungen, Lehrveranstaltungen¹⁹⁹ die im organisatorischen Rahmen der Seminargruppe durchgeführt wurden, bedeutete eine Ausweitung der Möglichkeiten für erzieherische Ambitionen.

Wie oben angedeutet wurde in der Debatte im „Hochschulwesen“ schon nach kurzer Zeit die Unzulänglichkeit einer Erziehung durch ideologische Bildung von höchster Stelle beklagt und nach den Ursachen der mangelnden

¹⁹⁵ Relativ früh und sehr vehement wurde das für die Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft gefordert. Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluss des Politbüros vom 5. Juli 1955. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 6. Berlin 1958. S. 337–368.

¹⁹⁶ Verstanden als Wissenschaft über die „allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetze der Natur, der Gesellschaft und des Denken. Kleines politisches Wörterbuch, zit. nach Ploenus 2007. S. 39.

¹⁹⁷ „Geschichtsphilosophie des Marxismus-Leninismus, in der die Geschichte in spekulativ verwendeten ökonomischen Kategorien, als ein sich in Klassenkämpfen dialektisch entwickelnder Prozess beschrieben wird, der auf das Endziel der klassenlosen Gesellschaft ausgerichtet sein soll“ Gessmann, Martin: Materialismus, historischer. In: Gessmann, Martin (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch. Stuttgart 2009. S. 314–315.

¹⁹⁸ Entschließung der 3. Hochschulkonferenz der SED über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen beim Aufbau des Sozialismus in der DDR. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 7. Berlin 1961. S. 32.

¹⁹⁹ Neubert 1955. S. 17.

„Wirksamkeit“ gefragt.²⁰⁰ Diese führte einerseits zur Forderung nach einer besseren Lehrmethodik für die gesellschaftswissenschaftlichen Pflichtfächer²⁰¹, steht aber gleichfalls im Zusammenhang mit der Ausweitung des Erziehungsanspruches an alle Hochschullehrer.²⁰² In der konkreten Interaktion zwischen Studenten und Hochschullehrern ihres Fachstudiums wurden besonders zwei Erziehungsmittel als „wirksam“ erachtet und von den Hochschullehrern gefordert. Dies war einerseits die Persönlichkeit des Hochschullehrers, die als „Vorbild“ auf die Studenten einwirken sollte.²⁰³ Erziehung sollte in diesem Denken nicht vorrangig durch bewusstes erzieherisches Handeln, sondern in erster Linie als Konsequenz der Überzeugungen der Hochschullehrer wirken. Eigene Weltanschauung und konkretes erzieherisches Handeln werden dabei in engsten Zusammenhang gesetzt. Der Hochschullehrer erzog, weil er selbst das Sendungsbewusstsein der Ideologie verinnerlicht hatte.²⁰⁴ Ebenso wurde auch im Fachstudium eine verbesserte Unterrichtsmethodik gefordert, was in diesem Fall die Bereitschaft meint, in Vorlesungen zu aktuellen politischen Fragen getreu der Parteilinie Stellung zu beziehen und die Inhalte des Fachstudiums immer wieder mit Versatzstücken der Ideologie zu ergänzen. Dieses Vorgehen wurde als „Aktualisierung des Stoffes und dessen Vertiefung im Sinne unserer fortschrittlichen Ideologie“²⁰⁵ bezeichnet.²⁰⁶

In der Systematik der marxistisch-leninistischen Pädagogik dieser Jahre war es also vor allem die Methode der „Überzeugung“²⁰⁷, durch die die Hoch-

²⁰⁰ Harig 1954.

²⁰¹ Harig 1954. S. 16; Kursitz, Heinz: Wie steht es mit der Erziehungsarbeit an den Arbeiter- und Bauern-Fakultäten? In: Das Hochschulwesen 2, 1954. S. 18–22.

²⁰² Harig 1955; Tännigkeit, Roderich: Erziehungsfragen an der Arbeiter- und Bauernfakultät. In: Das Hochschulwesen 2, 1954. S. 17–20.

²⁰³ Harig 1954.

²⁰⁴ Deiters 1953. S. 3; Tännigkeit 1954; Diskussionsbeiträge auf der Zentralen Hochschulkonferenz 1955. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 71–97; auch Findeisen, Otto: Die FDJ. Stärkster Helfer bei der Erziehungsarbeit. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 68–71.

²⁰⁵ Harig 1955. S. 27–33.

²⁰⁶ Gleichzeitig gab es auch Ansätze zu einer allgemeinen Hochschuldidaktik. Donath, Friedrich: Brauchen wir einen Hochschuldidaktik bei der Verbesserung der Erziehungsarbeit? In: Das Hochschulwesen 8, 1956. S. 17–18.

²⁰⁷ „In der marxistisch-leninistischen Pädagogik werden häufig lediglich die Methoden der sittlichen Erziehung nach Methoden des Überzeugens (bzw. der Herausbildung des sittlichen Bewußtseins), des Übens (bzw. der Herausbildung sittlicher Erfahrungen und Verhaltensweisen) und der pädagogischen Stimulierung (bzw. des Lobens, Hemmens und Strafens) systematisiert.“ Art. Methoden der Erziehung. In: Laabs, Hans-Joachim (Hrsg.): Pädagogisches Wörterbuch. Berlin 1987. S. 254.

schullehrer auf die Studenten einwirken sollten. Seit dem Beginn der 1960er wurde von den Hochschullehrern verstärkt gefordert, dass die Studenten im Rahmen des universitären Unterrichts ihre Einstellungen „üben“, sich zum Beispiel während ihrer Praktika „bewähren“, sollten. Der gestiegene Stellenwert sogenannter Arbeitszirkel zeugt davon. Dieses „Üben“²⁰⁸ bezog sich in erster Linie auf den Bereich des Fähigkeitenerwerbs, bei der Verbindung der Studienaufgaben mit der „Praxis“ im Rahmen des „wissenschaftlich-produktiven Studiums“²⁰⁹ sollten gleichzeitige moralische Eigenschaften entwickelt werden, in diesem Fall jedoch im Sinne einer ideologisch überhöhten „Liebe zur Arbeit“ und dem „Einsatz für das als richtig Erkannte“²¹⁰.

Die Persönlichkeitsbildung im Sinne der durch die Partei formulierten Erziehung hatte jedoch nicht nur in den Lehrveranstaltungen, sondern auch außerhalb zu erfolgen. Einteilen lässt sich dieser Bereich der universitären Erziehung in die Kollektiverziehung innerhalb der Seminar- und FDJ-Gruppen und die Einwirkung, die die Hochschullehrer außerhalb ihrer Lehrveranstaltungen auf die Persönlichkeit der Studenten ausüben sollen.

Die strukturelle Bedingung für die Kollektiverziehung ist wiederum die verpflichtende Erfassung der Studenten in Seminargruppen. In der Anweisung Nr. 26 aus dem Jahr 1952 heißt es, dass die Seminargruppen „jeden Studenten zu einem Kämpfer für die Einheit unseres Vaterlandes erziehen [sollen], zu einem aufrechten Patrioten, der bereit ist, an der Seite der Arbeiterklasse die Errungenschaften der Werktätigen zu verteidigen“.²¹¹ Die tatsächlichen Aufgaben der Seminargruppen bezogen sich aber zunächst auf die Einhaltung einer bestimmten Studiendisziplin und der Kontrolle des Selbststudiums. Die Studenten einer Seminargruppe sollten einander durch „Kritik und Selbstkritik“ zur „bewußten Einhaltung der Studiendisziplin und zur Achtung und Ehrerbietung gegenüber ihren Lehrern“ erziehen²¹².

²⁰⁸ Art. Methoden der Erziehung 1987. S. 254.

²⁰⁹ Das „wissenschaftlich-produktive Studium“ wurde als Ziel der 3. Hochschulreform ausgegeben und dort auch definiert. Die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975 vom 3. April 1970. In: Gesetzblatt der DDR 21, 1969. S. 5–19; Gießmann, Ernst-Joachim: Die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen im einheitlichen Bildungssystem der sozialistischen Gesellschaft. Referat auf der IV. Hochschulkonferenz. In: Die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen im einheitlichen Bildungssystem der sozialistischen Gesellschaft. IV. Hochschulkonferenz 2. und 3. Februar 1967. Berlin 1967. S. 7–72.

²¹⁰ Gießmann 1967. S. 8–9.

²¹¹ Bildung und Aufgaben von Seminargruppen 1952. S. 70

²¹² Ebenda. S. 70.

Während die FDJ-Gruppen ihrer Selbstorganisation überlassen blieben,²¹³ sollten die Seminargruppen in engem Kontakt mit den Hochschullehrern stehen. In der Anweisung aus dem Jahr 1952 sind die Aufgaben der Hochschullehrer gegenüber der Seminargruppe dabei jedoch auf die „fachliche Anleitung“²¹⁴ beschränkt. Zudem sollten sie den Studenten in regelmäßig stattfindenden Konsultationen Rückmeldung über ihre Leistung geben. Eine erzieherische Funktion im Sinne der Prägung von Eigenschaften, Einstellungen und Überzeugungen wurde den Hochschullehrern in der Verordnung nicht zugemessen. Obwohl es schon seit der Mitte der 1950er Jahre immer wieder an verschiedenen Hochschulen Versuche gab, den Seminargruppen bestimmte Betreuer zur Seite zu stellen, gab es dazu lange keine für alle Studiengänge verpflichtende Regelung. Eine durch Hochschullehrer gelenkte und überwachte Kollektiverziehung, wie sie in der Schule der DDR gefordert war²¹⁵, erfolgte daher an den Universitäten lange nicht.

Neben ihrer Zusammenarbeit mit den Seminargruppen wurden von den Hochschullehrern gefordert, auch abseits des Unterrichts ein Vorbild für die Studenten sein²¹⁶ und auch die Teilnahme an akademischen Feiern²¹⁷ oder den gemeinsamen Besuch von Kulturveranstaltung erzieherisch zu nutzen. Direkte Verbindlichkeit hatten diese Forderungen jedoch nicht.²¹⁸

Neben der Kollektiverziehung unter den Studenten und dem sozialen Handeln der Hochschullehrer außerhalb ihrer Lehrveranstaltungen gab es noch eine Reihe weiterer Einrichtungen, die eine erzieherische Wirkung ausüben sollten. So sollte die Unterbringung der Studenten in Wohnheimen der Erziehung zum Leben im Kollektiv dienen, zugleich sollten die Wohnheime aber auch durch regelmäßige politische Veranstaltungen Stätten der Indoktrination

²¹³ Freilich streng hierarchisch nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus organisiert und auf die Ideologie der Marxismus-Leninismus verpflichtet. Hille, Barbara: Freie Deutsche Jugend. In: Eppelmann, Rainer; Buchstab, Günter (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Band 1: A -M. Paderborn [u.a.] 1996. S. 280–282

²¹⁴ Bildung und Aufgaben von Seminargruppen 1952. S. 71.

²¹⁵ Zum Beispiel Mannschatz, Eberhard: Beiträge zur Methodik der Kollektiverziehung. Berlin 1955.

²¹⁶ Deiters 1953. S. 3; dazu auch die Präambel der Disziplinarverordnung für Hochschullehrer. Anordnung über die disziplinarische Verantwortlichkeit der Hochschullehrer vom 26.11.1957. In: Gesetzblatt der DDR 9, 1957. S. 620–623.

²¹⁷ Deiters 1953. S. 4.

²¹⁸ Zur Außerunterrichtlichen Erziehung vgl. Abbildung 1.3. S. 163.

sein.²¹⁹ Gleichfalls wurde versucht, mittels Stimuli auf das Verhalten der Studenten einzuwirken. So war der Erhalt von Stipendien neben der Herkunft der Eltern auch vom Nachweis der Loyalität gegenüber der „Arbeiter- und Bauernmacht“ abhängig.²²⁰ Die Einführung einer Disziplinarordnung für Studierende 1954 sanktionierte Verstöße gegenüber der Studiendisziplin und „unmoralisches, ehrloses oder taktloses Verhalten gegenüber Angehörigen der Universität“²²¹ Neben Belohnung (Stipendien) und Strafe (Disziplinarverfahren), hatte auch die Teilnahme der Seminar-FDJ-Gruppen an Wettbewerben zur Persönlichkeitsformung beizutragen.²²²

Ein besonderer Stellenwert für die Persönlichkeitsformung der Studenten wurde den praktischen Erfahrungen zugemessen. Schon 1952 wurde für alle Studiengänge ein verpflichtendes Berufspraktikum eingeführt, dieses sollte der „engen Verbindung von Wissenschaft und Praxis dienen“²²³ Im Jahr 1957 wurde ein „praktisches Jahr“ für alle Studienbewerber eingeführt, die zuvor keinen Beruf erlernt hatten. In der Begründung der Verordnung heißt es: Das praktische Jahr ist in sozialistischen Produktionsbetrieben abzuleisten. Es soll die zukünftigen Studenten stärker mit der Arbeiterklasse verbinden, sie zu „hohem Verantwortungsbewußtsein gegenüber unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat erziehen und die Beziehungen zwischen den Hochschulen und sozialistischen Betrieben enger gestalten“.²²⁴ Ähnlich wurde auch in den Beiträgen des Hochschulwesens argumentiert. Der Rostocker Gesellschaftswissenschaftler Martin Polzin nannte die „sozialistische Praxis“ in einem 1957 erschienen Artikel „den besten Erzieher unser Jugend“.²²⁵ Polzin beschrieb in dem Artikel

²¹⁹ Dazu Polzin, Martin: Neue Wege zum sozialistischen Bewußtsein. Diskussion zur Hochschulkonferenz. In: Das Hochschulwesen 4, 1956. S. 5–8.

²²⁰ Verordnung über die Gewährung von Stipendien an Studierende der Universitäten und Hochschulen. Vom 3. Februar 1955. In: Hoch- und Fachschulrecht. Berlin 1963. S. 977–988.

²²¹ Anweisung Nr. 56 des Staatssekretariats für Hochschulwesen in der Neufassung vom 26. April 1957 - Disziplinarordnung für Studierende der Universitäten und Hochschulen. In: Hoch- und Fachschulrecht. Berlin 1963. S. 344–354.

²²² Dowe, Dieter; Kuba, Karheinz; Wilke, Manfred: Sozialistischer Wettbewerb. In: FDGB-Lexikon, 2009. [http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/s/ Sozialistischer_Wettbewerb.html](http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/s/Sozialistischer_Wettbewerb.html) (23.08.2013).

²²³ Verordnung über das Berufspraktikum der Studierenden der Universitäten und Hochschulen vom 27. März 1952. In: Das Hochschulwesen 4, 1952. S. 234.

²²⁴ Anordnung über das praktische Jahr der Studienbewerber an Universitäten und Hochschulen vom 17. Oktober 1957. In: Hoch- und Fachschulrecht. Berlin 1963. S. 275–279.

²²⁵ Polzin, Martin: Die sozialistische Praxis - der beste Erzieher unserer Studenten. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 333–338.

die große erzieherische Wirkung, die gemeinsame Exkursionen von Studenten und Hochschullehrern ausüben würden.²²⁶ Der Berliner Hochschulpädagoge Werner Kuhlmann erklärte, dass „Studenten [...] an praxisverbundenen Aufgaben“²²⁷ wachsen würden und beschrieb in seinem Beitrag von 1962, wie die Teilnahme am „politischen und gesellschaftlichen Leben“ – Kuhlmann verstand darunter z.B. den Einsatz bei der Vorbereitung der Volkskammerwahlen – auf die Persönlichkeit der Studenten einwirke. Die Einführung des wissenschaftlich-produktiven Studiums, das das Lernen immer wieder mit kleinen Aufgaben mit praktischer Relevanz verbinden wollte, wurde auch mit dem Hinweis auf die erzieherische Wirkung der Praxis begründet. Der Minister für das Hoch- und Fachschulwesen, Ernst-Joachim Gießmann erklärte in diesem Sinne auf einer Hochschulkonferenz der SED 1967:

In der wissenschaftlichen Arbeit produktiv tätig zu sein, hat nicht nur unmittelbaren Nutzen für Wissenschaft und Produktion, sondern auch entscheidende erzieherische Potenzen. Diese erzieherische Bedeutung gilt es voll zu erkennen und für den Prozeß der sozialistischen Erziehung zu nutzen. Solche Eigenschaften wie ein auf Sachkunde beruhender Einsatz für das als richtig Erkannte, Liebe zur Arbeit, ökonomisches Denken, Bescheidenheit, Sorgfalt, Fleiß werden gefördert.²²⁸

4.3. Erziehungstheorie

In der Darstellung der Erziehungsmethoden an den Universitäten wurde deutlich, dass den unterschiedlichsten Einrichtungen an der Universität eine erzieherische Funktion zugemessen wurde. Gab es hinter der sich schrittweise bis zum Ende der 1960er vollziehenden Entwicklung ein bestimmtes Verständnis, eine Theorie der Erziehung an den Universitäten?

Eine Definition des Begriffes „Erziehung“ wird bis in die 1960er Jahre hinein in keinem der zahlreichen Artikel im „Hochschulwesen“ vorgenommen.²²⁹ Für die folgenden Jahre wegweisend erteilte Staatssekretär Gerhard Harig im Hauptreferat der 2. Zentralen Hochschulkonferenz einer Systematisierung der Erziehung nach in ihren Zielen in „charakterliche, wis-

²²⁶ Polzin 1957. S. 7.

²²⁷ Kuhlmann, Werner: Studenten wachsen an praxisverbundenen Aufgaben. In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 509.

²²⁸ Gießmann 1967. S. 33.

²²⁹ Bis Mitte der 1960er Jahre wurde in über 80 Artikeln zu Erziehungsfragen im „Hochschulwesen“ kein einziger Definitionsversuch unternommen. Die erste Definition gab 1966: Martin, Hans-Joachim: Zur Einheit von wissenschaftlicher Bildung und Erziehung. In: Das Hochschulwesen 14, 1966.

senschaftliche und weltanschauliche Erziehung“ eine Absage.²³⁰ Dieses Veto wirkte sich auch auf die Theoretisierung der erzieherischen Praxis im Allgemeinen aus.

So leiteten sich die Umgestaltungsbemühungen der 1950er Jahren eher aus einem allgemeinen im SED-Staat vertretenen Verständnis von Erziehung als aus den Dogmen der marxistisch-leninistischen Pädagogik oder von gar allgemeinpädagogischen Reflexionen ab. Die sozialistische Staatspartei sah die Erziehung der Massen zu einem ihrer Ideologie gemäßem Bewusstsein als eine ihrer genuinen Aufgaben an.²³¹ Auch den Massenorganisationen wurde als „Transmissionsriemen“ eine ideologisch-erzieherische Rolle zugeordnet.²³² Den gleichen Zweck hatte die Zusammenfassung der Arbeiter und aller anderen Werktätigen zu Kollektiven.²³³ Der Erziehungsauftrag der Universitäten war also nur einer von vielen erzieherischen Aufträgen im „Erziehungsstaat“²³⁴ DDR und bediente sich im Rahmen dessen analoger, aber kaum pädagogisch durchdrungener Indoktrinations- und Disziplinierungspraktiken.²³⁵ Auch die Vorbildnahme an den erprobten Organisationsformen und Erziehungsmethoden der Sowjetunion sicherte eine gewisse Einheitlichkeit des Erziehungsverständnisses hinter den Reformen in der DDR.²³⁶

²³⁰ Harig 1954. S. 15.

²³¹ Fischer, Bernd-Reiner: Das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR. Funktion, Inhalte, Instrumentalisierung, Freiräume. In: Sattler, Friederike (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" im Deutschen Bundestag. Bd. 3. Baden-Baden 1995. S.853; Lehmann, Heinz; Körner, Marianne: Führungsprobleme bei der politisch-ideologischen Erziehung von Lehrerstudenten. Erfahrungen des Pädagogischen Instituts Karl Friedrich Wilhelm Wander. In: Das Hochschulwesen 15, 1967. S. 464.

²³² Eckert, Rainer: Massenorganisationen. In: Eppelmann, Rainer; Buchstab, Günter (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Band 1: A -M. Paderborn [u.a.] 1996. S. 546–549.

²³³ Niethammer, Lutz: Das Kollektiv. In: Sabrow, Martin (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR. München 2009. S. 211.

²³⁴ Begriff nach Tenorth 1998.

²³⁵ Die wohl eindrücklichste Praxis davon war die „Kritik und Selbstkritik“. Erren, Lorenz: 'Selbstkritik' und Schuldbekennnis. Kommunikation und Herrschaft unter Stalin (1917–1953) 1. Aufl. München 2008.

²³⁶ In der Zeitschrift „Das Hochschulwesen“ erschienen besonders in den ersten Nummern Artikel über die Erziehungsarbeit an den sowjetischen Hochschulen und anderer „befreundeter“ Länder, deren Vorschläge später so auch in der DDR übernommen wurden. Parchomenko, M.: Erziehungsarbeit an den sowjetischen Hochschulen. In: Das Hochschulwesen 2, 1954. S. 7–11; Petuchow, Nikolai Nikolajewitsch: Erziehung zum sozialistischen Patriotismus. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 71–73; Agoston, György: Die

Die für die Anfangszeit eindeutig festzustellende „Untertheoretisierung“ der Erziehung an den DDR-Universitäten änderte sich mit der Einrichtung einer Hochschulpädagogik ab 1959. Im programmatischen Aufsatz „Schaffung einer Hochschulpädagogik ist unaufschiebbar“ forderte der Rostocker Pädagoge Gerhard Roger²³⁷ eine pädagogische Ausbildung für den gesamten wissenschaftlichen Nachwuchs und die Etablierung von Lehrveranstaltungen und Forschungsvorhaben an den Universitäten²³⁸. Roger wurde kurze Zeit später auch Vorsitzender einer „Zentralen Kommission für Hochschulpädagogik“, die beim Staatssekretariat für Hochschulwesen im selben Jahr gegründet wurde²³⁹ und die der Lenkung der Forschung an den entstehenden Instituten für Hochschulpädagogik diente.²⁴⁰ Ab 1961 erschien auch eine „Hochschulpädagogische Schriftenreihe“²⁴¹, die um eine umfassende Theoretisierung der Hochschulerziehung bemüht war.

Die Etablierung einer Hochschulpädagogik führte nicht nur zu einer theoretischen Reflexion der Erziehungsarbeit, sondern beeinflusste auch die Methoden und die Organisation der universitären Erziehung. In der Folge wurde durch die in diesem Bereich Forschenden versucht, die verschiedenen, an der Erziehung beteiligten „Faktoren“ zu einem „System“ zusammenzufassen und Zuständigkeiten und Hierarchien eindeutiger zu machen²⁴²

Der in der DDR-Pädagogik seit ihrer Formierung vertretene Leitsatz, dass die allgemeinen Erziehungsziele konkretisiert und in Teilziele zerlegt werden müssten, tauchte in den hochschulpädagogischen Beiträgen im „Hochschulwesen“ erst in der Mitte der 1960er auf.²⁴³ Eng verbunden damit ist die Überle-

allgemeinen Erziehungsaufgaben pädagogisch lösen! In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 26–28.

²³⁷ Gerhard Roger. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/140855912> (20.08.2011).

²³⁸ Roger, Gerhard: Schaffung einer Hochschulpädagogik ist unaufschiebbar. In: Das Hochschulwesen 7, 1959. S. 117–121.

²³⁹ Roger, Gerhard: Gegenstand und Aufgabe der sozialistischen Hochschulpädagogik. In: Das Hochschulwesen 8, 1960. S. 411.

²⁴⁰ Kuhlmann, Werner: 7. Sitzung der Zentralen Kommission für Hochschulpädagogik. In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 1070.

²⁴¹ Hochschulpädagogische Schriftenreihe. Hrsg. von Heinrich Deiters, Hans Lohmann, Herbert Schaller, Gerhard Roger, Wenzel John und Helmut Lehmann. Berlin 1961–1976. 20 Bde.

²⁴² Mühle, Horst: Wie formen wir den Typ des sozialistischen Studenten? In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 35–42.

²⁴³ Zum Beispiel bei: Martin 1966; Lehmann, Körner 1967.

gung, dass der Erziehungsauftrag der Hochschullehrer nicht nur eingefordert, sondern anhand „objektiver“ Kriterien“ überprüft werden sollte.²⁴⁴

In Anleihe an die Konzepte der durch die Parteiführung zur „Leitungswissenschaft“ erhobenen Kybernetik²⁴⁵ vollzog sich auch ein Wechsel in der Konzeptionalisierung der „Wirksamkeit“ universitärer Erziehung. Wurde zuvor die mangelnde „Wirksamkeit“ der universitären Erziehung beklagt, so zogen die Autoren, allen voran die Funktionäre des Staatssekretariats, dieses Fazit aus den eigenen Erfahrungen oder mit vagem Bezug auf Stimmungsberichte.²⁴⁶ In der hochschulpädagogischen Diskussion im Zuge der dritten Hochschulreform wurde von allen Hochschullehrern die Überprüfung ihres Erziehungserfolgs gefordert. Diese Überprüfung der Effektivität sollte durch „ständige Rückkopplung“²⁴⁷ erfolgen, also durch das Einholen von Feedback. Heinz Lehmann und Marianne Körber erläutern in ihrem 1967 erschienen Aufsatz den Ansatz einer Methodik der Bewusstseinsstandermittlung. Die Analyse sollte den „Charakter einer wissenschaftlichen Untersuchung“²⁴⁸ besitzen. Aufgrund von „Fakten“²⁴⁹, wie der „Teilnahme an solchen Lehrveranstaltungen, die von ihrem Charakter her eindeutig politisch akzentuiert, die aktive Beteiligung am FDJ-Schuljahr und an der Gestaltung des Internatslebens, in der vormilitärischen Ausbildung oder die Unterstützung von Solidaritätsaktionen und Verpflichtungsbewegungen“²⁵⁰ sollten die Hochschullehrer „Bedingungsanalysen“ erarbeiten. Dabei sollten sich die Hochschullehrer nicht auf ihre eigenen Beobachtungen verlassen, sondern gleichzeitig Gespräche mit anderen Studenten führen, Befragungen in den Seminargruppen durchführen und auch Materialien wie pädagogische Tagebücher und Entwicklungskarteien zur Persönlichkeitsentwicklung der Studenten anlegen.²⁵¹

²⁴⁴ Lehmann, Körner 1967. S. 466.

²⁴⁵ Kaiser, Tobias: Hochschule im Sozialismus - die so genannte "Dritte Hochschulreform" (1968) in der DDR. In: Walther, Helmut G. (Hrsg.): Wendepunkte in viereinhalb Jahrhunderten Jenaer Universitätsgeschichte. Universität Jena, 1558 – 2008, 450 Jahre. Jena 2010. S. 139–158. S. 149–150.

²⁴⁶ Beispielsweise: Harig 1954; Dahlem 1957; Über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Entschließung der 3. Hochschulkonferenz der SED. In: Das Hochschulwesen 6, 1958. S. 101–122.

²⁴⁷ Lehmann, Körner 1967. S. 464

²⁴⁸ Ebenda. S. 467

²⁴⁹ Ebenda.

²⁵⁰ Ebenda.

²⁵¹ Ebenda. S. 464

Insgesamt lässt sich aussagen, dass dem Aspekt der Persönlichkeitsformung durch seine mehr oder weniger wissenschaftliche Grundlegung durch die sich etablierende Hochschulpädagogik in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ein immer größerer Stellenwert in der Arbeitsorganisation, im Rollenprofil der Hochschullehrer und in der Studiengestaltung zukam. So sollten die Fachrichtungen sämtlicher Studienfächer sogenannte Erziehungskonzeptionen erstellen, die die „ideologisch-erzieherischen Potenzen“ zu ermitteln hatten.²⁵² Auch griff die Aufstellung von sogenannten Erziehungsplänen, die verbindliche Aufgaben für das erzieherische Handeln machten, in die Arbeitsorganisation der Institute, Fachrichtungen und später Sektionen ein. Diese wurden zugleich stärker als noch in den 1950ern und frühen 60er Jahren als Hauptverantwortliche für die Erziehungsarbeit profiliert.²⁵³ Es ist daher nicht übertrieben, wenn der Hochschulpädagoge Hanns Conrad 1967 die „Menschenformung“ in den Rang einer „Hauptaufgabe“ der Universitäten erhebt und die Reformen der dritten Hochschulreform unter dem Schlagwort einer „Pädagogisierung der Hochschulen“ zusammenfasst.²⁵⁴

²⁵² Schmidt, Wilhelm: Den Lehrer von morgen formen. Das hochschulpädagogische Experiment der PH Potsdam. In: Das Hochschulwesen 16, 1968. S. 777.

²⁵³ Prinzipien 1966. S. 315.

²⁵⁴ Conrad, Hanns: Persönlichkeitsbildung - eine pädagogische Aufgabe. In: Das Hochschulwesen 15, 1967. S. 183.

4.4. Erziehungsorganisation

Im letzten Teil wurde dargestellt, auf welcher unterschiedlichen Weise in den DDR-Universitäten versucht wurde, Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung der Studenten zu nehmen. Dabei wurde deutlich, dass es nicht nur ein „Subjekt“ des Erziehungsprozesses gab, sondern neben den Hochschullehrern auch die FDJ auf die Studenten einwirken sollte.²⁵⁵ Die Koordinierung und Überwachung der unterschiedlichen erzieherischen Einflüsse war Aufgabe des Prorektors für Studienangelegenheiten. Um die Einheitlichkeit der erzieherischen Einwirkungen zu sichern, die in der DDR-Pädagogik eine solche Bedeutung besaß, war also viel Abstimmung notwendig. Der Aspekt der Organisation von Erziehung besaß bei den streng-normativen Erziehungszielen der DDR-Universitäten demnach eine besondere Bedeutung. Von Beginn an wurde die organisatorische Umsetzung des Erziehungsauftrages in der im „Hochschulwesen“ geführten Diskussion als entscheidender Faktor für das Gelingen der Einwirkungsbemühungen angesehen. In der Resolution der 2. Hochschulkonferenz des Staatssekretariats für Hochschulwesen wurde die Fachrichtung als wichtigste Organisationseinheit für die Erziehungsarbeit ausgemacht. Postwendend veröffentlichte das „Hochschulwesen“ in seinen nächsten Ausgaben konkrete Vorschläge für die Umsetzung der Ansprüche. Um die Einheitlichkeit der Erziehung zu sichern, wurde dort die Einführung regelmäßig stattfindender Dienstbesprechungen angekündigt. In der Zeitschrift erschienen schon von Beginn an Artikel, welche die Organisation der Erziehungsarbeit an sowjetischen Hochschulen „vorbildhaft“ erläuterten. Dort spielte der Gedanke gegenseitiger Vorlesungs- und Seminarbesuche der Dozenten eine zentrale Rolle.²⁵⁶ Während der gesamten Fünfziger Jahre wurden regelmäßige Unterrichtsbesprechungen und Hospitationen immer wieder in regelmäßigen Abständen als Mittel zur Verbesserung der Erziehungsarbeit gefordert oder entsprechend vorbildliche Modellversuche vorgestellt, ohne dass diese jedoch in die allgemein verbindlichen Hochschulbestimmungen eingingen.

Einen neuen Stellenwert bekam die Organisation der Erziehungsprozesse im Rahmen der Dritten Hochschulreform. Schon Anfang der 1960er Jahre gab es erste kritische Stimmen an der „Spontaneität“ der Erziehung an der Univer-

²⁵⁵ Vgl. dazu Abbildung 1.4. S. 164.

²⁵⁶ Parchomenko 1954. und dazu geradezu identisch: Kosmodemjanskij, A. A.: Die Erziehung der Studenten zum modernen wissenschaftlichen Denken. Ein sowjetischer Naturwissenschaftler über seine Erfahrungen als Hochschullehrer. In: Das Hochschulwesen 11, 1963. S. 691–697.

sität, der durch verstärkt planmäßiges Vorgehen begegnet werden sollte.²⁵⁷ In diesem Zusammenhang tauchen auch zum ersten Mal die Forderungen nach „Erziehungsplänen“ auf, in denen Maßnahmen, Zuständigkeiten und Ziele der Erziehung konkret festgelegt werden sollten.²⁵⁸ Zu einem Schlüsselbegriff der Hochschulpolitik wurden „Planung und Leitung“²⁵⁹ jedoch erst im Zuge der dritten Hochschulreform. In den am Beginn der umfangreichen Umgestaltung stehenden „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung“ wurde die „Notwendigkeit der Veränderung der gesamten Struktur der Planung und Leitung der Ausbildung, sozialistischen Erziehung und Forschung im Hochschulwesen“ als wichtigstes Ziel genannt.²⁶⁰ Im Rahmen der allgemeinen Diskussion über die Planung und Leitung der universitären Lehre, Ausbildung und Forschung gewannen auch die Bemühungen an Fahrt, die Erziehungsorganisation an den Universitäten zu konzeptionalisieren und zu „verwissenschaftlichen“.

Heinz Lehmann und Marianne Körber schildern in ihrem 1967 erschienen Aufsatz detailliert, wie eine solche veränderte Organisation der Erziehung aussehen könnte. Die Autoren machen dabei die Effektivität der Erziehung von ihrer Planmäßigkeit und vor allem auch von ihrer Zielorientierung abhängig. Deswegen sei es nicht nur wichtig, Arbeitsrichtlinien zu formulieren, sondern auch ganz bestimmte Ziele schwerpunktmäßig auszuwählen und festzulegen. Die Hauptverantwortlichkeit der Erziehungsarbeit unter den verschiedenen an der Erziehung beteiligten Organisationen oder Organisationsebenen sollte der Fachrichtung gebühren. Die Autoren forderten, dass innerhalb dieser für jede Veranstaltung einer „Erziehungskonzeption“ festgelegt werden müsse. Die ideologische Arbeit der Dozenten sollte überdies „abrechenbar“ und dadurch nachprüfbar werden. An die Stelle eines allgemeinen Erziehungsauftrages (der den Erziehenden durch seine Unkonkretheit noch ein bisschen Selbstverantwortlichkeit ließ) sollten konkrete und einforderbare „Erziehungsaufträge“ treten.²⁶¹ Durch die Sektionsbildungen im Zuge der 3. Hochschulreform wurde auch die Stellung des Sektionsdirektors als Leiter im Sinne des demokratischen Zentralismus gestärkt und ausgebaut.

²⁵⁷ Mühle 1962.

²⁵⁸ Kemter, Max: Erfahrungen eines Erzieherkollektivs. In: Das Hochschulwesen 11, 1963. S. 769–770.

²⁵⁹ Vgl. Prinzipien 1966. In der Folge erschienen in der Zeitschrift „Das Hochschulwesen“ ungefähr 20 Artikel die sich mit der Planung und Leitung der wissenschaftlichen und erzieherischen Arbeit an den wissenschaftlichen Einrichtungen beschäftigten.

²⁶⁰ Prinzipien 1966. S. 316.

²⁶¹ Lehmann, Körner 1967.

Über die genauen organisatorischen Zuständigkeiten, Hierarchien und Kommunikationsstrukturen sind die staatlichen Bestimmungen und offiziellen Resolutionen nicht aussagekräftig, die Berichte oder Vorschläge im „Hochschulwesen“ fokussieren sich auf bestimmte Elemente der Erziehungsorganisation, vornehmlich auf den Bereich der Kommunikationsstruktur.²⁶² Über Zuständigkeiten und Hierarchien unterhalb der Positionen des Fachrichtungsleiters erfährt man in diesen Quellen nicht. Der Schwerpunkt der Artikel zur Erziehungsorganisation bezieht sich dabei auf die Ebene der Fachrichtung, berücksichtigt jedoch kaum die konkreten Formen der Zusammenarbeit mit Prorektorat für Studenten- und Studienangelegenheiten, dem Dekanat oder den Massenorganisationen an der Universität.²⁶³ Ein präzises Bild der organisatorischen Zuständigkeiten, Hierarchien und Kommunikationsbahnen der universitären Erziehung lässt sich schließlich erst durch die Arbeit mit den Archivalien erschließen.

²⁶² Scheele, Günter: Einbeziehung der Assistenten in den Erziehungsprozeß. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 310–312 ;Lehnert, Martin: Zur Frage der Bedeutung und Aufgabe der Fachrichtung. In: Das Hochschulwesen 4, 1956. S. 11.

²⁶³ Es wird stattdessen immer pauschal eine „Einheitlichkeit“ der Erziehungsfaktoren gefordert. Regenstein, Heidi; Hildebrand, Volker: Erziehungsfaktor Elternhaus. In: Das Hochschulwesen 7, 1959. S. 348–353.

5. Die Umsetzung des Erziehungsauftrags in der Geschichtslehrerausbildung in Rostock

Im dritten Teil der Arbeit soll die Umsetzung des Erziehungsauftrags in der Geschichtslehrerausbildung an der Universität Rostock untersucht werden. Als erste Einschränkung wird dabei angegeben, dass nur der Aktenbestand von einem Teil der an der Geschichtslehrerausbildung beteiligten Institute untersucht worden ist. Die Akten des Instituts für Pädagogik und des Instituts für Marxismus-Leninismus blieben bisher unberücksichtigt, obwohl die Studenten in diesen beiden Fächern ebenso Veranstaltungen zu belegen hatten wie in ihrem zweiten Studienfach.

Diese Einschränkung hängt mit dem Design der Untersuchung zusammen. Schon im ersten Kapitel wurde geäußert, dass die Umsetzung des Erziehungsauftrags der Universitäten nicht am konkreten sozialen Handeln zwischen Hochschullehrern und Studenten betrachtet werden soll, sondern aus der Perspektive der Erziehungsorganisation. Die Frage der Untersuchung lautet auf diesen Gegenstand angewendet, wie der Erziehungsauftrag in den Zielen und dem Programm des Historischen Instituts übertragen worden sind. Das „Wie“ bezieht sich dabei auf die Art und Weise dieser Verankerung. Ausgegangen werden soll dabei von der im ersten Kapitel genannten Definition der Organisation. Organisationen sind „Zusammenschlüsse verschiedener Personen oder Akteure, die einem bestimmten Zweck dienen, die arbeitsteilig gegliedert sind, eine Leitungsinstanz besitzen und die über eine formale oder informale Verfassung verfügen, in der die Ziele des Zusammenschlusses, die Rechte und Pflichten der Akteure und die hierarchische Ordnung des sozialen Gebildes festgelegt sind“²⁶⁴. Die Verankerung des Erziehungsauftrags soll daran gemessen werden, in wieweit die politisch-ideologische Erziehung nicht nur als Ziel der Organisation benannt wurde, sondern auch tatsächlich in das „Programm“, also in die Planung des Handelns zur Verwirklichung der Organisationsziele übergang. Denn auch wenn die Fachrichtungen spätestens seit 1955 einen nominellen Erziehungsauftrag besaßen, bedeutet das noch nicht, dass die Zielverordnung von oben sofort in das Programm des Historischen Instituts übergang.

Als Gradmesser für die Frage, in wieweit die politisch-ideologische Erziehung zur eigenständig wahrgenommenen Aufgabe des Instituts wurde, soll das Ausmaß dienen, in dem die Maßnahmen zur Erfüllung der Erziehungsziele selbst im Institut konzipiert, festgelegt, geplant und durchgeführt wurde. War die Sicherstellung einer politisch-ideologischen Erziehung lediglich eine lästige Pflicht oder entwickelte die Institutsleitung eigenen Ehrgeiz bei der Erzie-

²⁶⁴ Abraham, Büschges 2004. S. 58–59.

hung sozialistischer Geschichtslehrer? Dazu sollen Arbeitsprogramme und Arbeitsberichte aber auch Leitungs- und Abteilungssitzungsprotokolle sowie Unterlagen aus dem laufenden Betrieb ausgewertet werden.

Dadurch gerät die Erziehung als konkretes soziales Handeln zwischen Hochschullehrern und Studenten außer Blick. Die ausgewerteten Akten aus dem Historischen Institut sind für die Untersuchung dieser Interaktion allerdings auch nur bedingt aussagekräftig. Wenn die „politisch-ideologische Situation“ unter den Studenten eingeschätzt wurde, passierte das merkwürdigerweise meistens losgelöst von der konkreten Interaktion zwischen Hochschullehrern und Studenten. „Pädagogische Tagebücher“, die an verschiedenen Stellen erwähnt wurden, die ich jedoch nirgends aufgefunden habe, und der bisher noch nicht erschlossene Aktenbestand der FDJ an der Universität Rostock sind für dieses Anliegen wahrscheinlich aufschlussreicher. Zudem besteht noch die Möglichkeit, durch Zeitzeugengespräche etwas über den Habitus und den erzieherischen Ehrgeiz der Hochschullehrer zu erfahren.

In der Auswertung der Akten zeigte sich zum Ende der 1960er Jahre ein rapides Wachstum an Aktenmaterial, das die Konzeptionalisierung, Planung und Auswertung des erzieherischen Handelns zum Gegenstand hat. Zu diesem Zeitpunkt wäre es tatsächlich gerechtfertigt, von dem Historischen Institut als Erziehungsorganisation zu sprechen. Leider gibt die teilweise äußerst sporadische Aktenüberlieferung keine wirkliche Auskunft über die Hintergründe und Motive dieser Entwicklung. Diese Lücken lassen sich allerdings mit der Konsultierung der Akten der Fakultät als übergeordnete Instanz schließen. Die Protokolle der Fakultätsratssitzungen erwiesen sich als ausgezeichnete Quellen, um über die Gründe der regelrechten „Erziehungswelle“ Ende der Sechziger Jahre zu erfahren. Bei der Auswertung dieses Aktenbestandes wurden teilweise starke Diskrepanzen zwischen den Initiativen im Fakultätsrat als übergeordneten Instanz und der alltäglichen Arbeit im Institut sichtbar.

Die Erklärung und Begründung der Hintergründe, Wege, Erfolge und Sackgassen der Organisationsbemühungen wurde im Folgenden der Vorzug vor der genauen Analyse der im Untersuchungszeitraum neu eingeführten Ausbildungsbestandteilen wie Fach- und Schulpraktika, Ernteeinsätze (seit 1961) und der Wehrerziehung (seit 1966). Eine Untersuchung dieser Bestandteile hinsichtlich ihrer Organisation und der ihnen zugeschriebenen erzieherischen Wirkung müsste in einer weiterführenden Untersuchung erfolgen.

Als Darstellungsform wurde eine genetisch-chronologische Erzählung gewählt, die die Bemühungen um eine Verankerung des Erziehungsauftrags auf der Ebene des Instituts und der Ebene der Fakultätsleitung miteinander verknüpft. Der Zeitraum von 1949 bis 1970 ist in sieben Abschnitte unterteilt,

die die Umbrüche in der Universitätsstruktur, Institutsleitung und bei den Bemühungen in der Erziehungsarbeit markieren.

5.1. Das Historische Institut von 1946–1952

Die ersten Jahre des Historischen Instituts sollen nur kurz und der Vollständigkeit halber dargestellt werden. Denn für den Untersuchungsgegenstand und die Leitfrage sind aus der ersten Phase des Historischen Instituts nach dem Krieg beinahe gar keine Dokumente erhalten. Außerdem begannen die Bemühungen um eine strukturelle Verankerung des Erziehungsauftrags in den Universitäten erst wirklich mit der 2. Hochschulreform. Das Historische Institut schloss allerdings schon 1952 für vier Jahre und existiert bis 1956 nur auf dem Papier. Schon im Wintersemester 1949/50 waren die drei in Rostock lehrenden Professoren Ernst Hohl²⁶⁵ (Alte Geschichte), Walter Sproemberg²⁶⁶ und Albrecht Timm²⁶⁷ (Mittlere Geschichte) an die Humboldt-Universität Berlin berufen worden.²⁶⁸ Der Lehrbetrieb stand still, bis im Sommersemester der marxistische Historiker Gerhard Schilfert²⁶⁹, vom Gesellschaftswissenschaftler Heinrich Herz²⁷⁰ und den Althilologen Werner Hartke²⁷¹ unterstützt, für zwei Semester die Lehre im Fach Geschichte wiederaufnahm.²⁷² Danach wurde die Geschichtslehrausbildung in Rostock allerdings wieder eingestellt. Als Beweggründe gab das Staatssekretariat an, dass das Institut – genauso wie das Historische Institut Greifswald – unter den politischen und ideologischen Ansprüchen liegen würde. Außerdem strebte das Staatssekretariat eine Konzentration der wissenschaftlichen „Kader“ an.²⁷³

²⁶⁵ Ernst Hohl. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/116957506> (29.08.2011).

²⁶⁶ Heinrich Sproemberg. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/119186187> (29.08.2011).

²⁶⁷ Albrecht Timm. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/118622749> (29.08.2011). Timm flüchtete 1955 aus der Bundesrepublik und schrieb 1961 für die Bonner Beiträge eine bittere Abrechnung mit der Geschichtswissenschaft in der DDR. Timm, Albrecht: Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone seit 1945. 3. Aufl. Bonn 1961.

²⁶⁸ Vgl. die Einträge der drei Professoren im Catalogus.

²⁶⁹ Gerhard Schilfert. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/1013967372> (29.08.2011).

²⁷⁰ Heinz Herz. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/140787372> (22.08.2011).

²⁷¹ Werner Hartke. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/118546171> (29.08.2011).

²⁷² Personen- und Vorlesungsverzeichnis. Sommersemester 1951. http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1951_FS_VV.pdf (30.08.2011)

²⁷³ Kowalczyk 2003. S. 185

5.2. Das Historische Institut von der Wiedereröffnung bis zum Tod Johannes Nichtweiss‘

Am 1.9.1956 nahm das Historische Institut der Universität nach vierjährigem Stillstand seine Arbeit wieder auf. Personell war die die Wiedereröffnung ein Neubeginn. Keiner der zunächst drei Angestellten hatte zuvor an der Universität Rostock gelehrt. Mit der Leitung des Instituts wurde zunächst kommissarisch Johannes Nichtweiss²⁷⁴ beauftragt, der zwei Jahre zuvor an der Humboldt-Universität Berlin mit einer Arbeit zur mecklenburgischen Landesgeschichte promoviert hatte.²⁷⁵ Unterstützt wurde er durch die Assistenten Karl-Friedrich Olechnowitz und Hans Sauer. Beide schrieben zu diesem Zeitpunkt an ihrer Dissertation. Der Mecklenburger Olechnowitz²⁷⁶, 1920 in der Nähe von Schwerin geboren, promovierte beim vormaligen Rostocker Professor für mittlere und neuere Geschichte Heinrich Sproemberg²⁷⁷ über die Wirtschaftsgeschichte der Hanse. Hans Sauer verfasste seine Dissertation über die „Rostocker Domfehde“ im 15. Jahrhundert. Betreut wurde er durch den Greifswalder Historiker Johannes Schildauer.²⁷⁸ Die beiden Assistenten waren jedoch neben ihren Promotionsvorhaben schon stark an der Durchführung der Lehrveranstaltungen beteiligt und gaben im Studienjahr 1956/57 jeweils eine Vorlesung.²⁷⁹

Direkt nach seiner Wiedereröffnung übernahm das Historische Institut die Ausbildung von Mittel- und Oberstufenlehrern. Diese wurde auch als Hauptaufgabe des Instituts definiert.²⁸⁰ Überhaupt steht die Wiedereröffnung des Historischen Instituts im Zusammenhang mit dem Vorhaben der SED-Bildungspolitik, nun auch wieder die Lehrer für die Mittelstufe an den Universitäten auszubilden.²⁸¹ Zum Studienjahr 1956/67 wurden schon 123 Studen-

²⁷⁴ Johannes Nichtweiss. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/1013803647> (22.08.2011).

²⁷⁵ Nichtweiss, Johannes: Das Bauernlegen in Mecklenburg. Eine Untersuchung zur Geschichte der Bauernschaft und der zweiten Leibeigenschaft in Mecklenburg bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Berlin 1954.

²⁷⁶ Karl-Friedrich Olechnowitz. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/141750502> (22.08.2011).

²⁷⁷ Heinrich Sproemberg. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/119186187> (29.08.2011).

²⁷⁸ UAR 2.01.2, 90: Nichtweiss, Johannes: Jahresbericht für das Studienjahr 1956/57, 29.08.1957.

²⁷⁹ Ebenda.

²⁸⁰ Ebenda.

²⁸¹ Ebenda.

ten zum Studium zugelassen, davon 87 für die Mittelstufe und 32 für die Oberstufe, sowie 4 Kunsthistoriker im Nebenfach.²⁸²

Im darauffolgenden Studienjahr 1957/58 studierte ungefähr dieselbe Anzahl von Studenten am Historischen Institut (127), was auf eine hohe Anzahl von Abgängen im 1. Studienjahr nach der Wiedereröffnung hindeutet. Der Lehrkörper des Instituts wurde allerdings erweitert. Als Assistenten kamen Lothar Elsner²⁸³ und Ernst Becker an das Institut, die jedoch zunächst nicht eigenverantwortlich Vorlesungen übernahmen. Heinz Herz²⁸⁴, der Leiter der Universitätsbibliothek und frühere Professor für Staatsrecht und Geschichte der sozialen Bewegungen an der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock, übernahm die Leitung der Abteilung Allgemeine Geschichte und gab für diesen Bereich Vorlesungen und Spezialseminare.²⁸⁵ Zugleich hielt der GeWi-Dozent, Prorektor und spätere Rektor Günter Heidorn²⁸⁶ seit diesem Jahr dauerhaft Vorlesungen für die Studenten des Instituts. Weitere Vorlesungen, die durch den Studienplan vorgegeben wurden, lasen Gastdozenten aus Greifswald.²⁸⁷

Die Themen der Vorlesungen und Seminare, die am Historischen Institut abgehalten wurden, waren durch einen zentral durch das Staatssekretariat erlassenen Studienplan vorgegeben. Allerdings besaß der Fachrichtungsleiter die Freiheit, die obligatorischen Veranstaltungen in einem Ablaufplan selbstständig festzulegen. Für Ober- und Mittelschullehrer existierten separate Studienpläne. Während das Studium der Oberschullehrer fünf Jahre dauern sollte, beschränkte sich der Ausbildungszeitraum der Mittelschullehrer zunächst auf drei Jahre. Die grundsätzliche Systematik war in beiden Ausbildungsgängen gleich: Die Vorlesungen wurden in den Themengebieten Deutscher, Allgemeiner und Osteuropäischer Geschichte gehalten. Die Themengebiete waren wiederum in chronologische Zeitabschnitte unterteilt. Nur ein geringer Teil der Semesterwochenstunden war für Seminare vorgesehen.²⁸⁸ Zusätzlich wurden

²⁸² UAR 2.01.2, 90: Nichtweiss, Johannes: Jahresbericht für das Studienjahr 1956/57, 29.08.1957.

²⁸³ Lothar Elsner. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/120565293> (12.09.2013).

²⁸⁴ Eintrag von Herz im Catalogus Professorum Rostochiensis.

²⁸⁵ UAR 2.01.2, 90: Herz, Heinz: Jahresbericht für das Studienjahr 1957/58, 17.09.1958.

²⁸⁶ Ebenda.

²⁸⁷ Ebenda.

²⁸⁸ UAR 2.01.2, 139: Studienplan für die 4jährige Ausbildung von Mittelschullehrern. Geschichte, 01.08.1958.

noch Einführungsvorlesungen in das Studium der Geschichtswissenschaften und der Heimatgeschichte angeboten.²⁸⁹

5.2.1. Erziehung am Historischen Institut

Für die Untersuchung der Umsetzung des Erziehungsauftrages ist die Aktenlage der ersten beiden Jahre nach der Wiedereröffnung des Historischen Instituts sehr schlecht. Offensichtlich wurde bei den damaligen Dienstbesprechungen in dem zu der Zeit noch sehr übersichtlichen Institut kein Protokoll geführt. Ebenso wenig wurden in dieser Zeit offenbar Arbeitspläne niedergeschrieben und archiviert, in denen die Aufgaben der einzelnen Institutsangehörigen im nächsten Jahr fixiert waren. Auch die ersten beiden Jahresarbeitsberichte listen lediglich die gehaltenen Vorlesungen auf und nennen lediglich bearbeitete und abgeschlossene Forschungsvorhaben.²⁹⁰ Als weitere Gliederungspunkte kennt der Jahresabschlussbericht 1958 einzig noch die „Verbindung mit der gesellschaftlichen Praxis“, „Verbindung mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien“ und die „Verbindung mit Westdeutschland“.²⁹¹ In einem Nachtrag zum Jahresbericht für das Studienjahr 1957/58 heißt es nur lakonisch auf die Frage nach der „politisch-ideologische[n] Haltung“ der Studenten: „Alle Studenten beteiligten sich im Herbstsemester 1957 an der Kartoffel- und Hackfruchternte. Die Studentendisziplin war durchweg gut“.²⁹²

Auch die Akte „Ausbildung und Erziehung“ wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht regelmäßig geführt.²⁹³ Aus den wenigen erhaltenen Dokumenten lässt sich also schließen, dass sich die Aufgaben des Instituts in der ersten Zeit vornehmlich auf die Durchführung der Lehramtsausbildung und auf (noch relativ eingeschränkte) Forschungsvorhaben beschränkten. Eine explizite Persönlichkeitsbeeinflussung, die über die ideologische Durchdringung des Vorlesungsstoffes hinausging, wurde zu diesem Zeitpunkt durch die Hochschullehrer noch nicht oder jedenfalls nicht im Auftrag des Instituts betrieben.

²⁸⁹ UAR 2.01.2, 90; Herz: Jahresbericht für das Studienjahr 1957/58.

²⁹⁰ UAR 2.01.2, 90; Nichtweiss: Jahresbericht für das Studienjahr 1956/57; UAR 2.01.2, 90; Herz: Jahresbericht für das Studienjahr 1957/58.

²⁹¹ UAR 2.01.2, 90; Herz: Jahresbericht für das Studienjahr 1957/58.

²⁹² UAR 2.01.2, 90; Herz, Heinz: Nachtrag zum Jahresbericht für das Studienjahr 1957/58, 27.9.1958.

²⁹³ UAR 2.01.2, 124; Historisches Institut. Erziehung und Ausbildung 1946–1968.

5.2.2. Die sozialistische Erziehung der Studenten als Aufgabe des Fakultätsrats

Auf anderer Ebene war die Erziehung der Studenten jedoch schon zu einem wichtigen Thema avanciert. So hatte der Rat der Philosophischen Fakultät 1957 einen „Beschuß über die sozialistische Erziehungsarbeit“²⁹⁴ gefasst. Als Ziel wurde in diesem Dokument die „Ausbildung einer staatstreuen Intelligenz“ angegeben. Dafür sollten acht Punkte verwirklicht werden. Als erster und wichtigster Punkt wurde dabei genannt, dass „die Beratungen der Mitglieder des Lehrkörpers [...] sich vordringlich mit Fragen des Inhalts und Methoden der Bildungs- und Erziehungsarbeit befassen [sollen] um größeren Einfluss auf die sozialistische Persönlichkeitsbildung der Studenten zu nehmen und die schädliche Trennung zwischen Wissensaneignung und gesellschaftlichem Verhalten zu überwinden“.²⁹⁵ Im dritten Punkt offenbart sich, was der proklamierte Erziehungsauftrag konkret für ihre Arbeit bedeutete. Dort heißt es, dass die „Sozialistische Erziehung der Studenten fortwährende Auseinandersetzung mit bürgerlichen Ideologien auf jedem Fachgebiet und aktive Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben“²⁹⁶ erfordere.

Über den Einfluss dieses Beschlusses auf die Arbeit im Historischen Institut lassen sich aufgrund der schlechten Aktenlage keine Aussagen treffen. Jedoch beweisen die Protokolle des Fakultätsrats, dass die Beschlüsse zur sozialistischen Erziehungsarbeit keine Phrasen blieben. Bis zum Jahr 1957 war die politische Erziehung der Studenten im Rat der Philosophischen Fakultät Rostock nur dann Thema, wenn eine Verordnung des Staatssekretariats für Hochschulwesen sie zum Thema hatte. So erläuterte die damalige Prorektorin für Gesellschaftswissenschaften, Käte Gries²⁹⁷, am 17.05.1955 dem Rat die am 2. Mai eingegangene Anweisung des Staatssekretärs Gerhard Harig.²⁹⁸ Gegenstand der Anweisung war die Ausweitung der Zuständigkeiten der Fachrichtungen auf die politisch-ideologische Erziehung der Studenten. Die Fachrichtungen sollten sich „nun Fragen der wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Erziehung der Studenten“ widmen, den „wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklungsstand der Studenten“ analysieren und kontrol-

²⁹⁴ UAR 2.01.2,124: Beschluß über die sozialistische Erziehungsarbeit an der Philosophischen Fakultät.

²⁹⁵ Ebd. §1.

²⁹⁶ Ebenda. §3.

²⁹⁷ Käte Gries. http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_person_00002803 (22.08.2011).

²⁹⁸ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 17.05.1955.

lieren“ und „eng mit den Seminargruppenssekretären zusammenarbeiten“.²⁹⁹ „Fachwissenschaftliche Neutralität“ so Gries, sei nun „nicht mehr erwünscht.“³⁰⁰ Der Altphilologe und vormalige Dekan Werner Hartke kritisierte die Aufgabenerweiterung der Fachrichtungen. In Harigs Ausführungen fehle jeder Hinweis auf die Forschung. Für diese blieb aufgrund der neuen und sehr weitgedachten erzieherischen Aufgaben, besonders der Fachrichtungsleiter, kaum noch Raum. Weiter kritisierte Hartke, dass nun nicht mehr klar sei, wer eigentlich zu erziehen habe: die Fachrichtungsleiter oder die gesellschaftlichen Organisationen.³⁰¹ Konkrete Beschlüsse oder strukturelle Eingriffe folgten der Kampagne 1955 allerdings nicht.

In den nächsten zwei Jahren beschäftigte sich der Fakultätsrat sehr intensiv mit der Frage nach der Wieder- und Neueröffnung von Instituten³⁰², beratschlagte über Berufungsempfehlungen³⁰³ und führte Promotions- und Habilitationsverteidigungen durch. Einen weit größeren Stellenwert erhielt die politische Erziehung im Anschluss an die Antrittsrede des neuen Staatssekretärs Wilhelm Girnus auf der Rektorenkonferenz. Der damalige Dekan, der Germanist Erich Kühne³⁰⁴, erläuterte den anwesenden Hochschullehrern in einer „Aussprache“ die „Schlussfolgerungen“ aus dem Führungswechsel an der Spitze des Staatssekretariats.³⁰⁵ Die gesamte Lehr- und Forschungstätigkeit sollte der „Heranbildung des sozialistischen Menschen“ dienen. Hochschullehrer mit anderen Zielen würden nicht mehr an die Universität gehören. Besonders im Hinblick auf die ins Kreuzfeuer innerparteilicher Kritik geratenen Rostocker Historiker, erklärte er, dass ein Studium der Vergangenheit nur dann sinnvoll sei, „wenn es die Vergangenheit erschließt“. Von allen Angehörigen des Lehrkörpers solle der dialektische Materialismus als „einzige Methode“ angewandt werden.³⁰⁶

Dass unter den Hochschullehrern offensichtlich unklar war, wie groß ihr Anteil an der „Heranbildung des sozialistischen Menschen“ in der Folgezeit

²⁹⁹ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 17.05.1955.

³⁰⁰ Ebenda.

³⁰¹ Ebenda.

³⁰² Z.B. über die Neueröffnung des Historischen Instituts: UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 11.4.1956.

³⁰³ Z.B. über die Besetzung des Lehrstuhls in dem neu zu eröffnenden Historischen Institut. UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 05.06.1956.

³⁰⁴ Erich Kühne. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/142624594> (22.08.2011).

³⁰⁵ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung vom 16.10.1957.

³⁰⁶ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 04.12.1957.

tatsächlich sein sollte, beweist die Tagesordnung der darauffolgenden Sitzung am 04.12.1957.³⁰⁷ Der Fakultätsrat beratschlagte nämlich in dieser Sitzung über eine Frage, die eigentlich gar nicht zu seinem Kompetenzbereich gehörte: Über das Strafmaß in einem Disziplinarverfahren.³⁰⁸ Der Grund für den Verweis eines Studenten sollte das „mangelnde Interesse“ sein, das der Student für Kunstgeschichte bisher an seinem Fach gezeigt hatte. Die Professoren und Dozenten des Gremiums diskutierten – für den Fakultätsrat während seines Bestehens einmalig – über die Dauer des Verweises als auch die Frage, ob der Student nach dem Ablauf seiner Strafe wieder an die Universität zurückkehren dürfe. Der Wahrnehmungsprofessor für Geschichte, Johannes Nichtweiss, plädiert dafür, immerhin sei der Verweis als „Erziehung gedacht“³⁰⁹.

Zwei Wochen später berichtet Dekan über eine Tagung der Dekane der Philosophischen Fakultäten beim Staatssekretariat für Hochschulwesen.³¹⁰ Der Stellvertreter des Staatssekretärs hatte in seinem Referat stärkere ideologische Auseinandersetzungen mit Vertretern des Revisionismus angemahnt. Der Funktionär des Staatssekretariats wiederholte die schon im Vorfeld der 2. Hochschulreform erhobene Forderung, dass die Vorlesungen und Seminare nicht nur auf die Ausbildung des Intellekts gerichtet sein, sondern auch eine erzieherische Wirkung haben sollten. Bemerkenswerter als die im Kern schon zwei Jahre zuvor erhobene Forderung ist die Art, wie sich diese nun auf die Arbeit des Fakultätsrats auswirkte. Denn als neue Konsequenz sollten die Institutsdirektoren vor dem Fakultätsrat Bericht über die sozialistische Erziehung in ihren Instituten erstatten.³¹¹

Von welchem Charakter die nun in den nächsten Wochen folgenden Berichterstattungen über die sozialistische Erziehung an den Instituten für Pädagogik³¹², Kunstgeschichte³¹³, Romanistik³¹⁴ und Germanistik³¹⁵ waren, lässt sich leicht aus den personellen Konsequenzen dieser Aussprachen ersehen. Der

³⁰⁷ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 04.12.1957.

³⁰⁸ Eigentlich sollten diese Disziplinarverfahren vom Prorektor für Studentenangelegenheiten geführt werden Hartwig, Hans: Die Disziplinarordnung für Studierende. In: Das Hochschulwesen 4, 1956. S. 10–12.

³⁰⁹ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 04.12.1957.

³¹⁰ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 18.12.1957.

³¹¹ Ebenda.

³¹² UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 17.01.1958.

³¹³ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 05.03.1958.

³¹⁴ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung vom 02.04.1958.

³¹⁵ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 23.04.1958. In: UAR: Protokolle der Fakultätssitzungen 1954–58 (Phil. Fak. 4.2.).

Direktor des Instituts für Pädagogik, Fritz Müller³¹⁶, wurde kurze Zeit später seines Amtes enthoben.³¹⁷ Der Romanist Rudolf Brummer,³¹⁸ und der Kunsthistoriker Georg-Friedrich Koch³¹⁹ kamen beide nicht aus den Sommerferien des Jahres 1958 wieder und begingen Republikflucht.³²⁰ Nur für Edith Braemer³²¹, zu diesem Zeitpunkt kommissarische Direktorin des Germanistischen Instituts, blieb ihr Rechenschaftsbericht vor dem Fakultätsrat ohne nennenswerte Folgen. Die „Heranbildung des sozialistischen Menschen“ sollte also in erster Linie durch die parteiliche Darbietung und marxistisch-leninistische Durchdringung des Vorlesungsstoffes resultieren. Gleichsam zeigt das Handeln des Fakultätsrats, dass die Forderung nach einer „sozialistischen Erziehung“ ein probates Mittel war, um politisch missliebige Professoren attackieren zu können.

Am 05.03.1958 erläutern der bisherige Prorektor für wissenschaftlichen Nachwuchs, Fritz Müller und sein Nachfolger, der Gesellschaftswissenschaftler Günter Heidorn die Konsequenzen der schon im November erfolgten Umwandlung des Prorektorats für wissenschaftliche Aspirantur.³²² Müller referiert zunächst die konkreten Auswirkungen: Die 480 wissenschaftlichen Nachwuchskräfte würden nun in den Verantwortungsbereich des Prorektorats eingegliedert. Nun käme es dem Prorektor als Stellvertreter des Rektors zu, über Einstellungen und Entlassungen der Nachwuchskräfte zu entscheiden. Schon bis zum 31.3.1958 sollten neue Arbeitsverträge geschlossen werden. Sein Nachfolger Heidorn, der Müller nach Kritik des Staatssekretariats über die schleppende Umsetzung der Beschlüsse ersetzt hatte³²³, machte deutlich, welche Kriterien von nun an bei der Einstellung als wissenschaftlicher Assistent zählten: „1. die fachliche Seite, 2. die moralische Seite und 3. die politische Seite“. Zur Ermittlung der Zuverlässigkeit sollte jedem Assistenten vor Ab-

³¹⁶ Vgl. Müllers Eintrag im Catalogus Professorum Rostochiensis.

³¹⁷ Wockenfuß 2002. S. 46.

³¹⁸ Rudolf Brummer. http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_person_00002285 (22.08.2011).

³¹⁹ Georg-Friedrich Koch. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/106089455> (22.08.2011).

³²⁰ Gründe für die Republikflucht legte Koch in einem Schreiben an den Rektor dar, das im Anhang zum Personaleintrag Kochs im Catalogus Professorum Rostochiensium nachlesbar ist. Koch, Friedrich: Abschiedsbrief. Schreiben an den Dekan der Philosophischen Fakultät, Haimar Cumme, 21.8.1958, 2010. http://cpr.uni-rostock.de/file/cpr_derivate_000000005362/koch_georg-friedrich_abschiedsbrief.pdf (22.08.2011).

³²¹ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 05.03.1958.

³²² Ebenda.

³²³ Wockenfuß 2002. S. 46.

schluss eines neuen Vertrages die Frage „wie [...] ihr Verhältnis zu unserem sozialistischen Staat“ sei, gestellt werden. Zugleich sollten die Institutsdirektoren in Stellungnahmen darlegen, ob und warum ihre Assistenten zur sozialistischen Erziehung befähigt seien. Heidorn drückte im Folgenden seine Zufriedenheit aus, dass nach der Bekanntgabe der neuen Regelung ein regelrechter „Drang zur Organisierung“ festzustellen sei.³²⁴ Heidorns Referat zeigt deutlich, wie zu diesem Zeitpunkt, als die SED um die gänzliche Wiederherstellung ihres Meinungsmonopols rang, die Befähigung zur Erziehung und politischer Glaube, Erziehung und politische Indoktrination gleichgesetzt wurden.

In einer späteren Sitzung entschied der Fakultätsrat ein weiteres Mal über Erziehungsfragen.³²⁵ In diesem Fall war es jedoch eine Detailfrage, welche eine Diskussion über politisch-ideologische Erziehungsfragen aufwarf. Die Diskussion drehte sich darum, ob eine „unpolitische“ (d.h. nicht in FDJ oder SED organisierte) Studentin eine Leistungsprämie erhalten dürfe. Wie, so die Frage, die das Gremium beriet, sollte in einem solchen Fall verfahren werden? Im Großen und Ganzen herrschte im Fakultätsrat die Meinung vor, dass ausgezeichnete Studienergebnisse nicht genügten, sondern auch die Haltung der Studenten entscheidend sei. Die Diskussion verlagerte sich anschließend bald auf die Frage, wer denn eigentlich für die Einschätzung der politisch-ideologischen Haltung der Studenten verantwortlich sei.³²⁶

5.3. Die Amtszeit Martin Polzins 1958–1961

Am 17.6.1958 beging der kommissarische Direktor des Historischen Instituts und Fachrichtungsleiter Johannes Nichtweiss Selbstmord.³²⁷

Sein Nachfolger im Amt wurde Heinz Herz, der erst am Anfang des Studienjahres an das Institut gekommen war.³²⁸ Nach nicht einmal einem halben Jahr wurde Herz wiederum im Dezember durch den Gesellschaftswissenschaftler Martin Polzin³²⁹ abgelöst, der schon seit dem Beginn des Studienjahres

³²⁴ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 05.03.1958.

³²⁵ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung vom 02.04.1958.

³²⁶ Ebenda.

³²⁷ Zu den Hintergründen der Tat siehe Wockenfuß 2002. S. 83

³²⁸ UAR 2.01.2, 82: Reinmuth, Ernst: Schreiben an Professor Dr. Dr. Heinz Herz, 2.7.1958.

³²⁹ Martin Polzin. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/132777002> (23.08.2011) Zu den Hintergründen vgl.: Wockenfuß 2002. S. 83.

Veranstaltungen am Historischen Institut gab.³³⁰ Polzin war zum Zeitpunkt seiner Ernennung gerade 30 Jahre alt und hatte in diesem Jahr gerade sein Promotionsvorhaben abgeschlossen. Polzin war zuvor seit 1952 Assistent, Oberassistent und Dozent am Institut für Marxismus-Leninismus an der Universität Rostock.³³¹ Polzins Gunst beim Staatssekretariat für Hochschulwesen zeigt sich darin, dass er vor seiner Tätigkeit als Institutsleiter schon das Amt als Prorektor für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium innehatte.³³² Die Bewertung der Amtszeit Polzins veränderte sich im Laufe der Jahre. Während Polzin sich 1959 noch selbst bescheinigte, für eine „größere Parteilichkeit nach dem Tod Nichtweiss“ „gesorgt zu haben“³³³, ist das Wirken Martin Polzins als Institutsdirektor in der Institutsgeschichte aus dem Jahr 1981 kaum mehr als eine Erwähnung wert, obwohl in den Zeitraum seiner Amtsinhaberschaft bis zum Jahr 1961 das Institut seine Forschungsschwerpunkte Agrargeschichte und Geschichte der FDJ erhielt.³³⁴

Im Herbstsemester 1958 kamen neben Martin Polzin auch Erich Jawinsky als wissenschaftlicher Assistent und Bruno Nadolny als Mitarbeiter an das Institut.³³⁵ Sein Vorgänger Heinz Herz gibt in einem Schreiben an Polzin nach der Amtsübergabe an, dass er auf die Besetzung dieser Stellen keinen Einfluss gehabt hätte. Stattdessen sei sie auf Initiative der SED erfolgt.³³⁶ Jawinsky hatte sein Geschichtsstudium an der Universität Rostock zuvor noch gar nicht abgeschlossen, wurde aber aufgrund der „schwierigen Kadersituation“ in den Lehrkörper berufen.³³⁷

In der zweiten Hälfte des Studienjahres 1958/59 kam es noch zu einer weiteren Reihe von Neueinstellungen³³⁸. Im Jahresarbeitsbericht des Studien-

³³⁰ Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Studienjahr 1956/57 - Herbstsemester. http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1956_WS_VV.pdf (25.08.2011) S. 73–74.

³³¹ Ebenda.

³³² Eintrag von Martin Polzin im Catalogus Professorum Rostochiensis.

³³³ UAR 2.01.2, 89: Protokoll der Parteiversammlung des Historischen Institut, 03.08.1959.

³³⁴ Elsner, Lothar; Heitz, Gerhard: 25 Jahre Historisches Institut, Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, 1956–1981. Rostock 1981.

³³⁵ UAR 2.01.2, 90: Elsner, Lothar: Jahresbericht 1958 des Historischen Instituts der Universität Rostock, 31.01.1959.

³³⁶ UAR 2.01.2, 82: Herz, Heinz: Schreiben an Martin Polzin, 14.01.1959.

³³⁷ UAR 2.01.2, 89: Protokoll der Parteiversammlung des Historischen Instituts am 3.8.1959.

³³⁸ In der zweiten Hälfte des Studienjahres 1958/59 kam es noch zu einer weiteren Reihe von Neueinstellungen. Harry Wüstemann wurde als Assistent für die Früh- und Urgeschichte eingestellt. Vor dem Beginn des Studienjahres 1959/60 kamen fünf weitere Assistenten an

jahres 1958/59 wurde dann die große schulpraktische Erfahrung der Neueinstellungen betont, worin sich offensichtlich schon die Auswirkungen der neuen Assistentenordnung zeigten.³³⁹ Als Wahrnehmungsdozent wurde der Leipziger Agrarhistoriker Gerhard Heitz gewonnen.³⁴⁰

Mit dem Beginn des Studienjahres veränderte sich auch Leitungsstruktur. Das Institut war fortan in die Abteilungen Mittelalter (Leiter: Gerhard Heitz), Neue und Neueste Zeit (Leiter: Martin Polzin) und Zeitgeschichte (Leiter: Lothar Elsner) gegliedert.³⁴¹

1958 wurde das Studium der Mittelschullehrer im Zusammenhang mit der geplanten Einführung der Polytechnischen Oberschule auf 4 Jahre ausgedehnt. Zeitgleich traten neue Studienpläne in Kraft.³⁴² Im Studienjahr 1959/60 wurde das produktionsgebundene Studienjahr eingeführt. Seminargruppenweise sollten die Studenten in drei verschiedenen landwirtschaftlichen Gütern „Erfahrungen in der Produktion“ sammeln und an zwei Tagen in der Woche Unterricht erhalten. Die Durchführung der Seminare und die Betreuung der Studenten an ihren Arbeitsstätten übernahmen die Assistenten Erich Klage und Rolf Melzer.³⁴³

5.3.1. Erziehung am Historischen Institut 1958–1961: „Prüfungen alten Stils“

Seit der Amtsübernahme Martin Polzins wurden Arbeitspläne aufgestellt, die anhand der getroffenen Regelungen ersichtlich machen, welchen Stellenwert die Erziehung der Studenten im Gefüge der unterschiedliche Aufgaben des Instituts besaß. Die Institutsbesprechungen wurden fortan in Verlaufsprotokollen protokolliert, was einen Einblick in die am Historischen Institut geführten Diskussionen ermöglicht. Mit Polzin besetzte ein Mann das Amt des Institutsdirektors, der schon zuvor durch Publikationen zu hochschulpädagogischen Themen hervorgetreten war und für den, so lässt sich anhand der Quellen er-

das Institut. Die Assistentinnen Gerda Fabian und Gertrud Schmidt waren für die Zeitgeschichte vorgesehen. Erich Klage, Eberhard Voß und Rolf Melzer beschäftigten sich mit der deutschen Geschichte. UAR 2.01.2, 90; Polzin, Martin: Jahresarbeitsbericht 1959/60.

³³⁹ Ebenda.

³⁴⁰ Gerhard Heitz. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/119036762> (23.08.2011)

³⁴¹ UAR 2.01.2, 90; Polzin, Martin: Jahresarbeitsbericht 1959/60.

³⁴² UAR 2.01.2, 139; Studienplan für die 4jährige Ausbildung von Mittelschullehrern. Geschichte, 01.08.1958.

³⁴³ UAR 2.01.2, 90; Polzin, Martin: Jahresarbeitsbericht 1959/60.

härten, die Erziehung der Studenten ein Aufgabengebiet war einen besonderen Stellenwert besaß. Zudem kamen im Zuge des personellen Wachstums des Historischen Instituts ehemalige Lehrer an das Institut.

Der besondere Stellenwert der sogenannten „Erziehung“ der Studenten zeigte sich zu unterschiedlichen Gelegenheiten. So diskutierten die Institutsangehörigen zum Beispiel eine weitreichende Veränderung der Prüfungen.³⁴⁴ Der zum Studienjahresbeginn hinzugekommene wissenschaftliche Mitarbeiter Bruno Nadolny übte Grundsatzkritik an den im Frühjahr bevorstehenden Prüfungen. Sie seien „Prüfungen alten Stils, die nur das fachliche Können der Studenten berücksichtigten“. An ihre Stelle sollte „eine Vorstellung der Studenten der Öffentlichkeit gegenüber“³⁴⁵ treten. Neben den Angehörigen des Instituts sollten an den Prüfungen auch Vertreter der Seminargruppe, des Patentbetriebes, der Volksbildung sowie Arbeiterveteranen und Geschichtsmethodiker teilnehmen. Aufgabe der Prüfungen sollte es sein, festzustellen „wie der Student gesellschaftlich arbeitet, welche ideologischen Positionen er bezieht“³⁴⁶. Nadolnys Vorschläge gehen jedoch auch Polzin zu weit, er bezeichnet den „Grundgedanken“ Nadolnys als richtig, gab aber zu verstehen, „daß man bei uns die konkrete Lage berücksichtigen müßte“³⁴⁷. Abschließend erklärte Polzin, dass ein „Lehrer“, ein „Parteiveteran“ und ein „Vertreter der FDJ-Leitung“ zur Teilnahme an den Prüfungen eingeladen werden sollten. Wie groß ihr Anteil am Prüfungsgespräch sein sollte, geht allerdings aus dem Beschluss nicht klar hervor, Nadolny zeigte sich jedoch unzufrieden. Die Episode zeigt, dass die politische Erziehung der Studenten von den Angehörigen des Instituts zu diesem Zeitpunkt keineswegs als von „oben“ aufgebürdete Pflicht angesehen wurde, sondern selbst als Ziel verfolgt wurde.

Polzin hatte schon 1957 in einem Artikel in der Zeitschrift „Das Hochschulwesen“ die „sozialistische Praxis“ als „beste[n] Erzieher unser Studenten“ bezeichnet.³⁴⁸ Im Artikel versuchte Polzin, den Leser von den Vorzügen gemeinsamer Exkursionen von Lehrkörper und Studenten zu überzeugen. Die Hochschullehrer würden dadurch ihre Studenten besser kennenlernen können. Dieses persönliche Verhältnis sei der „wichtigste Einflussfaktor“ in der Erziehung der Studenten.³⁴⁹ Das Ziel der Exkursionen sei jedoch nicht gleichgültig,

³⁴⁴ UAR 2.01.2, 89: Protokoll der Institutsbesprechung am 07.04.1959.

³⁴⁵ Ebenda.

³⁴⁶ Ebenda.

³⁴⁷ Ebenda.

³⁴⁸ Polzin 1957.

³⁴⁹ Ebenda.

den Studierenden sollten die Probleme und Erfolge des Arbeitslebens kennenlernen. Ganz in diesem Sinne sprach Polzin in einer Leitungssitzung am 07.03.1960 davon, dass die „Lehr- und Erziehungsarbeit unter den Studenten des 1. Studienjahres [...] vor allem darauf gerichtet sein [muss], die Studenten in den gesellschaftlichen Umwälzungsprozessen auf dem Lande miteinzubeziehen“³⁵⁰. Polzin bezog sich dabei auf die in Angriff genommene vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft. Auch die Studenten sollten ihren Beitrag dazu leisten. Aus diesem Grunde wurden eine Anzahl von Studenten ausgewählt, die in verschiedenen Dörfern in der Nähe von Rostock die Eingliederung der letzten selbstständigen Landwirte in die LPGs propagandistisch begleiten sollten. Die Studenten sollten die „Umwälzung“ in Zeitungsberichten verarbeiten.³⁵¹

Der Propagandaeinsatz betraf nur eine kleine Gruppe der Rostocker Geschichtsstudenten, allerdings zeigt sich in dieser Maßnahme, dass die politische Erziehung der Studenten nicht, wie in den Auseinandersetzungen im Fakultätsrat zwei Jahre zuvor, mit der ideologisch einwandfreien Aufbereitung des Vorlesungsstoffes gleichgesetzt wurde.

5.3.2. Erziehung als Thema im Fakultätsrat

Gerade, wenn man die Bemühungen im Historischen Institut Ausmaß vergleicht, in dem die politische Erziehung der Studenten im Rat der Philosophischen Fakultät thematisiert wurde, fällt auf, dass die politische Erziehung der Studenten im Historischen Institut einen größeren Stellenwert als im Institutsrat besaß. Im Zeitraum von 1959 bis zum Anfang des Jahres 1961 wurde die Einflussnahme auf die Einstellungen und Überzeugungen der Studenten kaum im Fakultätsrat thematisiert.³⁵²

Die Betreuung der Studenten durch die Hochschullehrer war bis zum September des Jahres 1961 noch nicht für alle Seminargruppen verbindlich. Eine Reihe von Seminargruppen wurde allerdings schon auf Eigeninitiative durch Hochschullehrer und Nachwuchswissenschaftlern betreut. Diese Tätigkeit wurde auch von Seiten der Fakultätsleitung forciert. So lud die damalige Dekanin Hildegard Schumann fakultätsübergreifend die Betreuer von Seminar-

³⁵⁰ UAR 2.01.2, 88: Protokoll der Arbeitsberatung der Institutsleitung vom 30. März 1960.

³⁵¹ UAR 2.01.2, 124: Aktennotiz, 30.03.1960.

³⁵² Bis ungefähr zur Fakultätsratssitzung am 24.11.1960 als ein kurzfristig bestehende Kommission für Erziehung gebildet wird. UAR 2.01.2, 4.3: Protokolle der Fakultätsratssitzungen (1959–1961), Philosophische Fakultät.

gruppen seit dem Beginn des Jahres 1960 in regelmäßigen Abstand zum Erfahrungsaustausch über ihre Tätigkeit ein.³⁵³

5.4. Vom Mauerbau am 13. August 1961 bis zum 2. Jugendkommuniqué der SED im Herbst 1963

Im Juni 1961 kam es zu einem Leitungswechsel im Historischen Institut. Martin Polzin wurde auf eigenen Wunsch von seiner kommissarisch wahrgenommenen Funktion als Institutsdirektor abberufen.³⁵⁴ Sein Nachfolger als kommissarischer Institutsdirektor und Fachrichtungsleiter wurde der Agrarhistoriker Gerhard Heitz, der anderthalb Jahre zuvor an das Institut gekommen war.³⁵⁵ Auch im Studienjahr 1960/61 vergrößerte sich das Historische Institut weiter personell.³⁵⁶ Am 1.6.1961 wurde auch der Leipziger Historiker Johannes Kalisch Teil des Lehrkörpers und übernahm in der Folgezeit die im Studienplan als obligatorisch festgeschriebene Lehre im Lehrbereich „Geschichte der UdSSR und europäischen Volksdemokratien“.³⁵⁷

5.4.1. Erziehung am Historischen Institut nach dem Mauerbau

Einen tiefgreifenden Einschnitt in die Erziehungsarbeit am Historischen Institut der Universität Rostock stellte der Mauerbau am 13. August 1961 dar. Einerseits bekam die Aufgabe der politisch-ideologischen Beeinflussung der Studenten einen vorher unbekanntem Stellenwert. Andererseits wurden nach dem Mauerbau strukturelle Eingriffe vorgenommen, welche von Dauer und die Grundlage für spätere Erziehungsbemühungen waren. Des Weiteren ist auch

³⁵³ UAR 2.01.2, 78: Seminargruppenbetreuung (1960–1966), Philosophische Fakultät.

³⁵⁴ UAR 2.01.2, 82: Herder, Heinz: Schreiben an Rektor Rudolf Schick, 01.06.1961.

³⁵⁵ Ebenda.

³⁵⁶ Ans Institut kamen als wissenschaftliche Assistentinnen Hanne-Lore Knobloch, die in der Arbeitsgruppe Geschichte der FDJ mitarbeiten sollte und Ursula Tominski, die für den Bereich der deutschen Zeitgeschichte vorgesehen war. Neu an das Institut kamen auch Johanna Jawinsky, Ehefrau von Erich Jawinsky, und Sigrid Dillwitz als Aspirantinnen, die weniger Verpflichtungen in der Lehre hatten. Am 1.6.1961 wurde auch der Leipziger Historiker Johannes Kalisch Teil des Lehrkörpers und übernahm in der Folgezeit die im Studienplan als obligatorisch festgeschriebene Lehre im Lehrbereich „Geschichte der UdSSR und europäischen Volksdemokratien“. UAR 2.01.2, 90: Heitz, Gerhard: Jahresbericht des Historischen Instituts für das Studienjahr 1960/61.

³⁵⁷ UAR 2.01.2, 90: Heitz, Gerhard: Jahresbericht des Historischen Instituts für das Studienjahr 1960/61. Johannes Kalisch. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/1015286763> (25.08.2011)

eine Veränderung der Erziehungsorganisation festzustellen, in der Art, dass der Dekan der Philosophischen Fakultät und der Fakultätsrat immer stärker in die Erziehungsarbeit der Institute eingriffen, Vorgaben machten, ihre Einhaltung kontrollierten und Rechenschaftsablegung einforderten. Am 19.9.1961 fand im Institut eine Besprechung statt, die eine Aussprache mit Staatssekretär Girnus zum Gegenstand hatte.³⁵⁸ Alle Seminargruppen des Instituts sollten fortan einen Seminargruppenbetreuer bekommen.³⁵⁹ Die Betreuer rekrutierten sich dabei vornehmlich aus den Reihen des wissenschaftlichen Nachwuchses³⁶⁰

Bemerkenswert ist, dass sowohl bei der Organisation des Ernteeinsatzes als auch bei der Einsetzung der Seminargruppenbetreuer die Initiative von der Parteileitung der Philosophischen Fakultät ausging und nicht von den Beschlüssen des Fakultätsrats oder den Anweisungen des Dekans.³⁶¹ Die Veränderung der Leitungsstruktur war dann auch das große Thema der Fakultätsratssitzung am 29.9.1961.³⁶² Der erst seit kurzem amtierende Dekan Professor Fritz Müller erläuterte den anwesenden Ratsmitgliedern die Ergebnisse eines „Forums“ mit Staatssekretär Wilhelm Girnus.. Als Fazit aus den Reaktionen nach dem Mauerbau zog Girnus, dass die politische Erziehung verbessert werden sollte. Die Institutsdirektoren seien für die Persönlichkeitsbildung der Studenten nun im verstärkten Maß zuständig.³⁶³

Der Prorektor für das gesellschaftliche Grundstudium, Günther Heidorn beließ es in seinem Redebeitrag nicht bei einem Appell an die Hochschullehrer. Seiner Ansicht nach war die mangelnde Wahrnehmung der „gesellschaftlich/politischen Funktionen“³⁶⁴ durch Defizite in den Entscheidungs- und Anleitungsstrukturen der Fakultäten begründet. Staatssekretär Girnus, so erklärte Heidorn, lege besonderen Wert auf „Staatsdisziplin“³⁶⁵. Das hieße, dass alle Mitglieder des Rates den Dekan als ihren Vorgesetzten ansehen müssten. Heidorn forderte, dass das Prinzip des demokratischen Zentralismus nun auch in der Fakultät angewandt werden müsse, wenn dort die politische Erziehung verbessern werden sollte.³⁶⁶ Der Dekan erklärte die Konsequenzen des neuen

³⁵⁸ UAR 2.01.2, 89: Protokoll der Institutsratssitzung am 19.09.1961.

³⁵⁹ Ebenda.

³⁶⁰ Ebenda.

³⁶¹ UAR 2.01.2, 23: Erziehung und Ausbildung (1946-1968).

³⁶² UAR 2.01.2, 4.3: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 29.09.1961.

³⁶³ Ebenda.

³⁶⁴ UAR 2.01.2, 4.3: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 29.09.1961.

³⁶⁵ Ebenda.

³⁶⁶ UAR 2.01.2, 4.3: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 29.09.1961.

Leitungsstils: Die Institute sollten nun in wöchentlichen Berichten Rechenschaft über die Arbeit im Institut ablegen.³⁶⁷

In der Akte „Instituts- und Jahresberichte 1956-1963“ ist eine Vielzahl solcher Berichte gesammelt. Gerade in den Berichten des Herbstsemesters 1961 wurde die Erziehungsarbeit in den Veranstaltungen des Instituts detailliert beschrieben. Dabei sind die Berichte allerdings sehr ungleich auf die Lehrveranstaltungen verteilt. Es sind ausschließlich die Spezialseminare Martin Polzins, über die die Informationsberichte Auskunft geben.³⁶⁸ Als erzieherisches Mittel griff Polzin unter anderem auf einen „alten Parteiveteran“ zurück.³⁶⁹

So detaillierte Einblicke in das pädagogische Handeln der Hochschullehrer gewährten die späteren Informationsberichte nicht mehr. Dass die Berichte zudem ausschließlich über die offenbar als pädagogisch besonders vorbildlich angesehene Seminarführung Polzins berichteten, lässt auf Ressentiments bei den anderen Hochschullehrern schließen, über ihre Lehrtätigkeit Rechenschaft abzulegen. Überhaupt blieb das erzieherische Handeln der Hochschullehrer in der bald einsetzenden Berichterstattung über die „politisch-ideologischen Situation“ der Studenten vielfach ausgespart, stattdessen gaben die Berichte abweichende und zustimmende Meinungsäußerungen der Studenten wieder. Der Kontext, indem diese Meinungen geäußert wurden, blieb vielfach im Dunkeln.

Die Untersuchung, darüber, in welchem Maße nicht nur über die politisch-ideologische Situation der Studenten nach „oben“ Bericht erstattet, sondern auch im Institut selbst beraten wurde, erschwert die sich verschlechternde Überlieferungssituation. Die Beschlussfindung verlagerte sich durch die Vergrößerung des Instituts von den Institutsbesprechungen, an denen ein Großteil der Mitarbeiter teilnahmen, hin zu den Sitzungen des neugeschaffenen Gremiums der Institutsleitung, der neben dem Direktor, die Abteilungsleiter und der Parteigruppenorganisator angehörten.³⁷⁰ Die Sitzungen dieses Gremiums wurden jedoch nur in kurzen Ergebnisprotokollen festgehalten. Seit Anfang 1962 sind die Protokolle überdies nur in unregelmäßigen, mehrmonatigen Abständen zwischen den Sitzungen erhalten. Das Protokoll der Institutsleitungssitzung vom 09.3.1964 kündigt sogar an: „Mit Beginn des FS [Frühjahrssemesters]

³⁶⁷ UAR 2.01.2, 4.3: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 29.09.1961.

³⁶⁸ dazu: Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Studienjahr 1961/62 - Herbstsemester. http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1961_WS_VV.pdf (23.08.2011) S. 81–82.

³⁶⁹ UAR 2.01.2, 90: Institutsbericht von Mitte Dezember 1961 bis Ende Januar des Jahres 1962.

³⁷⁰ UAR 2.01.2, 88: Protokoll der Institutsleitungssitzung am 19.01.1960.

1964 wird die Institutsleitung regelmäßig über die Arbeit beraten³⁷¹ Offensichtlich hatten die Leitungssitzungen in der Vorzeit nicht mehr regelmäßig stattgefunden.

Insgesamt lässt sich schlussfolgern, dass die politische Erziehung der Studenten zwar verstärkt Eingang in die Arbeit des Instituts fand, dass die Initiative dabei jedoch eher von der Fakultätsleitung ausging und weniger vom Institut. In den Institutsleitungssitzungen war die Erziehung ein Thema von vielen. Wenn die politische Erziehung in der Institutsleitung Thema war, dann ging es um die Anfertigung von Berichten und Analysen für das Dekanat und nicht um die Planung eigenständiger Initiativen.³⁷² Die politisch-ideologische Erziehung war, trotz der Bemühungen seit dem Mauerbau, noch eine Aufgabe des Instituts neben anderen. So wurde im Informationsbericht vom 24.10.1962 dargestellt, dass die Betreuung der Studenten im Ernteeinsatz leider nur mit „halber Kraft“ möglich gewesen sei, da die Betreuer zeitgleich mit der Auswertung des erschienen „Grundriss der deutschen Arbeiterbewegung“ beschäftigt gewesen seien.³⁷³ Zwar wurde in einer Institutsleitungssitzung im April des Jahres 1962 angekündigt, dass die „Frage der Betreuung der Seminargruppen“ in Zukunft besprochen werden müsse und dass zu diesem Zweck, „Erzieherkollektive“ einmal im Semester zusammensitzen und ihre Arbeit auswerten sollten.³⁷⁴ Jedoch ist kein Protokoll einer solchen Besprechung erhalten und es ist ziemlich wahrscheinlich, dass solche Besprechungen im Anschluss auch nicht stattgefunden haben.³⁷⁵

Allgemein lässt sich behaupten, dass die politische Erziehung der Studenten nach dem Wechsel der Institutsleitung einen geringeren Stellenwert im Gefüge der Aufgaben des Instituts einnahm. Der Verdacht erhärtet sich, wenn man die Akten der Abteilungen, die im Historischen Institut gegründet wurden, miteinbezieht. Generell lässt sich sagen, dass die Akte der von Polzin geleiteten Abteilung „Neuere und neueste Zeit“ am kontinuierlichsten und ausführlichsten geführt wurde. Dadurch ist eine Reihe von Arbeitsprogrammen enthalten. In den Arbeitsprogrammen 1961/62, 1963/64 und 1964/65 ist gleichlautend vermerkt, dass die Assistenten „Seminartagebücher“ führen sollten, in

³⁷¹ UAR 2.01.2, 88: Protokoll der Institutsleitungssitzung am 09.03.1964.

³⁷² Z.B. in den Institutsleitungssitzungen am 28.02.1962 und am 09.11.1963.: UAR 2.01.2, 88: Protokoll der Institutsleitungssitzung am 28.02.1962; Protokoll der Institutsleitungssitzung am 09.11.1963.

³⁷³ UAR 2.01.2, 90: Fabian, Gerda: Informationsbericht, 24.10.1962.

³⁷⁴ UAR 2.01.2, 88: Protokoll der Institutsleitungssitzung am 16.04.1962.

³⁷⁵ In der Studienjahresanalyse 1967/68 wird bemerkt, dass die Bildung von Erzieherkollektiven immer noch nicht erfolgt ist. UAR 2.01.2, 146: Studienjahresanalyse 1967/68.

denen die Seminarleistungen, Ergebnisse der Konsultationen und die gesamte Persönlichkeitsentwicklung jedes Studenten vermerkt sein sollte. Der Arbeitsbericht sah für Polzin zweimal im Jahr eine Überprüfung der Seminartagebücher vor.³⁷⁶ Eine ähnliche Regelung gab es für das gesamte Institut nie und auch in den anderen Abteilungen des Instituts wurden keine Anstalten gemacht, solche Unterlagen zu führen.³⁷⁷ Das unterstreicht ein weiteres Mal die großen erzieherischen Ambitionen Polzins im Gegensatz zur Institutsleitung.

5.4.2 Bemühungen der Fakultätsleitung

Während bis zum Herbstsemester 1961 die politische Erziehung der Studenten in den Besprechungen des Fakultätsrats keinen großen Umfang einnahm, wurde am Historischen Institut darüber beraten, wie auf Einstellungen und Überzeugungen der Studenten eingewirkt werden könne. Besonderen Stellenwert hatte dabei das Erziehungsmittel „Praxis“. Die Initiativen, die im Herbstsemester 1961 vom Dekan und dem Fakultätsrat ausgingen, zielten dagegen in eine andere Richtung. Dass von der Fakultätsleitung offenbar besonders die Seminargruppenbetreuung als Mittel zur Verbesserung der Erziehungsarbeit angesehen wurde, beweist auch die von Müller in Auftrag gegebene „Analyse des Standes der Erziehung und Ausbildung im 3. Studienjahr der Philosophischen Fakultät“.³⁷⁸

Mit der Durchführung der Analyse betraute der Dekan den Hochschulpädagogen. Roger erklärte in einem Schreiben an die Fachrichtungsleiter das Anliegen der Untersuchung. Es ginge „besonders darum, die besten Voraussetzungen für die Möglichkeit des individuellen Einwirkens auf die Studenten im Sinne der sozialistischen Erziehung zu ergründen“.³⁷⁹ Um die Ergebnisse verallgemeinern zu können, sollten die Institute der Einschätzung

³⁷⁶ UAR 2.01.2, 110: Polzin, Martin: Arbeitsplan der Abteilung Geschichte der neuen und neuesten Zeit für das Studienjahr 1961/62; UAR 2.01.2, 110: Polzin, Martin: Arbeitsplan der Abteilung Geschichte der neuen und neuesten Zeit für das Studienjahr 1963/64; UAR 2.01.2, 110: Polzin, Martin: Arbeitsplan der Abteilung Geschichte der neuen und neuesten Zeit für das Studienjahr 1964/65.

³⁷⁷ Vgl. die Akte: UAR 2.01.2, 83: Abteilung Zeitgeschichte 1955–1977 und die Akte: UAR 2.01.2, 149: FB Vorkapitalismus und Abteilung Mittelalter 1960–1969.

³⁷⁸ UAR 2.01.2, 22: Roger, Gerhard: Schreiben an die Fachrichtungsleiter der Philosophischen Fakultät. Betrf: Analyse des Standes der Erziehung und Ausbildung im 3. Studienjahr der Philosophischen Fakultät, 15.11.1961.

³⁷⁹ Ebenda.

ihrer Seminargruppen jeweils dieselben Fragen zugrunde legen. Roger selbst erklärte sich bereit, die Ergebnisse dann auszuwerten.³⁸⁰

Die Analyse ist für die Dauer des Untersuchungszeitraums einzigartig. Das liegt weniger am Verfahren des Fragebogens, das in der darauffolgenden Zeit bei allen Analysen dieser Art angewandt wurde. Besonders ist an der im Herbst 1961 durchgeführten Analyse im Vergleich zu ähnlichen Analysen späterer Zeit, dass die Initiative von der Fakultätsleitung und nicht vom Staatssekretariat für Hochschulwesen ausging. Bei den seit 1965 vom Staatssekretariat eingeforderten Studienjahresanalysen auf der Basis eines vom Staatssekretariat festgelegten Fragespiegels ist kein Rückfluss an Informationen festzustellen. Es bleibt also unklar, wie die erhaltenen Informationen durch das Staatssekretariat gewertet wurden. Im großen Unterschied dazu erfolgte die Auswertung der Analyse des 3. Studienjahres im Fakultätsrat und beinhaltete eindeutige Schlussfolgerungen und Beschlussempfehlungen. Des Weiteren gab Roger auch genaue methodische Hinweise zur Organisation der Analysen in den Seminargruppen und legte fest, wer welche Fragen zu beantworten hat. So hatten die Seminarassistenten, die Seminargruppenssekretäre, der Lehrkörper, die Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus, die Angehörigen des Pädagogischen Instituts und die Vertreter der FDJ- und Parteileitung Fragen zu beantworten.³⁸¹

Insgesamt wurden 20 Fragen gestellt, unter anderem zur sozialen Zusammensetzung, zur schulischen Bildung, zum Verhältnis von den Seminarassistenten zur Seminargruppe, zur Arbeitsorganisation innerhalb der Seminargruppe, zu den fachlichen Leistungen aber ebenso auch zum „Kern des Kollektivs“, ideologischen Auseinandersetzungen im Kollektiv, zu negativen Einflüssen innerhalb der Seminargruppe als auch zur „politischen, ideologischen, moralischen Befähigung“ der einzelnen Studenten für den Lehrerberuf.³⁸²

Die von Roger durchgeführte Analyse beabsichtigte nur zum Teil, die in den Seminargruppen geleistete Arbeit einzuschätzen. Rogers Untersuchung setzte hochschulpädagogische Prämissen voraus, die im Diskurs an der Philosophischen Fakultät noch überhaupt keine Rolle spielten: „In dem wir davon

³⁸⁰ UAR 2.01.2, 22: Roger, Gerhard: Schreiben an die Fachrichtungsleiter der Philosophischen Fakultät. Betrf: Analyse des Standes der Erziehung und Ausbildung im 3. Studienjahr der Philosophischen Fakultät, 15.11.1961.

³⁸¹ UAR 2.01.2, 22: Roger, Gerhard: Ergänzende Hinweise zur Analyse des 3. Studienjahres, 15.11.1961.

³⁸² UAR 2.01.2, 22: Roger, Gerhard: Ergänzende Hinweise zur Analyse des III. Studienjahres, 15.11.1961.

ausgehen, daß die Kollektiverziehung das entscheidende Mittel zur Heranbildung sozialistischer Persönlichkeiten ist, stellen wir bewußt die Seminargruppen in den Vordergrund der Fragestellung“. Weiter schrieb er: „Die Seminargruppe ist die organisatorische Grundvoraussetzung für die Entwicklung eines pädagogischen Kollektivs“. ³⁸³Die von Staatssekretär Girnus eingeforderte wesentliche Verbesserung der politischen Erziehung der Studenten, so wird aus den Initiativen der Fakultätsrat deutlich, sollte nicht allein aus offensiver Propaganda bestehen. Stattdessen sollte sie durch die Intensivierung der Betreuung herrühren. Gerhard Roger führte mit seiner Analyse Anton Makarenkos pädagogisches Konzept der „Kollektiverziehung“ in die Diskussion über die Mittel der Erziehung an der Philosophischen Fakultät ein. ³⁸⁴

Das Manuskript der „Auswertung der Analyse des 3. Studienjahres“, die Gerhard Roger am 10.3.1962 dem Fakultätsrat präsentierte, hat eine Länge von insgesamt 66 Seiten. ³⁸⁵ Kleinteilig untersucht Roger darin unter anderem Korrelationen zwischen der sozialen Zusammensetzung, dem sogenannten „Gruppenaktiv“, den fachlichen Leistungen, der Existenz eines Arbeitsplans und den ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der Seminargruppen. Auf Basis des Vergleichs zwischen den Seminargruppen deckte Roger im letzten Drittel der Arbeit vermeintliche Bedingungsbeziehungen auf. Roger übte in der Auswertung auch süffisante Kritik an der notorisch positiven Berichterstattung innerhalb der sozialistischen Universität. ³⁸⁶ Er fragte zum Beispiel, warum das produktionsgebundene Jahr, dem in den Auswertungen der Institute beste Ergebnisse bei der Persönlichkeitsbildung zugestanden wurden, in den Berichten aus dem Jahr 1961 überhaupt gar nicht mehr erwähnt werde. Rogers Bericht deckt auch auf, dass die Betreuung der Seminargruppen in der Philosophischen Fakultät zu diesem Zeitpunkt noch nicht flächendeckend und vielfach nicht

³⁸³ UAR 2.01.2, 22: Roger, Gerhard: Ergänzende Hinweise zur Analyse des III. Studienjahres, 15.11.1961.

³⁸⁴ Ein kurzes Referat der pädagogischen Theorie Makarenkos bietet zum Beispiel: Stanelle, Helmut: Die Bedeutung des Lehrerkollektivs für die systematische Erziehungsarbeit. Berlin 1955.

³⁸⁵ UAR 2.01.2, 22: Roger, Gerhard: Auswertung der Analyse des 3. Studienjahres.

³⁸⁶ Zu den Eigentümlichkeiten der bürokratischen DDR-Kommunikation: Jessen, Ralph: Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von "Bürokratie" und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte. In: Lüdke, Alf; Becker, Peter (Hrsg.): Akten, Eingaben, Schaufenster: die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag 1998. S. 57–75.

kontinuierlich vorgenommen wurde. Manche Betreuungsverhältnisse begannen auch erst anlässlich der Befragung.³⁸⁷

Roger empfahl zum Abschluss des Berichtes, dass alle Fachrichtungen einmal pro Studienjahr solche Analysen erstellen und auswerten sollten und die Fakultätsleitung in Zukunft die Anleitung und Kontrolle der Seminargruppenbetreuer übernahm. Rogers Vorlage wurde Empfehlungen wurden jedoch nicht vom Fakultätsrat beschlossen.³⁸⁸ Roger selbst erwähnte in der Einleitung seines Manuskriptes die Widerstände der Hochschullehrer gegen die „zusätzliche Arbeit“ als möglichen Hinderungsgrund. Manche Hochschullehrer hätten den Eindruck, die Analyse würde nur dem „Sonderinteresse einzelner Personen“ ergo dem Forschungsabsichten Gerhard Rogers dienen.³⁸⁹ Auch ein drei Monate später von Roger entworfener „Maßnahmenplan für die Verbesserung der Erziehungsarbeit im Studienjahr 1962/63“ kam im Fakultätsrat nicht zur Abstimmung.³⁹⁰ Die Studienjahresanalyse des Herbstsemesters 1961 wurde nicht wiederholt. Die Seminargruppenbetreuung blieb in den nächsten Jahren weitgehend außerhalb des Fokus‘ der Leitungstätigkeit der Fakultät und der Institute. Begründet war dies auch dadurch, dass das Thema politische Erziehung wieder von anderen Themen verdrängt wurde.³⁹¹ Auch die Förderung des wissenschaftlichen Arbeitens der Studenten stand nach dem Brigadebesuch wieder stärker auf der Agenda.

Allerdings wurde im Herbstsemester 1962 eine Kommission für Lehre und Erziehung gebildet. Ihr gehörten zunächst ein Pädagoge (Günter Hellfeldt), ein Psychologe (Karlheinz Otto), ein Sportwissenschaftler (Heinz Bäskau), ein Romanist, ein Historiker und als Vorsitzender Gerhard Roger an.³⁹² Im Arbeitsplan war die Vorlage von Richtlinien für die Hospitation von Lehrveranstaltungen zur Einschätzung ihres fachlichen und erzieherischen Niveaus vorgesehen. Ein weiteres Vorhaben stellte die Ausarbeitung von „Maßstäben hin-

³⁸⁷ UAR 2.01.2, 22: Roger: Auswertung der Analyse des 3. Studienjahres.

³⁸⁸ UAR 2.01.2, 4.3: Protokolle der Fakultätsratssitzungen (1959–1961), Philosophische Fakultät.

³⁸⁹ UAR 2.01.2, 22: Roger: Auswertung der Analyse des 3. Studienjahres.

³⁹⁰ UAR 2.01.2, 22: Roger, Gerhard: Vorlage: Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungs- und Erziehungsarbeit an der Philosophischen Fakultät (Vorbereitung des Studienjahres 1962/63), 16.06.1962.

³⁹¹ So hatte Ende April eine „Informationsbrigade“ des Staatssekretariats die Fakultät besucht und nach der Kontrolle moniert, dass keine der hospitierten Vorlesungen „Begeisterung wecken“ würde. UAR 2.01.2, 4.3: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 09.05.1962.

³⁹² UAR 2.01.2, 23: Arbeitsplan der Kommission Lehre und Erziehung für das Frühjahrsemester 1963.

sichtlich einer gemeinsamer Einschätzung der Studenten am Ende Studienjahres“ dar. Für beide Vorhaben war wiederum Gerhard Roger verantwortlich. Karlheinz Otto arbeitete zudem Empfehlungen für die Förderung besonders begabter Studenten aus.³⁹³

Alle drei Vorlagen, die im Anschluss ausgearbeitet und der Kommission vorgestellt wurden, waren hochschulpädagogisch ausgesprochen ambitioniert. Rogers Hospitationsschema ging sehr detailliert auf einzelne Aspekte der Vorlesungen ein.³⁹⁴ In dem Papier „Maßstäbe und Maßnahmen für eine gemeinsame Einschätzung der Studenten am Ende des Studienjahres“ machten Roger ausführliche Angaben zu den wichtigen Schwerpunkten, Bezugsnormen und Organisationsmöglichkeiten der Studentenbewertungen.³⁹⁵ Otto fordert von den Hochschullehrern eine ausgedehnte Begabungsdiagnostik.³⁹⁶ Allen drei Konzepten ist das Schicksal gemein, dass sie nach ihrer Ausarbeitung nicht weiter beachtet wurden. Keines der Konzepte der Fakultätskommission wurde im Fakultätsrat diskutiert, geschweige denn zur Grundlage eines Beschlusses gemacht. Die Konzepte wurden offenbar auch nicht im größeren Maßstab vervielfältigt und an die Institute weitergereicht. In der Akte „Ausbildung und Erziehung“ des Historischen Instituts finden sich von den drei Texten nur Rogers Hospitationsrichtlinien.³⁹⁷ Wie bei Rogers Analyse des 3. Studienjahres ist auch bei den Arbeiten der Kommission ein Auseinandertreten zwischen Konzeptionalisierung und tatsächlicher Durchführung hochschulpädagogischer Maßnahmen festzustellen. Die weitgehende Nichtbeachtung der Vorlagen wirkte sich wahrscheinlich auch auf die Arbeit der Kommission aus, die zum Studienjahr 1963/64 kaum noch Vorhaben in Angriff nahm.³⁹⁸

³⁹³ UAR 2.01.2, 23: Arbeitsplan der Kommission Lehre und Erziehung für das Frühjahrsemester 1963.

³⁹⁴ UAR 2.01.2, 23: Roger, Gerhard: Hinweise für Hospitationen in Hochschullehrveranstaltungen, 21.03.1963.

³⁹⁵ UAR 2.01.2, 23: Roger, Gerhard: Maßstäbe und Maßnahmen für eine gemeinsame Einschätzung der Studenten am Ende des Studienjahres. In: UAR: Philosophische Fakultät. Lehre und Erziehung 1962–1968

³⁹⁶ UAR 2.01.2, 23: Otto, Karlheinz: Empfehlungen zur Förderung besonders begabter Studenten.

³⁹⁷ UAR 2.01.2, 124: Historisches Institut. Erziehung und Ausbildung.

³⁹⁸ So enthält der Arbeitsplan für das Studienjahr 1963/64 keine Zuständigkeiten und Termine mehr. UAR 2.01.2, 23: Arbeitsplan der Kommission Lehrer und Erziehung für das Studienjahr 1963/64.

5.5. Die Auswirkungen des 2. Jugendkommuniqués auf die Erziehungsorganisation und -arbeit in der Fakultät und im Historischen Institut

Ein Erklärungsansatz, warum die von der Kommission für Lehre und Erziehung ausgearbeiteten Konzeptionen auf so wenig Resonanz in der Fakultät stießen, bietet die gewandelte hochschulpolitische Agenda. Verstärkt wurde diese, wenn nicht ideologiefreien, dann jedoch eher pragmatisch begründeten Versuche, die Methoden der Ausbildung zu verbessern, durch die Verabschiedung des 2. Jugendkommuniqués der SED vom 21.09.1963.³⁹⁹ Dieses trug den Untertitel „Der Jugend mehr Verantwortung“ und war der Startschuss für eine kurzwährende Liberalisierung der Jugendpolitik der SED. In der Fakultätsrats-sitzung am 26.09.1963 wurde jedoch weniger die im Kommuniqué enthaltende Aufforderung, offener mit den Studenten zu diskutieren, besprochen, als die im selben Atemzug getätigte Aussage über das von den Studenten erwartete „aufopferungsvolle Studium“ im Sinne der schon vorher angelaufenen Diskussion über die Förderung des wissenschaftlichen Arbeitens interpretiert.⁴⁰⁰ Der Dekan erklärte, dass sich die Bemühungen von nun an auf die „Verstärkung des Selbststudiums“ richten müssten. Zur Befähigung zum Selbststudium müssten die Hochschullehrer die Studenten erziehen. Die Dozenten sollten keine „moralischen Reden halten“, sondern konkrete Aufgabenstellungen geben. Die Herstellung eines Vertrauens zwischen Dozenten und Studenten sei notwendig.⁴⁰¹ Nach dem hochschulpolitischen Kurswechsel war Kritik an der von der Partei zgedachten Rolle Politikpropagandisten möglich.

Die Frage nach der Verbesserung der Ausbildung im Sinne eines „schöpferischen Studiums“ beherrschte den Fakultätsrat über das gesamte Jahr 1964. Verwirklicht werden sollte dieses Anliegen mit der Einrichtung von außerunterrichtlichen Studentenzirkeln zu wissenschaftlichen Themen, durch Studentenwettbewerbe, auch dem Selbststudium sollte mehr Platz eingeräumt werden, sogar individuelle Studienpläne wurden diskutiert.⁴⁰²

Die politisch-ideologische Erziehung rückte zu diesem Zeitpunkt im Fakultätsrat in den Hintergrund. Wenn im Anschluss an das 2. Jugendkommuni-

³⁹⁹ Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu Problemen der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Sozialistische Demokratie 7, 1963. S. 1–16.

⁴⁰⁰ UAR 2.01.2, 4.4: Protokoll der Fakultätsrats-sitzung am 26.09.1963.

⁴⁰¹ Ebenda.

⁴⁰² UAR 2.01.2, 4.5: Protokoll der Fakultätsrats-sitzung am 03.12.1964.

qué von Erziehung die Rede war, meinten die Redner damit die Vermittlung von Fähigkeiten, wie in der damals gebräuchlichen Redewendung „Erziehung zum wissenschaftlichen Denken“⁴⁰³. Dazu passt, dass die Vorlage zu einem „Maßnahmenplan der Philosophischen Fakultät zur Förderung besonders begabter befähigter Studenten“⁴⁰⁴, die der Psychologe Heinz Grassel⁴⁰⁵ der Kommission Lehre und Erziehung vorstellte, kurze Zeit später auch ohne Änderung durch den Fakultätsrat bestätigt und tatsächlich zur Arbeit der Institute wurde.⁴⁰⁶

Zum Herbstsemester 1963 wurde die Abteilung Geschichtsmethodik, die zuvor im Institut für Pädagogik beheimatet war, in das Institut eingegliedert.⁴⁰⁷ Damit kam ein weiterer Professor an das Institut, Friedrich Donath.⁴⁰⁸ Mit ihm wurden auch der Wahrnehmungsdozent Herbert Rütting, dessen Gebiet allerdings die Methodik des Staatsbürgerkundeunterrichts war,⁴⁰⁹ und die Assistentin Helga Maaß Mitarbeiter des Instituts.⁴¹⁰ 1964 wird das zudem das Amt des geschäftsführenden Oberassistenten neugeschaffen, das den Institutsdirektor entlasten soll.⁴¹¹

5.5.1. Erziehung im Historischen Institut 1963–1965

Ein ähnlicher Kurswechsel, wie ihn der Fakultätsrat nach dem 2. Jugendkommuniqué durchführte, lässt sich für das Historische Institut zunächst nicht feststellen. Zunächst zeigt sich sogar ein gegenteiliges Bild. Der erste Informationsbericht aus dem Historischen Institut, der sich ausschließlich der Analyse der „politisch-ideologischen Situation unter den Studenten“ widmete, ist auf

⁴⁰³ Kosmodemjanskij 1963.

⁴⁰⁴ UAR 2.01.2, 23: Grassel, Heinz: Maßnahmenplan der Philosophischen Fakultät zur Förderung besonders begabter befähigter Studenten.

⁴⁰⁵ UAR 2.01.2, 4.5: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 25.03.1964.

⁴⁰⁶ UAR 2.01.2, 124: Heitz, Gerhard: Schreiben an Günther Hellfeld. Maßnahmen zur Begabtenförderung, 24.12.1964.

⁴⁰⁷ UAR 2.01.2, 90: Heitz, Gerhard: Bericht über das Studienjahr 1963/64.

⁴⁰⁸ Donath, Friedrich. In: *Catalogus Professorum Rostochiensium*. http://cpr.uni-rostock.de/nav?id=cpr_professor_00000002203&offset=0&doctype=professor&path=left.search.allmeta.searchresult-allmeta.docdetail&resultid=-7lsv0tflfcrzgruehayk (27.08.2011).

⁴⁰⁹ UAR 2.01.2, 167: Arbeitsplan Methodik des Staatsbürgerkundeunterrichts, 20.07.1962.

⁴¹⁰ UAR 2.01.2, 146: Heitz: Bericht über das Studienjahr 1963/64.

⁴¹¹ Ebenda. S. 26.

den 13.11.1963 datiert.⁴¹² In dem Schreiben wurde Bericht über die Diskussionen der Studenten „über ihre Selbsttätigkeit“ erstattet.⁴¹³ Obwohl der Institutsdirektor Gerhard Heitz insgesamt ein positives Fazit ziehen konnte und über eine verbesserte Studienmoral berichtete, mahnte er die Gefahr von „Praktizismus“⁴¹⁴ an, der sich bei besonders bei den Studenten zeigte, die gerade ihr Schulpraktikum absolviert hatten. Nicht zum wenig bemerkenswerten Inhalt des Schreibens passt, dass Heitz abschließend ankündigt, dass die Institutsleitung beschlossen habe, „künftig in regelmäßigem Abstand die politisch-ideologische Situation unter den Studierenden zu analysieren“.⁴¹⁵

Ein regelmäßiges Berichtswesen über die politisch-ideologische Einschätzung der Studenten entwickelte sich jedoch, eventuell aufgrund der veränderten hochschulpolitischen Vorzeichen, nicht. Im Institut wurde eine solche Einschätzung eines Studienjahres allerdings zumindest einmal vorgenommen wie ein handschriftliches Protokoll vom 21.12.1963 beweist.⁴¹⁶ Tatsächlich ging es im Einschätzungsgespräch eher um die Gründe für die Leistungsunterschiede zwischen den Studenten als um politische Überzeugungen.⁴¹⁷ Regelmäßig durchgeführt wurden solche Besprechungen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht.⁴¹⁸

Über die weitere Arbeit der Institutsleitung und die Themen der Instituts-sitzungen in den nächsten Jahren lassen sich keine direkten Aussagen machen, da die Überlieferung im Frühjahr 1964 abreißt⁴¹⁹ und im Falle der Institutsleitungssitzungen erst im Herbst 1966 wieder einsetzt.⁴²⁰ Über die Entwicklung der Erziehungsarbeit geben in den Folgejahren nur die Jahresarbeitspläne und Jahres- und Informationsberichte Auskunft.

⁴¹² UAR 2.01.2, 146: Heitz, Gerhard: Informationsbericht zur politisch-ideologischen Situation unter den Studierenden, 13.11.1963.

⁴¹³ UAR 2.01.2, 146: Heitz: Informationsbericht zur politisch-ideologischen Situation unter den Studierenden.

⁴¹⁴ Ebenda.

⁴¹⁵ Ebenda.

⁴¹⁶ UAR 2.01.2, 89: Protokoll der Institutsvollversammlung am 21.12.1963.

⁴¹⁷ Ebenda.

⁴¹⁸ Immerhin wird eine regelmäßige Auswertung der Erziehungsarbeit in den Seminargruppen noch als eine der „Hauptaufgaben“ für das Studienjahr 1967/68 bezeichnet. UAR 2.01.2, 146: Studienjahresanalyse des Historischen Instituts 1966/67.

⁴¹⁹ Die zuletzt protokollierte Institutsleitungssitzung war am 9.3.1964. Vgl. UAR 2.01.2, 88: Protokoll der Institutsleitungssitzung am 09.03.1963.

⁴²⁰ UAR 2.01.2, 88: Arbeitsplan der Institutsratssitzungen für das HS 1967.

Das Arbeitsprogramm für das Studienjahr 1964/65 gibt, als Erziehungsinhalte der Geschichtslehrausbildung, ganz im Sinne des 2. Jugendkommuniqué die „Erziehung der Studenten zur schöpferischen wissenschaftlichen Arbeit, zum kritischen Denken und zur selbständigen Handhabung der Forschungsmethodik und der Methode der Geschichtswissenschaft, zur Arbeit mit den fachwissenschaftlichen Informations- und Dokumentationsmitteln“⁴²¹ an. Die Passage zeigt zweierlei: Einmal, dass die Erziehung der Studenten in diesem Dokument nicht vorrangig als politische oder ideologische Erziehung angesehen wurde. Ausgehend von der im ersten Kapitel gegebenen Definition würde diese Art Erziehung gar nicht in den Bereich dieser Untersuchung fallen.⁴²² Zweitens lässt die Formulierung eines Ausbildungsziels im Arbeitsplan aber auch auf die Verschiebung der Organisationsziele hin. Die Studienjahresanalyse 1964/65 betonte in eine ähnliche Richtung zielend besonders, dass die Einführungsveranstaltungen durch Professoren und Dozenten gehalten wurden.⁴²³ Zum Studienjahr 1965/66 wurde sogar eine „Reformierung des Betreuersystems“ angekündigt.⁴²⁴ Die Seminargruppenbetreuer sollten fortan auch Unterricht in der von ihnen betreuten Seminargruppe geben. Die Initiative für diese Maßnahme kam aus dem Institut, wie später betont wurde.⁴²⁵

Auf die lange Dauer erweiterten sich die Betreuungsaufgaben des Instituts. Die Kampagne nach dem Mauerbau führte zu einer dauerhaften Etablierung der Seminargruppenbetreuung und machte auch die Aufsicht über die herbstlichen Ernteeinsätze zu einer (ungeliebten) Aufgabe der Institutsmitarbeiter.⁴²⁶ 1963 kam noch durch einen Beschluss des Ministerrats die Durchführung der Aufnahmegespräche als Pflicht hinzu.⁴²⁷ Fortan konnte das Institut selbständig über die Eignung der Studienbewerber befinden.

⁴²¹ UAR 2.01.2, 91: Arbeitsprogramm des Historischen Instituts und der Gewerkschaftsgruppe für das Studienjahr 1964/65.

⁴²² Vgl. Abschnitt 2.1.

⁴²³ UAR 2.01.2, 146: Heitz: Studienjahresanalyse 1964/65.

⁴²⁴ UAR 2.01.2, 91: Arbeitsprogramm des Historischen Instituts und der Gewerkschaftsgruppe für das Studienjahr 1965/66.

⁴²⁵ UAR 2.01.2, 146: Heitz, Gerhard: Schreiben an das Dekanat. Betr. Rundschreiben 7, 1965/66, 24.01.1966.

⁴²⁶ UAR 2.01.2, 89: Protokoll der Institutsitzung am 21.06.1963. dazu auch die Akte UAR 2.01.2, 99: Ernteeinsätze (1961–1968), Historisches Institut.

⁴²⁷ Beschluß über das Aufnahmeverfahren an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen. In: Gesetzblatt der DDR 14, 1963. S. 1–2. Dazu auch die Auswertung der ersten Eignungsprüfungen im Fakultätsrat: UAR 2.01.2, 4.4: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 24.05.1963.

Im Gegensatz zu den Jahresplänen und -berichten änderten sich die die seit dem Frühjahrssemester 1963 für das Prorektorat für Studienangelegenheiten angefertigten Abschlussbeurteilungen der Absolventen des Geschichtslehrerstudiums nicht.⁴²⁸ Das politisch-ideologische Bewusstsein, das den Studenten bescheinigt wurde, besaß nach wie vor den größten Stellenwert in diesen Beurteilungen.⁴²⁹

5.6. Vom 11. Plenum bis zur Sektionsgründung

Der Großteil der Berichte über die Situation und den Studierenden wurden auf das Verlangen höherer Instanzen angefertigt. Daraus lässt sich schließen, dass die politisch-ideologische Erziehung von der Institutsleitung nicht als eigenständig zu lösende Aufgabe, sondern eher als verordnete Pflicht behandelt wurde. Die Amtszeit Martin Polzins bewies aber, dass für eine hochschulpädagogisch ambitionierte Institutsleitung durchaus ein Spielraum für die Verwirklichung eigener Erziehungsambitionen bestand.

In den Aufzeichnungen des Jahres 1967 stößt man jedoch unvermittelt auf einen sogenannten „Erziehungsprogramms des historischen Instituts für das 1. Studienjahr“⁴³⁰. Dieses Dokument erläuterte in seiner Präambel zunächst die Erziehungsziele, auf welche die Erziehungsbemühungen der Lehrkräfte ausgerichtet sein sollten und präzisiert diese für das erste Studienjahr. Der Plan macht Aussagen über die Methoden, mit deren Hilfe die Hochschullehrer ihre Seminargruppen betreuen und durch die sie in den Lehrveranstaltungen auf die Studenten einwirken sollten. Die größte Besonderheit gegenüber den hochschulpädagogischen Konzepten, die schon früher von der Fakultätskommission für Erziehung und Ausbildung erstellt wurden, war, dass im Erziehungsplan konkrete Zuständigkeiten und Termine genannt wurden. Wenn dieser Plan so umgesetzt wurde, dann war die Konzeptionalisierung, Planung und Organisation der politischen Erziehung der Studenten innerhalb kürzester Zeit von einer lästigen Pflichtaufgabe zu einer Kernaufgabe der Institutsleitung geworden. Aus diesem Befund ergibt sich die Frage nach den Gründen für den Bedeutungszuwachs der politischen Erziehung.

⁴²⁸ Vergleiche die Akte: UAR 2.01.2, 104: Historisches Institut. Studentenangelegenheiten 1958–1976.

⁴²⁹ Ebenda.

⁴³⁰ UAR 2.01.2, 124: Zweiter Entwurf eines staatlichen Erziehungsprogrammes des Historischen Instituts der Universität Rostock für das 1. Studienjahr 1967.

5.6.1. Die Reaktionen auf das 11. Plenum im Fakultätsrat und die Wiederbelebung der Kommission für Lehre und Erziehung

Die Erstellung eines Erziehungsplans am Historischen Institut ist die Folge einer im Dezember 1965 beginnenden hochschulpolitischen Kampagne, die nach der Verbesserung der politisch-ideologischen Erziehung an den Universitäten strebte. Das 11. Plenum des ZK der SED vom 16.12.-18.12.1965 sollte sich eigentlich Wirtschaftsfragen widmen, die jedoch in den Besprechungen zur Nebensache gerieten. Stattdessen wurde die nach dem 2. Jugendkommuniqué eingeschlagene Jugend- und Kulturpolitik verworfen. Intellektuelle und Künstler, aber auch die Hochschullehrer wurden stark kritisiert.⁴³¹

Die Folgen, die dieses Plenum für die Universitäten nach sich zog, erläuterte der Dekan der Philosophischen Fakultät, Fritz Müller, den Anwesenden auf der Fakultätsratssitzung am 22.12.1965.⁴³² Der Dekan hatte zuvor in einer Besprechung der Dekane der Philosophischen Fakultäten im Staatssekretariat für Hochschulwesen die neue hochschulpolitische Linie erläutert bekommen. Müller erklärte, dass von nun an von allen Hochschullehrern die bewusste Anerkennung ihrer Erziehungsaufgaben erwartet wurde. Er wiederholte damit im Grunde nur die Forderung, die bereits 1957 und 1961 erhoben wurden. Neu war jedoch die Ankündigung, dass die erzieherische Arbeit von nun an „ausschlaggebend für die Berufung“ werden würde. Müller führte aus, dass eine „einheitliche Erzieherfront“ notwendig sei, um die politische Erziehung an der Universität spürbar zu verbessern. Dazu müssten Erzieherkollektive gegründet werden. Auch damit wiederholte Müller lediglich einen Vorschlag, der schon früher formuliert worden, jedoch nicht zur Umsetzung gekommen war. Als neue Maßnahme forderte das Staatssekretariat jedoch die Aufstellung von „Erziehungsprogrammen“. Den anwesenden Hochschullehrern war aber offenbar unklar, was sich das Staatssekretariat unter einem solchen Erziehungsprogramm vorstellte. Selbst der Hochschulpädagoge Gerhard Roger äußerte, dass solch ein Erziehungsprogramm „schwer aufzustellen“ sei. Wichtiger sei es zunächst, dass der Lehrkörper politisch übereinstimmend auftrat. Er schlug vor, dass das Germanistische Institut eine Konzeption zur einheitlichen Bewertung der Gedichte Wolf Biermanns ausarbeiten sollte.⁴³³ Im Gegensatz zum Mauerbau zeitigte das 11. Plenum des ZK keine kurzfristigen strukturellen

⁴³¹ Kloth 1991. S. 65.

⁴³² UAR 2.01.2, 4.5: Fakultätsratssitzung am 22.12.1965.

⁴³³ UAR 2.01.2, 4.5: Fakultätsratssitzung am 22.12.1965.

Eingriffe. Die Erarbeitung von Konzepten sollte der praktischen Verbesserung der Erziehungsarbeit vorausgehen. Dabei konnte die Fakultätsleitung auf bestehende Einrichtungen zurückgreifen. Die seit 1962 existierende, in letzter Zeit aber träge gewordene Fakultätskommission für Lehre und Erziehung wurde wieder aktiviert und mit der Ausarbeitung eines Erziehungsprogramms beauftragt.⁴³⁴ Vorsitzender der Kommission war im Winter 1965/66 nicht mehr Gerhard Roger, sondern der Altphilologe Wolfgang Hering. Dieser hatte zugleich das Amt des Prodekanes für Ausbildung und Erziehung inne. In Folge einer Verfassungsdiskussion an der Universität⁴³⁵ wurde im Jahr 1965 die Zahl der Prodekane auf zwei erhöht, wobei einer der Stellvertreter für den wissenschaftlichen Nachwuchs und der andere für die Ausbildung und Erziehung der Studenten zuständig war.⁴³⁶ Eine weitere Parallele zu der Erziehungskampagne 1961/62 war, dass die Bemühungen um eine wirksamere Beeinflussung der Studenten mit der Forderung nach einer strafferen Fakultätsleitung einhergingen. So berichtete der damalige Prodekan für wissenschaftlichen Nachwuchs, Harald Raab⁴³⁷ über eine weitere Tagung der Dekane der Philosophischen Fakultäten, in der festgelegt worden war, dass die „Leitungstätigkeit der Fak. [...] zu einheitlichem Handeln bei der Bewältigung der Aufgaben des 11. Plenums führen“ sollte.⁴³⁸

In der ersten Sitzung der neukonstituierten Kommission für Lehre und Erziehung wurden die Ausarbeitung „einer Vorlage für die Veränderung des Betreuersystems“ und ein Plan zur „Erstellung eines Erziehungsprogramms für das erste Studienjahr“ beschlossen.⁴³⁹ Für das erste Vorhaben zeigte sich Gerhard Roger verantwortlich, der 1962 die aufwendige Analyse der Kollektivziehung im 12. Studienjahr ausgewertet und dem Fakultätsrat im Anschluss eine Beschlussvorlage unterbreitet hatte. Den Auftrag, einen ersten Entwurf für das Erziehungsprogramm für das 1. Studienjahr anzufertigen, erhielt der Dozent für Körpererziehung Heinz Bäska.⁴⁴⁰ Roger, der 1965 zum Thema der

⁴³⁴ UAR 2.01.2, 4.5: Fakultätsratssitzung am 22.12.1965.

⁴³⁵ vgl. die Akte: UAR 1.04.0, 126: Beratungen über den Entwurf eines neuen Statuts 1962–1973.

⁴³⁶ UAR 2.01.2, 4.5: Fakultätsratssitzung am 26.06.1966.

⁴³⁷ Harald Raab. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/142674427> (27.08.2011).

⁴³⁸ UAR 2.01.2, 4.5: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 27.01.1966.

⁴³⁹ UAR 2.01.2, 23: Protokoll der Sitzung der Fakultätskommission für Lehre und Erziehung am 07.01.1966.

⁴⁴⁰ Heinz Bäska. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/140929282> (27.08.2011).

Kollektiverziehung an den Hochschulen habilitiert hatte,⁴⁴¹ konnte der Kommission schon am 24.01.1965 ein Thesenpapier vorlegen, das auch sogleich bestätigt wurde.⁴⁴² In seinen „Thesen zu den Grundsätzen über Methoden und Inhalt des Betreuersystems“ spielten drei Aspekte eine besondere Rolle. Einmal forderte Roger, dass die Seminargruppenbetreuung als Aufgabe von höchster Wichtigkeit eigentlich von den Hochschullehrern übernehmen werden müsste. Die derzeitige Praxis, dass die wissenschaftlichen Assistenten diese Tätigkeit ausübten, sei eine „Notlösung“ und nur der großen zeitlichen Belastung der Professoren geschuldet.⁴⁴³ Zweitens wurde in dem Papier gefordert, dass die Seminargruppenbetreuer systematisch angeleitet werden sollten. Die „Erfahrung“ lehre, dass sonst der erzieherische Effekt der Maßnahme ausbliebe.⁴⁴⁴ Roger plädierte also für eine bessere Erziehungsorganisation und eine stärkere Einbeziehung erzieherischer Fragen in die Leitungstätigkeit der Institutsdirektoren. Als drittes beschrieb Roger das Aufgabenprofil der Betreuer. Im Grunde ergibt sich aus der Auflistung kein anderes Bild als das, welches schon die Auswertung des 3. Studienjahres zeichnete: Der Seminargruppenbetreuer sollte einen Überblick über das über fachliches Leistungsvermögen und die „persönliche Schwierigkeiten“ jedes Studenten in der Seminargruppe besitzen. Er müsse die Stellung von jedem Studenten im Kollektiv kennen und den „positiven Kern“ der Seminargruppe stützen, Anregungen und Ratschläge geben, aber auch zu aktuellen politischen Fragen Stellung beziehen.⁴⁴⁵ Mit dem Thesenpapier war er eine Beschlussvorlage verbunden, die die Anleitungs- und Kontrollpflicht der Fachrichtungsleiter und der Fakultätsleitung festschreiben und regelmäßige Besprechungen zu diesem Thema anordnen sollte.⁴⁴⁶

Am 27.04.1966 stellte Roger die „Thesen zu den Grundsätzen über Methoden und Inhalt des Betreuersystems“ im Fakultätsrat vor. Für die Verhältnisse dieses Gremiums wurde die Vorlage stark diskutiert, Diskussionsthemen waren die Regelung der Zuständigkeiten bei der Anleitung der Seminargrup-

⁴⁴¹Roger, Gerhard: Untersuchungen zur Kollektiverziehung an Hochschulen. Unter besonderer Berücksichtigung der studentischen Seminargruppen im Bereich der Lehrerbildung an der Universität Rostock. Habilitationsschrift. Rostock 1964.

⁴⁴²UAR 2.01.2, 23: Protokoll der Sitzung der Fakultätskommission für Lehre und Erziehung. 24.01.1966.

⁴⁴³UAR 2.01.2, 23: Roger, Gerhard: Thesen zu den Grundsätzen über Methoden und Inhalt des Betreuersystems. Entwurf. 24.01.1966.

⁴⁴⁴Ebenda.

⁴⁴⁵UAR 2.01.2, 23: Roger, Gerhard: Thesen zu den Grundsätzen über Methoden und Inhalt des Betreuersystems. Entwurf. 24.01.1966.

⁴⁴⁶Ebenda.

penbetreuer und die Frage, wie stark die Professoren wirklich in die Seminargruppenbetreuung einbezogen werden sollten.⁴⁴⁷ Das Thesenpapier wurde angenommen, allerdings unter dem Vorbehalt, dass Roger einige Passagen umänderte.⁴⁴⁸ Eine gewisse Wirkung hat der Beschluss offenbar im Anschluss entfaltet: In der Ausbildungsordnung des Germanistischen Instituts, die einen Monat später erlassen wurde, sind „alljährliche Konferenzen des Lehrkörpers über Seminargruppen, Auswertung der Entwicklungskarteien, genauso wie andere Beobachtungen“ festgeschrieben.⁴⁴⁹ Als allerdings die Kommission für Lehre und Erziehung, aus der Roger mittlerweile ausgeschieden war, fast genau ein Jahr später zwei Seminargruppenbetreuer einlud, um über die Umsetzung der „Betreuerkonzeption“ zu berichten, konnten die Antworten der Betreuer offenbar nicht zufriedenstellen. Jedenfalls wurde resümiert, dass von nun an ein „erhöhtes Augenmerk auf Wirksamkeit der Seminargruppenbetreuung“ zu richten sei.⁴⁵⁰

Weit weniger schnell passierte das Erziehungsprogramm Heinz Bäskaus den Fakultätsrat. Der Entwurf musste mehrmals überarbeitet werden, bis er schließlich verabschiedet wurde. Der erste Entwurf fiel im Fakultätsrat durch, unter anderem, weil der neue Rektor der Universität, Günther Heidorn, an ihm Anstoß genommen hatte.⁴⁵¹ Im September dann wurde der Entwurf an die Institute der Fakultät mit der Bitte zur Stellungnahme versendet, danach sollten dann die Stellungnahmen ausgewertet und kritische Anmerkungen in den Entwurf eingearbeitet werden.⁴⁵² Auf diese Weise fand er auch Eingang in die Akte des Historischen Instituts. Der anschließend angefertigte zweite Entwurf des Erziehungsprogramms wurde jedoch erst im Frühjahr des Jahres 1967 im Fakultätsrat zur Abstimmung gestellt.⁴⁵³

Warum sich die Verabschiedung dieses Dokuments solange verzögerte, wird weder aus den Fakultätsrats- und Kommissionsprotokollen noch durch den Inhalt des Programms ersichtlich. Der erste Entwurf des vieldiskutierten Erziehungsprogramms war in vier Teile gegliedert. In einer Präambel wurden die Aufgaben der Universität, das Erziehungsziel der Lehrerausbildung (staats-

⁴⁴⁷ UAR 2.01.2, 4.5: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 27.04.1966.

⁴⁴⁸ UAR 2.01.2, 23: Protokoll der Sitzung der Fakultätskommission für Lehre und Erziehung.

⁴⁴⁹ UAR 2.01.2, 23: Ausbildungsordnung des Germanistischen Instituts. 27.05.1966.

⁴⁵⁰ UAR 2.01.2, 23: Protokoll der Sitzung der Fakultätskommission für Lehre und Erziehung am 24.04.1967.

⁴⁵¹ UAR 2.01.2, 23: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 27.05.1966.

⁴⁵² UAR 2.01.2, 23: Protokoll der Sitzung der Fakultätskommission für Lehre und Erziehung am 05.09.1.

⁴⁵³ UAR 2.01.2, 4.5: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 03.05.1967.

bewusste Lehrer) und die Methoden, die in der Ausbildung zur Anwendung kommen sollten, erläutert.⁴⁵⁴

Im zweiten Abschnitt wurde auf die „Spezifischen Bedingungen für die Bildungs- und Erziehungsarbeit im I. Studienjahr“ eingegangen und das Ziel des Erziehungsprogramms erläutert: den möglichst reibungslosen Übergang von schulischen zu hochschulgerechtem Lernen bei den Studenten.⁴⁵⁵

Der dritte Abschnitt erläutert dann konkrete Maßnahmen, die dafür getroffen werden sollten. Vor dem Studium sollte eine Studienberatung durchgeführt werden, im Anschluss sollten dann die Studenten, die sich ein Lehramtsstudium bewarben, einem Eignungstest unterzogen werden. Größte Neuheit sollte die Einführung von mehrwöchigen Einführungslehrgängen sein, in der die Hochschullehrer die Studenten mit den „wichtigsten Problemen ihres Fachs“ vertraut machten.⁴⁵⁶

Im anschließenden vierten Abschnitt wird ein weiteres Mal auf die „Erzieherische Aufgaben der Lehrkräfte und des wissenschaftlichen Nachwuchses“ eingegangen, im Vergleich zu Rogers Betreuerkonzeption lässt sich hier jedoch nicht viel Neues finden.⁴⁵⁷

Es lässt sich nur vermuten, warum sich die Verabschiedung des Erziehungsplans so verzögerte. Anstoß könnte eigentlich nur am dritten Abschnitt genommen worden sein, der konkrete und erweiterte Aufgaben der Dozenten bei der Betreuung der Studenten vor dem Studium machte.

5.6.2. Die Erziehungskonzeption des Senats

In vielerlei Hinsicht ist der „Entwurf eines Erziehungsprogramms für das I. Studienjahr“ ein direkter Vorläufer des Programms, das im Historischen Institut verabschiedet wurde. Die Existenz einer Vorlage ist jedoch nicht der einzige Grund für eine zuvor nicht gekannte Aktivität in Erziehungsfragen am Historischen Institut. Das Ausmaß und die Intensität der Erziehungskampagne, die das 11. Plenum im Dezember 1965 lostrat, übertraf die Initiativen des Studienjahres 1961/62 bei weitem. Bei einer Fakultätsratsitzung, in der die gerade erschienenen „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und For-

⁴⁵⁴ UAR 2.01.2, 124: Entwurf eines Erziehungsprogramms für die Arbeit mit dem I. Studienjahr an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock.

⁴⁵⁵ Ebenda.

⁴⁵⁶ Ebenda.

⁴⁵⁷ Ebenda.

schung“⁴⁵⁸ besprochen wurde, war auch der neugewählte Rektor Günter Heidorn anwesend, der schon zu anderen Gelegenheiten die Aufgabe übernommen hatte, die Beschlüsse der Partei und des Staatssekretariats für die Fakultät auszulegen. Im März 1966 gab er vor, wie das strategische Papier des Staatssekretariats auszulegen sei: Als Anlass, um der Erziehung der Studenten mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dafür müsse die „Scheu des Lehrkörpers und des wissenschaftlichen Nachwuchses“ überwunden, Kenntnisse in Marxismus-Leninismus und Hochschulpädagogik vermittelt werden. Die Konsequenz sei daraus, dass die „erzieherische Seite bei Berufungen“ in Zukunft besonders beachtet werden würden.⁴⁵⁹

Wie schon 1962 besuchte auch 1966 eine Abordnung des Staatssekretariats für Hochschulwesen die philosophische Fakultät. Im Gegensatz zum Besuch 1962 weckten die vorab bekannt gemachten Hospitationsschwerpunkte des Staatssekretariats nicht viel Hoffnung auf einen bevorstehenden Kurswechsel. Die Untersuchungsgegenstände „1. Die Analyse studentischer Leistungen: (auch ideologische und gesellschaftliche Haltung), 2. die Frage nach dem Ausschöpfen aller Potenzen erzieherischer Wirksamkeit, 3. erzieherische Wirksamkeit der Hochschullehrer. 4. Überprüfung der staatlichen Leitungstätigkeit“⁴⁶⁰ sein.

Auch die Hochschulleitung beschäftigte sich zusehends mit Erziehungsfragen. So wurde ein Beschluss des Senats „über die weitere Arbeit auf dem Gebiet politisch-ideologischer Erziehung“ vom 14. September 1966 auch in einer kleinen, zwölfseitigen Broschüre abgedruckt und den verschiedenen Einrichtungen der Universität zugestellt.⁴⁶¹

Der Neuigkeitswert dieser Publikation bestand darin, dass sogenannte „Erziehungsinhalte“ aufgezählt wurden, also die Überzeugungen und Einstellungen, zu denen die Studenten erzogen werden sollte. Inhalte sollten zum Beispiel die „Ausprägung eines sozialistischen Staatsbewußtseins, und die „Ausprägung eines sozialistischen Berufsethos“, das sich besonders in einem disziplinierten, verantwortungsbewussten Studium zeigen sollte.⁴⁶²

In der Fakultätssitzung am 29.09.1966 wurde der Beschluss des Senats im Fakultätsrat ausgewertet. Der kurz vorher zum neuen Dekan gewählte Martin

⁴⁵⁸ Prinzipien 1966.

⁴⁵⁹ UAR 2.01.2, 4.5: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 30.03.1966.

⁴⁶⁰ UAR 2.01.2, 4.5: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 06.06.1966.

⁴⁶¹ UAR 2.01.2, 124: Beschluß des Senats der Universität Rostock vom 14. September 1966 über die weitere Arbeit auf dem Gebiet politisch-ideologischer Erziehung.

⁴⁶² Ebenda.

Polzin erklärte, dass die Arbeit in den Kommissionen wiederbelebt werden müsste. Außerdem sei nun von den Instituten eigenständige Erziehungsarbeit gefordert.⁴⁶³

5.6.3. Die Organisation der politisch-ideologischen Erziehung am Historischen Institut nach dem 11. Plenum des ZK der SED

Gemessen an den Akten des Historischen Instituts scheint es der Kampagne tatsächlich gelungen zu sein, auf die Arbeitsweise der Institute einzuwirken. Das zeigt sich schon an einem langen, unbetitelten Bericht aus dem Historischen Institut, der auf den 26.06.1966 datiert ist. Der Bericht ging zunächst auf die „politisch-ideologische Situation“ unter den Studenten und im Lehrkörper ein. Er zog ein ausgesprochen negatives Fazit über die Erziehungsarbeit der letzten Jahre. Nur wenige Parteimitglieder hätten geworben werden können, ein Großteil der Studenten beteilige sich nicht aktiv an politischen Veranstaltungen und äußere sich in Seminaren nur verhalten zu aktuellen politischen Fragen. Die Einschätzung ist jedoch nicht weiter besonders, sondern passte zum jugendpolitischen Kurswechsel nach dem 11. Plenum.

Dafür zeigt der zweite Teil des Berichtes, dass sich im Historischen Institut nun intensiv mit dem Thema Erziehung befasst wurde. Der Abschnitt trägt den Titel „Die politisch-ideologische Erziehungsarbeit der Kollegen innerhalb und außerhalb der Lehrveranstaltungen“.⁴⁶⁴ Der Darstellung war eine Analyse vorausgegangen, in der die „Genossen Studenten“⁴⁶⁵ die politisch-ideologische Wirksamkeit ihrer Hochschullehrer eingeschätzt hatten. Vor der Auswertung der Ergebnisse wurde die Wichtigkeit der Lehrveranstaltungen für die politische Erziehung betont. Die „parteiliche Darbietung des Stoffes und die Ausschöpfung der politischen Potenzen des historischen Bildungsgutes“⁴⁶⁶ wurden als „wesentlichste Seiten“⁴⁶⁷ der Erziehungsarbeit im Studium aufgefasst. Diesen Kriterien entsprechend sollten die Parteimitglieder unter den Studenten die Vorlesungen und Seminare bewerten. Insgesamt stellten die Studenten ihren Hochschullehrern ein gutes Zeugnis in Parteilichkeit aus.⁴⁶⁸

⁴⁶³ UAR 2.01.2, 4.5: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 28.09.1966.

⁴⁶⁴ UAR 2.01.2, 146: Bericht vom 26.06.1966.

⁴⁶⁵ Ebenda.

⁴⁶⁶ Ebenda.

⁴⁶⁷ Ebenda.

⁴⁶⁸ UAR 2.01.2, 146: Bericht vom 26.06.1966.

Diese ausgesprochen gute Evaluation führte allerdings zu einem Problem. Wenn in den Lehrveranstaltungen tatsächlich, wie in dem Bericht behauptet, alle Möglichkeiten genutzt wurden, um Gegenwartsbezüge herzustellen und die Politik der Partei zu vertreten, warum schlug sich das nicht im Handeln der Studenten wieder? Woher kam die Diskrepanz zwischen dem parteilichen Gehalt und der tatsächlichen Wirksamkeit der politisch-ideologischen Erziehung der Studenten?⁴⁶⁹ An dieser Stelle offenbart sich eine Frage, die sich latent eigentlich während des gesamten Untersuchungszeitraums stellen musste: Ließ sich der Erfolg in der Bewusstseinsbeeinflussung tatsächlich planmäßig herstellen?

Mit der „Erziehung außerhalb der Lehrveranstaltungen“ wurde schließlich ein weiterer Ansatzpunkt für die Persönlichkeitsbeeinflussung bei den Studenten ausgemacht. Die Liste der Möglichkeiten war lang. Der Bericht nannte „Diskussionen in den Vorlesungspausen, häusliche Konsultationen, geselliges Beisammensein, größere Gespräche über politische Grundfragen, Teilnahme an Rundtischgesprächen, regelmäßige Beratung mit der FDJ-Fachschaftsleitung, Teilnahme an FDJ-Gruppenversammlungen, gemeinsame Ernteeinsätze, Praktika in Archiven und gesellschaftlichen Einrichtungen, Auftreten auf Studentenversammlungen und Aktivtagungen bis zur ständigen Betreuung der Seminargruppen“. Bei genauerem Hinsehen, so kritisiert der Bericht, pflegten jedoch nur die wenigsten der Dozenten und Nachwuchswissenschaftler diese Beziehungen⁴⁷⁰

Aus der Analyse wurde folgendes Fazit gezogen: Die Institutsleitung müsse die Erziehungsarbeit stärker kontrollieren, Hospitationen zur Frage der erzieherischen Wirksamkeit sollten nun durchgeführt werden. Der Kontakt zu den Studenten solle intensiviert, dafür müsse die Betreuertätigkeit verbessert und außerhalb des Unterrichts systematischer auf die politischen Haltungen der Studenten eingewirkt werden, zum Beispiel auf Studentenversammlungen und im Wohnheim.⁴⁷¹

In dem Bericht des Historischen Instituts zeigt sich ein noch eher konventionelles Erziehungsverständnis, das Erziehung vor allem durch politische Einschübe in den Vorlesungstext und außerunterrichtliche politische Belehrung verwirklicht sieht. Davon hoben sich die zuvor angefertigten Arbeiten Gerhard Rogers deutlich ab, der die Erziehung an den Universitäten eher als Kollektivverziehung von und durch die Seminargruppen auffasste.

⁴⁶⁹ Ebenda.

⁴⁷⁰ Ebenda.

⁴⁷¹ Ebenda.

Ein halbes Jahr früher, kurz nach dem 11. Plenum, konnte der Institutsdirektor noch nicht über viele Aktivitäten zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit berichten.⁴⁷² Im Hauptreferat der Fachrichtungsvollversammlung am 20.12.1965 war es vor allem um pragmatische Fragen, z.B. um das verlängerte Schulpraktikum gegangen. Heitz erwähnt deshalb, dass erzieherische Fragen in der anschließenden Diskussion zur Sprache gekommen seien, z.B. die „Studienbummelei“ oder das „Abhören“ von Westsendern.⁴⁷³ Allerdings wird in Heitz' Schreiben schon die Auswertung der politisch-ideologischen Wirksamkeit der Lehrveranstaltungen angekündigt. Allerdings trugen diese Ankündigungen, wie oben dargestellt oft einen unverbindlichen Charakter.⁴⁷⁴

Der neue Stellenwert der Erziehung als Aufgabe des Historischen Instituts dokumentierte auch das Arbeitsprogramm, das aller Wahrscheinlichkeit nach kurz nach dem Erziehungsbeschluss des Senats von der Institutsleitung ausgearbeitet worden war.⁴⁷⁵ In dem Arbeitsprogramm für das Studienjahr 1966/67 wurde zum ersten Mal „Erziehung“ als eigener Gliederungspunkt ausgewiesen. Der so betitelte Abschnitt gibt zum zweiten Mal nach 1964/65 eine Zielbestimmung für die Geschichtslehrausbildung. Wurde jedoch 1964 vor allem die Fähigkeitenvermittlung zum Ziel gemacht, war nun ihre Aufgabe, das „politisch-moralische Antlitz des sozialistischen Studenten als Leiter und Erzieher von Kollektiven an der sozialistischen Schule zu formen“⁴⁷⁶. Erziehungsinhalte waren „eine hohe Arbeitsmoral, eine vorbildliche Studiendisziplin, Parteilichkeit in allen politischen Fragen und die bereitwillige Übernahme politischer Verantwortung“. Das Arbeitsprogramm nannte jedoch keine sofort wirksamen Maßnahmen, sondern kündigte nach Vorbild von Senat und Fakultät erstmal die Ausarbeitung eines Erziehungsprogramms für das 1. Studienjahr an.⁴⁷⁷ In der Studienjahresanalyse des Jahres 1966/67 werden die „Schaffung von Erzieherkollektiven“ und die „exakte Festlegung des Erziehungs- und Ausbildungsprofils“ als Hauptaufgaben fürs nächste Studienjahr genannt.⁴⁷⁸

⁴⁷² UAR 2.01.2, 88: Heitz: Schreiben an das Dekanat. Betr. Rundschreiben 7, 1965/66.

⁴⁷³ Ebenda.

⁴⁷⁴ Ebenda.

⁴⁷⁵ UAR 2.01.2, 91: Arbeitsprogramm des Historischen Instituts und Gewerkschaftsgruppe 1966/67.

⁴⁷⁶ UAR 2.01.2, 91: Arbeitsprogramm des Historischen Instituts und Gewerkschaftsgruppe 1966/67.

⁴⁷⁷ Ebenda.

⁴⁷⁸ UAR 2.01.2, 146: Studienjahresanalyse des Historischen Instituts 1966/67.

Das angekündigte Erziehungsprogramm des Historischen Instituts wurde schließlich am 19.06.1967 nach einer öffentlichen Diskussion, zu der neben dem Prorektor für Ausbildung und Erziehung auch der Dekan der Fakultät, Martin Polzin eingeladen war, verabschiedet.⁴⁷⁹ Es sollte ab dem kommenden Studienjahr 1967/68 gültig sein.

5.6.4. Das Erziehungsprogramm des Historischen Instituts

Das Erziehungsprogramm des Historischen Instituts für das 1. Studienjahr macht zwar Anleihen bei der Vorlage der Philosophischen Fakultät, unterscheidet sich jedoch aber im Ganzen gesehen beträchtlich von ihm.⁴⁸⁰ Das Dokument war in sieben Abschnitte gegliedert. Im ersten Abschnitt werden die Bezugspunkte des Programms erläutert, der Senatsbeschluss und das Erziehungsprogramm der Fakultät. Im zweiten Abschnitt werden die Grundsätze des Programms genannt. Die „erzieherischen Ansatzpunkte“ des Programms waren die „bewusstseinformende Bedeutung des historischen Gegenstand[s]“, die „Fremderziehung“ durch die Hochschullehrer und die „Selbsterziehung“ der Studenten, mit der allerdings die Erziehung der Studenten durch die FDJ gemeint wurde. Im Programm wurde explizit der Institutsdirektor für die Durchführung der angekündigten Maßnahmen verantwortlich gemacht. Neu war der gestiegene Stellenwert der FDJ-Leitungen, die in dem Dokument neben der Partei als gleichwertiger Partner bei der Erziehung erscheint.⁴⁸¹

Der dritte Abschnitt des Erziehungsprogramms ist dem Übergang zum Studium gewidmet. In diesem Teil wurden die Vorschläge des Erziehungsprogramms der Fakultät aufgegriffen, als konkrete Maßnahmen formuliert und Verantwortliche und Termine zur Erfüllung festgelegt. Der Aufwand, der um die neuimmatrikulierten Studenten betrieben werden sollte, war enorm. Nach den Auswahlgesprächen sollten die Beurteilungen aller angenommenen Bewerber in eine Entwicklungskartei übertragen werden.⁴⁸² In „enger Zusammenarbeit mit den Seminarbetreuer, FDJ-Vertretern und Prorektorat für Aus-

⁴⁷⁹ Ebenda.

⁴⁸⁰ UAR 2.01.2, 124: Zweiter Entwurf eines staatlichen Erziehungsprogrammes des Historischen Instituts der Universität Rostock für das 1. Studienjahr 1967.

⁴⁸¹ UAR 2.01.2, 124: Entwurf eines staatlichen Erziehungsprogrammes des Historischen Instituts.

⁴⁸² UAR 2.01.2, 124: Entwurf eines staatlichen Erziehungsprogrammes des Historischen Instituts.

bildung und Erziehung“ sollte die Institutsleitung auf der Basis der Analysen die Seminargruppen zusammenstellen. Die Ernteeinsätze im September des Jahres 1967 sollten dann die erste „Bewährungsprobe“ für die neuimmatrikulierten Studenten darstellen.⁴⁸³ Dafür hatte der Seminargruppenbetreuer kurzfristig „einen kontrollierbaren und konkreten Arbeitsplan für den Zeitraum“ aufzustellen, durch den unter anderem politische Diskussionen unter den Studenten angeregt werden sollten. Ende Oktober sollten dann eine individuelle Auswertung der „Ergebnisse“ der Ernteeinsätze für jeden Studenten durch gemeinsame Sitzung von Instituts-, Partei und FDJ-Leitung vorgenommen werden.⁴⁸⁴

Auch für den Zeitraum nach dem Beginn der Lehrveranstaltungen sah das Programm verschiedene Maßnahmen vor, die im vierten Abschnitt des Programms dargelegt wurden. Alle Hochschullehrer hatten laut Plan die politisch-ideologischen Potenzen ihrer Lehrveranstaltungen schriftlich zu fixieren. Verantwortlich für die Kontrolle war der Institutsdirektor. Ausgehend von den Erziehungsinhalten, die im Senatsbeschluss festgelegt wurden, sollten die Hochschullehrer „Erziehungzielpräzisierungen“ für ihre Lehrveranstaltungen erstellen. Die Erziehungzielpräzisierungen von zwei Dozenten sollten anschließend im Institutsrat diskutiert werden. Im fünften Abschnitt wurden, wie schon im Senatsbeschluss, die Eigenschaften der „Hochschullehrerpersönlichkeit“ vorgestellt. Auch inhaltlich lehnte sich das Programm an dieser Stelle an den Senatsbeschluss an. Der sechste Abschnitt, der den Titel „Selbsterziehung“ trug, erläutert, auf welche Weise der Seminargruppenbetreuer auf seine Seminargruppe einwirken sollte. Seine Rolle war jedoch im Unterschied zu Rogers Betreuerkonzeption weniger beratend, als instruktiv. So war der Seminargruppenbetreuer für die Bildung von Lernkollektiven verantwortlich.⁴⁸⁵

Im siebten und letzten Abschnitt des Programms wurden „Erziehungsorganisatorische Festlegungen“ aufgelistet. Danach sollten Vertreter aller Seminargruppen dem Institutsdirektor über den „Stand der politisch-ideologischen Erziehung und fachlichen Qualifizierung“ Bericht erstatten. Für jede Seminargruppe sollte das mindestens einmal im Jahr geschehen, für die Seminargruppen des 1. Studienjahres sogar drei Mal.⁴⁸⁶ Die Termine dafür wurden im Plan monats- und jahrgangswise festgehalten. Am Ende jedes Semesters sollten im Institutsrat Besprechungen über die Formen und Ergebnisse der Seminargrup-

⁴⁸³ Ebenda.

⁴⁸⁴ Ebenda.

⁴⁸⁵ Ebenda.

⁴⁸⁶ Ebenda.

penbetreuung abgehalten werden. Einmal im jeden Semester sollten auch die Erzieherkollektive aller Seminargruppen, „staatliche Betreuer“ (d.h. Seminargruppenbetreuer), Vertreter des Instituts für Marxismus-Leninismus, der Parteiorganisator und die Seminargruppenssekretäre“ über den „politisch-ideologischen Entwicklungsstand“ der jeweiligen Seminargruppen beraten und die Studentenbeurteilungen festlegen. In einer Institutssitzung am Ende des Semesters sollte die „Wirksamkeit des Erziehungsplans umfassend eingeschätzt“ und der Plan gegebenenfalls korrigiert werden.⁴⁸⁷

Das Ausmaß, in dem die politisch-ideologische Erziehung der Studenten geplant und ausgewertet werden sollte, übertrifft alle vorherigen Dokumente. Der Befund ist umso schwerwiegender, da es sich bei dem Erziehungsplan nicht um eine vage Konzeption, sondern um einen konkreten Arbeitsplan handelte. Für eine Organisation, die es in den Vorjahren nicht geschafft hatte, regelmäßige Auswertungen zu Erziehungsfragen durchzuführen, geschweige denn, die Zusammenfassung aller an der Ausbildung einer Seminargruppe Beteiligten in einer Arbeitsgruppe zu organisieren, musste die Erfüllung des Erziehungsplans einen nie gekannten Aufwand bedeuten.

Natürlich stellt sich auch beim Erziehungsprogramm des Historischen Instituts die Frage, in wie weit es tatsächlich umgesetzt worden ist. Im „Arbeitsplan“ der Institutssitzungen für das Herbstsemester 1967/68 wurden für die erziehungsorganisatorischen Maßnahmen konkrete Termine festgelegt und Verantwortliche ausgewählt.⁴⁸⁸ Für die im Erziehungsplan festgelegten regelmäßigen Besprechungen mit den Seminargruppenssekretären sind zwei Dokumente erhalten. Berücksichtigt man, dass zu dieser Zeit im Historischen Institut nicht mal Institutssitzungen oder -vollversammlungen protokolliert worden sind, deutet die Existenz von zwei überlieferten Dokumenten auf eine gewisse Regelmäßigkeit dieser Besprechungen hin. Die Lektüre der für das Staatssekretariat abgefassten Studienjahresanalyse 1967/68 lässt sich jedoch Zweifel an der gänzlichen Umsetzung der Studienjahresanalyse erwachsen.⁴⁸⁹ Der Bericht informiert darüber, dass „in allen Lehrveranstaltungen politische Grundfragen aufgeworfen“ seien und die „Wirksamkeit der Betreuer in den Seminargruppen erhöht worden sei“.⁴⁹⁰ Auch für die Wirkung des Erziehungsprogramms hat die Analyse nur Lob übrig. Es habe dazu beigetragen, „die gesamte fachliche und

⁴⁸⁷ UAR 2.01.2, 124: Entwurf eines staatlichen Erziehungsprogrammes des Historischen Instituts.

⁴⁸⁸ UAR 2.01.2, 88: Arbeitsplan der Institutssitzungen für das HS 1967.

⁴⁸⁹ UAR 2.01.2, 146: Studienjahresanalyse 1967/68.

⁴⁹⁰ Ebenda.

politische Erziehungswirksamkeit auf eine qualitativ höhere Stufe zu stellen“. Der Berichtende lobt weiter, dass „an die Stelle der in der Vergangenheit häufig noch sporadischen Erziehungsarbeit Systematik und Kontinuität getreten“⁴⁹¹ sei. Aber auf die konkrete Frage des Staatssekretariats, wie sich die Arbeit mit den Erzieherkollektiven ausgewirkt hätte, erwähnt der Bericht nur kurz, dass es „zur Bildung von Erzieherkollektiv[...]bisher noch nicht“ gekommen sei. Das Programm hätte auch noch nicht zu voller Zufriedenheit erfüllt werden können, Grund sei die „Überbelastung des Lehrkörpers“.⁴⁹² Dass die im Plan festgehaltenen Besprechungen, Analysen und Konzeptionen eine große Mehrbelastung für Mitarbeiter und besonders die Leitungen darstellten, ist unbestritten.

Hinzukam, dass 1966 die Wehrerziehung für die männlichen Studierenden im großen Stil eingeführt wurde und auch diese Übungen von Hochschul Lehrern betreut werden sollten.⁴⁹³ Auch das schränkte den Arbeitsfond besonders der wissenschaftlichen Mitarbeiter weiter ein, die daneben auch schon mit der Betreuung der Schulpraktika, der Ernteeinsätze und Fachpraktika betraut waren

5.7. Erziehung nach der Sektionsgründung 1968–1970

Am 08.11.1968 wurde die Sektion Geschichte gegründet. Zuvor hatte das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen die Gründung am 17.10.1968 genehmigt.⁴⁹⁴ Erster Direktor der Sektion wurde Gerhard Heitz, der schon zuvor sieben Jahre lang die Leitung des Historischen Instituts innegehabt hatte.⁴⁹⁵ Parallel zur Konstitution der der Sektion wurden drei Gründungsdokumente erlassen: Eine Arbeitsordnung⁴⁹⁶, ein 41seitiger „Ausbildungsplan“⁴⁹⁷ und eine lediglich dreiseitige „Orientierung für die Forschungsarbeit der Sektion Geschichte“⁴⁹⁸.

⁴⁹¹ UAR 2.01.2, 146: Studienjahresanalyse 1967/68.

⁴⁹² Ebenda.

⁴⁹³ Vgl. die Akte: UAR 2.01.2, 100: Historisches Institut. Sozialistische Wehrerziehung 1966–1970.

⁴⁹⁴ UAR SGE 1: Heidorn, Günter: Schreiben an Martin Polzin, 08.11.1968.

⁴⁹⁵ Ebenda.

⁴⁹⁶ UAR SGE 20: Arbeitsordnung der Sektion Geschichte der Universität Rostock.

⁴⁹⁷ UAR SGE 20: Ausbildungsplan der Sektion Geschichte.

⁴⁹⁸ UAR SGE 20: Orientierung für die Forschungsarbeit der Sektion Geschichte.

5.7.1. Die Aufgaben des Stellvertreters für Ausbildung und Erziehung

Der allgemeine Aufbau der Sektion wurde schon im dritten Teil der Arbeit erklärt.⁴⁹⁹ Hier soll nun besonders auf das neugeschaffene Amt des stellvertretenden Sektionsdirektors für Ausbildung und Erziehung eingegangen werden. In der „Arbeitsordnung der Sektion Geschichte“ wurden seine Aufgaben folgendermaßen festgelegt: Er sollte Konzeptionen für die einzelnen Phasen der Ausbildung erarbeiten, die Verwirklichung des Ausbildungsplans kontrollieren, die Ausbildungsgruppen und die „staatlichen Betreuer für die FDJ-Gruppen“ anleiten und für eine Zusammenarbeit mit den anderen, an der Ausbildung beteiligten Institutionen sorgen. Der stellvertretende Sektionsdirektor für Erziehung wurde durch den Sektionsdirektor nach Abstimmung mit dem Sektionsrat ernannt.⁵⁰⁰ Der erste Stellvertreter für Ausbildung und Erziehung wurde der Geschichtsmethodiker Hans-Jürgen Fiala⁵⁰¹, der schon an der Erstellung des ersten Erziehungsprogramms federführend mitgewirkt hatte.

Dem Stellvertreter für Ausbildung und Erziehung wurden sechs Beauftragte unterstellt, die ihn in bestimmten Aufgabengebieten zu unterstützen hatten. Vorgesehen waren Beauftragte für das Vorlesungsverzeichnis und den Ablaufplan, für die „sozialistische Wehrerziehung“, für Exkursionen, für das Prüfungswesen und für das Schulpraktikum.⁵⁰² In einem Strukturplan wurden die Arbeitsweise und Zuständigkeiten des Stellvertreters für Ausbildung und Erziehung sehr genau festgelegt.⁵⁰³ Der Stellvertreter für Erziehung wurde durch die Universitätsleitung und die Institutsleitung angeleitet. Dafür fand monatlich eine Besprechung beim Direktor für Ausbildung Erziehung und wöchentlich eine Dienstberatung beim Sektionsdirektor statt. Von beiden Instanzen erhielt der Stellvertreter wöchentliche (Sektionsdirektor) und monatliche Arbeitspläne (Direktor für Ausbildung und Erziehung).⁵⁰⁴

Leitungsverantwortlich war der Stellvertreter für die Ausbildungsgruppenleiter, mit denen er monatlich Beratungen durchführen sollte und für die er den Arbeitsplan festlegte. Ebenfalls monatlich sollte er die Seminargruppenbetreuer anleiten und dort auf die Einhaltung des Erziehungsplans dringen.

⁴⁹⁹ Abschnitt 3.2.4.

⁵⁰⁰ UAR SGE 20: Arbeitsordnung der Sektion Geschichte der Universität Rostock.

⁵⁰¹ UAR SGE 1: Heidorn: Schreiben an Martin Polzin

⁵⁰² UAR SGE 1: Struktur nach Variante I.

⁵⁰³ Ebenda.

⁵⁰⁴ Ebenda.

Zweimonatlich hatte er Beratungen mit den FDJ-Sekretären durchzuführen. Die Beauftragten sollten weitgehend selbstständig arbeiten, der Stellvertreter für Ausbildung und Erziehung war nur mit der Kontrolle der individuellen Arbeitspläne betraut. Der Stellvertreter erhielt sogar mit dem ständigen Beauftragten einen eigenen Mitarbeiter, der ihn in seinem Aufgabenbereich unterstützte. Diese Funktion wurde zuerst von Konrad Zimmermann ausgeübt.⁵⁰⁵

5.7.2. Strukturelle und personelle Veränderungen nach der Sektionsgründung

Die Arbeitsordnung legte die Einteilung der Sektion in Forschungs- und Ausbildungsgruppen und Wissenschaftsbereiche fest. Die Mitgliedschaft überschritt sich personell, ein Hochschullehrer konnte das Mitglied jeweils einer Forschungsgruppe, eines Wissenschaftsbereichs und einer Ausbildungsgruppe sein. Die Ausbildungsgruppen bestanden aus an der Ausbildung der Studienrichtung Geschichte beteiligten Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern. Sie koordinierten die Lehr- und Erziehungstätigkeit und waren für die Durchführung des zentralen vom Staatssekretariat erlassenen Ausbildungsprogramms verantwortlich.⁵⁰⁶ In Rostock wurden drei Ausbildungsgruppen gebildet: Die Ausbildungsgruppe Grundprobleme der deutschen Arbeiterbewegung und Einführung in das Studium der Geschichte, deren Leitung vom neu an das Institut gekommenen Dozenten Karl-Heinz Jahnke übernommen wurde, die Ausbildungsgruppe Grundstudium (2. – 4. Semester), die der Osteuropahistoriker Johannes Kalisch leitete und die Ausbildungsgruppe Fachstudium (5. – 8. Semester), der Kurt Canis vorstand.⁵⁰⁷

Kurze Zeit nach der Gründung der Sektion wurden die Institute für Altertums- und Musikwissenschaften der Sektion angegliedert. 1969 existierten sechs Fachbereiche (FB): FB Geschichte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformation (Leitung: Karl Friedrich Olechnowitz), FB Geschichte der Neuzeit und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Kurt Canis), FB Geschichte der neuesten Zeit und Geschichte der Arbeiterbewegung 1917-1945 (Martin Polzin), FB Zeitgeschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung 1945 bis zur Gegenwart (Johannes Kalisch), FB Methodik des Geschichtsunterrichts (Hans Jürgen Fiala) und FB Musikwissenschaften (Leitung: Rudolf Eller).⁵⁰⁸ Die

⁵⁰⁵ UAR SGE 1: Struktur nach Variante I.

⁵⁰⁶ UAR SGE 20: Arbeitsordnung der Sektion Geschichte der Universität Rostock.

⁵⁰⁷ Elsner, Heitz 1981. S. 20.

⁵⁰⁸ Elsner, Heitz 1981. S. 20.

Fachbereiche wurden in der Arbeitsordnung als „Vereinigung von wissenschaftlichen Mitarbeitern eines oder mehrerer Fachgebiete zum Zwecke der Weiterentwicklung dieser Fachgebiete in der Lehre und Forschung“ beschrieben.⁵⁰⁹

5.7.3. Der Ausbildungsplan des Historischen Instituts

Der sehr umfangreiche Ausbildungsplan machte Festlegungen zu vier verschiedenen Gebieten. Er widmete sich als erstes detailliert der Beschreibung des Berufsbilds des „Sozialistischen Lehrers“. Der zweite Abschnitt, der den Namen „Das System des Geschichtsstudiums“ trägt, stellt einen Ausbildungsplan im eigentlichen Sinne dar und listet obligatorische Lehrveranstaltungen und Praktika auf und erläutert die Funktion dieser Studienbestandteile. Im dritten Abschnitt wird das „System wissenschaftlich-produktiver Tätigkeiten“ erläutert, welches das gesamte Studium durchdringen sollte. Dritter Teil des Ausbildungsplans war ein Erziehungsplan für das erste und zweite Studienjahr.

Als Hauptaufgaben des Geschichtslehrers wurden im ersten Abschnitt genannt: Die Geschichtslehrer sollten ihre Schüler mit einem marxistisch-leninistischen Geschichtsbild ausstatten, sie sollten bei den Schülern die Ausprägung einer marxistisch-leninistischen Weltanschauung fördern und für die Ausformung eines „sozialistischen Geschichtsbewusstseins“ Sorge tragen. Die angehenden Geschichtslehrer sollten aber auch Bildungs- und Bewusstseinsprozesse steuern können. Die Geschichtslehrer mussten zur „moderner Unterrichtsgestaltung“ befähigt sein, wozu neben der „Organisierung eines zielorientierten Lernen als Stellen und Lösen von Aufgaben“, die Gestaltung der Lerntätigkeit des Schülers „in hoher Effektivität bei rationeller Ausnutzung der z.V. stehenden Zeit“ oder der „Individualisierung des Unterrichtsprozesses“, auch die „Auslösung erzieherisch-wertvoller Emotionen“ und die weltanschauliche Durchdringung des Unterrichtsstoffes gehörte. Aber auch der Erwerb von grundlegenden Arbeitstechniken eines Historikers wurde gewünscht.⁵¹⁰

Diese Fähigkeiten sollten die Studenten durch „wissenschaftlich-produktive Tätigkeit“ erwerben. „Produktiv“ sollte das Studium auf drei verschiedene Arten sein. Erstens sollten die Studenten in die Forschung miteinbezogen werden, was durch die Mitarbeit in Studentenzirkeln, durch die Teilnahme an Spezialseminaren und durch die Teilnahme an Studenten-

⁵⁰⁹ UAR SGE 20: Arbeitsordnung der Sektion Geschichte der Universität Rostock.

⁵¹⁰ UAR SGE 20: Ausbildungsplan der Sektion Geschichte.

wettbewerben geschehen sollte. Zweitens sollten die Studenten als Geschichtspropagandisten in der „Praxis“ tätig sein und bei Lehrerweiterbildungsveranstaltungen oder bei der URANIA populärwissenschaftliche Vorträge halten. Drittens wurde angestrebt, dass die angehenden Geschichtslehrer schon vor dem Schulpraktikum im siebten Semester praktische Erfahrungen sammelten, im ersten Semester sollten sie an einer Schule als Leiter einer Pioniergruppe tätig sein und im dritten Semester an derselben Schule einen außerunterrichtlichen „Zirkel zur deutschen Arbeiterbewegung“ leiten. Für das Schulpraktikum waren kleine Propagandaufträge vorgesehen. Bei der Realisierung der Pionier- und Zirkelleitertätigkeit war eine wichtige Rolle der FDJ angedacht, die die Einsätze zu organisieren hatte.⁵¹¹

Im Unterschied zu den früheren Praxiseinsätzen (Ernteeinsätze) sollten aus den wissenschaftlich-produktiven Tätigkeiten nicht bloß diffuse Einsichten in die „Notwendigkeiten des sozialistischen Aufbaus“ resultieren. Stattdessen hatten die Tätigkeiten, welche die Studenten übernehmen sollten, tatsächlich etwas mit ihrem späteren Berufsbild zu tun und dienten auch dem Erwerb der oben genannten Fähigkeiten. Einen Einfluss auf die Weltanschauung der Studenten sollten diese Tätigkeiten natürlich auch haben. Das Besondere an dem „System“ der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeiten war, dass sich Komplexität und Umfang der Tätigkeit mit fortschreitendem Studium systematisch steigern sollten und die Aufgaben für alle Studenten obligatorisch im Ausbildungsplan festgehalten waren.⁵¹²

Der anschließende Erziehungsplan war noch ausführlicher als sein Vorgänger ein Jahr zuvor. Er bezog das 2. Studienjahr in seine Regelungen ein. Im ersten Abschnitt wurde detailliert auf die „Zielstruktur“ der Erziehung eingegangen. Der zweite Abschnitt enthielt die Anforderungen an den Seminargruppenbetreuer, während der dritte Teil Kriterien für die Beurteilung der Studenten nannte. Als viertes und letztes wurden erziehungsorganisatorische Maßnahmen getroffen.

Als Erziehungsinhalte für die ersten Studienjahre wurden unter anderem das „Erkennen der gesellschaftlichen Funktionen des Geschichtslehrer“, die Aneignung ein „Standpunkts der Arbeiterklasse und ihrer Partei genannt“ aber auch das „Ausformen des Bedürfnisses nach dem systematischen Studium [...] der Parteitagbeschlüsse“⁵¹³. Diese Zielstellung wurde noch ein weiteres Mal für die Studienjahre präzisiert. Neben dem schon im ersten Erziehungspro-

⁵¹¹ UAR SGE 20: Ausbildungsplan der Sektion Geschichte.

⁵¹² Ebenda.

⁵¹³ UAR SGE 20: Ausbildungsplan der Sektion Geschichte.

gramm erläuterten Übergang zum Studium wurden im Zweiten Erziehungsprogramm weitere „spezifische Mittel zur Leitung des Erziehungsprozesses“ genannt und mit ähnlich umfassenden Maßnahmenprogrammen versehen. Dies betraf den „Kampf um den Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv“, die Begabtenförderung und das Verhindern von Leistungsversagen.⁵¹⁴

Die unter dem Punkt „Tätigkeiten des Seminargruppenbetreuers“ beschriebenen Aufgaben glichen denen, die schon in der Betreuerkonzeption Rogers genannt wurden. Neu war allerdings, dass sich die Intensität der Betreuung im zweiten Studienjahr bewusst verringern sollte, damit die Leitung der Seminargruppe diese Aufgaben übernehmen konnte.⁵¹⁵

Mit den im dritten Unterpunkt genannten Kriterien wurde versucht, die „Ermittlung der Erziehungsresultate“ zu standardisieren und an „objektive“ Maßstäbe zu knüpfen. Kriterien sollten der Leistungsstand als „Resultat der Erziehung“ und das „politisch-ideologische Bewußtsein“, das sich in der Teilnahme an politischen Diskussionen und die Übernahme von Aufgaben in der FDJ-Gruppe ausdrücken sollte. Weitere Kriterien sollte die Fähigkeit zur „parteilichen Darlegung fachspezifischer Probleme“ sein, die sich in der Zirkelleitertätigkeit zeige, und die Einstellung zum Studium sein, die sich in der „Studiendisziplin“ ausdrückte.⁵¹⁶ In diesem Unterpunkt zeigte sich, wie weit „wirksame Erziehung“ im pädagogischen Denken der Zeitgenossen von Organisation abhängig gemacht wurde.

Die im vierten Punkt angegebenen Maßnahmen sind schon aus der Stellenbeschreibung des Stellvertreters für Ausbildung und Erziehung bekannt. Noch detaillierter wird das Verhältnis des Stellvertreters zu den Seminargruppenleitern beschrieben: „Für die Auswahl, Anleitung und Kontrolle der Seminargruppenbetreuer ist der stellv. Sektionsvorsitzende für Ausbildung und Erziehung zuständig“. Zudem sollte sich jährlich eine Sektionsvollversammlung Erziehungs- und Ausbildungsfragen widmen.⁵¹⁷

5.7.4. Erziehung in der Sektion Geschichte zwischen 1969–1970

Wie oben beschrieben, ist bei der Frage, ob die weitreichenden Bestimmungen tatsächlich umgesetzt wurden, Skepsis angebracht. Doch die gestiegenen Bemühungen um eine Organisation der Erziehung zeigen sich schon am Umfang

⁵¹⁴ UAR SGE 20: Ausbildungsplan der Sektion Geschichte.

⁵¹⁵ Ebenda.

⁵¹⁶ Ebenda.

⁵¹⁷ Ebenda.

der ersten Akte „Erziehung und Ausbildung“ der Sektion Geschichte, die auf die Jahre 1969/1970 datiert ist.⁵¹⁸ Sie hat ungefähr den gleichen Umfang wie ihre Vorgängerakte aus dem Historischen Institut. Sie ist besonders aussagekräftig über das Wirken des Stellvertreters für Erziehung, der die Akte eventuell selbst geführt.

Zum ersten Mal seit dem Beginn der Reformdebatte gleicht sich der Umfang der Aufzeichnungen des Ist-Zustandes einigermaßen mit den Konzeptionen des Sollzustandes mithalten. Für das Studienjahr 1968/69 sind zwölf Seminargruppenbeurteilungen erhalten, die den „politisch-ideologischen Stand“ der Seminargruppen festhalten.⁵¹⁹ Solche Analysen waren schon seit 1962 gefordert worden. Die erhaltenen Seminargruppenanalysen sind alle nach demselben Schema aufgebaut. Die Betreuer bewerteten in gesonderten Absätzen die fachlichen Leistungen, die „aktive Mitarbeit bei der Hochschulreform“, den Mitgliederanteil in der SED und den „gesellschaftlichen Organisationen“, und als letztes, die Teilnahme an politischen Auseinandersetzungen. Das Bild, was sich für die einzelnen Seminargruppen ergab, war recht unterschiedlich.⁵²⁰ Die objektiven Kriterien, die im Ausbildungsplan bei der Gründung der Sektion aufgestellt wurden, wurden offensichtlich tatsächlich verwandt.

Die Akte enthält verschiedene Protokolle, die es wahrscheinlich machen, dass der stellvertretende Direktor für Ausbildung die für ihn vorgesehen Leitungsfunktion tatsächlich wahrgenommen hat. So fand am 02.09.1969 eine durch den Stellvertreter geleitete Betreuerversammlung statt.⁵²¹ Im Mittelpunkt dieser Versammlung standen allerdings nicht weitreichende ideologische Fragen, sondern die Studiendisziplin. Fiala berichtete, dass die Studenten auf einer Studentenvollversammlung eine selbstständige Kontrolle der Anwesenheitspflicht beschlossen hätten. Die Seminargruppenbetreuer sollten sich dabei zurückhalten, allerdings während der Kontrolle dabei sein. Fiala wies seine Seminargruppenssekretäre an: „Mit Bummelanten ist ein Gespräch zu führen mit dem Hinweis, daß eine Verwarnung, Eintragung in die Entwicklungskartei möglich ist“⁵²². Die Episode zeigt auch, dass sich die Arbeit mit der Entwicklungskartei inzwischen wirklich verstetigt haben musste.

⁵¹⁸ UAR SGE 26: Erziehung und Ausbildung (1969–1970).

⁵¹⁹ Als Beispiel sei genannt: UAR SGE 26: Fiala, Hans-Joachim: Schreiben an die Seminargruppenbetreuer des 2. Studienjahres. Betr. umgehende Wiederaufnahme der politisch-ideologischen Arbeit in den Seminargruppen, 21.04.1969.

⁵²⁰ Ebenda.

⁵²¹ Ebenda.

⁵²² Ebenda.

Eine große Änderung gegenüber der Vorzeit ist in der Kommunikation mit den übergeordneten Instanzen festzustellen. Der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Adalbert Dessau⁵²³ wies in einem Schreiben an den Direktor Gerhard Heitz eine „rasche Aktivierung politisch-ideologischer Diskussionen unter den Studenten“ an⁵²⁴. Die Studenten sollten in den Heimen besucht und mit ihnen über folgende Probleme „diskutiert“ werden: Der „Brief des Vorsitzenden des Staatsrates an den westdeutschen Bundespräsidenten“ und die „Probleme des 12. Plenums des ZK der SED und ihre Anwendung auf die Weiterführung der 3. Hochschulreform“⁵²⁵.

Dieser Vorgang verdeutlicht zwei Dinge. Als erstes, dass die Sektionen im weitaus stärkerem Ausmaß als das Institut Empfänger von befehlsähnlichen Anweisungen war und dass diese auch wirklich kontrolliert wurden. Vorher konnte es noch sein, dass die Institute von den auf Fakultätsebene erlassenen Beschlüssen kaum Notiz nahmen. Offensichtlich konnte die dritte Hochschulreform tatsächlich den Zugriff der Leitung erhöhen.

Als zweites verdeutlichen die beiden Dokumente wie unsichtbar das Prorektorat für Studienangelegenheiten, das ja eigentlich für die politisch-ideologische Erziehung der Studenten verantwortlich war, all die Jahre vorher gewesen war. Briefverkehr zwischen dem Historischen Institut und dem Prorektorat für Studienangelegenheiten bestand eigentlich nur in Form von Anträgen auf die Bewilligung von Leistungsprämien für „Beststudenten“.⁵²⁶ Seine Aufgabe, die „politisch-ideologische und moralische Erziehung der Studenten“ anzuleiten, nahm das Prorektorat also nicht wirklich wahr. Einzig bei der Organisation der Ernteeinsätze nach dem Mauerbau wurde ein Schreiben des Prorektors als Richtlinie genommen. Weder bei der Konzeptionalisierung als auch bei dem Erlass konkreter Maßnahmen leistete das Prorektorat irgendeinen besonderen Beitrag. Diese These bestätigt sich bei der Durchsicht der Akte „Leitung der Erziehung und Ausbildung der Studenten“, in der sich die „Leitung“ auf die Vorarbeit für Senatsbeschlüsse beschränkt.⁵²⁷

⁵²³ Adalbert Dessau. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/142361143> (30.08.2011)

⁵²⁴ UAR SGE 26: Dessau, Adalbert: Schreiben an Gerhard Heitz, 08.01.1970.

⁵²⁵ Ebenda.

⁵²⁶ Z.B. UAR 2.01.2, 124: Historisches Institut: Schreiben an Prorektorat für Studienangelegenheiten. Betr. Antrag auf Ausstellung von Stipendien.

⁵²⁷ UAR 1.04.0, 1018: Leitung der Erziehung und Ausbildung der Studenten.

6. Fazit

Im ersten Teil wurde ein Erziehungsbegriff vorgestellt und auf das Erziehungsverständnis der SED-Führung eingegangen. Daraus ergab sich der Ansatz, den Schwerpunkt weniger das direkte Verhältnis von Hochschullehrerschaft und Studenten, sondern eher die auf die Wege und Methoden zu legen, mit denen sichergestellt werden sollte, dass die Universitäten tatsächlich Stätten einer politischen Erziehung im Sinne des SED-Staats waren. Wie die Auswertung der Akten nahelegt, bestanden die Schwierigkeiten für die Bildungspolitik und Wissenschaftsfunktionäre weniger darin, dass die Hochschullehrer die Rolle als Erzieher der Studenten gänzlich ablehnen.⁵²⁸ Viel eher war es so, dass nicht der Erziehungsauftrag, sondern die Stellung, die ihm seit dem Beginn der 1960er Jahre im Gefüge der individuellen und kollektiven Aufgaben von Hochschullehrern und wissenschaftlichen Einrichtungen zugedacht wurde, zwangsläufig zu Unzufriedenheit führen musste.⁵²⁹ Denn die Organisation und Umsetzung solcher ambitionierten Projekte wie dem schon 1967 beschlossenen Erziehungsprogramm für das erste Studienjahr band einen nicht beträchtlichen Teil der zur Verfügung stehenden Ressourcen. Diese Konflikte wurden allerdings nicht offen ausgetragen, er zeigt sich viel eher darin, dass in den oberen Gremien gefasste Beschlüsse einfach nicht umgesetzt wurden. Dies war zum Beispiel der Fall bei den Bemühungen um die Schaffung von Erzieherkollektiven. Am konkreten Fall der Erziehung der Studenten zeigt sich, dass zwischen dem Macht- und Gestaltungsanspruch der Wissenschaftsfunktionäre in der Leitung der Fakultät und den realen Eingriffsmöglichkeiten in die Arbeit der Institute noch große Diskrepanzen bestanden. Unter diesem Gesichtspunkt darf das Anliegen der 3. Hochschulreform, auch an den Universitäten, den Demokratischen Zentralismus einzuführen, nicht unterschätzt werden.

Im Vergleich der Amtszeiten von Martin Polzin und Gerhard Heitz zeigt sich, dass die Institutsdirektoren in den Fünfziger und Sechziger Jahren noch einen relativ großen Spielraum bei der Erfüllung der erzieherischen Aufgaben gab. War Polzin durchaus ambitioniert in Erziehungsfragen, entfaltete das Historische Institut unter der Leitung von Gerhard Heitz bis 1966 keinen großen Eifer in diesem Gebiet.

Die Gliederung des Zeitraums von 1949 - 1970 in verschiedene Phasen sollte zeigen, dass das Thema Erziehung an den Universitäten über den gesamten Zeitraum einen eminent politischen Charakter trug. Es waren die Kurswechsel der Partei, die die Intensität und das Ausmaß der erziehungsorganisa-

⁵²⁸ Jessen 1999. S. 247f.

⁵²⁹ Ebenda. S. 254.

torischen Bemühungen, maßgeblich prägten. Nicht nur Inhalte und Ziele, sondern auch bestimmte Erziehungsmethoden wurden vom Staatssekretariat vorgegeben. Es war letztlich die Großwetterlage der Politik, aus der sich die Bewertung der konkreten Erziehungsresultate speiste.

Das Thema „Universitäre Erziehung“ lässt sich jedoch nicht auf einen Ausdruck innerfakultärer Machtkämpfe und als das Ergebnis politischer Kampagnen reduzieren. Wie die Welle von Konzeptionen, Plänen und Programmen am Ende der 1960er zeigt, war die Erziehung der Studenten auch ein Thema das wissenschaftlich interessierte und mithilfe wissenschaftlicher und auf verschiedene Weise durchdacht, geplant und umgesetzt wurde. Dem Erziehungsprogramm des Historischen Instituts liest man an, dass es nicht nur der Verwirklichung weitergeleiteter Aufgaben diene. Offensichtlich war die Hochschulpädagogik zu einem prestigereichen Gegenstand geworden.

Ich habe mich im zweiten Teil dieser Arbeit vor allem auf die Bemühungen der Instituts- und Fakultätsleitung konzentriert, die politisch-ideologische Erziehung in der alltäglichen Arbeit des Historischen Instituts zu verankern. Dabei habe ich die Motive für die Reformbemühungen dargestellt, Zusammenhänge und Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Ebenen der Universität aufzeigen wollen. Damit ist jedoch nur ein Teil des Themenkomplexes „Erziehung in der Universität“ abgedeckt.

In Hinsicht auf die Wirkung der Erziehung ließe sich fragen, welche spezielle Wirkung die weitreichende Planung und Kontrolle des erzieherischen Handelns ausgeübt hat.

Gerhard Kluchert hat die These aufgestellt, dass das „immanent-technizistische Erziehungsverständnis“ der marxistisch-leninistischen Erziehung ihrer Wirksamkeit eher geschadet als genützt hätte.⁵³⁰ Von Anfang sei die Erziehungswissenschaft in der DDR vom Glaube an die Planbarkeit der Erziehungsprozesse durchdrungen gewesen. Doch die genaue Festlegung von Erziehungszielen, die Festlegung von Zuständigkeiten und Kriterien zur Überprüfung der Zielerfüllung hätten zu eher zur „Veräußerlichung“ und zu „Lippenbekenntnissen“ geführt. Statt der Ideologie der Ideologie hätten die Heranwachsenden ein „instrumentelles Umgehen mit Erwartungen“ gelernt. Der Prozess der Technisierung und Durchorganisation des Studiums hatten, mit einiger Verspätung zu den Schulen, erst Ende der 1960er Jahre begonnen.⁵³¹

⁵³⁰ Kluchert, Gerhard: Erziehung durch Einheit zur Einheit. Das schulische Erziehungsfeld in der SBZ/DDR. In: Leschinsky, Achim; Gruner, Petra; Kluchert, Gerhard (Hrsg.): Die Schule als moralische Anstalt. Erziehung in der Schule: Allgemeines und der "Fall DDR". Weinheim 1999. S. 116.

⁵³¹ Kluchert 1999. S. 117.

Lässt sich das vernichtende Urteil, dass Kluchert über die Erziehungsorganisation in der DDR-Zeit fällt, auch in Universitäten bestätigen? So könnte eine der weiter führenden Fragen lauten.

Entstehung und Entwicklung des Instituts für Hochschulpädagogik (1961–1969)

1. Gründe, sich mit der Hochschulpädagogik zu beschäftigen

Das Institut für Hochschulpädagogik der Universität Rostock bestand neun Jahre, von 1961 bis 1969. Am Institut arbeiteten insgesamt vier Wissenschaftler, die ungefähr drei Dutzend wissenschaftliche Arbeiten veröffentlichten. Grenzt es angesichts dieser übersichtlichen Bilanz also an Liebhaberei sich im Rahmen einer Seminararbeit mit der seinerzeit kleinsten Einrichtung der Philosophischen Fakultät auseinanderzusetzen? War das Institut für Hochschulpädagogik nur eine ebenso kurze wie bedeutungslose Episode der beinahe sechshundertjährigen Rostocker Universitätsgeschichte?

Das Institut wurde zwar 1969 wie alle anderen bestehenden Einrichtungen der Universität mit Ausnahme der Medizinischen Fakultät aufgelöst, allerdings wurde die Beschäftigung mit der hochschulpädagogischen Themen in der Sektion Pädagogik mit bemerkenswerter personeller Kontinuität weitergeführt.⁵³² Die Frage nach der Relevanz der Rostocker Hochschulpädagogik ist weniger prägnant zu beantworten, weil sie einen Maßstab voraussetzt, an dem die Bedeutung der Einrichtung gemessen werden kann.

Auch nach der Jahrtausendwende und nach einem umfassenden Systemwechsel ist die fünfzig Jahre zuvor aufgeworfene Frage nach einer pädagogischen Ausbildung der Hochschullehrerschaft aktuell. In der Rostocker Studentenzeitschrift „heuler“ wurde im Oktober 2011 eine Pro- und Kontradiskussion zum Thema über die Notwendigkeit einer didaktischen Ausbildung für Hochschullehrkräfte geführt.⁵³³ „Frontalunterricht auf die eine oder andere Art, wirklich hilfreich für das Lernen ist das auf keinen Fall und würde so sicherlich kaum in einer Didaktikausbildung für Lehrkräfte vermittelt werden, in der es ja gerade um die Theorie und Praxis des Lehrens gehen würde.“⁵³⁴ Diesem Vorschlag wird von einer anderen Autorin entgegengehalten: „Wohin Didaktik-

⁵³² Roger, Gerhard; Knöchel, Wolfram: Hoch- und Fachschulpädagogik. Entwicklung des Wissenschaftsbereichs. In: Hellfeld; Günther; Rackow, Heinz Gerd (Hrsg.): 40 Jahre neue Lehrerbildung an der Universität Rostock. Rostock 1986. S. 51.

⁵³³ Herrmann, Anna; Römer, Gesa: Didaktik-Kurse für Dozenten. Sollen Lehrende das Lehren lernen? Oder muss der Student eben nehmen was kommt? In: Der Heuler–das Studentemagazin 2011. S. 17.

⁵³⁴ Ebenda.

Ausbildungen bei Dozenten führen können, sehen wir wohl am besten bei unseren Dozenten für Didaktik. Nur die wenigsten gestalten ihren eigenen Unterricht attraktiv. Ob sie das nicht wollen oder können sei dahingestellt [...] Auf jeden Fall wäre ein Lehrunterricht für Lehrende vermutlich eine weitere Verschwendung von Geldern, denn die meisten würden die Ausbildung ohnehin nicht zu Herzen nehmen und in ihrem gewohnten Trott weiterarbeiten.“⁵³⁵

Umgekehrt könnte diese Einschätzung der didaktischen Kenntnisse der Hochschullehrer noch heute Gültigkeit beanspruchen, „Verabsolutierung der persönlichen Erfahrung – Subjektivismus - kein systematisches Herangehen [...] Verallgemeinernde Urteile über die Situation unter den Studenten ohne zureichende Faktenkenntnis (Idealisierung früherer Zeiten) [...] Festhalten an konservativen Auffassungen über Lehrmethoden usw. [...] Praxis des Selbstlaufes, der Spontanität – Selbständigkeit soll durch Verzicht auf pädagogische Führung erreicht werden“.⁵³⁶

Die Befürworterin der Hochschuldidaktik war sich mit großer Sicherheit nicht bewusst, dass sie keine neue Forderung stellte. Das ist jedoch nicht verwunderlich: Die vom Institut für Hochschulpädagogik erarbeiteten Theorien und Lehrbücher sind heute ebenso in Vergessenheit geraten wie das Wissen über die Institutionalisierung der Auseinandersetzung mit der Hochschulbildung überhaupt.

Ebenfalls in Vergessenheit geraten ist, dass die Angehörigen des Instituts während der Universitätsreformen der sechziger Jahre an der Universität Rostock eine wichtige Rolle als Stichwortgeber, Berater und Protagonisten der Universitätsreformen spielten. Gemessen am Einfluss und der ihm zukommende Aufmerksamkeit übertraf das Vier-Personen-Institut ganze Fakultäten. Um die These zuzuspitzen: Ohne die Kenntnis der zeitgenössischen hochschulpädagogischen Fragestellungen und Konzepte bleibt die Stoßrichtung der 3. Hochschulreform in der DDR zumindest zu einem Teil unverstanden.⁵³⁷

⁵³⁵ Herrmann, Römer 2011. S. 17.

⁵³⁶ UAR 2.01.2, 431: Roger, Gerhard, Einleitung zu einer Aussprache über Probleme der HP–8.7.1964 anlässlich der Ostseewoche, 08.07.1967.

⁵³⁷ zu sehen zum Beispiel an der Art und Weise, wie an der Universität Rostock auf die 1966 vom Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen herausgegebenen „Prinzipien zur weiteren Entwicklung des Hochschulwesens“ reagiert wurde. Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. In: Rühle, Otto (Hrsg.): Idee und Gestalt der deutschen Universität. Tradition und Aufgabe. Berlin 1966. S. 313–317. Vgl. für die Diskussionen an der Universität Rostock stellvertretend für andere Texte: Höhne, Horst: Ideologische Arbeit planen? Diskussion zu den "Prinzipien". In: Die neue Universität 7, 1966. S. 3.

Die Untersuchung des Instituts für Hochschulpädagogik kann unter verschiedenen Gesichtspunkten geschehen. Am Institut lässt sich nachvollziehen, mit welchen Mitteln die staatspädagogischen Indoktrinationsbemühungen des SED-Staates in konkretes politisches und wissenschaftliches Handeln übersetzt wurden und welche Schwierigkeiten einem solchen Vorhaben in der Praxis entgegenstanden.⁵³⁸ Das Rostocker Institut für Hochschulpädagogik war eine Neugründung unter den spezifischen Bedingungen des DDR-Wissenschaftssystems. Sowohl die Motivation für die Institutionalisierung des Diskurses über Hochschulbildung als auch die Theorienbildung der entstehenden Wissenschaftsdisziplin und ihre Organisationsformen sind nur unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen. Für die Verantwortlichen im Staatssekretariat für Hochschulwesen galt die Hochschulpädagogik als ein Instrument zur Durchsetzung ihrer Hochschulpolitik. Im Vergleich zu den ideologischen Kampagnen der 1950er Jahre, deren Höhepunkt die 3. Hochschulkonferenz der SED 1958⁵³⁹ darstellte, stand die Hochschulpädagogik für die Wahl neuer, leiserer politischer Mittel auf dem Gebiet des Hochschulwesens. Die Hochschulpädagogik ist damit ganz typisch für die von Zukunftsoptimismus und einem ungebrochenen Glauben an die Gestaltbarkeit der Welt geprägte späte Ulbricht-Ära.⁵⁴⁰ Gleichwohl blieb die Hochschulpädagogik, und das belegt das Rostocker Institut eindrucksvoll, keineswegs bloßes Werkzeug der Hochschulpolitik, sondern entwickelten durchaus institutionellen „Eigen-Sinn“.⁵⁴¹ Das Rostocker Beispiel ist auch gerade deswegen der Untersuchung wert, weil es nicht exemplarisch ist. Stattdessen war die Rostocker Hochschulpädagogik während seines Bestehens die einzige hochschulpädagogische Einrichtung in

⁵³⁸ Vgl. die dazu von Achim Leschinsky und Gerhard Kluchert formulierten Thesen zu den Folgen der „Technisierung der Erziehung“ in der DDR: Leschinsky, Achim; Kluchert, Gerhard: Die erzieherische Funktion der Schule. Schultheoretische und schulhistorische Überlegungen. In: Leschinsky, Achim; Gruner, Petra; Kluchert, Gerhard (Hrsg.): Die Schule als moralische Anstalt. Erziehung in der Schule: Allgemeines und der "Fall DDR". Weinheim 1999. S. 15–42. Und im weiteren Sinne zu den „Grenzen der Erziehung“ vgl. Dudek, Peter: Grenzen der Erziehung im 20. Jahrhundert. Bad Heilbrunn/Obb 1999.

⁵³⁹ Über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Entschließung der 3. Hochschulkonferenz der SED. In: Das Hochschulwesen 6, 1958. S. 101–122.

⁵⁴⁰ Zur geistigen Atmosphäre dieser Zeit vgl. die Kulturgeschichte der 1960er Jahre von Stefan Wolle: Wolle, Stefan: Aufbruch nach Utopia : Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971. Berlin 2011.

⁵⁴¹ Vgl. zum Forschungskonzept des „institutionellen Eigen-Sinns“: Lindenberger, Thomas (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln 1999.

der DDR, die in der traditionellen Form eines Instituts organisiert war. Es nahm zeitweise die Funktion eines „Leitinstituts“ ein und beschäftigte ein Drittel aller Wissenschaftler in der DDR, die in diesem Themenbereich lehrten und forschten.⁵⁴² Dieser Umstand resultierte daher, dass der Direktor des Instituts, Gerhard Roger, ein maßgeblicher Akteur der Institutionalisierung der jungen Wissenschaftsdisziplin war. Gleichwohl und das darf nicht vergessen werden, ist die DDR-Hochschulpädagogik ein wichtiger Teilnehmer des zeitgenössischen Diskurses über das, was eigentlich die „Idee“ der Universität im Allgemeinen und spezifisch der DDR-Universitäten ausmachte.⁵⁴³

⁵⁴² UAR 2.01.2, 431: Roger, Referat über Aufgaben und Arbeitsergebnisse in Lehre und Forschung des Instituts für Hochschulpädagogik, Protokoll der Sitzung des Fakultätsrats am 24.04.1965.

⁵⁴³ Vgl. die Auseinandersetzung zwischen den beiden Hochschulpädagogen Gerhard Roger und Heinrich Deiters in der Zeitschrift „Das Hochschulwesen“: Deiters, Heinrich: Gedanken über Bildung und Erziehung an Hochschulen. In: Das Hochschulwesen 8, 1960. 667-673; Roger, Gerhard: Pädagogische Aufgabe der Hochschule klarer formulieren. In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 337-341.

2. Kurzer Abriss der Geschichte des Instituts

Das Institut für Hochschulpädagogik wurde am 01.09.1961 gegründet.⁵⁴⁴ Schon im Jahr 1960 hatte das Staatssekretariat für Hochschulwesen die Gründung angewiesen,⁵⁴⁵ die Realisierung verzögerte sich allerdings durch die Schwierigkeiten, im überbelegten Fakultätsgebäude Arbeitsräume für das neue Institut frei zu machen.⁵⁴⁶ Kommissarischer Direktor des neugeschaffenen Instituts wurde der Pädagoge Gerhard Roger, der zuvor das Amt des Prorektors für Studienangelegenheiten bekleidet hatte.⁵⁴⁷

Das Institut nahm mit drei Mitarbeitern im Herbst 1961 seine Arbeit auf. Neben dem schon promovierten Roger (Jg. 1930) gehörten der Physiklehrer und ehemalige ABF-Dozent Hans Joachim Martin (Jg. 1932) und der ehemalige Neulehrer Heinz Weiden (Jg. 1915) dem Institut an.⁵⁴⁸ Dieser Personalstamm blieb bis 1970 erhalten, 1964 kam Kriemhild Hildebrand als wissenschaftliche Aspirantin hinzu.⁵⁴⁹ Roger wurde nach Aufforderung durch das Staatssekretariat für seine Tätigkeit vom Posten des Prorektors freigestellt⁵⁵⁰, die übrigen Mitarbeiter wurden auf Vorschlag des kommissarischen Direktors eingestellt.⁵⁵¹ Wichtigstes Einstellungskriterium war neben einer pädagogischen Ausbildung Lehrerfahrungen an der Universität.

Es liegt nahe, mit einem Überblick über die Forschungsarbeiten, Veröffentlichungen und Lehrveranstaltungen fortzufahren. Diesem Vorgehen liegt jedoch die Annahme zugrunde, dass Lehre und Forschung „naturgemäß“ zu den Aufgaben einer Universitätseinrichtung gehören. In der Gründungszeit des Instituts für Hochschulpädagogik war diese Aufgabenzuschreibung offenbar aber nicht so sicher, wie sich am Schriftwechsel über die passende Benennung

⁵⁴⁴ Das Institut trug zunächst den Zusatz „im Aufbau“. UAR 2.01.2, 430: Rektor an Roger, 1.9.1961.

⁵⁴⁵ UAR 2.01.2, 430: Dahlem, stellvertretender Staatssekretär, an Rektor, Beschluß zur Einrichtung hochschulpädagogischer Arbeitszentren, 30.06.1960.

⁵⁴⁶ UAR 2.01.2, 430: Roger an Rektor, Fragen der Errichtung eines hochschulpädagogischen Arbeitszentrums an Rektor, 29.12.1960.

⁵⁴⁷ UAR 2.01.2, 430: Dahlem an Rektor, 30.06.1960.

⁵⁴⁸ UAR 2.01.2, 430: Roger an Dekanin, 14.02.1964.

⁵⁴⁹ UAR 2.01.2, 430: Roger, Beantwortung einer Umfrage zu den Problemen des wissenschaftlichen Nachwuchses, 29.12.1961. Hildebrand wurde allerdings weder im Vorlesungsverzeichnis noch im Stellenplan der Fakultät als Mitarbeiterin geführt, offensichtlich weil die außerplanmäßigen Aspiranten, zu den Hildebrandt gehörte, nicht aus den Mitteln der Fakultät bezahlt wurden.

⁵⁵⁰ UAR, 2.01.2, 430: Roger an Dekanin, 14.02.1962.

⁵⁵¹ Ebenda.

für die neue Einrichtung ablesen lässt. Zunächst war nämlich durch das Staatssekretariat die Bezeichnung „Hochschulpädagogisches Arbeitszentrum“ vorgesehen. Von den versammelten Prorektoren wurde die Bezeichnung als „nicht zweckmäßig“⁵⁵² angesehen, offenbar, weil sie offen lässt, welcher Art die dort verrichtete Arbeit ist.⁵⁵³ Die Prorektoren schlugen stattdessen die Bezeichnung „Arbeitsgruppe“ vor.⁵⁵⁴ Das Institut für Pädagogik lehnte jedoch eine Angliederung der Hochschulpädagogik ab, da es schon über sechs Abteilungen verfügte.⁵⁵⁵ Der vorgesehene Leiter des „Arbeitszentrums“ war darüber nicht unglücklich. Roger schlug vor, ein eigenständiges „Institut für Hochschulpädagogik“ innerhalb der Philosophischen Fakultät zu gründen, das vorläufig den Beisatz „im Aufbau“ tragen sollte.⁵⁵⁶ Als Begründung für die Bezeichnung als „Institut“ und nicht als „Arbeitszentrum“ führte Roger an, dass die neugegründete Einrichtung einen „universitätsweiten Wirkungskreis“ haben sollte.⁵⁵⁷ Diese Erklärung leuchtet allerdings weniger ein, als jene Argumente, die Roger später vorbrachte: Die Institutionalisierung in der traditionellen wissenschaftlichen Organisationsform „Institut“ sollte den disziplinären Status des neuen Zweigs der Erziehungswissenschaft verdeutlichen⁵⁵⁸ und der Rostocker Hochschulpädagogik als Alleinstellungsmerkmal einen Führungsanspruch innerhalb der Disziplin sichern.⁵⁵⁹ Gleichzeitig sollten sie durch die Separierung von der Pädagogik vor Umprofilierungen, wie sie im weitaus größeren Institut für Pä-

⁵⁵² UAR 2.01.2, 430: Auszug aus einem Protokoll der Prorektorenbesprechung, 01.11.1960.

⁵⁵³ vgl. z.B. die Wortbildung „Rechenzentrum“ oder das zeitgenössische Projekt der Profilierung der Philosophischen Fakultät als „politisch-ideologisches Zentrum“ der Universität.

⁵⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵⁵ UAR 2.01.2, 430: Roger an Schumann, Dekanin d. Phil. Fak, Bitte um Hilfe bei der Einrichtung eines hochschulpädagogischen Arbeitszentrums, 25.10.1960.

⁵⁵⁶ UAR 2.01.2, 430: Roger an Rektor, Fragen der Errichtung eines hochschulpädagogischen Arbeitszentrums, 29.12.1960.

⁵⁵⁷ Ebenda.

⁵⁵⁸ Ralph Jessen weist darauf hin, dass in der deutschen Bildungstradition—im Gegensatz zur angelsächsischen—die Anerkennung einer Wissenschaft an ihre institutionelle Verankerung an der Universität gebunden ist. Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen 1999. S. 39.

⁵⁵⁹ Roger verweist in der Anfangszeit immer wieder auf den besonderen Stellenwert der Rostocker Einrichtung als eine Art „Leitinstitut“ UAR 2.01.2, 431: Einleitung zu einer Aussprache über Probleme der Hochschulpädagogik anlässlich der Ostseewoche, 08.07.1964.

dagogik an der Tagesordnung waren, schützen.⁵⁶⁰ Der Rektor leitete den Vorschlag Rogers mit dem Hinweis an das Staatssekretariat weiter, dass „die Bezeichnung gerechtfertigt sei, weil wie in anderen Fachgebieten, Forschungs- und Lehraufgaben durchgeführt werden“.⁵⁶¹ Unter der Bedingung, dass mit der Bezeichnung keine materiellen Ansprüche verbunden sein durften, gab das Staatssekretariat der Gründung eines eigenständigen Instituts statt. Im konstituierenden Schreiben nannte der Rektor die „Erforschung der Probleme der Hochschulpädagogik“ und das „Vertrautmachen der Angehörigen des wissenschaftlichen Nachwuchses mit den Methoden der Stoffvermittlung“ als Aufgaben des Instituts.⁵⁶² Damit ist aber nur ein Teil des Aufgabengebietes umrissen, das in einer Art Manifest vor der Institutionalisierung der Hochschulpädagogik im Jahr 1960 festgehalten wurden. „Die Aufgabe der Hochschulpädagogik“ bestünde nicht nur darin „den Unterrichts- und Erziehungsprozeß an der Hochschule zu analysieren, die aus der Analyse hervorgehenden Erkenntnisse zu systematisieren und wissenschaftlich zu verallgemeinern“ heißt es dort. Stattdessen sollte auch darauf eingewirkt werden, dass „mit Hilfe der pädagogisch-wissenschaftlichen Erkenntnisse [...] die pädagogischen Prozesse im Hochschulleben zielstrebig und effektiver“ gestaltet würden.⁵⁶³ Die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses war, auf diese Aufgabenstellung, bezogen, nur ein Teilaspekt. Von Anfang an, so schrieb Roger in der Rückschau 1986, war die Forschungsarbeit mit „operativen“, also hochschulpolitischen Tätigkeiten verbunden.⁵⁶⁴ Zum Selbstverständnis der Hochschulpädagogen gehörte es daher auch immer, Agent der „sozialistischen Umgestaltung“ der Universitäten zu sein und ihren Einfluss dafür in den Gremien und Ämtern der Universität geltend zu machen. Dieser dritte Aufgabenbereich, neben Forschung und Lehre, schlug sich in der ursprünglich vom Staatssekretariat bevorzugten Bezeichnung „Arbeits-zentrum“ nieder. In den beiden ersten Jahren forschten die Mitarbeiter des Instituts außerhalb der klassischen wissenschaftlichen Organisationsformen. Erst 1963 wurden Qualifizierungsvorhaben in Angriff genommen.

⁵⁶⁰ UAR 2.01.2, 432: Perspektivplanvorschlag des Instituts für Hochschulpädagogik 1965-1970. Vgl. auch die Schließung der Abteilung Polytechnische Erziehung nach 1965: UAR 2.1.2, 456: Anlage zum Perspektivplan, 22.01.1965.

⁵⁶¹ UAR 2.01.2, 430: Rektor an Dahlem, 14.02.1961.

⁵⁶² UAR 2.01.2, 430: Rektor an Roger, 01.09.1961.

⁵⁶³ Roger, Gerhard: Gegenstand und Aufgabe der sozialistischen Hochschulpädagogik. In: Das Hochschulwesen 8, 1960. S. 411.

⁵⁶⁴ Roger, Knöchel 1986. S. 47.

Im Folgenden sollen kurz die drei Aufgabenbereiche Forschung, Lehre und „operative Tätigkeit“ anhand einiger Eckdaten vorgestellt werden. Auf sie wird unter spezifischen Fragestellungen dann ausführlicher in separaten Kapiteln eingegangen.

Die Mitarbeiter des Instituts veröffentlichten über 30 Artikel in sechs verschiedenen Zeitschriften.⁵⁶⁵ Der Schwerpunkt der Publikationstätigkeit fiel dabei auf die ersten beiden Jahre nach der Gründung des Instituts. Die Angehörigen des Instituts veröffentlichten keine Monografien. Im Jahr 1969 erschien ein Tagungsband im Verlag des Instituts für Hochschulbildung⁵⁶⁶ Die Qualifikationsarbeiten finden sich allerdings als Hochschulschriften im Bestand der Universitätsbibliothek Rostock.⁵⁶⁷

Die Mitarbeiter des Instituts verfassten im Zeitraum bis 1970 vier Qualifikationsarbeiten, Gerhard Roger habilitierte, Joachim Martin, Heinz Weiden und Kriemhild Hildebrand wurden promoviert.⁵⁶⁸ Angesichts der Tatsache, dass viele wissenschaftliche Nachwuchskräfte zu dieser Zeit durch Lehr- und Verwaltungsaufgaben und Weiterbildungsverpflichtungen überbelastet waren, verlief die Qualifikation der Mitarbeiter im Institut relativ erfolgreich und zügig.⁵⁶⁹ Die Qualifizierungsarbeiten thematisierten die Ausbildungsorganisation in bestimmten Studiengängen (Martin, Weiden), die Ausbildung der Nachwuchswissenschaftler zu Hochschullehrern (Hildebrand) aber auch die „Kollektiverziehung an den Hochschulen“ (Roger). Eindeutig der SED-Ideologie verpflichtet ist nur die Habilitationsschrift Gerhard Rogers, aber auch die Fragestellungen der anderen Arbeiten gewinnen ihre Spezifik erst vor dem Hinter-

⁵⁶⁵ Der größte Anteil stammt dabei von Gerhard Roger, vgl. sein Schriftenverzeichnis im *Catalogus Professorum Rostochiensis*. Roger, Gerhard: *Schriftenverzeichnis*, 2012. http://cpr.uni-rostock.de/file/cpr_derivate_00002296/roger_gerhard_bib.pdf (27.08.2013)

⁵⁶⁶ Roger, Gerhard (Hrsg.): *Der Beitrag der sozialistischen Hochschulpädagogik zur Entwicklung neuer Ausbildungsmethoden*. Materialien des Hochschulpädagogischen Symposiums in Rostock vom 25.-30.8.1969. Berlin 1969.

⁵⁶⁷ Hildebrand, Kriemhild: *Einige Bedingungen der Heranbildung eines sozialistischen wissenschaftlichen Nachwuchses*. Rostock 1969; Martin, Hans Joachim: *Der Beitrag produktionsverbundener Studienabschnitte zur Erziehung sozialistischer Diplomlandwirte*. Dissertation 1966; Roger, Gerhard: *Untersuchungen zur Kollektiverziehung an Hochschulen*. Unter besonderer Berücksichtigung der studentischen Seminargruppen im Bereich der Lehrerbildung an der Universität Rostock. Habilitationsschrift. Rostock 1964; Weiden, Heinz: *Untersuchungen zur Neugestaltung des technischen Studiums unter besonderer Berücksichtigung des Ingenieurpraktikums*. Dissertation. Rostock 1967.

⁵⁶⁸ UAR 2.01.2, 67: *Promotionsverzeichnis (1954–1969)*, Philosophische Fakultät.

⁵⁶⁹ Vgl. zum Beispiel: Becherer, Gerhard: *Viele haben zu wenig Zeit*. In: *Die neue Universität* 6, 1965.

grund der sozialistischen Hochschulpolitik. Gerhard Roger wurde 1965 erster Professor für Hochschulpädagogik in der DDR.⁵⁷⁰

Schon vor der Gründung des Instituts führte der spätere Direktor Gerhard Roger in seiner Funktion als Prorektor für Studienangelegenheiten „Hochschulpädagogische Kolloquien“ durch.⁵⁷¹ Im ersten Halbjahr nahmen 1958/59 ungefähr 25 Teilnehmer in zwei Gruppen an den vierzehntägig stattfindenden, zweistündigen Veranstaltungen teil.⁵⁷² Zum Studienjahr 1961/62 wies der Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen persönlich die Durchführung „fakultativer hochschulpädagogischer Lehrveranstaltungen“ an.⁵⁷³ Durch die Anweisung des Staatssekretariats wurde der Teilnehmerkreis, der sich zuvor vorwiegend auf die Assistenten und Oberassistenten der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät beschränkte, erheblich erweitert: An knapp der Hälfte aller Fakultäten wurden im Frühjahresemester 1962 hochschulpädagogische Lehrveranstaltungen durchgeführt.⁵⁷⁴ Bis zur Mitte der Sechziger sank die Zahl Lehrveranstaltungen allerdings wieder stark ab⁵⁷⁵, um seit 1967 wieder sprunghaft anzusteigen.⁵⁷⁶

Für das dritte Aufgabenfeld, die Beratung und Beeinflussung der Hochschulpolitik verfügte das Institut durch seinen Direktor, Gerhard Roger, über günstige Voraussetzungen. Roger saß in den wichtigsten Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Schon in seiner Studentenzeit gehörte Roger der SED an.⁵⁷⁷ Nach seiner Promotion war er zwei Jahre Vorsitzender der „Gewerkschaft Wissenschaft“ an der Universität und danach von 1957-1961 Prorektor für Studienangelegenheiten.⁵⁷⁸ In dieser Funktion war Roger auch Mitglied des Senats, das er während des gesamten Untersuchungszeitraums

⁵⁷⁰ Roger, Knöchel 1986. S. 47.

⁵⁷¹ UAR 2.01.2, 433: Roger an Heidorn, Prorektor für wiss.Nachw, 12.09.1958.

⁵⁷² UAR 2.01.2, 433: Roger an Prorektor für wiss.Nachw., Teilnehmer am Colloquium für Hochschulpädagogik, 09.02.1959.

⁵⁷³ UAR 2.01.2, 433: Girnus, Staatssekretär f. Hoch- und Fachschulwesen an Rektor, Hochschulpädagogische Ausbildung des Nachwuchses, 08.08.1961

⁵⁷⁴ UAR 2.01.2, 433: Roger, Durchführung hochschulpädagogischer Lehrveranstaltungen im Studienjahr 1962/63, 02.07.1961.

⁵⁷⁵ Im Arbeitsplan des Studienjahres 1964/65 ist nur noch eine hochschulpädagogische Lehrveranstaltung vermerkt. UAR 2.01.2, 432: Jahresarbeitsplan 1964/65 des Instituts für Hochschulpädagogik, 15.09.1964.

⁵⁷⁶ Konkrete Daten und Hintergründe dazu im dritten Kapitel der Arbeit.

⁵⁷⁷ Hartwig, Wolfgang: Skizze über einen Parteisekretär. In: Die neue Universität 9, 1966.

⁵⁷⁸ Roger, Gerhard: Tabellarischer Lebenslauf, 2006. http://cpr.uni-rostock.de/file/cpr_derivate_00000002295/roger_gerhard_cv.pdf (28.03.2012).

blieb.⁵⁷⁹ In seiner Eigenschaft als Institutsdirektor war Roger Mitglied des Rats der Philosophischen Fakultät und übernahm als Vorsitzender der Kommission „Lehre und Erziehung“ die Aufgabe, Konzepte auszuarbeiten, auf welche Weise sich das Studium an der Fakultät im Sinne der SED-Politik verbessern ließe.⁵⁸⁰ Anfang des Jahres 1967 wurde Roger Sekretär der Universitätsparteileitung und nahm damit das höchste Parteiamt an der Universität wahr.⁵⁸¹ Bis 1970 gestaltete Roger in diesem Amt die Umsetzung der 3. Hochschulreform an der Universität Rostock maßgeblich mit. Auch die anderen Institutsmitglieder nahmen zum Teil einflussreiche Ämter wahr.⁵⁸² In meiner Staatsexamensarbeit habe ich dargestellt, dass es den Mitgliedern des Instituts an verschiedenen Stellen und zu unterschiedlichen Gelegenheiten gelang, die „Pädagogisierung der Universitäten“ voranzutreiben. Jedoch kann man auch hier nicht von einer bruchlosen Entwicklung sprechen.⁵⁸³

⁵⁷⁹ Roger war nicht nur bis 1961 Mitglied des Senats, wie es im Lebenslauf vom Februar 2006 steht. Vgl. UAR 2.01.2, 432: Jahresarbeitsplan des Instituts für Hochschulpädagogik für das Studienjahr 1965/66.

⁵⁸⁰ UAR 2.01.2, 4.4.: Protokoll der Fakultätsratssitzung vom 28.11.1962.

⁵⁸¹ Roger 2006.

⁵⁸² Martin arbeitete als sogenannter „Dekansassistent“, eine Art Geschäftsführer, in der Leitung der Philosophischen Fakultät, Hildebrand war Mitglied der Universitätsparteileitung. Vgl. UAR 2.01.2, 432: Jahresarbeitsplan des Instituts für Hochschulpädagogik für das Studienjahr 1965/66.

⁵⁸³ Rohrmann, Henning: Der Erziehungsauftrag der DDR-Universitäten am Beispiel der Geschichtslehrerbildung in Rostock bis 1970. Staatsexamensarbeit. Rostock 2011.

3. Ziele, Erfolge und Schwierigkeiten des Instituts für Hochschulpädagogik

Bisher wurden Eckdaten genannt und die Entwicklungslinien des Instituts grob nachgezeichnet. Damit wurde dem Leser eine grundsätzliche Orientierung über die Aktivitäten des Instituts vermittelt. Für einen solchen Zweck ist die hauseigene Institutsgeschichte aus dem Jahr 1971 jedoch völlig ausreichend.⁵⁸⁴

Allerdings ist diese Institutsgeschichte nicht nur eine Darstellung, sondern auch eine Quelle. Die Kenntnis der ideologischen, hochschulpolitischen und wissenschaftssystemischen Rahmenbedingungen, vor deren Hintergrund sich die Gründung und Entwicklung des Rostocker Instituts vollzog, wird beim Leser vorausgesetzt. Der kurze Aufsatz erfüllt eine auch kommunikative Funktionen: Er ist eine Art Rechenschaftsbericht, der das Fortbestehen des Instituts durch eine Auflistung seiner Leistungen für die Zukunft legitimieren soll.⁵⁸⁵ In der „Wissenschaftlichen Zeitschrift“ der Universität Rostock veröffentlicht, richtet sich der Aufsatz vornehmlich an einen Leserkreis, der die Institutionalisierung der Hochschulpädagogik selbst miterlebte oder mit beeinflusste. Kritik an den Protagonisten der Universitätspolitik wird daher verständlicher Weise nicht geübt. Im Artikel herrscht eine Atmosphäre lakonisch-unaufgeregter „Normalwissenschaft“⁵⁸⁶.

Einen anderen Eindruck erzeugt das Schreiben, das Gerhard Roger 1965 an das Dekanat der Philosophischen Fakultät richtete. „Bei Nichtgewährung zusätzlicher Planstellen“ so Roger, könnten die Aufgaben des Instituts nur zu „einem bescheidenen Anteil erfüllt werden“. Es sei dann „unmöglich, [...] ein Ausbildungssystem für alle Nachwuchskräfte einzurichten.“⁵⁸⁷ In einer Reihe weiterer Schreiben drückt Roger seine Frustration über die Perspektiven seines Instituts aus.⁵⁸⁸ Die Entwicklung verlief nicht so glatt, wie der Artikel aus dem Jahr 1971 glauben machen möchte.

⁵⁸⁴ Roger, Gerhard: Zehn Jahre Aufbau und Entwicklung des Wissenschaftsgebietes Hochschulpädagogik. in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 20 (1951) G3/4. S. 165–171.

⁵⁸⁵ Ebenda. S. 169.

⁵⁸⁶ Der Begriff der „Normalwissenschaft“ entstammt der Wissenschaftstheorie Thomas S. Kuhns und bezeichnet die durch konsens- und ergebnisorientierte Arbeitsweise der Wissenschaftler außerhalb wissenschaftlicher Revolutionen. Vgl. Kuhn, Thomas S.: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. 2. Aufl. Frankfurt am Main 2011. S. 39f.

⁵⁸⁷ UAR 2.01.2, 430: Roger an Dekanat, Stellungnahme zur weiteren Tätigkeit des Instituts für Hochschulpädagogik bei Nichtgenehmigung einer Planstellenerweiterung, 25.01.1965.

⁵⁸⁸ Z.B. UAR 2.01.2, 433: Roger an Prorektor für wissenschaftlichen Nachwuchs oder UAR 2.01.2, 430: Vorstellungen des Instituts für Hochschulpädagogik.

Zuerst soll die Frage nach dem Erfolg der Institutsgründung beantwortet werden. Das eröffnet aber wiederum das Problem, einen Maßstab für diese Bewertung zu finden. Maßstab der Bewertung einer Institution müssen immer die ihr gestellten Aufgaben und ihre selbst formulierten Ziele sein.⁵⁸⁹ Danach soll zweitens die Frage analysiert werden, auf welche hochschulpolitischen Probleme die Institutionalisierung der Hochschulpädagogik antworten sollte oder anders ausgedrückt, in was für einem Wissenschaftsdiskurs die Institutionalisierung der Hochschulpädagogik plausibel erschien.

3.1 Erfolge und zwischenzeitliche Frustration bei der Verankerung der Hochschulpädagogik in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Als Aufgaben gab der Rektor der Universität, Rudolf Schick, dem Institut für Hochschulpädagogik in seinem Gründungsschreiben vom 01.09.1961 die „Erforschung der Probleme der Hochschulpädagogik“ und das „Vertrautmachen der Angehörigen des wissenschaftlichen Nachwuchses mit den Methoden der Stoffvermittlung“ mit auf den Weg.⁵⁹⁰ Man kann davon ausgehen, dass Schick eine pädagogische Ausbildung für den gesamten wissenschaftlichen Nachwuchs vorschwebte. Dieses Ziel wurde ansatzweise nur am Anfang und am Ende der Sechziger Jahre erreicht.⁵⁹¹ Zwischen dem Herbst 1962 und dem Frühjahr 1967 genoss nur ein Bruchteil der Nachwuchswissenschaftler die angestrebte hochschulpädagogische Ausbildung. In der Zwischenzeit wurden zwar hochschulpädagogische Lehrveranstaltungen abgehalten, allerdings je-

⁵⁸⁹ Abraham, Martin; Büschges, Günter: Einführung in die Organisationssoziologie. 3. Aufl. Wiesbaden 2004. S. 21–22.

⁵⁹⁰ UAR 2.01.2, 430: Rektor an Roger, 01.09.1961.

⁵⁹¹ Die Rekonstruktion der gehaltenen Veranstaltungen fällt, deshalb schwer, weil in den jeweiligen Vorlesungsverzeichnissen die Veranstaltungen nicht in den Fakultäten, für deren wissenschaftlichen Nachwuchs sie gedacht waren, eingetragen wurden, sondern unspezifisch unter dem Institut für Hochschulpädagogik einsortiert sind, z.B. Baudisch, Markus: VERS–Verband Ehemaliger Rostocker Studenten. Aufgaben und Ziele, 2003. <http://www.vers-online.org/aufgaben.html> (21.08.2011). Als Behelf musste daher auf die Berichte an den Prorektor für wissenschaftlichen Nachwuchs sowie die Jahrespläne des Instituts für Hochschulpädagogik zurückgegriffen werden, die leider unvollständig sind. Die Akte „Assistentenseminare“ aus dem Bestand des Prorektorats enthält leider ebenfalls nur Berichte über die Marxistisch-Leninistische Weiterbildung. Vgl. UAR1.04.0, 22: Assistentenseminare (1963–1967), Prorektor für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

weils auf eine einzige Fakultät beschränkt.⁵⁹² Was hinderte die Hochschulpädagogen in der Zwischenzeit an der Durchführung ihrer vom Rektor gegebenen Aufgabe?

Umgekehrt ist es jedoch auch so, dass die Konjunkturen der frühen und späten Sechziger Jahre direkt auf hochschulpolitische Weisungen zurückgingen. Im Jahr 1961 war das ein persönliches Schreiben des damaligen Staatssekretärs für Hochschulwesen, Wilhelm Girnus, Auslöser für den sprunghaften Anstieg der Lehrveranstaltungen⁵⁹³ und 1967 ging die Bemühungen der Fakultäten um eine hochschulpädagogische Ausbildung ihres wissenschaftlichen Nachwuchses auf einen Senatsbeschluss zurück.⁵⁹⁴ Die Aussage von Johannes Heil, dass die hochschulpädagogische Ausbildung mit der Einführung der *Facultas docendi* als Lehrvoraussetzung für alle Nachwuchswissenschaftler verpflichtend gemacht wurde, stimmt so nicht ganz.⁵⁹⁵

Schon im Herbst 1962 klagte Gerhard Roger in einem Schreiben an den damaligen Prorektor für wissenschaftlichen Nachwuchs über die Unzulänglichkeiten der bisher durchgeführten Lehrveranstaltungen. Hervorstechendster Mangel sei die „Fluktuation“ der Teilnehmer. Da sich die Inhalte aufgrund der geringen Anzahl von Veranstaltungen auf ein unerlässliches Minimum beschränkten, wäre eine kontinuierliche Teilnahme „unbedingt notwendig“.⁵⁹⁶ Roger unterbreitete dem Prorektor für wissenschaftlichen Nachwuchs, Vorschläge, wie dieser Mangel zu beheben sei. Die Teilnahme sollte nach dem Willen Rogers zwar weiterhin freiwillig sein, die Teilnehmer müssten aber durch ihre Fakultäten „delegiert“ werden. Roger bat darum, selbst nach dem Ende der jeweiligen Veranstaltungsreihe eine offiziell anerkannte Teilnahmebestätigung ausgeben zu können.⁵⁹⁷ Die Vorschläge fanden jedoch im Prorek-

⁵⁹² UAR 2.01.2, 432: Jahresarbeitsarbeitsplan 1964/65 des Instituts für Hochschulpädagogik, 15.09.1964; Jahresarbeitsplan des Instituts für Hochschulpädagogik für das Studienjahr 1965/66, 02.09.1965.

⁵⁹³ UAR 2.01.2, 433: Staatssekretär für Hochschulwesen an Rektor, Hochschulpädagogische Ausbildung des Nachwuchses, 08.08.1961.

⁵⁹⁴ UAR 2.01.2, 433: Rektor an Dekan techn. Fak., 26.05.1967.

⁵⁹⁵ Jedenfalls enthält die entsprechende Anordnung des Staatssekretariats für Hochschulwesens vom 1. Dezember 1968 nur den Passus, dass die Fakultät des wissenschaftlichen Rats „zur weiteren Prüfung der wissenschaftlichen Fähigkeiten und Kenntnisse ein Kolloquium zu den Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Hochschullehrer und gegebenenfalls eine Lehrprobe“ festlegen kann. Anordnung über die Erteilung und Entzug der *Facultas docendi* (Lehrbefähigung). In: Gesetzblatt der DDR Teil II Nr. 127, 13.12.1968, §2,1

⁵⁹⁶ UAR, 2.01.2, 433: Roger an Prorektor f. wiss. Nachw., 14.09.1962.

⁵⁹⁷ Ebenda.

torat kein Gehör.⁵⁹⁸ Frustriert urteilte Roger ein Jahr später, dass „unter der Voraussetzung, daß eine derartige sinnvolle Regelung für die systematische pädagogische Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchts nicht besteht, die Durchführung zusammenhängender Vorlesungsreihen für die Veranstalter nicht rationell genug“ erscheine.⁵⁹⁹ Für das Herbstsemester 1963/64 zog Roger daraus die Konsequenz, stattdessen „[...]in einigen Fachrichtungen mit einem kleineren Kreis von interessierten Assistenten und Oberassistenten gemeinsam Hospitationen in Lehrveranstaltungen durchzuführen.“⁶⁰⁰ Das Institut für Hochschulpädagogik ist also für den Einbruch der Lehrveranstaltungen in der Mitte der Sechziger Jahre teilweise selbst verantwortlich. Bestand das Ziel einer hochschulpädagogischen Ausbildung aller Nachwuchswissenschaftler nur noch auf dem Papier, fragwürdig geworden durch die ernüchternde Lehrrealität?

In seiner Studienjahresanalyse von 1962/63 erteilt Roger nicht nur den bisherigen Lehrformen eine Absage, sondern formuliert auch ein neues Fernziel: Die Einrichtung eines sogenannten „pädagogischen Zusatzexamens“ für die Nachwuchswissenschaftler der Universität.⁶⁰¹ Dabei betrat das Institut verschlungene und für das staatsdirigistische Wissenschaftssystem der DDR sehr eigenständige Wege. Im Herbst 1965 begann das Institut mit der Durchführung eines „organisierten Externenstudiums“, das sich an Fach- und Parteischullehrer richtete. Das Studium erstreckte sich über drei Semester und schloss mit der „Erlangung eines pädagogischen Zusatzexamens“ ab. Größtenteils sollten die Teilnehmer mithilfe von Lehrbriefen ein Selbststudium betreiben, während sich die Präsenzlehre auf wenige Termine im Semester reduzierte. Das Besondere an der Einrichtung dieses Studienganges war, dass Roger die Verantwortlichen im Staatssekretariat lediglich „in Kenntnis setzte“.⁶⁰² Vom Staatssekretariat wurde der Vorgang allerdings zunächst an den Rektor der Universität zurückgesandt, der Roger zur Stellungnahme aufforderte. Roger bewarb sein Vorhaben gegenüber dem Rektor nicht nur dadurch, dass keine „materiellen Forderungen an die Universität daraus resultieren würden“ sondern auch damit, dass über das Externenstudium der „Weg ausprobiert werden“

⁵⁹⁸ UAR 2.01.2, 433: Prorektor f. wiss. Nachw. an Roger, 26.09.1962.

⁵⁹⁹ UAR 2.01.2, 433: Roger, Durchführung hochschulpädagogischer Lehrveranstaltungen im Studienjahr 1962/63, 02.07.1963

⁶⁰⁰ Ebenda.

⁶⁰¹ Ebenda.

⁶⁰² UAR 2.01.2, 433: Erste vorläufige Ausbildungskonzeption für das organisierte Externenstudium zur Erlangung eines Zusatzexamens in Erwachsenenpädagogik, 03.09.1965.

könne, die „Vermittlung von hochschulpädagogischer Ausbildung ohne Unterbrechung der eigenen Tätigkeit anzubieten.“⁶⁰³ Der neugewählte Rektor unterstützte das Vorhaben und mit der Verzögerung von einem halben Jahr genehmigte der neue Staatssekretär Joachim Gießmann den neuen Studiengang persönlich.⁶⁰⁴ Dem Schreiben angefügt war eine vom Staatssekretariat herausgegebene Mitteilung zur Eröffnung des Studiengangs, wahrscheinlich auch um gegenüber dem eigenmächtig handelnden Roger den eigentlichen, geordneten Gang der Dinge zu verdeutlichen. Das Externenstudium wurde dann tatsächlich zum direkten inhaltlichen und organisatorischen Vorläufer des zwei Semester dauernden „Pädagogischen Lehrgangs“, der mit Nachwuchswissenschaftlern einzelner Fakultäten ab 1967 durchgeführt wurde.⁶⁰⁵

3.2. Abschluss der Forschungsvorhaben und personelle Stagnation seit der Mitte der sechziger Jahre

Ob das Institut für Hochschulpädagogik seine Forschungsaufgaben erfolgreich wahrnahm, ist dagegen schwieriger zu bewerten. Es fällt schwer einen Maßstab zu bestimmen, an dem sich Erfolg oder Misserfolg messen lassen. Im Gründungsschreiben nannte der Rektor nur sehr allgemein die „Erforschung der Probleme der Hochschulpädagogik“ als Aufgabe des Instituts. Der ein Jahr zuvor parallel zur Gründung der Zentralen Kommission für Hochschulpädagogik erschienene Aufsatz listete 14 Forschungsthemen auf, denen sich die Wissenschaftler in den nächsten Jahren annehmen sollten.⁶⁰⁶ Die Forschungsarbei-

⁶⁰³ UAR 2.01.2, 433: Roger an Rektor, 26.11.1965.

⁶⁰⁴ UAR 2.01.2, 433: Staatssekretär an Rektor, 24.05.1966.

⁶⁰⁵ UAR 2.01.2, 433: Pädagogischer Lehrgang für Angehörige der Medizinischen Fakultät, 21.03.1967.

⁶⁰⁶ Roger 1960.

„Aufgaben des Lehrkörpers bei der soz. Ausbildung und Erziehung der Studierenden

- Rolle der FDJ im Erziehungsprozess
- Zusammenwirken von Lehrkörper, FDJ: soz. Betrieben und Elternhaus im Prozeß der Ausbildung und Erziehung
- Bedeutung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit von Lehrkörpern und Assistenten bei der Ausbildungs- und Erziehungsarbeit (Erfahrungen der Erzieherkollektive)
- hochschulpädagogische Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses
- Die Verwirklichung des Prinzips der Einheit von Theorie und Praxis in der Hochschulausbildung
- Untersuchung über den Praxisbegriff für die verschiedenen Fachgebiete
- die Bedeutung der Ausbildungsabschnitte in der sozialistischen Praxis und der Einbeziehung von erfahrenen Praktikern in die Lehre für die Erziehung und Ausbildung

ten des Instituts für Hochschulpädagogik waren eindeutig auf dieses Programm ausgerichtet. In das Thema seiner Habilitation, Kollektiverziehung an den Hochschulen, bezog Gerhard Roger gleich vier Forschungsdesiderate ein.⁶⁰⁷ Auch die Dissertationen von Hans-Joachim Martin, Heinz Weiden und Kriemhild Hildebrand lassen sich einem oder mehreren Anstrichen des Programms zuordnen – insgesamt beschäftigten sich die Rostocker Hochschulpädagogen mit gut der Hälfte aller genannten Forschungsprobleme. Hatte das Institut damit nicht allen Grund seine Forschungsarbeit als erfolgreich anzusehen?

Es ist für die Wissenschaft geradezu grundlegend, dass Forschungsarbeiten selbst neue Forschungsprobleme formulieren.⁶⁰⁸ Deswegen kann es nicht verwundern, dass die Liste von Forschungsvorhaben im Perspektivplanvorschlag des Instituts aus dem Jahr 1964 erheblich länger ist, als die aus dem Jahr 1960.⁶⁰⁹ Auch 1964 sah Gerhard Roger die Hochschulpädagogik noch am Anfang ihrer Entwicklung als wissenschaftliche Disziplin. Bis 1970 nannte er drei Forschungskomplexe, die die Hochschulpädagogen bearbeiten müssten. Erstens sei es notwendig, mittels theoretischer Abhandlungen die Eigenständigkeit der Hochschulpädagogik gegenüber der allgemeinen Pädagogik zu begründen. Zweitens müsste sich eine Art Hochschuldidaktik herausbilden, welche die Ziele, Grundprinzipien und Methoden der Hochschulbildung zum

-
- Die Bedeutung der Bewegung Sozialistische Studentengruppen als Beitrag der Studierenden zur sozialistischen Umgestaltung der Hochschulen
 - Die Entwicklung einer Hochschuldidaktik und die Ausarbeitung der Hochschulmethodik für die einzelnen Fachdisziplinen
 - Ausarbeitung pädagogischer Grundforderungen an die Gestaltung der Studienpläne
 - Die Bedingung der Arbeit im Hochschulfern- und Abendstudiums unter hochschulpädagogischen Gesichtspunkten (auch Hochschulbildung im Rahmen von Betriebs- und Dorfakademien)
 - Förderung der Arbeiter- und Bauernstudenten, Auswertung der bisherigen Erfahrungen, Inhalt und Methoden
 - Probleme des Übergangs zum Hochschulstudiums unter der Berücksichtigung unter besonderer Berücksichtigung der neuen Wege zum Studium auf Grund des Schulgesetzes (Übergang vom Lernen zum Studieren, Hinweise für die Studierenden über Technik der geistigen Arbeit, organisierte Hilfe des Lehrkörpers für die Anfangssemester)“

⁶⁰⁷ Rolle der FDJ, Zusammenwirken von Lehrkörper und FDJ, Sozialistische Studentengruppen, Ausbildung des wiss. Nachw.

⁶⁰⁸ Weingart, Peter; Carrier, Martin; Krohn, Wolfgang: Nachrichten aus der Wissensgesellschaft. Analysen zur Veränderung der Wissenschaft. Weilerswist 2007. S. 46-47.

⁶⁰⁹ UAR 2.1.2, 432: Perspektivplanvorschlag des Instituts für Hochschulpädagogik 1965–1970, 10.12.1964.

Gegenstand hat. Drittens sollten „empirische Untersuchungen der Hochschulwirklichkeit“ angestellt werden, um die bestehenden Organisationsformen in der Lehre zu optimieren.⁶¹⁰

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, sah der Perspektivplanvorschlag eine massive Erweiterung des wissenschaftlichen Personals vor. Im Jahr 1970 sollten nach den Vorstellungen des Instituts ein Professor, drei habilitierte Dozenten, sechs Assistenten und Oberassistenten und drei promovierte wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut arbeiten. Die Anzahl der Mitarbeiter sollte sich demnach auf 16 vervierfachen.⁶¹¹ Die Pläne sahen vor, das Institut in eine gesellschaftswissenschaftliche, eine naturwissenschaftlich-mathematische und eine Fernstudien-Abteilung zu untergliedern. Weder die Untergliederung des Instituts noch die massive Erweiterung des Personalstamms wurden in der Folgezeit realisiert.⁶¹²

Die Stellungnahmen der anderen Institute der Philosophischen Fakultät zeigen, dass Unterschiede zwischen gewünschten und genehmigten Personalbedarf die Regel darstellten.⁶¹³ Der Dekan sprach in einer Fakultätsratssitzung allgemein von „illusorischen Zahlen“, die die Erstellung des Fakultätsplans erschwerten.⁶¹⁴ Aber bei keinem Institut war das Auseinanderklaffen zwischen Soll- und Ist-Zustand größer.⁶¹⁵ Es lässt sich nur vermuten, was die Beweggründe für diese Differenz waren: Waren es die illusorischen Ansprüche des Institutsdirektors? Im Perspektivplanvorschlag verwies Roger auf einen übergeordneten Plan, der von allen hochschulpädagogischen Einrichtungen ausge-

⁶¹⁰ UAR 2.1.2, 432: Perspektivplanvorschlag des Instituts für Hochschulpädagogik 1965–1970, 10.12.1964.

⁶¹¹ Ebenda.

⁶¹² UAR 2.1.2, 430: Vorstellung des Instituts für Hochschulpädagogik, 05.04.1966.

⁶¹³ So im slawistischen Institut: „Sollte 1967 die Einrichtung einer neuen Lektorenstelle nicht möglich sein, kann das Institut ab 1966 jährlich nur 40 und nicht, wie vorgesehen 53 [...] immatrikulieren“. UAR 2.1.2, 26: Stellenplanentwurf 1965. Statistischer Nachtrag.

⁶¹⁴ UAR 2.01.2, 38: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 14.04.1965.

⁶¹⁵ UAR 2.01.2, 26: Stellenplanentwurf 1965. Statistischer Nachtrag. S. 11–13; im Institut für Pädagogik sollten die Anzahl der Fachkräfte von 29 auf 37, im Historischen Institut von 20 auf 25, im Slawistischen Institut von 15 auf 20, im Institut für Kunstgeschichte von 4 auf 6, im Institut für Musikgeschichte von 6,5 auf 12, im Germanistischen Institut von 22 auf 23, im Anglistischen Institut auf 20 auf 23. UAR: 2.01.2, 225, 285, 330, 393, 453: Ermittlung der Arbeitskräfte, Anlage 2 zum Perspektivplan (1964–70); UAR 2.01.2, 85: Entwicklung des Bestandes an Hoch- und Fachschulkadern. Damit wurde im Institut für Hochschulpädagogik relativ und absolut die größte Erweiterung angestrebt.

arbeitet worden war.⁶¹⁶ Den dem Perspektivplan beigefügten Stellenplan, versah er mit dem Sternchen „in Abhängigkeit von den Entscheidungen des Staatssekretariats“⁶¹⁷. Offenbar konnten die Pläne der Hochschulpädagogen die Verantwortlichen im Staatssekretariat also nicht von ihrer Wichtigkeit überzeugen, jedenfalls wurden von dieser Instanz keine neuen Planstellen geschaffen.

Im Perspektivplan machte Roger den Vorschlag, dass Institut als unabhängige Universitätseinrichtung dem Rektor direkt zu unterstellen, da es „in den verschiedenen Fakultäten“ zu wirken hätte.⁶¹⁸ Das Dekanat der Philosophischen Fakultät nahm dieses Argument auf, indessen aber, um zu begründen, warum das Institut an der Verteilung der neu bewilligten Planstellen der Fakultät unberücksichtigt blieb.⁶¹⁹ Offenbar hatte weder das Staatssekretariat noch die Philosophische Fakultät Interesse an einer Expansion der jungen Wissenschaftsdisziplin.

Die Lösung der rasant ansteigenden Zahl neuer Aufgaben musste unter der Bedingung der personellen Stagnation unmöglich erscheinen. Äußere Einflüsse hinderten das Institut an der Umsetzung des im Perspektivplan skizzierten Forschungsprogramms, dementsprechend resignativ bewertete Roger in der zweiten Hälfte der Sechziger Jahre die Möglichkeiten des Instituts. So klagte Roger, dass „im Rahmen der gezogenen materiellen und personellen Grenzen“ die „Einrichtungen des Instituts abgeschlossen“⁶²⁰ sei, dass bisher nur „minimalste Arbeitsvoraussetzungen geschaffen worden“⁶²¹ wären, das Institut

⁶¹⁶ UAR 2.1.2, 432: Perspektivplanvorschlag des Instituts für Hochschulpädagogik 1965–1970, 10.12.1964.

⁶¹⁷ UAR 2.1.2, 432: Stellenplan des Instituts für Hochschulpädagogik 1965–1970.

⁶¹⁸ UAR 2.1.2, 432: Perspektivplanvorschlag des Instituts für Hochschulpädagogik 1965–1970, 10.12.1964.

⁶¹⁹ UAR 2.1.2, 41: Müller, Fritz, Kaderprogramm der Philosophischen Fakultät, S.4. „Der Ausbau des Instituts für Hochschulpädagogik ist zu fördern, wobei jedoch die philosophische Fakultät keine eigenen Planstellen zur Verfügung hat [...] die Bitte, aus dem Plan der Universität eine zusätzliche Planstelle [...] zur Verfügung stellen, wird unterstützt, da die Arbeit des Instituts vor allem anderen Fakultäten als der Philosophischen zugute kommt.“ Dagegen wurden im Kaderprogramm neue Stellen für die Musikwissenschaft und zwei neue Planstellen für Sozial- und Arbeitspsychologie befürwortet. Vgl. Ebenda. S. 5.

⁶²⁰ UAR 2.1.1, 430: Stellungnahme zur weiteren Tätigkeit des Instituts für Hochschulpädagogik bei Nichtgenehmigung einer Planstellenerweiterung, 25.01.1965.

⁶²¹ UAR 2.01.2, 430: Vorstellungen zur Kaderperspektive des Instituts für Hochschulpädagogik bis 1970, 02.11.1965.

dadurch „personell unterbesetzt“⁶²² sei und die „ständig wachsenden Anforderungen“⁶²³ nur zu einem „bescheidenen Anteil“⁶²⁴ zu bewältigen wären.

3.3. Verdeckte Ziele in der „operativen Tätigkeit“

Im dritten Arbeitsfeld, der „operativen Tätigkeit“ ist eine Bemessung des Erfolgs der Anstrengungen noch schwieriger, weil in dieser Hinsicht gar keine konkreten Ziele aufgestellt worden sind. Im Perspektivplan von 1964 steht zwar, dass die Forschungsergebnisse des Instituts durch „Mitarbeit im Senat, dem Fakultätsrat und den verschiedenen Kommissionen“ genutzt werden sollten⁶²⁵, welche Fernziele die Institutsangehörigen dabei verfolgten, wurde aber nie offen proklamiert.

⁶²² UAR, 2.01.2, 430: Roger an Dekan, Umsetzung der Mitarbeiter der Agrarpädagogik in die Hochschulpädagogik, 04.03.1966.

⁶²³ UAR 2.01.2, 430: Vorstellungen zur Kaderperspektive des Instituts für Hochschulpädagogik bis 1970, 02.11.1965.

⁶²⁴ UAR 2.01.2, 430: Stellungnahme zur weiteren Tätigkeit des Instituts für Hochschulpädagogik bei Nichtgenehmigung einer Planstellenerweiterung, 25.01.1965.

⁶²⁵ UAR 2.01.2, 432: Perspektivplanvorschlag des Instituts für Hochschulpädagogik 1965-1970, 10.12.1964.

4. Bedingungen der Institutionalisierung der DDR-Hochschulpädagogik

4.1. Die Institutionalisierung der Hochschulpädagogik im Kontext hochschulpolitischer Erfahrungen der fünfziger Jahre

Aus der Perspektive des Staatssekretariats für Hochschulwesen antwortete die Einführung der Hochschulpädagogik auf die fortwährenden Schwierigkeiten, die sich bei der Ausbildung zukünftiger Funktionseleiten zeigten. Die beständige Unzufriedenheit des Staatssekretariats mit den Ergebnissen der Ausbildung war in besonderem Maße durch die Forderungen begründet, welche die Politik schon vor der Gründung der DDR an die Universitäten herangetragen hatte.⁶²⁶ Im Studium sollten danach nicht nur fachwissenschaftliche Kenntnisse erworben, sondern auch die Ideologie der herrschenden Partei verinnerlicht werden. Dieser „Erziehungsauftrag“ stand im Kontrast zum klassischen Humboldt'schen Universitätsideal⁶²⁷ und fand seine Begründung in den gesellschaftspolitischen Zielen der neuen Machthaber: „Die Entmachtung traditioneller Führungsgruppen und die gezielte Heranbildung neuer Eliten sollte die Herrschaft der kommunistischen Spitzenfunktionäre durchsetzen.“⁶²⁸ Im Zuge des „Aufbaus des Sozialismus“ prognostizierte die SED-Führung einen großen Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Spezialisten für die Industrie und die staatliche Bürokratie. Um diesen Bedarf zu entsprechen, sollten die Absolventenzahlen der Universitäten stark erhöht werden.⁶²⁹ Die Verwandlung der Uni-

⁶²⁶ Zur Verankerung des sogenannten Erziehungsauftrags vgl. Straube, Peter-Paul: Zur Einführung eines Erziehungsauftrages an den Universitäten und Hochschulen in der DDR. In: Busch, Friedrich W; Rüter, Beate; Straube, Peter-Paul (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft. Oldenburg 1992. S. 29–61.

⁶²⁷ Zum Humboldtschen Universitätsideal vgl. Benner, Dietrich: Wilhelm von Humboldts Bildungstheorie. 3. Aufl. Weinheim [u.a.] 2003.

⁶²⁸ Bauerkämper, Arnd: Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren. In: Hübner, Peter (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln [u.a.] 1999. S. 38.

⁶²⁹ Jessen, Ralph: Zwischen Bildungsökonomie und zivilgesellschaftlicher Mobilisierung : Die doppelte deutsche Bildungsdebatte der sechziger Jahre. In: Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Weilerswist 2004. S. 210.

versitäten in „Kaderschmieden“ war eines der ältesten und wichtigsten Anliegen der SED-Hochschulpolitik.⁶³⁰

Dementsprechend bezogen sich auch die hochschulpolitischen Reformen auf dem Gebiet der DDR bis in die späten fünfziger Jahre hinein vor allem auf das Studium. Hauptinhalt der später so bezeichneten „ersten Hochschulreform“ 1946 war die „Gegenprivilegierung“ von Studenten aus niederen Bevölkerungsschichten mithilfe eines Quotensystems und der Schaffung von Vorstudienanstalten.⁶³¹ Das war der Anstoß eines „Elitentausches, wie er jedenfalls in der modernen deutschen Geschichte keine Vorbilder findet“.⁶³² In den Jahren 1951/52 wurden nach sowjetischen Vorbild zentrale Studienpläne, mit dem „gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium“ eine obligatorische und abschlussrelevante Unterweisung in der Parteiideologie und die Zwangsintegration aller Studenten in FDJ-Studentengruppen eingeführt, die später mit dem Etikett der „zweiten Hochschulreform“ versehen wurde.⁶³³ Diese Reformen bewirkten eine „Verschulung des Lehrbetriebs“, eine „Ideologisierung des Studiums“ und die „politische Disziplinierung des Lehrkörpers“.⁶³⁴ Im Zuge der sogenannten „sozialistischen Umgestaltung“⁶³⁵ 1957/58 wurde die poli-

⁶³⁰ Laitko, Hubert: Das Hochschulwesen der DDR als Gegenstand wissenschaftshistorischer Forschung. Fragen an die Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin. In: Girnus, Wolfgang (Hrsg.): Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen, Einblicke, Analysen. Leipzig 2010. S. 37–58. Den Begriff der Kaderschmiede für die Universitäten habe ich übernommen von: Jordan, Carlo: Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 2001.

⁶³¹ Jessen 1999. S. 16.

⁶³² Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Kaelble, Hartmut; Kocka, Jürgen; Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994.. S. 548.

⁶³³ Dazu ausführlich: Müller, Marianne; Müller, Egon Erwin: "... stürmt die Festung Wissenschaft!". Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Repr. der Ausg. Berlin-Dahlem 1953. Berlin 1994. S. 211 ff. Das sowjetische Vorbild der Reformen wird besonders im propagandistisch gefärbten Bericht des damaligen Staatssekretärs Gerhard Harig deutlich: Harig, Gerhard: Das Hochschulwesen in der Sowjet-Union : Ergebnisse einer Delegationsreise. Berlin 1952.

⁶³⁴ Erziehung im engeren Sinne. In: Laabs, Hans-Joachim (Hrsg.): Pädagogisches Wörterbuch. Berlin 1987.S. 190–191.

⁶³⁵ Im Gegensatz zur zeitlichen Einteilung in drei Hochschulreform wurde die Bezeichnung der „sozialistischen Umgestaltung“ von den hochschulpolitischen Protagonisten selbst verwendet: Verordnung über die Berufung und Stellung der Hochschullehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen. Vom 6. November 1968. In: Gesetzblatt der DDR 20, 1968. S. 997–1003.

tisch-ideologische Erziehung der Studenten im Berufsbild des wissenschaftlichen Nachwuchses verankert und die Rekrutierung der Nachwuchswissenschaftler von ihrer politischen Einschätzung abhängig gemacht.⁶³⁶

Die Ergebnisse ihrer Hochschulpolitik bewerteten die Hochschulpolitiker des Staatssekretariats am Ausgang der fünfziger Jahre zweigeteilt. Ihnen war gelungen, die Anzahl der Hochschulabsolventen im Laufe der fünfziger Jahre stark zu steigern.⁶³⁷ Die Verantwortlichen waren jedoch mit der „Qualität“ der Ausbildung fortwährend unzufrieden. Durchgängig beanstandeten die Hochschulpolitiker des Staatssekretariats die Wirksamkeit der ideologischen Unterweisung im „gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium“⁶³⁸, am Ende der fünfziger Jahre gerieten auch die im Studium erworbenen, berufsbezogenen Fähigkeiten und Wissensbestände immer mehr in die Kritik.⁶³⁹

Aus der Sicht des Staatssekretariats zeigte sich die mangelnde Wirksamkeit der politisch-ideologischen Erziehung im Verhalten der Studenten. Die Studenten seien „unparteiisch [...] skeptisch und leichtgläubig zu gleich [...] verwöhnt [...] unhöflich und undiszipliniert“ und zeigten eine „ungesunde Rentnerideologie“⁶⁴⁰. Harig zog aus den mangelhaften Erziehungsergebnissen den Schluss, dass sowohl die inhaltliche Qualität als auch didaktische Gestaltung des Ideologie-Unterrichts verbessert werden müsse. Allerdings zeigten sich die Studenten entgegen Harigs Darstellung nicht nur einfach desinteressiert, sondern vielfach regelrecht abweisend gegenüber dem neuen Studienbestandteil. Während der Proteste des Jahres 1956 an der HU Berlin und der TH Dresden gehörte die Abschaffung des ungeliebten „GeWi-Studiums“⁶⁴¹ zu den Kernforderungen der Studenten.⁶⁴²

⁶³⁶ Jessen 1999. S. 236.

⁶³⁷ Jessen, Ralph: Massenausbildung, Unterfinanzierung und Stagnation. Ost- und Westdeutsche Universitäten in den siebziger und achtziger Jahren. In: Grüttner, Michael; Hachtmann, Rüdiger; Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert. Göttingen 2010. S. 264.

⁶³⁸ Jessen 1999. S. 234.

⁶³⁹ Dahlem, Franz: Neue Qualität in Erziehung und Ausbildung anstreben. In: Das Hochschulwesen 8, 1961. S. 391–395.

⁶⁴⁰ Harig, Gerhard: Die Erziehung unserer Studierenden im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium. In: Das Hochschulwesen 2, 1954. S. 13.

⁶⁴¹ Umgangssprachlich für das „gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium“.

⁶⁴² Jessen 1999. S. 233.

Die Einschätzungen des Staatssekretariats speisten sich aus den Lageberichten der Universitäten, welche die Prorektoren für den wissenschaftlichen Nachwuchs monatlich nach Berlin sandten.⁶⁴³ Die Prorektoren berichteten nicht nur vom vermeintlichen politischen Desinteresse der Studenten, sondern auch von ihrer unübersehbaren Orientierung an den – vielfach der alten Bildungselite angehörenden – Fachprofessoren. So fasste ein internes Planungspapier 1957 zusammen: „Es ist einleuchtend, daß sich viele Studenten leichter von parteilosen Wissenschaftlern beeinflussen lassen (auch wenn sie eine reaktionäre Weltanschauung haben) als von Dozenten, die sich auf ihrem Fachgebiet weder durch Promotionen, noch sonst wie durch Publikationen ausgewiesen haben.“⁶⁴⁴ Ideologische Erzieher und fachwissenschaftliche „Ausbilder“ wirkten nicht arbeitsteilig, sondern standen in eindeutiger Statuskonkurrenz zueinander.

In seiner für die Universitätsgeschichte wegweisenden Studie zur „Akademische[n] Elite und kommunistische[n] Literatur“⁶⁴⁵ hat Ralph Jessen untersucht, wie die institutionelle Eigenlogik der Wissenschaft zur „Grenze“ des totalitären Gestaltungsanspruchs der SED-Hochschulpolitik wurde.⁶⁴⁶ Die durch Schnellkurse qualifizierten jungen GeWi-Dozenten standen nicht nur im Widerspruch zu den „disziplinübergreifenden generellen professionellen Regeln“ des Hochschullehrerberufs und seinem „institutionellen Rahmen“ mit „Regeln über Qualifikationsvoraussetzungen, Prüfungen und Zugangsverfahren“ und „berufsethische[n] Standards“⁶⁴⁷. Die GeWi-Dozenten gerieten mit ihrem staatsbürgerlichen Erziehungsversuchen zudem in die Deutungskonkurrenz mit den Hochschullehrern als „soziale Elite“, die trotz leichter Öffnungstendenzen in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit immer noch eine „relativ homogene Gruppe mit exklusiv bürgerlicher Rekrutierung, elitärem Selbstbild und hohem Prestige“ darstellte.⁶⁴⁸

⁶⁴³ Für die Universität Rostock hat Karl Wockenfuß diese Berichte ausgewertet: Wockenfuß, Karl: Streng vertraulich. Die Berichte über die politische Lage und Stimmung an der Universität Rostock 1955 bis 1989. 2. Aufl. Rostock 2002.

⁶⁴⁴ Jessen 1999, S. 234.

⁶⁴⁵ Jessen 1999.

⁶⁴⁶ Zur Einführung in das Forschungskonzept der „Grenzen der Diktatur“ vgl. Bessel, Richard; Jessen, Ralph: Die Grenzen der Diktatur. In: Bessel, Richard; Jessen, Ralph (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996. S. 7–24.

⁶⁴⁷ Jessen 1999, S. 15.

⁶⁴⁸ Ebenda. S. 16.

Die Hochschulpolitiker versuchten die Statusunterschiede zwischen den sogenannten „Gesellschaftswissenschaftlern“ und der Hochschullehrerschaft dadurch einzuebnen, dass sie die politisch-ideologischen Erziehungsaufgaben auf alle Hochschullehrer ausweiteten. Von allen Professoren wurde verlangt, ihre Vorlesungsinhalte mit öffentlichkeitswirksamen Bekenntnissen zur SED-Politik zu verbinden.⁶⁴⁹ Politisch missliebige Professoren wurden im Rahmen von Fakultäts- und Senatssitzungen an den Pranger gestellt oder „zwangsemertiert“.⁶⁵⁰ In den Geisteswissenschaften wurde die schon früh begonnene Verdrängung bürgerlicher Professoren aus den Universitäten in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre vollendet.⁶⁵¹ In den natur- und technikwissenschaftlichen und den medizinischen Fakultäten dagegen hatte die SED mangels ausreichend qualifizierter kommunistischer Alternativen die bürgerlichen Ordinarien in ihren Ämtern belassen.⁶⁵² Versuche, auch den Naturwissenschaften ähnlich den Geisteswissenschaften die „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ zu verordnen, scheiterten.⁶⁵³ Einen großen Anteil an der „Zweiteilung“ der Hochschulpolitik in eine „harte Linie“ gegenüber den Geisteswissenschaften und der zwischen politischem Druck und wissenschaftlichen Freiräumen tingelnden Haltung gegenüber den Naturwissenschaften hatte eine weitere „Grenze der Diktatur“ – die offene Westgrenze und der durch sie ermöglichte deutsch-deutsche Arbeitsmarkt.⁶⁵⁴ Ideologisierungskampagnen wie die nach den Hoch-

⁶⁴⁹ In aller Deutlichkeit ausgesprochen wurde diese Forderung im Hauptreferat des Staatssekretärs Gerhard Harig auf der 2. Hochschulkonferenz des Staatssekretariats 1955: Harig, Gerhard: Über die Verbesserung von Ausbildung und Erziehung unserer Studierenden. Rede auf der Zentralen Hochschulkonferenz. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 14–15.

⁶⁵⁰ Jessen 1999. S. 365–371; Jessen, Ralph: Von den Vorzügen des Sozialismus und der deutschen Teilung. Kollaborationsverhältnisse im ostdeutschen Wissenschaftssystem der fünfziger Jahre. In: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit. Göttingen 2002. S. 39–52.

⁶⁵¹ Jessen 2002. S. 45–46.

⁶⁵² Jessen 1999. S. 309.

⁶⁵³ Ash, Mitchell G.: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR. Ansätze zu einer Neubetrachtung. In: Weisemann, Karin (Hrsg.): Wissenschaft und Politik, Genetik und Humangenetik in der DDR (1949–1989) Dokumentation zum Arbeitssymposium in Münster, 15.–18.03.1995. Münster 1997. S. 12. Zum Versuch, den DDR-Biologen die pseudo-wissenschaftliche Theorie Trofim Lyssenkos als verbindlich zu verordnen: Diesener, Gerald: Lyssenkoismus in der DDR. Anmerkungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR. In: Deutschland-Archiv : Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 32, 1999. S. 953–962.

⁶⁵⁴ Jessen 1999. S. 43–45.

schulkonferenzen 1955 und 1958 führten zuverlässig zu Fluchtwellen unter Studenten und Professoren, die in der Bundesrepublik häufig schnell in neue Anstellungen kamen.⁶⁵⁵ Da naturwissenschaftliches Know-How aber als unerlässlich bei der Realisierung ihrer ehrgeizigen wirtschaftspolitischen Pläne angesehen wurde, entschied sich die SED-Spitze in mehreren Fällen gegen ihre kaderpolitischen Ziele und für einen pragmatischen Umgang mit der (natur-)wissenschaftlichen Intelligenz.⁶⁵⁶ In diesem Sinne mahnte Walter Ulbricht auf dem 36. Plenum des ZK der SED im Juni 1958 zur Geduld: „An den Universitäten muß man also damit rechnen, daß ein Teil der bürgerlichen Fachleute in absehbarer Zeit vielleicht nicht dazu imstande sein wird, die bewußte sozialistische Erziehung durchzuführen.“⁶⁵⁷

Das Zugeständnis der Grenzen eigener Gestaltungsmacht gegenüber der akademischen Elite markierte eine Zäsur, bewirkte allerdings weniger eine Abkehr von den politisch-ideologischen Erziehungszielen als vielmehr einen Strategiewechsel. Im Zuge der „sozialistischen Umgestaltung“ nach dem Amtsantritt von Wilhelm Girmus gelang es dem Staatssekretariat die Rekrutierung und Ausbildung unter die Kontrollmacht der durch das Staatssekretariat eingesetzten Prorektoren für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu stellen.⁶⁵⁸ Fortan wurde die Einstellung und Weiterbeschäftigung wissenschaftlicher Assistenten und Oberassistenten von der Einschätzung ihrer „politischen Qualifikation“ abhängig gemacht und die Unterweisung in Marxismus-Leninismus auf die Phase der Assistenz ausgeweitet.⁶⁵⁹ Bei der nachwachsenden Wissenschaftlergeneration gelang, was gegenüber der Hochschullehrerschaft nicht durchsetzbar blieb, die rechtliche und strukturelle Verankerung eines politisch-ideologisch verstandenen Erziehungsauftrags.⁶⁶⁰

In der Rede auf dem 36. Plenum kritisierte Ulbricht auch das mangelnde Niveau der Veranstaltungen im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium. So sei zum Beispiel an der Martin-Luther Universität Halle/Wittenberge über die sowjetische Geschichte gelehrt worden, „daß die Revolution deshalb im Oktober stattfand, weil dann der meiste und dichteste Nebel ist“. Neben der

⁶⁵⁵ Jessen 1999. S. 238.

⁶⁵⁶ Jessen 2002. S. 47.

⁶⁵⁷ Ulbricht, Walter: Zu einigen Fragen an den Hochschulen. Aus der Rede auf dem 36. Plenum des ZK der SED v. 10.–11.6.1958. In: Neues Deutschland, 1958.

⁶⁵⁸ Jessen 1999. S. 86.

⁶⁵⁹ Ebenda. S: 88.

⁶⁶⁰ Ebenda. S. 236.

Kritik an der Wissenschaftlichkeit des in den Lehrveranstaltungen gelehrtens Wissens machte Ulbricht auch darauf aufmerksam, „daß die Erfahrungen und Erkenntnisse der Hochschulpädagogik bis heute nicht theoretisch erarbeitet worden sind.“⁶⁶¹

Gerhard Roger präsentierte die zitierten Äußerungen in der Institutsge-
schichte von 1971 als Auslöser für die Entstehung der Disziplin.⁶⁶² Tatsächlich
spielte der Begriff „Hochschulpädagogik“ im Diskurs über die persönlichkeits-
bildende Funktion der Hochschulen vor Ulbrichts Rede keine Rolle. Roger
began 1958, im auf das 36. ZK-Plenum folgenden Herbstsemester, mit einer
Durchführung eines „Hochschulpädagogischen Colloquiums“⁶⁶³. Anfang des
Jahres 1958 war das Institut für Pädagogik im Rat der Philosophischen Fakul-
tät in starke Kritik geraten, die vorgeblich an der mangelnden „sozialistischen
Erziehung“ im Institut Anstoß nahm.⁶⁶⁴ Institutsdirektor Fritz Müller geriet als
vermeintlicher „Revisionist“ ins Kreuzfeuer der innerparteilichen Kritik und
wurde zwischenzeitlich seines Amtes enthoben.⁶⁶⁵ Müller war Doktorvater
Rogers, der 1955 zur „pädagogischen Bedeutung der proletarischen Jugendbe-
wegung“ promoviert hatte.⁶⁶⁶ Denkbar ist also, dass die Einrichtung hoch-
schulpädagogischer Lehrveranstaltungen ursprünglich von der Motivation
getragen war, durch vorauseilenden Gehorsam politisches Kapitel zurückzu-
gewinnen. Für diese Deutung spricht, dass die Initiative für die Colloquien klar
erkennbar nicht durch den damaligen Prorektor für Studentenangelegenheiten,
Gerhard Roger, ausging, sondern von der Institutsleitung ausging. In seinem
ersten, ankündigenden Schreiben erklärte Roger dem damaligen Prorektor für
wissenschaftlichen Nachwuchs, Günter Heidorn, dass er die Lehrveranstaltungen
im „Auftrag des Instituts für Pädagogik“ durchzuführen habe.⁶⁶⁷

⁶⁶¹ Ebenda. S. 236.

⁶⁶² Roger, Gerhard: Zehn Jahre Aufbau und Entwicklung des Wissenschaftsgebietes Hoch-
schulpädagogik an der Universität Rostock. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universi-
tät Rostock 20, 1971. S. 171.

⁶⁶³ UAR 2.01.2, 433: Roger an Heidorn, 12.09.1958.

⁶⁶⁴ UAR 2.01.2, 4.2: Protokoll der Fakultätsratssitzung vom 05.03.1958.

⁶⁶⁵ vgl. dazu die Darstellung Wockenfuß': Deiters 1960. S. 61–63.

⁶⁶⁶ Roger, Gerhard: Die pädagogische Bedeutung der proletarischen Jugendbewegung
Deutschlands. Berlin 1956; Malycha, Andreas (Hrsg.): Geplante Wissenschaft. Eine Quel-
lenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961. Leipzig 2003.

⁶⁶⁷ UAR 2.01.2, 433: Roger an Heidorn, 12.09.1958.

4.2. Die Hochschulpädagogik im Kontext der Zukunftserwartungen der sechziger Jahre

Bevor ich den weiteren Werdegang der Institutsgründung darstelle, möchte ich mich der Frage widmen, warum der Generalsekretär des ZK der SED plötzlich die theoretische Aufarbeitung der universitären Erziehung forderte. Ulbrichts Äußerungen sind natürlich einerseits als Eingeständnis in das vorläufige Scheitern der hochschulpolitischen Strategien der Parteiführung zu sehen. Andererseits zeigt das Zitat, dass die Parteiführung um Ulbricht die Universitäten vorrangig als Ausbildungs- und nicht als Forschungs- oder gar zweckentbundene Bildungsstätten sah.⁶⁶⁸ In ihrer Funktionsbestimmung derart verkürzt, lag es nahe, die Universitäten mit den Schulen zu vergleichen und pädagogische Konzepte und Berufsbilder aus dem Bereich des Schulwesens zu „importieren“. Pädagogik wurde als Ausbildungsbestandteil in der Lehrerbildung schon in der SBZ in den Studienplänen verankert und nahm im Vergleich zur Gegenwart einen größeren Anteil gegenüber dem Fach ein.⁶⁶⁹ Die Kenntnis pädagogischer Theorien wurde als notwendige Voraussetzung zum erfolgreichen Lehrerhandeln angesehen. Allerdings wurde im gesamten vorherigen (und späteren) Diskurs über Hochschulbildung in der DDR die Orientierung am „Modell“ Schule bewusst vermieden. „Verschulung“ stellte auch in der DDR einen Kampfbegriff gegenüber weitreichenden Studienreformen dar und wurde sowohl von Hochschullehrern als auch -politikern nutzbar gemacht.⁶⁷⁰ Mit Blick auf die marxistisch-leninistische Pädagogik formulierte der damalige Staatssekretär für Hochschulwesen, Gerhard Harig, sogar einen Theorieverzicht für die pädagogischen Pflichten der Hochschullehrer: „Es wäre also falsch und würde uns vom Ziel abbringen, wenn wir Erziehung und Ausbildung trennen wollten oder gar innerhalb der Erziehung charakterliche, wissen-

⁶⁶⁸ Malycha 2003. S. 37.

⁶⁶⁹ Demantowsky, Marko: Die Geschichtsmethodik in der SBZ und DDR. Ihre konzeptuelle, institutionelle und personelle Konstituierung als akademische Disziplin 1945–1970. Idstein 2003. S.61.

⁶⁷⁰ In einer Fakultätsratssitzung wies der damalige Dekan der Fakultät Vorschläge der FDJ für eine stärkere Kontrolle des Selbststudium als „Verschulung“ zurück. UAR 2.01.2, 4.4: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 29.01.1964. In einem Beitrag im „Hochschulwesen“ forderte der Nestor der DDR-Pädagogik, Heinrich Deiters, in diesem Sinne mehr Möglichkeiten zum Selbststudium: Deiters 1960.

schaftliche und weltanschauliche Erziehung“.⁶⁷¹ Erzieherisches Handeln an den Universitäten war vor 1958 zuallererst das ständig und öffentlich geübte Bekenntnis zur SED-Politik im Rahmen der Vorlesungen.⁶⁷² Politisch-ideologische Fortbildungskurse und nicht der Erwerb pädagogischer Handlungskompetenzen sollten den wissenschaftlichen Nachwuchs zur Erziehung der ihnen anvertrauten Studenten befähigen.

Die Formulierung eines „Erziehungsauftrages“ für die DDR-Universitäten ist damit einerseits als Teilprozess einer systemübergreifenden „Pädagogisierung“ der Gesellschaft zu verstehen. Dieser Begriff bezeichnet den seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachtenden Prozess der Ausweitung pädagogischer Handlungsmuster und individualpsychologischer (statt sozialer) Problemdiagnosen auf andere gesellschaftliche Institutionen wie die Jugendfürsorge oder den Strafvollzug. Peter Dudek spricht in diesem Zusammenhang von einer „Deprofessionalisierung pädagogisch-beruflichen Wissens“, das zu „einem Bestandteil alltäglicher, lebensweltlichen Deutungsmuster“ geworden ist.⁶⁷³

Ulbricht strebte allerdings, in dem er die theoretische Erarbeitung der Hochschulpädagogik forderte, gegenläufig dazu die Professionalisierung pädagogisch-beruflichen Wissens an. Vielmehr als die „Alltäglichkeit“ pädagogischer Deutungsmuster drückt sich in Ulbrichts Forderung der Glaube in die „Beschreibung der sozialen Welt und deren Probleme in einer Form, welche diese einer wissenschaftlichen Betrachtung und rationalen Problemlösungen zugänglich erscheinen lassen“⁶⁷⁴ Der Historiker Lutz Raphael hat diesen Prozess mit dem Begriff „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ beschrieben.⁶⁷⁵

Das 36. Plenum diente unmittelbar der Vorbereitung des V. Parteitags der SED im Juli 1958, der neben dem gewohnt ehrgeizigen wirtschaftspolitischen

⁶⁷¹ Harig 1955. S. 15.

⁶⁷² Jessen 1999. S. 234.

⁶⁷³ Dudek 1999. S. 15.

⁶⁷⁴ Ash, Mitchell G.: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. In: Archiv für Sozialgeschichte 50, 2010. S. 11–46. S. 15.

⁶⁷⁵ Raphael, Lutz: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. In: Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft 22, 1996. S. 165–193. Zit. nach Ash 2010. S. 15.

Zielen offen „social and soul engineering“ proklamierte.⁶⁷⁶ „Neue sozialistische Beziehungen“ sollten zwischen den Menschen Einzug halten, die auf der Grundlage einer neuen Moral standen, die Walter Ulbricht den Delegierten in der Werner-Seelenbinder-Halle in der Form von „10 Geboten der sozialistischen Moral“ verkündete.⁶⁷⁷ Im Hauptreferat des Parteitages drückt sich ein „Fortschrittsglaube“ aus, der sich vor allem durch den Glauben in die „utopische Allmacht der Partei“ speiste, und durch den die umfassende Planbarkeit gesellschaftlicher Prozesse in den Bereich des Möglichen rückten.⁶⁷⁸ Wissenschaftliches Wissen und Methoden spielten im Referat Ulbrichts allerdings noch keine herausragende Rolle, was sich jedoch am Ausgang der fünfziger Jahre zunehmend ändern sollte. Die „Mobilisierung vormoderner Normen“ verbanden sich im Dienste einer „charismatisch-utopischen Ideologie“ mit „modernem Technizismus“.⁶⁷⁹ Ausgelöst durch die Einsicht in die Möglichkeiten einer zunehmenden Automatisierung der Produktionsvorgänge bekamen gerade die Technik- und Naturwissenschaften einen vorher nie gekannten Stellenwert in den Planungen der Parteiführung.⁶⁸⁰ Die Nutzbarmachung ihrer Erkenntnisse galt als Schlüssel für die Umsetzung der volkswirtschaftlichen Pläne und leistete utopischem Denken Aufschub. Der zwischenzeitliche technische Vorsprung der Sowjetunion bei der „Eroberung des Weltraums“ schürte die Hoffnung bei den Parteiideologen, die vormals überlegenen kapitalistischen Volkswirtschaften mit den Mitteln der technischen Innovation „überholen“ zu

⁶⁷⁶ die sehr passende Bezeichnung übernommen von: Gestwa, Klaus: Social and Soul Engineering bei Stalin und Chruschtow 1928–1964. In: Etzemüller, Thomas (Hrsg.): Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2009. S. 241–278.

⁶⁷⁷ Ulbricht, Walter: Die zehn Gebote der sozialistischen Moral. In: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Bonn 1998. S. 54–55.

⁶⁷⁸ Sabrow, Martin: Zukunftspathos als Legitimationsressource. Zu Charakter und Wandel des Fortschrittspadigmas in der DDR. In: Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Weilerswist 2004. S. 173.

⁶⁷⁹ Ash 1997. S. 11, die Einschätzung der SED-Diktatur unter Ulbricht stammt allerdings von Sigrid Meuschel: Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989. Frankfurt am Main 1993.

⁶⁸⁰ Laitko, Hubert: Wissenschaftlich-technische Revolution. Akzente des Konzepts in Wissenschaft und Ideologie der DDR. In: Utopie kreativ, 1996. S. 33–50. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/73-4/73_4_Laitko.pdf. S. 36.

können.⁶⁸¹ Martin Sabrow beschreibt den dadurch ausgelösten Wandel im Fortschrittsdenken der Partei folgendermaßen: „Unmerklich verlor der Fortschritt seine utopische Kraft und wandelte sich in die wissenschaftlich beglaubigte Sicherheit einer gesetzlich voranschreitenden Entwicklung um“⁶⁸². Dieses „prognostische Sicherheitsgefühl“⁶⁸³ wurde auch durch die „Kybernetik“⁶⁸⁴ als „wissenschaftlich begründete Planungs- und Leitungstätigkeit“ gestärkt, die seit dem Anfang der sechziger Jahre Einfluss auf das politische Denken der Parteiführung um Ulbricht gewann.⁶⁸⁵ Wirtschaft, Wissenschaft, Erziehung, Kultur und Politik wurden dabei als Teile eines hochkomplexen, aber (durch die Partei) steuerbaren Systems aufgefasst.⁶⁸⁶ „Durch die metaphorische Übertragung von Begriffen wie ‚Rückkopplung‘, ‚integrierte Netzwerke (oder Schaltkreise)‘ und vor allem ‚Information‘ und ‚System‘ schien es auf einmal möglich, der schon Ende der 50er Jahre in Umlauf gebrachten Parole ‚Wissenschaft als Produktivkraft‘ einen neuen Inhalt zu geben[...]“⁶⁸⁷ Waren die Erziehungsziele der Universitäten vormals unspezifisch und leerformelhaft, wurden sie seit dem Ende der 1950er Jahre zunehmend von den volkswirtschaftlichen Anforderungen abgeleitet. Der stellvertretene Staatssekretär für Hochschulwesen, Franz Dahlem, forderte 1961 von den Universitäten, dass ihre Absolventen „schöpferisch-wissenschaftlich handeln“ könnten, „um die auf sie zukommenden immer größeren Anforderungen der Praxis meistern zu können.“⁶⁸⁸ Durchgängig richtete sich ein Teil der hochschulpolitischen Reformbemühungen der sechziger Jahre (wie zum Beispiel die Einrichtung sogenannter Studentenzirkel oder die Ausweitung der Praktikumsphasen im Lehramtsstudium) auf die Verwirklichung eines „schöpferischen“ Studiums.⁶⁸⁹

⁶⁸¹ Wolle 2011. S. 102f.

⁶⁸² Sabrow 2004. S. 178.

⁶⁸³ Ebenda.

⁶⁸⁴ Art. Kybernetik. In: Wörterbuch der Ökonomie des Sozialismus. Hrsg. von Willi Ehlerdt (u.a.). Berlin(DDR) 1969. S. 473. zit. nach Wolle 2011. S. 163.

⁶⁸⁵ Den Wissenschaftscharakter bestreitet Stefan Wolle, er bezeichnet die Kybernetik als neuen „Zauberspruch“ der Parteiführung. Vgl. Wolle 2011. S. 163–165.

⁶⁸⁶ Wolle 2011. S. 164.

⁶⁸⁷ Ash 1997. S. 15.

⁶⁸⁸ Dahlem 1961. S. 392.

⁶⁸⁹ Diesem Grundgedanken liegt auch das „wissenschaftlich-produktive Studium“ zugrunde, das im Zuge der 3. Hochschulreform eingeführt werden sollte. Vgl. Gießmann, Ernst-Joachim: Die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen im einheitlichen Bildungssystem der sozialistischen Gesellschaft. Referat auf der IV. Hochschulkonferenz. In: Die Auf-

Das kybernetische Systemdenken der sechziger Jahre erhöhte nicht nur den Stellenwert der Technik- und Naturwissenschaften, sondern führte auch zur Aufwertung der Humanwissenschaften. Analog zur Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Naturwissenschaften, sollte die instrumentelle Verwendung von Pädagogik, Psychologie oder Soziologie bei „planmäßigen und kontinuierlichen“ Verwirklichung der gesellschaftspolitischen Ziele dienen.⁶⁹⁰ Die dunkelste Seite dieser politisch instrumentalisierten „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ war die systematische Anwendung psychologischer Erkenntnisse durch die Staatssicherheit und die Entstehung einer „Stasi-Forschung“.⁶⁹¹

Die Pädagogik konnte sich auch deshalb als gangbares Instrument der Hochschulpolitik profilieren, weil sie in Folge verschiedener inner- und außerdisziplinärer Kontroversen in starkem Ausmaß politisiert und ideologisiert wurde.⁶⁹² „In dem sie die herrschende Ideologie hinsichtlich der Bildungs- und Erziehungsfragen ausgestaltete und daran arbeitete, den gesellschaftlichen Erziehungsprozeß parteilich und im Staatsinteresse zu analysieren und zu richten, gehörte die Erziehungswissenschaft mit allen ihren Disziplinen zum Herrschaftsinstrumentarium von Partei und Staat.“⁶⁹³ Die enge Bindung an die SED-Ideologie verschaffte der DDR-Pädagogik nicht nur eine weit über die Kinder- und Jugenderziehung hinausgehende Relevanz, sondern barg gleichzeitig immer auch ein Potential für die Deprofessionalisierung pädagogischer beruflichen Wissens: „Erzieherische Kompetenz war erstrangig staatsdoktrinär definiert, pädagogische Professionalität auf die Fähigkeit zur rationalen Wissensvermittlung und an sie gebundene effiziente Verhaltensregulierung zurückgestuft. Damit war es möglich geworden, jegliche Glieder des sozialen

gaben der Universitäten und Hochschulen im einheitlichen Bildungssystem der sozialistischen Gesellschaft. IV. Hochschulkonferenz 2. und 3. Februar 1967. Berlin 1967. S. 7–72.

⁶⁹⁰ Roger, Knöchel 1986. S. 46.

⁶⁹¹ Ash 1997. S. 18. Vgl. dazu: Richter, Holger: Die operative Psychologie des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Frankfurt am Main 2001.

⁶⁹² Vgl. dazu Benner, Dietrich; Sladek, Horst: Vergessene Theoriekontroversen in der Pädagogik der SBZ und DDR 1946–1961. Weinheim 1998; Lost, Christine: Sowjetpädagogik. Wandlungen, Wirkungen, Wertungen in der Bildungsgeschichte der DDR. Baltmannsweiler 2000. S. 88-91.

⁶⁹³ Geißler, Gert; Wiegmann, Ulrich: "Das Sein verstimmt das Bewußtsein". Zur gesellschaftspolitischen Funktionalisierung der Erziehung. In: Benner, Dietrich; Schriewer, Jürgen; Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Erziehungsstaaten. Historisch-vergleichende Analysen ihrer Denktraditionen und nationaler Gestalten. Weinheim 1998. S. 225–247. S. 242.

Organismus zu autorisieren.“⁶⁹⁴ Dafür sollten die Erziehungswissenschaften sich allerdings ebenfalls „verwissenschaftlichen“ In einer Direktive für die Perspektivplanerstellung heißt es: „An die Stelle oft lebensfremder normativer Feststellungen und Aussagen muß die durch die Forschung exakt begründete und wissenschaftlich abgesicherte Aussage treten“⁶⁹⁵. Roger formulierte zur Situation Ende der fünfziger Jahre in der Rückschau gleichlautend: „Auch die Erziehungswissenschaft muß sich unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution den Kriterien stellen, die von der Rolle der Wissenschaft als Produktivkraft hergeleitet sind.“⁶⁹⁶ Dies sollte besonders durch die Anwendung solcher Methoden geschehen, die nun mehr als besonders wissenschaftlich galten – „empirische Detailuntersuchungen“⁶⁹⁷ In der Entstehungszeit der Hochschulpädagogik legitimierten sich also die fortschreitende „Politisierung der Wissenschaft“ und Zukunftserwartungen in eine „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ gegenseitig.

4.3. Etappen der Institutionalisierung

Die Entstehung des Instituts für Hochschulpädagogik verlief nach der Ulbricht-Rede in drei Schritten im Zeitraum von 1958–1961. Im Herbstsemester 1958/59 begann Gerhard Roger fakultative „Hochschulpädagogische Colloquien“ mit den Angehörigen des wissenschaftlichen Nachwuchsz durchzuführen. Seine Eindrücke verfasste der damals 28 Jahre alte Seminarleiter in einem Artikel für das „Hochschulwesen“ zusammen.⁶⁹⁸ Im monatlich erscheinenden Presse-Organ des Staatssekretariats wurden von Beginn an regelmäßig „Erfahrungen“ aus der universitären Erziehungspraxis veröffentlicht. In derselben Ausgabe im Juli 1959 berichteten Heidi Regenstein und Volker Hildebrand unter dem Titel „Erziehungsfaktor Elternhaus“⁶⁹⁹ über ihre Erfahrungen

⁶⁹⁴ Geißler, Wiegmann 1998. S.243.

⁶⁹⁵ UAR 2.01.2, 456: Direktive für die Ausarbeitung eines Perspektivprogramms der pädagogischen Forschung. S. 2.

⁶⁹⁶ Roger, Knöchel 1986. S. 46. Das Konzept der „Politisierung der Wissenschaft“ und „Verwissenschaftlichung der Politik“ geht auf den Soziologen Peter Weingart zurück. Vgl. u.a.: Weingart, Carrier, Krohn 2007. S. 72–92.

⁶⁹⁷ Roger 1960. S. 11.

⁶⁹⁸ Roger, Gerhard: Schaffung einer Hochschulpädagogik ist unaufschiebbar. In: Das Hochschulwesen 7, 1959. S. 117–121.

⁶⁹⁹ Regenstein, Heidi; Hildebrand, Volker: Erziehungsfaktor Elternhaus. In: Das Hochschulwesen 7, 1959. S. 348–353.

mit Elternabenden an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, während Ekkehard Sachse einen besseren Umgang mit den Seminarsekretären forderte.⁷⁰⁰ Ähnlich zu den beiden anderen fasste auch Rogers Beitrag im Wesentlichen die abgelaufenen Kolloquien zusammen und zog anschließend ein verhalten optimistisches Fazit. In kursiver Schrift ist dem Haupttext ein Zusatz zugefügt, indem Roger berichtete, dass er vom Staatssekretariat gebeten worden war, aus seinen Erfahrungen Forderungen die Zukunft abzuleiten. Rogers Antwort wurde als Imperativ in den Titel des Beitrags gesetzt: „Schaffung einer Hochschulpädagogik ist unaufschiebbar!“. Die Formulierung einer offensiven Forderung durch einen Hochschullehrer ist ein Novum in der Zeitschrift des Staatssekretariats. Zuvor war es einzig den hochschulpolitischen Amtsträgern im Staatssekretariat vorbehalten, Forderungen aufzustellen und Kurswechsel zu proklamieren. Undenkbar, dass Rogers Artikel also ohne das Wissen und die Zustimmung der zuständigen Stellen entstanden ist. Seinen hochrangigen Unterstützer fand Roger in Franz Dahlem, seit 1957 stellvertretender Sekretär für Hoch- und Fachschulwesen und dort für die Sektoren „Studenten“ und „wissenschaftlicher Nachwuchs“ zuständig.⁷⁰¹ Der ehemalige kommunistische Spitzenpolitiker Dahlem übernahm ab 1957 zu unterschiedlichen Gelegenheiten die Aufgabe, in Leitartikeln im „Hochschulwesen“ die hochschulpolitische Linie des Staatssekretärs zu erläutern.⁷⁰² Im November 1959 bat Dahlem in einem Schreiben an den Rostocker Prorektor für wissenschaftlichen Nachwuchs, Herbert Luck, zwei Mitarbeiter des Instituts für Pädagogik für die Tätigkeit in Forschung und Lehre freizustellen. Die hochschulpädagogische Ausbildung des wissenschaft-

⁷⁰⁰ Sachse, Ekkehard: Stellung und Aufgaben des Seminargruppensekretärs. In: Das Hochschulwesen 7, 1959. S. 330–332.

⁷⁰¹ Barth, Bernd-Reiner; Müller-Engbergs, Helmut: Franz Dahlem. In: Müller-Engbergs, Helmut; Wielgoths, Jan; Hoffmann, Dieter; Reimann, Olaf W. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Bonn 2001.

⁷⁰² Dahlem, Franz: Zur Fragen der sozialistischen Erziehung und der Verbundenheit der Studenten mit dem Kampf um den sozialistischen Aufbau in der DDR. Die gegenwärtigen Hauptaufgaben im Hochschulwesen. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 152–158; Dahlem, Franz: Was der sozialistische Staat vom wissenschaftlichen Nachwuchs fordert. In: Das Hochschulwesen 6, 1958. S. 35–36; Dahlem, Franz: Forschung, Lehre und Ausbildung der Kader aufs engste mit der Praxis des sozialistischen Aufbaus verbinden. In: Das Hochschulwesen 6, 1958. S. 3.; Dahlem, Franz: Über einige neue und alte Kaderprobleme. In: Das Hochschulwesen 8, 1960. S. 391; Dahlem, Franz: Neue Qualität in Erziehung und Ausbildung anstreben. In: Das Hochschulwesen 8, 1961. S. 391–395.; Dahlem, Franz: Das 14. Plenum der Partei und unsere Aufgaben in Erziehung und Ausbildung. In: Das Hochschulwesen 10, 1962.

lichen Nachwuchses bezeichnete er als „unaufschiebbare Aufgabe“. Am wichtigsten sei die „sozialistische Bewußtseinsbildung“.⁷⁰³

Im Mai 1960 wurde beim Staatssekretariat für Hochschulwesen eine „Zentrale Kommission für Hochschulpädagogik“ gegründet.⁷⁰⁴ Der Kommission gehörten unter anderem Prof. Heinrich Deiters von der Pädagogischen Fakultät der Humboldt-Universität Universität, Prof. Hans Lohmann vom Institut für Ingenieurpädagogik der TH Dresden, Dr. Anton Waldeyer vom Anatomischen Institut der Humboldt-Universität und Prof. Ludwig Küttner von der Hochschule für Architektur und Bauwesen der Universität Weimar an.⁷⁰⁵ Das Forschungsprogramm der in der Kommission zusammengefassten Wissenschaftler und Einrichtungen wurde in einem Thesenpapier festgelegt und gemeinsam mit einem begleitenden Artikel im „Hochschulwesen“ publiziert.⁷⁰⁶ Vorsitzender der Kommission wurde der Rostocker Prorektor für Studentenangelegenheiten, Gerhard Roger. Im Gegensatz zu anderen Wissenschaftsdisziplinen, die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erst mühsam einer innerwissenschaftlichen Hierarchie unterworfen werden mussten, entsprach die Hochschulpädagogik zu ihrem Beginn dem Idealbild einer zentral gesteuerten und anwendungsorientierten „sozialistischen“ Wissenschaftsdisziplin.⁷⁰⁷ Die zentrale Kommission für Hochschulpädagogik war ein hybrides Gremium⁷⁰⁸, das sowohl aus den Vertretern des Staatssekretariats, darunter auch der Staatssekretär selbst⁷⁰⁹, und Pädagogen verschiedener Teildisziplinen bestand. Die Themen der Kommissionssitzungen wurden durch eine Berichterstattung im „Hochschulwesen“ den Hochschullehrern öffentlich gemacht.⁷¹⁰ Die Kommission bildete wiederum selbst Arbeitsgruppen, die unter anderem Empfehlungen

⁷⁰³ UAR 2.01.2, 430: Dahlem an Prorektor f. wiss. Nachw., Entwicklung der sozialistischen Hochschulpädagogik, 06.11.1959.

⁷⁰⁴ Roger 1960. S. 417.

⁷⁰⁵ Ebenda.

⁷⁰⁶ Roger 1960. S. 417.

⁷⁰⁷ Jessen, Ralph: Wissenschaftsfreiheit und kommunistische Diktatur in der DDR. In: Müller, Rainer Albrecht; Schwinges, Christoph Rainer (Hrsg.): Wissenschaftsfreiheit in Vergangenheit und Gegenwart. Basel 2008. S. 203

⁷⁰⁸ Den Begriff des „hybriden Gremiums“ habe ich übernommen von: Jessen 1999. S. 313.

⁷⁰⁹ UAR 2.01.2, 433: Staatssekretär an Rektor, Hochschulpädagogische Ausbildung des Nachwuchses, 08.08.1961.

⁷¹⁰ Die Produktivität der Ausbildung erhöhen. Aus den Thesen des Staatssekretariats. In: Das Hochschulwesen 8, 1960. S. 418–419.

für die „Studienplangestaltung“ ausarbeiteten.⁷¹¹ Die Mitgliedschaft in diesen Arbeitsgruppen wurden wiederum den Amtsträgern in den Universitäten, zum Beispiel dem damaligen Prorektor für wissenschaftlichen Nachwuchs, Günter Heidorn, angetragen.⁷¹² Offenbar war die Zentrale Kommission über ihre enge Funktion für die hochschulpädagogische Forschungsplanung ursprünglich als eine Ideenschmiede für zukünftige Hochschulreformen konzipiert.⁷¹³

Die Gründung der Zentralen Kommission ging der Einrichtung hochschulpädagogischer Arbeitszentren voraus. Bei der Gründung des Rostocker Instituts zeigte sich wieder das Engagement Franz Dahlems. Dahlem wies den Rektor zur Gründung eines „Hochschulpädagogischen Arbeitszentrums“ an und verfügte die Freistellung „erforderlicher Mittel und Arbeitskräfte“ – für die Leitung des Arbeitszentrums schlug er Gerhard Roger vor.⁷¹⁴ Dahlem unterstützte Rogers Ansinnen, die Rostocker Hochschulpädagogik in der Form eines Instituts zu organisieren und stellte die junge Wissenschaftsdisziplin mit anderen Wissenschaften gleich.⁷¹⁵ Seit 1962 trat Dahlem als Hochschulpolitiker nicht mehr öffentlich hervor, ohne Berücksichtigung der Aktenbestände des Staatssekretariats lässt sich über die Gründe nur mutmaßen. Jedoch fällt Dahlems Rückzug aus der hochschulpolitischen Öffentlichkeit mit der Einsetzung von Hans-Joachim Gießmann als Nachfolger Wilhelm Girnus‘ als Staatssekretär für Hochschulwesen zusammen.⁷¹⁶ Generell lässt sich ab 1962 von einem zunehmenden Bedeutungsverlust der Hochschulpädagogik sprechen. Der Perspektivplan des Jahres 1964 macht den Bedeutungsverlust der Hochschulpädagogik deutlich. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Berichterstattung über die Zent-

⁷¹¹ UAR 2.01.2, 433: Sekretär der Zentralen Kommission für Hochschulpädagogik an Prorektor f. wiss. Nachw., 12.04.1961.

⁷¹² Ebenda.

⁷¹³ Kuhlmann, Werner: Kommission Hochschulpädagogik tagte in Berlin. In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 66–69; Kuhlmann, Werner: Sitzung der Zentralen Kommission für Hochschulpädagogik. In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 563–565; Kuhlmann, Werner: Kommission Hochschulpädagogik tagte in Berlin. In: Das Hochschulwesen 11, 1963. S. 66; Lehmann, Helmut: Hochschulpädagogen tagten in Weimar. In: Das Hochschulwesen 12, 1964. S. 847–848.

⁷¹⁴ UAR 2.01.2, 430: Dahlem an Rektor, Beschluß zur Einrichtung hochschulpädagogischer Arbeitszentren, 30.06.1960.

⁷¹⁵ UAR 2.01.2, 430: Dahlem an Rektor, März 1961.

⁷¹⁶ Kant, Horst; Müller-Enbergs, Helmut: Gießmann, Ernst-Joachim. In: Wer war in der DDR? <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=992>.

rale Kommission im „Hochschulwesen“ eingestellt.⁷¹⁷ Gleichzeitig wurde ein „Institut für Hochschulpolitik“ an der Humboldt-Universität Berlin gegründet, das fortan die Rolle als hochschulpolitischer „Think tank“ übernahm.⁷¹⁸ In der Festschrift zum 15. Jubiläum des „Instituts für Hochschulbildung“ wird deutlich, dass die Gründung des Instituts zugleich als Kritik an der Hochschulpädagogik zu verstehen ist. Die von den Hochschulpädagogen angefertigten Untersuchungen „umfaßten nur einige Seiten der Hochschulbildung, die unter dem speziellen Aspekt einer Wissenschaftsdisziplin beleuchtet wurden. Diese Forschungen erfolgen zum Teil isoliert voneinander und ihrer Ergebnisse hatten häufig auch nur einen begrenzten Wirkungsradius. Das genügte angesichts der gewachsenen wissenschaftlichen Anforderungen an die Leitung und Planung des Hochschulwesens nicht mehr“.⁷¹⁹

⁷¹⁷ vgl. die Inhaltsverzeichnisse des „Hochschulwesens“ von 1965–1970.

⁷¹⁸ vgl. dazu die programmatische Schrift Otto Rühles: Rühle, Otto (Hrsg.): Idee und Gestalt der deutschen Universität. Tradition und Aufgabe. Berlin 1966.

⁷¹⁹ Fischer, E; Nast, M; Schulz, H.-J: Das Institut für Hochschulbildung 1964 bis 1979. Berlin 1979.

4.4. „Subjektive Faktoren“ der Rostocker Institutsgründung

„Daß gerade in Rostock die Gründung eines hochschulpädagogischen Instituts zustande kam, ist auch mit einer Reihe günstiger subjektiver Faktoren verbunden“ schrieb Gerhard Roger in der Geschichte des Wissenschaftsbezugs Hoch- und Fachschulpädagogik 1986.⁷²⁰ Tatsächlich ist die Gründung des Rostocker Instituts sowohl auf den persönlichen Einsatz als auch auf die guten Beziehungen Gerhard Rogers zurückzuführen. Beides, Engagement und hochschulpolitisches Gewicht, nahmen in vielfältiger Weise auch auf die Entwicklung des Instituts Einfluss.

Gerhard Roger ist in vieler Hinsicht ein typischer Vertreter der als „ABF“- oder „Hitlerjugend-Generation“ benannten Generationeneinheit.⁷²¹ Roger wurde 1929 als Sohn einer Arbeiterin (Vater unbekannt) im westpreußischen Marienburg geboren.⁷²² Vor dem Ende des zweiten Weltkriegs stellten Studierende aus ärmeren sozialen Milieus noch eine verschwindende Minderheit unter den Studierenden dar.⁷²³ Der damals siebzehnjährige Gerhard Roger profitierte unmittelbar von den Möglichkeiten der sozialen Öffnung des Hochschulzugangs, als er 1947 ein Studium an der Vorstudienanstalt der Universität Rostock aufnahm. Dem Teil der um 1930 geborenen, im Nationalsozialismus sozialisierten, Jugendlichen, die mithilfe der Sozialpolitik der SED aus ärmeren sozialen Milieus in die Funktionselite des zweiten deutschen Staates aufsteigen konnten, wird im Allgemeinen eine besondere Identifikation mit der SED-Diktatur und ihrem Projekt eines Sozialismus auf deutschem Boden nachgesagt.⁷²⁴ Jedenfalls im Falle Gerhard Rogers ist dieser These zuzustimmen. Politik nahm in Rogers wissenschaftlicher Karriere einen ebenso großen Stellenwert ein wie die Wissenschaft selbst. Schon während seines Lehramtsstudiums in den Fächern Deutsch und Geschichte an der später geschlossenen Pädagogischen Fakultät der Universität Rostock von 1949-1952 engagierte sich

⁷²⁰ Roger, Knöchel 1986. S. 47.

⁷²¹ Bauerkämper 1999. S. 58-59. Für die Gründe der Hinwendung dieses Teils der jungen Generation zum Kommunismus vgl. die Erinnerungen von Christa Wolf: Wolf, Christa: Über Schuldgefühle und Loyalität. In: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Bonn 1998. S. 59-60.

⁷²² Roger 2006.

⁷²³ Jessen 1999. S. 36.

⁷²⁴ Bauerkämper 1999. S. 58-59.

Roger im Studentenrat für die SED.⁷²⁵ Im Jahr 1955, direkt nach seiner Promotion, wurde Roger hauptamtlich zweiter Vorsitzender der Universitätsgewerkschaftsleitung.⁷²⁶ Obwohl die Gewerkschaften in der DDR formal unabhängig waren, unterstanden sie seit der Stalinisierung Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre der Kontrolle der SED. Als „Transmissionsriemen“ dienten sie dazu, Nichtparteimitglieder erfassen und auf die Politik der SED verpflichten zu können.⁷²⁷ Roger nahm damit also schon zu Beginn seiner Karriere als gerade Sechszwanzigjähriger ein hohes politisches Amt ein, für dessen Besetzung die Zustimmung der übergeordneten SED-Leitungen notwendig war. Dass Roger das Vertrauen dieser Stellen genoss, wird auch daran deutlich, dass der junge Wissenschaftler 1957 nahtlos in das nächste politische Amt wechselte. Nachdem das Prorektorat für Studentenangelegenheiten 1957 in ein Prorektorat für Studienangelegenheiten mit verstärktem Augenmerk auf die „sozialistische Erziehung“ umgebildet wurde, erfolgte die Ernennung von Gerhard Roger zum neuen Prorektor.⁷²⁸ Hinter dem Rektor waren die vier Prorektoren diejenigen Amtsinhaber mit der größten Machtfülle innerhalb der Universität und wurden im Gegensatz zu diesem nicht durch den Senat gewählt, sondern durch das Staatssekretariat eingesetzt.⁷²⁹ Die Besetzung dieser Posten mit jungen, parteiloyalen Nachwuchskräften gehörte zu den hochschulpolitischen Strategien des Staatssekretariats.⁷³⁰ Offenbar erschien der junge Pädagogikdozent dem Staatssekretariats als der geeignete Mann für die Erfüllung der im Zuge der „sozialistischen Umgestaltung“ gestiegenen Anforderungen an das Prorektorat. Roger blieb bis kurz vor der Gründung des Instituts für Hochschulpädagogik 1961 in dieser Stellung. Mit seiner Tätigkeit als Parteisekretär ab 1967 verbrachte Roger von den fünfzehn Jahren nach dem Abschluss seiner Dissertation bis zum Jahr 1970 neun Jahre in hauptamtlichen Positionen in der „Universitätsinnenpolitik“ in der Universität Rostock.⁷³¹ Seine Identifikation

⁷²⁵ Hartwig, Wolfgang: Skizze über einen Parteisekretär. In: Die neue Universität 9, 1966.

⁷²⁶ Roger 2006.

⁷²⁷ Jessen, Ralph: Partei, Staat und "Bündnispartner". Die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur. In: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Bonn 1998. S. 39.

⁷²⁸ Roger 2006; Dahlem 1957.

⁷²⁹ Schulz, Tobias: "Sozialistische Wissenschaft". Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975) Köln, Potsdam 2010. S. 63.

⁷³⁰ Schulz 2010. S. 197.

⁷³¹ Roger 2006.

mit dem SED-Staat zeigte sich jedoch nicht nur in der Bereitschaft zur Übernahme politischer Ämter, sondern auch in Rogers politischem Engagement und Äußerungen. So engagierte sich der Institutsdirektor Mitte der sechziger Jahre für die Übertragung des zentralistischen, in der Planwirtschaft und der staatlichen Bürokratie angewandten Leitungsprinzips auf die Entscheidungsstrukturen der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock.⁷³² In der „Wissenschaftlichen Zeitschrift“ der Universität und im „Hochschulwesen“ übernahm es Roger, die Geschichte des Hochschulwesens in der DDR propagandistisch als Erfolgsgeschichte zu deuten.⁷³³ Der anlässlich des Symposions „Universitäten im Umbruch“ vom 06. bis zum 09.10.1990 in Oldenburg, durch Roger vorgenommener Rückblick auf die DDR-Hochschulpädagogik ist im Grunde frei von kritischen Tönen gegenüber dem untergegangenen politischen System.⁷³⁴

Rogers Identifikation mit dem SED-Staat und seinem gesellschaftspolitischen Projekt – dem „Aufbau des Sozialismus“ – machen es plausibel, dass er die Einflussnahme auf die Persönlichkeit der Studierenden als legitimes und wünschenswertes Anliegen ansah. Sein Einsatz für die „Pädagogisierung“⁷³⁵ der Universitäten – also ihre dominierende Ausrichtung auf ihre Ausbildungs- und besonders ihre indoktrinierende Funktion – ging aber weit über Parteidisziplin hinaus. Stattdessen verfolgte Roger seine Ziele – die Verankerung der Erziehungsfunktion im Berufsbild der Universitätsprofessoren und die pädago-

⁷³² UAR 2.01.2, 432: Roger, Zur Verbesserung der Leitungstätigkeit an der Fakultät, undatiert.

⁷³³ Roger, Gerhard: Der Siebenjahrplan. Die richtige Gesprächsgrundlage. In: Das Hochschulwesen 8, 1960. S. 120; Roger, Gerhard: Die Grundzüge in der Entwicklung der Hochschulpolitik unseres Arbeiter- und Bauernstaates. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 10, 1961. S. 295–301; Roger, Gerhard; Deiters, Heinrich: Pädagogische Aufgaben der Hochschulen klarer formulieren. In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 337.

⁷³⁴ Roger, Gerhard: Der Hochschullehrer als Erzieher und gesellschaftliches Vorbild. In: Busch, Friedrich W; Rütger, Beate; Straube, Peter-Paul (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft. Oldenburg 1992. S. 259. Jessen sprach von Rogers Beitrag im Tagesband sogar als „besonders drastisches Beispiel“ einer „Verschleierungstaktik“. Vgl. Benner, Dietrich; Schriewer, Jürgen; Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Erziehungsstaaten. Historisch-vergleichende Analysen ihrer Denktraditionen und nationaler Gestalten. Weinheim 1998. S. 375.

⁷³⁵ Die Verwendung des Begriffs „Pädagogisierung“ im Kontext der Universitäten habe ich von Heinz-Elmar Tenorth übernommen: Tenorth, Heinz-Elmar: Selbstbehauptung einer Vision. Zur Einleitung. In: Tenorth, Heinz-Elmar; Vom Bruch, Rüdiger (Hrsg.): Geschichte der Universität unter den Linden. Bd. 6: Selbstbehauptung einer Vision. Berlin 2010. S. 16–18.

gische Ausbildung der angehenden Hochschullehrer – auch dann weiter, als andere Themen an die höchsten Stellen der hochschulpolitischen Agenda gerückt waren. So strebte Roger jahrelang danach, am Rostocker Institut ein sogenanntes „hochschulpädagogisches Zusatzexamen“ anzubieten.⁷³⁶ Um dieses Ziel zu verwirklichen, riskierte Roger sogar die Unterstützung des Staatssekretariats durch die eigenmächtige Eröffnung eines Studienganges zu verlieren.⁷³⁷

Sicherlich hatte Rogers hochschulpädagogisches Engagement zunächst auch existenzsichernde Funktion. Der junge Dozent hatte jahrelang nicht als Wissenschaftler gearbeitet, als er mit der Einrichtung der hochschulpädagogischen Colloquien begann. Durch seine hauptamtlichen politischen Tätigkeiten hatte er im Gegensatz zu anderen Angehörigen der nachwachsenden SED-loyalen akademischen Elite seine Habilitation noch nicht angefertigt oder begonnen.⁷³⁸ Das aufkommende starke Interesse an der Hochschulpädagogik bot dem jungen Akademiker also seine eigene, Auskommen und Titel versprechende, wissenschaftliche Nische.

Zu den „günstigen subjektiven Faktoren“ der Institutsgründung gehörten auch die guten politischen und persönlichen Verbindungen des Institutsleiters. In Anlehnung von Mitchell G. Ashs Konzept von „Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander“⁷³⁹ soll dabei aber berücksichtigt werden, dass es sich bei den Verbindungen Rogers nicht um einseitige Förderer-Günstling-Beziehungen handelte. Stattdessen soll davon ausgegangen werden, dass sowohl Roger als auch seine zeitweiligen Verbündeten einen beidseitigen Vorteil in der Förderung seines hochschulpädagogischen Engagements sahen. Besonders triftig ist dieser Gedanke im Falle Franz Dahlems. Dahlem war ungefähr gleichzeitig mit dem neuen Staatssekretär, Wilhelm Girmus, in das Amt des Stellvertreters aufgerückt. Nach dem durch die Massenflucht von Studenten und Dozenten erzwungenen Aebben der „sozialistischen Umgestaltung“ 1958 war der stellvertretende Staatssekretär in der Not, dem politisch erzeugten Reformdruck auf anderem Wege Genüge zu tun. Der Rostocker Prorektor für Studentenangelegenheiten bot, indem er die pädagogische Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchts als Lösung für die nachwievor unbefriedigten-

⁷³⁶ UAR 2.2.1., 433: Roger an Heidorn, 26.11.1965.

⁷³⁷ UAR 2.2.1.: Institut für Hochschulpädagogik, Erste vorläufige Ausbildungskonzeption für das organisierte Externenstudium zur Erlangung eines Zusatzexamens in Erwachsenenpädagogik, 03.09.1965.

⁷³⁸ Jessen 1999. S. 402.

⁷³⁹ Ash 2010. S. 14.

den Erziehungsergebnisse darstellte, eine Alternative zu den aufsehenerregenden und polarisierenden politischen Kampagnen gegenüber einzelnen Wissenschaftlern.

Das zweite persönliche Verhältnis, das in der Geschichte des Rostocker Instituts immer wieder hervortrat, war das zwischen Gerhard Roger und seinem Doktorvater Fritz Müller. Der „Senior der Pädagogen, Prof. Fritz Müller“ hatte sich „bereits früher mit dem Erziehungsgedanken der Universität theoretisch auseinandergesetzt und auf die hochschulpädagogischen Traditionen in Deutschland aufmerksam gemacht“.⁷⁴⁰ Müller hatte schon 1955 in Reaktion auf die 2. Hochschulkonferenz des Staatssekretariats gefordert, die „Assistenten und Aspiranten im Ausbildungsgang wenigstens in großen Zügen mit den Gesetzen des Bildungsprozesses und der erzieherischen Maßnahmen vertraut zu machen“.⁷⁴¹ Im Artikel behauptet Müller, dass schon 1955 ein „erster, un-systematischer Versuch“ mit den Assistenten und Aspiranten der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät durchgeführt wurde.⁷⁴² Tatsächlich war Müller jedoch nicht nur Ideengeber, sondern zu verschiedenen Zeitpunkten auch aktiver Förderer der Hochschulpädagogik an der Universität Rostock. Seit September des Jahres 1961 war Müller Dekan der Philosophischen Fakultät⁷⁴³, erst nach seinem Amtsantritt wurden Roger und seinen drei Mitarbeitern die notwendigen Arbeitsräume im Gebäude der Philosophischen Fakultät zur Verfügung gestellt.⁷⁴⁴ Während die Förderung durch den Dekan bei der Gründung nur indirekt nachweisbar ist, half Müller dabei, das neugegründete Institut innerhalb der Fakultät bekannt zu machen. Nach dem Mauerbau und der deshalb vom Staatssekretariat von den Fakultäten geforderten verstärkten Aufmerksamkeit auf die „sozialistische Erziehung“ griff Müller auf die Ressourcen zurück, die ihm das neugegründete Institut für Hochschulpädagogik boten. Die „Analyse des 3. Studienjahres der Philosophischen Fakultät“⁷⁴⁵ erfüllte dabei mehrere Zwecke: Einerseits leistete sie eine Bestandaufnahme der vorher ge-

⁷⁴⁰ Roger, Knöchel 1986. S. 47.

⁷⁴¹ Müller, Fritz: Der Erziehungsgedanke der Universität. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 5, 1955/56. S. 132.

⁷⁴² Müller 1956. Der Wahrheitswert, obwohl er als hoch einzuschätzen ist, konnte noch nicht untersucht werden, da es an Aufzeichnungen über diesen Kurs mangelt.

⁷⁴³ UAR 2.01.2, 1.2: Herder, stellv. Staatssekretär an Schuhmann, Dekanin der Phil. Fak., 29.08.1961.

⁷⁴⁴ UAR 2.01.2, 430: Rektor an Dekan, 11.09.1961.

⁷⁴⁵ UAR 2.01.2, 22: Roger, Auswertung der Analyse des 3. Studienjahres, 15.11.1961.

leisteten Bemühung in der politischen Beeinflussung der Studenten. Andererseits diente der an die Hochschullehrer und wissenschaftlichen Nachwuchs gerichtete Fragenspiegel dazu, das neue „pädagogische“ Anforderungsprofil gegenüber den Hochschullehrern überhaupt bekannt zu machen.⁷⁴⁶ Die öffentliche Auswertung der Analyse diente zudem der Einführung der politisch-ideologischen Erziehung als Bewertungsmaßstab für die Arbeit der Institute und Hochschullehrer.⁷⁴⁷ Für Roger bot die Übernahme dieser Aufgabe gleich mehrere Chancen. Erstens stellte das gesammelte Material den Grundstock seiner schließlich drei Jahre später beendeten Habilitation dar.⁷⁴⁸ Zweitens bot Müller Roger damit die Möglichkeit, „operativ“ tätig zu werden und seine Vorstellungen umsetzen zu können. Die enge Verquickung von wissenschaftlicher Analyse und universitätsinternen Reformbestreben ist charakteristisch für die Arbeit des Instituts für Hochschulpädagogik in den frühen sechziger Jahren. Teilweise wurde dabei kaum zwischen für Hochschulpädagogen Wünschenswertem und innerhalb der Fakultäten Durchsetzbarem getrennt. Dies zeigte sich auch im Wirken Rogers im Amt als Vorsitzender der Fakultätskommission „Lehre und Erziehung“, das Roger mithilfe des Dekans besetzen konnte.⁷⁴⁹ Roger arbeitete Konzeptionen für die Durchführung von Hospitationen und Studentenbeurteilungen aus, die Maximalforderungen glichen, jedoch keinerlei Anknüpfungspunkte zu der zu diesem Zeitpunkt in den Instituten geübten Praxis hatten.⁷⁵⁰ Die weitgehende Wirkungslosigkeit Rogers in seiner „operativen Tätigkeit“ als Kommissionsvorsitzender zeigt aber auch, dass Müller vor allem in Phasen erhöhten politischen Drucks auf die Hilfe seines ehemaligen Doktoranden zurückgriff, aber dessen Ziele nicht gleichermaßen auf der Agenda des Dekans standen.⁷⁵¹ In der zwischenzeitlichen Liberalisierung auch an den Universitäten in Folge des 2. Jugendkommuniqués stellte Roger

⁷⁴⁶ UAR 2.01.2, 22: Roger an Fachrichtungsleiter, Analyse der Erziehung und Ausbildung im 3. Studienjahr an der Philosophischen Fakultät, undatiert.

⁷⁴⁷ vgl. dazu UAR 2.01.2, 4.4: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 10.03.1962.

⁷⁴⁸ Roger 1964.

⁷⁴⁹ UAR 2.01.2, 4.4: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 28.11.1962.

⁷⁵⁰ Z.B. UAR 2.01.2, 23: Arbeitsplan der Kommission Lehre und Erziehung für das Frühjahrsemester 1963.

⁷⁵¹ So sagte Müller in der Fakultätsratssitzung am 26.09.1963 in der Auswertung des 2. Jugendkommuniqués, dass die „Dozenten keine allgemeinen moralischen Reden halten“ sollten, sondern lieber konkrete Aufgaben stellen sollten. UAR 2.01.2, 4.4: Protokoll der Fakultätsratssitzung am 26.09.1963.

seine operative Tätigkeit an der Philosophischen Fakultät nahezu ein und wick auf andere Fakultäten aus.⁷⁵²

Eine ebenso folgenreiche, aber im Gesamten beständigere Unterstützung wurde Roger durch den langjährigen Prorektor Günther Heidorn zuteil. Heidorn und Roger studierten zur selben Zeit in Rostock, Heidorn ist jedoch kein typischer Vertreter der oben erwähnten „ABF-, oder „Hitlerjugend-Generation“. Der vier Jahre ältere Heidorn kam aus einem gegenüber der NSDAP oppositionellen Elternhaus, was sich auch darin ausdrückte, dass er niemals Mitglied einer NSDAP-Jugendorganisation war.⁷⁵³ Heidorn hatte schon in der NS-Zeit sein Abitur abgelegt und war danach in die Wehrmacht einberufen worden. Nach dem Kriegsende studierte Heidorn zunächst in Köln Jura, um dann 1947 an die neugegründete Sozialwissenschaftliche Fakultät an der Universität Rostock zu wechseln.⁷⁵⁴ Vor seiner Studienzeit in Rostock engagierte sich Heidorn in der FDP, trat jedoch nach einer kurzfristigen Inhaftierung durch den NKWD 1949 in die SED ein. Für die Beweggründe von Heidorns schneller Entlassung aus der Haft existieren mehrere Versionen.⁷⁵⁵ Schon während der zweiten Hochschulreform kamen Roger und Heidorn in der FDJ und der SED in engeren Kontakt: „Man schaue sich doch einmal um: Die damals in der ersten Reihe standen, sie gehören heute zu den profiliertesten Persönlichkeiten. Um nur im Bereich der Universität zu verbleiben, so sind eine Reihe unserer jüngsten Hochschullehrer wie zum Beispiel Prof. Heidorn, Prof. Krüger, Prof. Polzin, Dr. Vogel und Dr. Haiduk zu denen zählten, die in der Partei- oder FDJ-Arbeit bereits als Studenten hervorragend mitgewirkt haben.“⁷⁵⁶ In die Reihe dieser „profiliersten Persönlichkeiten“ gehörte auch Roger selbst. Eng zusammengearbeitet haben müssen Gerhard Roger und Fritz Müller auch in der Universitätsgewerkschaftsleitung, in der Heidorn bis 1956 erster und Gerhard Roger zweiter Vorsitzender war.⁷⁵⁷ Von Beginn an förderte Heidorn die Einrichtung der hochschulpädagogischen Colloquien, so leitete er

⁷⁵² Zum Beispiel in die Schiffbautechnische Fakultät. Vgl. UAR 2.01.2, 443,444.

⁷⁵³ Heidorn, Günter: Lebenslauf. http://cpr.uni-rostock.de/fi-le/cpr_derivate_00000001645/heidorn_guenter_cv.pdf (28.03.2012) S. 1.

⁷⁵⁴ Ebenda.

⁷⁵⁵ Heidorn, Günter: Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Günter Heidorn am 17. November 2006. In: Krüger, Kersten (Hrsg.): Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Band 1. Rostock 2007. S. 26; Deiters 1960.

⁷⁵⁶ Roger, Gerhard: Hausherren von morgen. In: Die neue Universität 5, 1964.

⁷⁵⁷ Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Studienjahr 1956/57 - Herbstsemester. http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1956_WS_VV.pdf (25.08.2011)

die Ankündigungen der Veranstaltungsreihe an die Dekane weiter und forderte sie dazu auf, den wissenschaftlichen Nachwuchs ihrer Fakultäten darauf hinzuweisen.⁷⁵⁸ Heidorn forderte auch in der Folgezeit von Roger Informationen über den Erfolg der Veranstaltungen an, was für weitergehendes Interesse spricht.⁷⁵⁹ Seine Rolle als Förderer der Hochschulpädagogik wird dann erst wirklich deutlich, wenn man es mit dem Engagement und Interesse seiner Nachfolger vergleicht. In den Jahresberichten der späteren Prorektoren spielte die hochschulpädagogische Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses nur eine marginale Rolle.⁷⁶⁰ Der spätere Prorektor für wissenschaftlichen Nachwuchs, Herbert Luck, beantwortet einen Vorstoß Rogers für die Einführung offizieller Teilnahmenachweise für seine Lehrveranstaltungen mit einer kurzen Note: „Ich fürchte, es wird nach und nach für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu viel!“⁷⁶¹ Roger bat Heidorn auch, Werbung für die von ihm herausgegebene „Hochschulpädagogische Schriftenreihe“ zu machen.⁷⁶² Heidorns fördernder Einfluss wird zu einem zweiten Zeitpunkt deutlich. Im Herbst des Jahres 1965 wurde Heidorn zum Rektor der Universität Rostock gewählt.⁷⁶³ Heidorn unterstützte als Rektor nicht nur das Vorhaben Rogers, seinen eigenmächtig eingeführten Studiengang im Nachhinein zu legalisieren, sondern griff auf die rhetorischen Ressourcen des Hochschulpädagogen zurück, als sich das kultur- und hochschulpolitische Klima nach der als „Kahlschlag-Plenum“ bekanntgewordenen 11. ZK-Tagung im Dezember 1965 ein weiteres Mal schlagartig veränderte. Heidorn initiierte im Herbst 1966 ein Konzil, das unter dem Zeichen der politisch-ideologischen Erziehung stand.⁷⁶⁴

⁷⁵⁸ UAR 2.01.2, 433: Heidorn an Dekane der Fakultäten, Colloquium über Hochschulpädagogik, 16.09.1958.

⁷⁵⁹ UAR 20.1.2, 433: Heidorn an Roger, 09.12.1958.

⁷⁶⁰ Die Jahresberichte der Prorektoren enthalten nur in einem Fall eine Erwähnung der hochschulpädagogischen Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, dagegen werden in beinahe allen Berichten die positiven Effekte der marxistisch-leninistischen Weiterbildung betont. UAR 1.04.0: 1191: Jahresbericht des Prorektorats für wissenschaftlichen Nachwuchs 1958/59, 1959/60, 1960/61; Die Lage im wissenschaftlichen Nachwuchs und weitere Aufgaben, undatiert, wa. 1962; Kurzbericht über die Entwicklung des Wissenschaftlichen Nachwuchs seit 1959.

⁷⁶¹ UAR 2.01.2, 433: Luck an Roger, 26.09.1962.

⁷⁶² UAR 2.01.2, 434: Roger an Heidorn, 16.09.1964.

⁷⁶³ Heidorn. S. 2.

⁷⁶⁴ Sozialistische Erziehung – eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Konzil der Universität zu Fragen der Persönlichkeitsbildung. In: Die neue Universität 7, 1966.

Das später als Druckschrift⁷⁶⁵ herausgegebene Hauptreferat auf der als „Erziehungskonzil“⁷⁶⁶ bezeichneten Versammlung hielt Gerhard Roger. Die mehrmalige Zusammenarbeit zwischen Roger und Heidorn mag auch die Auswahl Rogers als Sekretär der Universitätsparteileitung positiv beeinflusst haben. Jedenfalls nahmen ab 1967 Heidorn und Roger die einflussreichsten Ämter in der Universität ein.⁷⁶⁷ Das neue Amt bewirkte für Rogers hochschulpädagogische Anliegen beides: Einfluss und Ablenkung. Einerseits war Roger in der besten Position, um sein Anliegen einer „Pädagogisierung“ der Universität in die Wege leiten zu können, andererseits, und das zeigen seine Beiträge in der SED-Zeitung „Die neue Universität“, war Roger in dieser Funktion auch gleichzeitig in der Pflicht, die Politik der Partei im weiteren Sinne zu vertreten.⁷⁶⁸ Die Anzahl von Artikeln mit hochschulpädagogischen Themen in der Parteizeitung nahm jedenfalls nach einem Hoch im Anschluss an das sogenannte Erziehungskonzil 1966 unter seiner Leitung wieder deutlich ab.

Die vierte folgenreiche persönliche Verbindung war die zwischen Roger und dem Rektor Rudolf Schick. Über die Umstände der Gründung urteilte Roger 25 Jahre später, dass auch „die Leitung der Universität Rostock sich durch besondere Aufgeschlossenheit für hochschulpädagogische Belange auszeichnete“⁷⁶⁹ Diese These lässt sich weniger durch eine besonders ausgeprägte Korrespondenz zwischen Schick und Roger erhärten, als sich indirekt rekonstruieren. Zum einen war Schick der einzige Rektor, der jemals in der 1962 gegründeten „Hochschulpädagogischen Schriftenreihe“ einen Beitrag veröffentlicht hat.⁷⁷⁰ Zum anderen verdeutlicht der Vergleich mit dem Handeln anderer Rektoren, dass Schick ein Förderer der Hochschulpädagogik war. Der Chemiker und ehemalige Jenenser Rektor Günther Drefahl gab im Zeitzeugengespräch mit Matthias Steinbach noch 2005 zu Protokoll, dass die Hochschul-

⁷⁶⁵ UAR 2.01.2, 124: Beschluß des Senats der Universität Rostock vom 14. September 1966 über die weitere Arbeit auf dem Gebiet politisch-ideologischer Erziehung.

⁷⁶⁶ Berichte vom Erziehungskonzil unserer Universität. In: Die neue Universität 7, 1966.

⁷⁶⁷ Roger 2006; Heidorn.

⁷⁶⁸ z.B. Roger, Gerhard: Roger, Gerhard: Die nächsten Aufgaben unserer Parteiorganisation. In: Die neue Universität 8, 1967.

⁷⁶⁹ Roger, Knöchel 1986. S. 47.

⁷⁷⁰ Schick, Rudolf: Einige Gedanken zu den Aufgaben unserer Universitäten und Hochschulen. In: Hochschulpädagogische Schriftenreihe 2, 1962. S. 113–116.

pädagogik „sein Lieblingsfeindgebiet“ gewesen sei.⁷⁷¹ Drefahl machte seinen Einfluss offenbar dahingehend geltend, jedenfalls wurde an der Universität Jena im Gegensatz zu den meisten DDR-Universitäten keine Abteilung für Hochschulpädagogik gegründet.⁷⁷² Und dass, obwohl die Jenaer Pädagogen Werner Dorst und Karl Schrader sich schon frühzeitig zu hochschulpädagogischen Fragen zu Wort meldeten⁷⁷³

⁷⁷¹ Drefahl, Günther: "Man gab vor, Strukturen ändern zu wollen ...". In: Steinbach, Matthias; Ploenus, Michael (Hrsg.): Universitätserfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch. Jena 2005. S. 32.

⁷⁷² An der Universität Rostock, der Pädagogischen Hochschule Potsdam, der HU Berlin, der TU Dresden, der MLU Halle und KMU Leipzig bestanden 1967 hochschulpädagogische Einrichtungen. Vgl. Übersicht über die zur Zeit an den Universitäten der DDR bestehenden hochschulpädagogischen Einrichtungen. In: Hochschulpädagogische Schriftenreihe 7, 1967. S. 59.

⁷⁷³ Dorst, Werner; Schrader, Karl: Neue Hochschulpädagogik hilft Aufgaben der Wissenschaft lösen. In: Das Hochschulwesen 7, 1959. S. 397–403.

5. Möglichkeiten für weitere Untersuchungen der Rostocker Hochschulpädagogik

Im Fazit möchte ich auf die Thesen zurückkommen, die ich in der Einführung formuliert habe. Zweck der Einleitung war es, die Relevanz des Themas darzulegen. In dreierlei Weise sei die Beschäftigung mit dem Rostocker Institut für Hochschulpädagogik wichtig: Als vergessene Vorgeschichte und potentieller argumentativer Steinbruch gegenwärtiger Diskussionen über die Rolle pädagogisch-didaktischer Kompetenz bei Hochschullehrern, als Ausdruck einer neuen hochschulpolitischen Strategie der DDR-Führung beim Übergang von den fünfziger zu den sechziger Jahren und als „Schrittmacher“ der wohl radikalsten Universitätsreform auf deutschem Boden. Der Beleg dieser Thesen ist mir in der Arbeit nur teilweise gelungen. So habe ich die Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte dargestellt, vor deren Hintergrund sich die Institutionalisierung der Hochschulpädagogik vollzog.⁷⁷⁴ Dabei wurde erläutert, wie die Hochschulpädagogik zunächst als Instrument der Hochschulpädagogik gefördert wurde, aber dann zunehmend einen institutionellen „Eigen-Sinn“ entwickelte.⁷⁷⁵ Ich habe einen jähen Bedeutungsverlust des Rostocker Instituts ab 1964 nachgewiesen,⁷⁷⁶ bisher allerdings noch keine spezifischen Gründe neben dem allgemein beobachtbaren methodischen Eklektizismus des Staatssekretariats gefunden. Mithilfe des Aktenbestandes des Staatssekretariats im Bundesarchiv dürfte sich die Frage nach den spezifischen Gründen des Bedeutungsverlustes wahrscheinlich ebenso klären lassen wie die Unklarheit, ob die am Rostocker Institut zu beobachtende personelle und inhaltliche Stagnation auch für die anderen hochschulpädagogischen Einrichtungen zutrifft.⁷⁷⁷ Ich habe auch deutlich gemacht, warum der Ablauf der Institutionalisierung so nur unter den spezifischen Bedingungen des DDR-Wissenschaftssystems möglich war und dabei die entscheidende Rolle von Personen und Personenkonstellationen mit einbezogen.⁷⁷⁸

⁷⁷⁴ vgl. Kap. 4.1 und 4.2.

⁷⁷⁵ vgl. Kap. 3.1.

⁷⁷⁶ vgl. Kap. 3.2.

⁷⁷⁷ Die Angaben bei Keil zur personellen Entwicklung an der Humboldt-Universität in den fünfziger Jahren bestätigen allerdings diesen Verdacht. Das hochschulpädagogische Arbeitszentrum sei 1959 mit zwei Mitarbeitern gestartet und verfügte im Studienjahr 1967/68 über drei Planstellen. Keil, Johannes: Professoren und Pädagogik? Die Entwicklung der Hochschulpädagogik an der Humboldt-Universität bis 1989, 2010. http://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/10_1/Keil.pdf (15.04.2012) Vgl. S. 170–171.

⁷⁷⁸ vgl. Kap. 4.3.

Während also die zweite These der Einleitung belegt worden ist, wurde der Einfluss der Hochschulpädagogik auf die Universitätsreformen Ende der sechziger Jahre nur am Rande erwähnt und die Gegenwartstauglichkeit der damals erarbeiteten Theorien ganz außen vor gelassen. Den Einfluss der Hochschulpädagogik auf die Reformbemühungen an der Universität Rostock habe ich an andere Stelle nachgezeichnet. So trat bei der Untersuchung der Philosophischen Fakultät das Wirken der Rostocker Hochschulpädagogen deutlich hervor.⁷⁷⁹ Es wurde in dieser Arbeit kurz darauf eingegangen, welchen Einfluss diese Reformbemühungen auf die Diskussionen der „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung“ an der Universität Rostock hatten. Die Hauptforderungen des in Reaktion auf die „Prinzipien“ einberufenen „Erziehungskonzils“ bezogen sich auf die Erziehungstätigkeit der Hochschullehrer und ihre bürokratische Sicherstellung.⁷⁸⁰ Es lässt sich also deutlich nachweisen, dass die vorangegangenen Erziehungsdiskurse die Art und Weise beeinflussten, wie die Reforminitiativen des Staatssekretariats an der Universität Rostock wahrgenommen wurden. Noch nicht nachweisen konnte ich ob, und in welchem Umfang Hochschulpädagogen die in der 3. Hochschulreform durchgesetzten Leitungsstruktur, den Studienaufbau und die neu installierten Zugangsvoraussetzungen für den Hochschullehrerberuf (*facultas docendi*) mitbestimmten.⁷⁸¹ Da diese Regelungen im Gegensatz zu den inneruniversitären Reformbemühungen der frühen sechziger Jahre zentral vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen verordnet worden sind, müsste der Einfluss der Hochschulpädagogen in den von den vorher eingesetzten Kommissionen des Staatssekretariats zu suchen sein.⁷⁸² In den Texten Gerhard Rogers lässt sich allerdings eine gewisse Distanz zu der damals zur sozialistischen Leitungswissenschaft erkorenen Kybernetik erkennen, ganz im Gegensatz zum Berliner Hochschulpädagogen Helmut Lehmann.⁷⁸³ Die „Technisierung“⁷⁸⁴ und Entau-

⁷⁷⁹ Rohrmann 2011.

⁷⁸⁰ Weitere Arbeit auf dem Gebiet der politisch-ideologischen Erziehung. Beschluss des Akademischen Senats. In: Die neue Universität 7, 1966. S. 2.

⁷⁸¹ Zur *Facultas docendi* vgl. Jessen 1999. 123ff.

⁷⁸² In der Akte zum „Arbeitskreis wissenschaftliche-produktive Tätigkeit“ lässt sich ein Eindruck zur Größe und Arbeitsweise einer solchen Kommission gewinnen: UAR 2.1.2, 442.

⁷⁸³ Lehmann, Helmut: Zur Planung der erzieherischen Arbeit an der Hochschule. In: Hochschulpädagogische Schriftenreihe 9, 1968. S. 25ff.

⁷⁸⁴ Leschinsky, Achim; Gruner, Petra; Kluchert, Gerhard (Hrsg.): Die Schule als moralische Anstalt. Erziehung in der Schule: Allgemeines und der "Fall DDR". Weinheim 1999. S. 117.

tonomisierung der pädagogischen Tätigkeit durch die Einführung von Kommandostrukturen mit dem Direktorat für Erziehung und Ausbildung an der Spitze steht jedenfalls in einem gewissen Gegensatz zu Rogers Bemühungen, nicht die Überwachung, sondern die pädagogisch-professionellen Fähigkeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses zu fördern.⁷⁸⁵ Das löst den bisher noch nicht belegbaren Verdacht aus, dass es Ende der sechziger Jahre zu einer Schulbildung innerhalb der kleinen Disziplin gekommen ist, mit unterschiedlichem geografischen Schwerpunkt und unterschiedlichem Einfluss auf die Entscheidungsträger im Staatssekretariat. An den Beiträgen von Hochschulpolitikern aber auch an denen von „ganz normalen“ Wissenschaftlern in der SED-Universitätszeitung „Die neue Universität“ und im „Hochschulwesen“ lässt sich nachvollziehen, wie „Erziehung“ und „Bewusstseinsbildung“ Ende der sechziger Jahre zu allgemeinen, prestigeversprechenden und inflationär gebrauchten Vokabeln des Reformdiskurses wurden.⁷⁸⁶ Ohne weiterführende Analyse ist jedoch nicht zu entscheiden, inwieweit sich die Verwendung auf die Ideen und Konzepte der Hochschulpädagogik oder doch nur auf Alltagsreflexionen bezieht.

Die in der Einleitung aufgeworfene Frage nach der Aktualität pädagogisch/didaktischer Ausbildung der Nachwuchswissenschaftler habe ich bisher ausgespart. In der bisher noch raren Forschung zur Hochschulpädagogik wird kontrovers über das Mischungsverhältnis von Ideologie, Indoktrinations- und Disziplinierungsfunktion auf der einen Seite und den pragmatischen Bemühungen um die Verbesserung der Hochschullehre gestritten.⁷⁸⁷ Gleichermäßen streitbar ist, ob eine hochschuldidaktische Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern überhaupt sinnvoll ist, und wenn ja, ob die von der Hochschulpädagogik angestellten Problemdiagnosen, die praktizierten Lehr-Lernkonzepte und die von ihr erarbeiteten didaktischen Prinzipien überhaupt auf die Universitäten der Gegenwart anwendbar sind. Dafür müsste die Aufarbeitung der DDR-Hochschulpädagogik unter den Fragestellungen der gegenwärtigen Hochschuldidaktik in Angriff genommen werden.⁷⁸⁸

⁷⁸⁵ Zur Arbeitsweise des Direktorats für Ausbildung und Erziehung vgl. Rohrmann 2011. S.103–108.

⁷⁸⁶ Vgl. die Jahrgänge 1966,67,68 der Zeitschriften „Die neue Universität“ und „Das Hochschulwesen“

⁷⁸⁷ Keil 2010. S. 167.

⁷⁸⁸ Auch Keil erlaubt sich dazu kein Urteil, sondern nimmt stattdessen die Perspektive der Hochschulpolitik ein, wenn er schreibt, dass „obwohl das hochschulpädagogische Lehrangebot dazu neigte, mit ideologischen Bestandteilen überfrachtet zu sein, [...] die geschaffenen Institutionen in dieser Form im Stande [waren], die von staatlicher Seite gestellten An-

Im „kurzen Abriss“ der Geschichte des Instituts wurde die These aufgestellt, dass drei Aufgaben für das Institut vorrangig waren: Die hochschulpädagogische Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Untersuchung der Lehr-Lernprozesse an der Universität zum Ziel ihrer Verbesserung und die hochschulpolitische, „operative Tätigkeit“.⁷⁸⁹ Die drei Aufgabenkomplexe wurden bisher vor allem unter dem Gesichtspunkt ihres Erfolges, gemessen an den selbstformulierten Zielen betrachtet. Für eine umfassende Untersuchung des Instituts für Hochschulpädagogik wäre es notwendig, auf das Forschungsdesign der am Institut erstellten Studien, auf den Beitrag der Rostocker Hochschulpädagogen an der Theorienbildung der jungen Wissenschaftsdisziplin, auf die Lehrinhalte und auf die Art und Weise des hochschulpolitischen Agierens und seinen konkreten Niederschlag einzugehen.

Neben einer genauen Darstellung aller Forschungsvorhaben müsste die Analyse des erhobenen empirischen Anspruchs der hochschulpädagogischen Forschung erfolgen. Das dieser tatsächlich umfassend eingelöst werden konnte, ist in zweierlei Hinsichten fraglich. Erstens waren schon die Fragestellungen und Vorannahmen ideologisch beeinflusst. Augenfällig wird das zum Beispiel in der Auswertung der Studienjahresanalyse im Februar 1962. Darin stellte Roger eine Korrelation zwischen Studiennoten und „politischen Leistungen“ fest, die er auf eine motivationshebende Wirkung eines ausgeprägten politischen Bewusstseins zurückführt.⁷⁹⁰ Dass dieser Befund, wenn überhaupt, eher auf die Interdependenz von politischem und fachlichem Kapital hindeutet, gerät unter diesen Prämissen nicht in den Blick.

Hinzukommt, dass der Untersuchungsgegenstand der Forschungen mit der Universität ein Teil des bürokratischen Staatsapparats war, dessen zentralistische und hierarchische Verfasstheit direkte Auswirkungen auf seine Kommunikationsstruktur hatte. Konkret waren die Vorgesetzten einer Behörde deshalb vorsichtig bei der Weitergabe negativer Einschätzungen an die nächsthöhere Stelle, weil sie für die ihnen Untergebenen selbst die „persönliche Verantwortung“ trugen.⁷⁹¹ Die Informationen für die von oben angeforderten Be-

forderungen, nämlich die Gewährleistung einer flächendeckenden Vorbereitung des wissenschaftlichen Nachwuchses der HU auf eine spätere akademische Lehrtätigkeit, auch zu bewältigen.“ Keil 2010. S. 175

⁷⁸⁹ Kap. 2.

⁷⁹⁰ UAR 2.1.2, 23: Roger, Auswertung der Analyse des III. Studienjahres.

⁷⁹¹ Jessen, Ralph: Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. : Überlegungen zum Zusammenhang von "Bürokratie" und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte. In:

richten wurden deshalb beschönigt, verallgemeinert und damit unkonkret gemacht. Im Hochschulbereich reagierten die politisch Verantwortlich deshalb mit der Verschickung von Staatsbeamten, welche die Situationen vor Ort persönlich unter Augenschein zu nehmen hatten.⁷⁹² Die direkte Verwertung der Forschungsergebnisse in ihrer hochschulpolitischen Tätigkeit führte dazu, dass die Hochschulpädagogen stärker als staatlich beauftragte Inspektoren, denn als Wissenschaftler wahrnahmen. Nach den Erfahrungen mit der Analyse des III. Studienjahres, die nicht nur zur Einschätzung der jeweiligen Institute verwendet wurde, sondern in Form wissenschaftlicher Artikel auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde⁷⁹³, ging die Bereitschaft, sich an Umfragen des Instituts für Hochschulpädagogik zu beteiligen, jedenfalls merklich zurück. Anhand des Aktenbestandes ließe sich untersuchen, inwieweit ihre „Untersuchungsobjekte“ mit den Hochschulpädagogen kooperierten und ob sich die Ergebnisse und Befunde in den Akten von denen in den Veröffentlichungen unterschieden.⁷⁹⁴

Um sowohl die Gegenwartstauglichkeit der Hochschulpädagogik als auch den inhaltlichen Beitrag des Rostocker Instituts einschätzen zu können, ist es notwendig, sich in stärkerem Maße mit der hochschulpädagogischen Theorie auseinanderzusetzen. Dafür müssten die von der Hochschulpädagogik vertretenen Auffassungen und die dahinterliegenden Argumentationsweisen dargestellt werden und das Verhältnis von Hochschulpädagogik und allgemeiner Pädagogik ausgemessen werden.⁷⁹⁵ Zu klären ist dabei, ob sich beide allein durch ihren Gegenstand oder auch in ihrer Theoriebildung unterscheiden. Im Bezug auf den Diskurs über Hochschulbildung, der in der Einleitung aufgegriffen wird, ist interessant, worin die Hochschulpädagogen die Unterschiede zwi-

Lüdke, Alf; Becker, Peter (Hrsg.): Akten, Eingaben, Schaufenster : die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag 1998. S. 71.

⁷⁹² Vorbereitung und Auswertung des Besuchs einer „Informationsbrigade“ unter der Führung von Staatssekretär Girnus 1962 im Rat der Philosophischen Fakultät: UAR 2.01.2, 4.4:Protokolle der Fakultätsratssitzungen vom 30.04. und 09.05.1962.

⁷⁹³ Roger, Gerhard: Die Kollektiverziehung in ihrer Bedeutung für die Erziehung der Studenten zur Parteilichkeit und zu selbstständiger Arbeit. In: Hochschulpädagogische Schriftenreihe 2, 1962. S. 53–75.

⁷⁹⁴ Z.B. bei der 1962–63 vorgenommenen „Untersuchung über die Steigerung der Wirksamkeit der Erziehung und Ausbildung an der Schiffbautechnischen Fakultät“: UAR 2.01.2,443 u. 444.

⁷⁹⁵ Dazu grundlegend: Roger, Gerhard: Die Bedeutung der Entwicklung einer sozialistischen Hochschulpädagogik. In: Hochschulpädagogische Schriftenreihe 1, 1961. S. 1–6.

schen Schule und Universität sahen und an welche Diskurse sie sich damit anschlossen und von welchen sie sich abgrenzten.

Im Bezug auf die Lehre ist es notwendig, Ablaufpläne, Literaturlisten und Konzeptionen der Lehrveranstaltungen auszuwerten. Die Berichte der Lehrenden und die thematischen Veränderungen in den Ablaufplänen und Literaturlisten können Aufschluss darüber geben, wie der Erfolg der Lehrveranstaltungen eingeschätzt wurde und inwieweit politische Konjunkturen in die hochschulpädagogische Lehre durchschlugen.

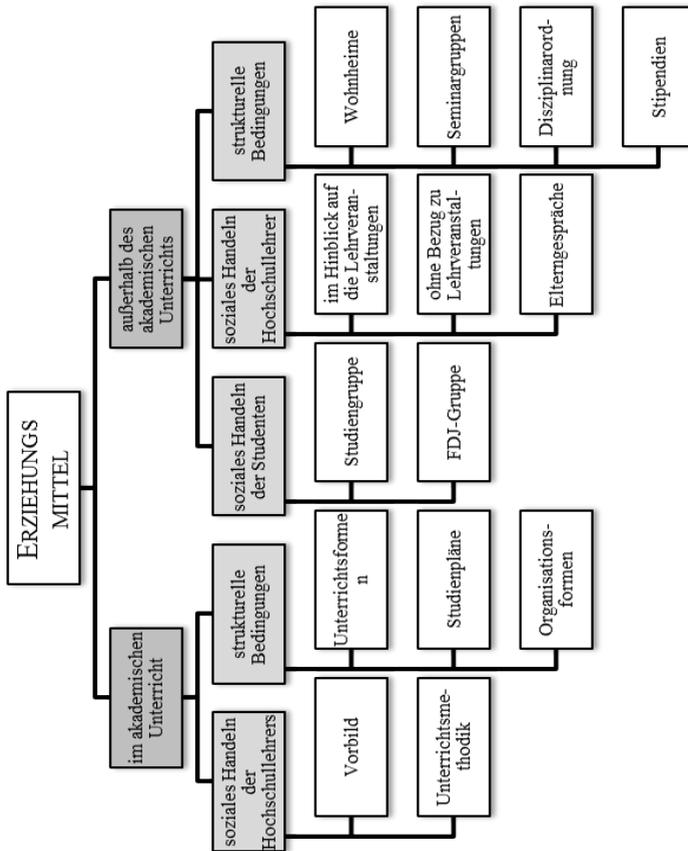
Weiterführend müssten alle durch die Hochschulpädagogen wahrgenommenen Funktionen in der Universitätsverwaltung, die durch sie ausgearbeiteten Vorlagen und ihr tatsächlicher Niederschlag in Beschlüssen, Konferenzen und „Plänen“ dargestellt werden. In diesem Zusammenhang müsste die Art und Weise, auf welche die Hochschulpädagogen ihre „operative Tätigkeit“ ausübten, eingehend analysiert werden. Konzeptionelle Hilfe bieten dafür Konzepte aus der Politikwissenschaft: Die Formen der Politikberatung durch Wissenschaftler wird dort idealtypisch in ein technokratisches und dezisionistisches Modell unterschieden, also in der Ämtervergabe an Wissenschaftler aufgrund ihrer Kompetenz oder die Beschränkung der Wissenschaftler auf reine Beratungsfunktionen.⁷⁹⁶ Am Beispiel der Universität Rostock könnte auch gezielter untersucht werden, in welchem Ausmaß theoretische Konzepte durch die Protagonisten der Universitätsinnenpolitik (Dekane, Fachrichtungs- und Institutsleiter, Prorektoren und Rektor) übernommen wurde. Erweiterte sich lediglich das rhetorische Repertoire oder wurden auch tatsächlich Inhalte übernommen?

⁷⁹⁶ Politikberatung. In: Andersen, Uwe (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2003.

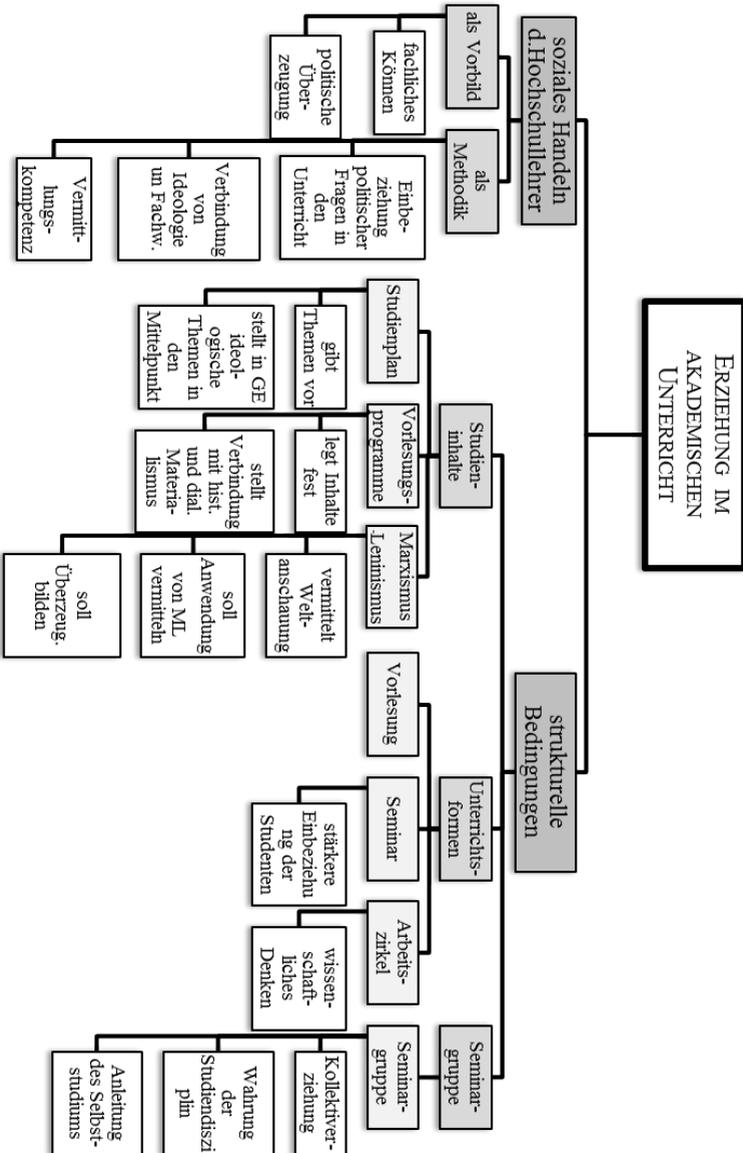
Anhang

1. Abbildungen

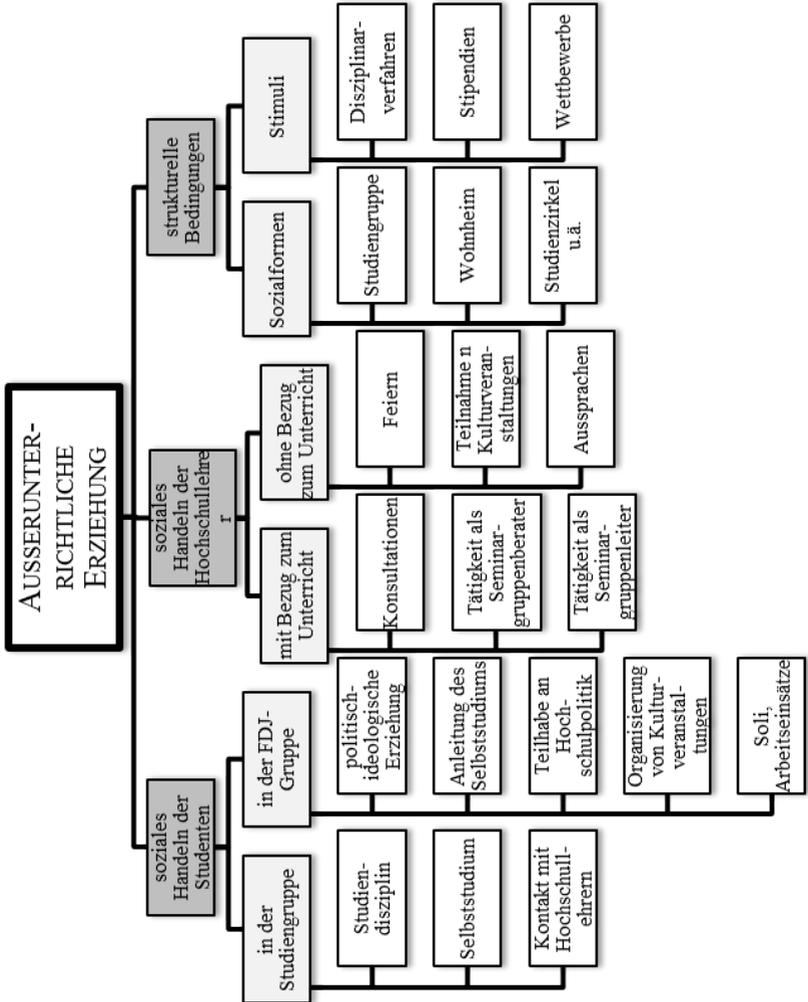
1.1. Erziehungsmittel



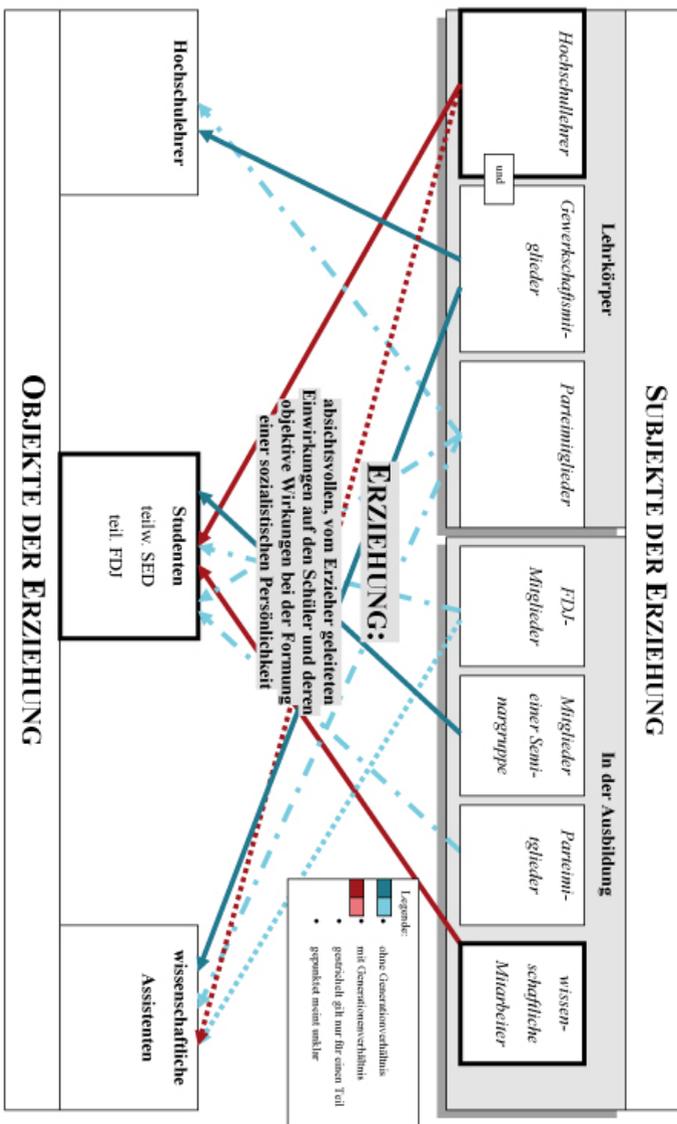
1.2. Erziehungsmittel im Akademischen Unterricht



1.3. Erziehung außerhalb der Lehrveranstaltungen



1.4. Erziehungssubjekte und –objekte



2. Literaturverzeichnis

2.1. Quellen

2.1.1. Ungedruckte Quellen

UAR1.04.0, 22: Assistentenseminare (1963–1967), Prorektor für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

UAR 1.04.0, 126: Beratungen über den Entwurf eines neuen Statuts (1962–1973), Rektorat.

UAR 1.04.0, 1191: Jahresberichte des Prorektorats für wissenschaftlichen Nachwuchs (1958–1966), Prorektor für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

UAR 1.04.0, 1018: Leitung der Erziehung und Ausbildung der Studenten (1952–1969).

UAR 2.01.2, 1.2, Fakultätsleitung (1961–1969), Philosophische Fakultät.

UAR 2.01.2, 4.2: Protokolle der Fakultätsratssitzungen (1954–1958), Philosophische Fakultät.

UAR 2.01.2, 4.3: Protokolle der Fakultätsratssitzungen (1959–1961), Philosophische Fakultät.

UAR 2.01.2, 4.5: Protokolle der Fakultätsratssitzungen (1962–1964), Philosophische Fakultät.

UAR 2.01.2, 4.4: Protokoll der Fakultätsratssitzungen, Bd. 2 (1962–1964).

UAR 2.01.2, 22: Erziehung und Ausbildung (1946–1962), Philosophische Fakultät.

UAR 2.01.2, 23: Lehre und Erziehung (1962–1968), Philosophische Fakultät.

UAR 2.01.2, 26: Stellenplanung (1949–1968), Philosophische Fakultät.

UAR 2.01.2, 38: Perspektivplanung (1949–1965), Philosophische Fakultät.

UAR 2.01.2, 41: Kaderprogramme (1960–1968), Philosophische Fakultät.

UAR 2.01.2, 67: Promotionsverzeichnis (1954–1969), Philosophische Fakultät.

UAR 2.01.2, 78: Philosophische Fakultät. Seminargruppenbetreuung 1960–1966, Philosophische Fakultät.

UAR 2.01.2, 82: Institutsleitung (1946–1968), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 83: Abteilung Zeitgeschichte 1955–1977.

UAR 2.01.2, 85: Perspektivplanung (1957–1970), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 88: Institutsleitung (1960–1967), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 89: Institutssitzungen, -besprechungen, -vollversammlungen (1958–1965), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 90: Jahres- und Arbeitsberichte (1956–1963), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 91: Arbeitspläne, Arbeitsprogramme (1958 –1968), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 99: Ernteeinsätze (1961–1968), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 100: Sozialistische Wehrerziehung (1966–1970), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 104: Studentenangelegenheiten (1958–1976), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 110: Abteilung Geschichte der neueren und neuesten Zeit (1959–1971), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 124: Erziehung und Ausbildung (1946–1968), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 139: Studienpläne, Studienprogramme (1945–1968), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 146: Berichte und Analysen (1964–1970), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 149: FB Vorkapitalismus und Abteilung Mittelalter (1960–1969), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 167: Methodik des Geschichtsunterrichts (1957–1968), Historisches Institut.

UAR 2.01.2, 225: Perspektivplanung (1965–1970), Institut für Musikwissenschaften.

UAR 2.01.2, 285: Perspektivplanung (1959–1965), Germanistisches Institut.

UAR 2.01.2, 330: Perspektivplanung (1958–1967), Institut für Slawistik.

UAR 2.01.2, 393: Perspektivplanung (1960–1970), Institut für Kunstgeschichte.

UAR 2.01.2, 430, Leitung des Instituts für Hochschulpädagogik (1959–1968).

UAR 2.01.2, 431, Berichte und Informationsberichte (1961–1969), Instituts für Hochschulpädagogik.

UAR 2.01.2, 432, Arbeits- und Perspektivplanung (1964–1965), Institut für Hochschulpädagogik (1964–1965).

UAR 2.01.2, 433: Aus- und Weiterbildung (1956–1968), Qualifizierung, Institut für Hochschulpädagogik.

- UAR 2.01.2, 434: Lehre und Erziehung (1961–1968), Institut für Hochschulpädagogik.
- UAR 2.01.2, 440: Forschung (1961–1967), Institut für Hochschulpädagogik.
- UAR 2.01.2, 441: Arbeitskreis „Aufgaben der sozialistischen Erziehung“ (1967), Institut für Hochschulpädagogik.
- UAR 2.01.2, 442: Arbeitskreis „Wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit“ (1967–1969), Institut für Hochschulpädagogik.
- UAR 2.01.2, 443: Untersuchung über die Steigerung der Wirksamkeit der Erziehung und Ausbildung an der Schiffbautechnischen Fakultät der Universität Rostock, Bd.1. (1959–1961), Institut für Hochschulpädagogik.
- UAR 2.01.2, 444: Untersuchung über die Steigerung der Wirksamkeit der Erziehung und Ausbildung an der Schiffbautechnischen Fakultät der Universität Rostock, Bd.2. (1961–1963), Institut für Hochschulpädagogik.
- UAR 2.01.2, 456: Perspektivplanung (1959–1970), Institut für Pädagogik.
- UAR SGE 1: Gründung der Sektion Geschichte (1968–1969).
- UAR SGE 20: Gründung der Sektion Geschichte II (1968).
- UAR SGE 26: Erziehung und Ausbildung (1969–1970).

2.1.2. Gedruckte Quellen

- Achte Durchführungsbestimmung zur Neuorganisation des Hochschulwesens. Obligatorischer Sportunterricht für alle Studierenden der Universitäten und Hochschulen vom 24. August 1951. In: Gesetzblatt der DDR 3, 1951. S. 807.
- Agoston, György: Die allgemeinen Erziehungsaufgaben pädagogisch lösen! In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 26–28.
- Anordnung über das praktische Jahr der Studienbewerber an Universitäten und Hochschulen vom 17. Oktober 1957. In: Hoch- und Fachschulrecht. Eine Zusammenstellung der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen. Berlin 1963. S. 275–279.
- Anordnung über die disziplinarische Verantwortlichkeit der Hochschullehrer vom 26.11.1957. In: Gesetzblatt der DDR 9, 1957. S. 620–623.
- Anweisung Nr. 97 über die Umbildung der Prorektorate für Studentenangelegenheiten an den Universitäten und Hochschulen in Prorektorate für Studienangelegenheiten vom 8. April 1957. In: Hoch- und Fachschulrecht. Eine Zusammenstellung der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen. Berlin 1963. S. 898–900.

- Baske, Siegfried; Engelbert, Martha (Hrsg.): Dokumente zur Bildungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone. Heidelberg 1966.
- Becherer, Gerhard: Viele haben zu wenig Zeit. In: Die neue Universität 6, 1965.
- Berichte vom Erziehungskonzil unserer Universität. In: Die neue Universität 7, H. 11, 1966
- Beschluss des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufstellung von Statuten der Universitäten und Hochschulen vom 28. August 1952. In: Hoch- und Fachschulrecht. Eine Zusammenstellung der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen. Berlin 1952. S. 119–129.
- Beschlüsse und Dokumente des III. Parteitages der SED. Bd. 2. Berlin 1950.
- Bildung und Aufgaben der Seminargruppen. Anweisung Nr. 26 des Staatssekretariats für Hochschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. September 1952. In: Zentrale Hochschulkonferenz am 19/20.09.1952. Berlin 1952. S. 70–72.
- Conrad, Hanns: Persönlichkeitsbildung—eine pädagogische Aufgabe. In: Das Hochschulwesen 15, 1967. S. 182–186.
- Dahlem, Franz: Zur Fragen der sozialistischen Erziehung und der Verbundenheit der Studenten mit dem Kampf um den sozialistischen Aufbau in der DDR. Die gegenwärtigen Hauptaufgaben im Hochschulwesen. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 152–158.
- Dahlem, Franz: Forschung, Lehre und Ausbildung der Kader aufs engste mit der Praxis des sozialistischen Aufbaus verbinden. In: Das Hochschulwesen 6, 1958. S. 3.
- Dahlem, Franz: Was der sozialistische Staat vom wissenschaftlichen Nachwuchs fordert. In: Das Hochschulwesen 6, 1958. S. 35–36.
- Dahlem, Franz: Über einige neue und alte Kaderprobleme. In: Das Hochschulwesen 8, 1960. S. 391.
- Dahlem, Franz: Neue Qualität in Erziehung und Ausbildung anstreben. In: Das Hochschulwesen 8, 1961. S. 391–395.
- Dahlem, Franz: Das 14. Plenum der Partei und unsere Aufgaben in Erziehung und Ausbildung. In: Das Hochschulwesen 10, 1962.
- Dahlem, Franz: Reden und Aufsätze zur Hochschulpolitik. Berlin 1977.
- Deiters, Heinrich: Der Erziehungsauftrag des Hochschullehrers. In: Das Hochschulwesen 1, 1953. S. 1–5.
- Deiters, Heinrich: Gedanken über Bildung und Erziehung an Hochschulen. In: Das Hochschulwesen 8, 1960. 667-673.
- Deiters, Heinrich; Lohmann, Hans; Schaller, Herbert; Roger, Gerhard; John, Wenzel; Lehmann, Helmut (Hrsg.): Hochschulpädagogische Schriftenreihe. Bd.1. Berlin 1961.

- Der Jugend Vertrauen und Verantwortung. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu Problemen der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Sozialistische Demokratie 7, 1963. S. 1–16.
- Die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen im einheitlichen Bildungssystem der sozialistischen Gesellschaft. IV. Hochschulkonferenz 2. und 3. Februar 1967. Berlin 1967.
- Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen. Entschließung des Zentralkomitees vom 19. Januar 1951. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 7. Berlin 1961.
- Die Produktivität der Ausbildung erhöhen. Aus den Thesen des Staatssekretariats. In: Das Hochschulwesen 8, 1960. S. 418–419.
- Die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975 vom 3. April 1970. In: Gesetzblatt der DDR 21, 1969. S. 5–19.
- Diskussionsbeiträge auf der Zentralen Hochschulkonferenz 1955. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 71–97.
- Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Bd. 3. Berlin 1952.
- Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 6. Berlin 1958.
- Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 7. Berlin 1961.
- Donath, Friedrich: Brauchen wir eine Hochschuldidaktik bei der Verbesserung der Erziehungsarbeit? In: Das Hochschulwesen 8, 1956. S. 17–18.
- Dorst, Werner; Schrader, Karl: Neue Hochschulpädagogik hilft Aufgaben der Wissenschaft lösen. In: Das Hochschulwesen 7, 1959. S. 397–403.
- Drefahl, Günther: "Man gab vor, Strukturen ändern zu wollen ...". In: Steinbach, Matthias; Ploenus, Michael (Hrsg.): Universitätserfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch. Jena 2005. S. 17–40.
- Entschließung der III. Hochschulkonferenz der SED über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen beim Aufbau des Sozialismus in der DDR. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 7. Berlin 1961. S. 32–60.
- Entschließung der zentralen Hochschulkonferenz vom 19./20. September 1952. In: Zentrale Hochschulkonferenz am 19./20.09.1952. Berlin 1952. S. 57–60.

- Fabert, Hans: Für eine bessere Erziehungsarbeit im Grundstudium. In: Das Hochschulwesen 6, 1955. S. 59–63.
- Findeisen, Otto: Die FDJ. Stärkster Helfer bei der Erziehungsarbeit. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 68–71.
- Gießmann, Ernst-Joachim: Die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen im einheitlichen Bildungssystem der sozialistischen Gesellschaft. Referat auf der IV. Hochschulkonferenz. In: Die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen im einheitlichen Bildungssystem der sozialistischen Gesellschaft. IV. Hochschulkonferenz 2. und 3. Februar 1967. Berlin 1967. S. 7–72.
- Girrus, Wilhelm: Zur Idee der sozialistischen Hochschule. Rede auf der Rektorenkonferenz am 14. Juni. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 289–320.
- Harig, Gerhard: Das Hochschulwesen in der Sowjet-Union : Ergebnisse einer Delegationsreise. Berlin 1952.
- Harig, Gerhard: Es geht um den Beitrag des deutschen Hochschulwesens und der deutschen Wissenschaft im Kampf um die Erhaltung des Friedens, die Einheit Deutschlands und den planmäßigen Aufbau des Sozialismus. Referat auf der ersten zentralen Hochschulkonferenz des Staatssekretariats für Hochschulwesen. In: Zentrale Hochschulkonferenz am 19/20.09.1952. Berlin 1952.
- Harig, Gerhard: Die Erziehung unserer Studierenden im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium. In: Das Hochschulwesen 2, 1954. S. 12–17.
- Harig, Gerhard: Über die Verbesserung von Ausbildung und Erziehung unserer Studierenden. Rede auf der Zentralen Hochschulkonferenz. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 3–49.
- Hartke, Werner: Elternhaus, Hochschule und Organisation – ein einheitlicher Erziehungsfaktor. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 313–315.
- Hartwig, Hans: Die Disziplinarordnung für Studierende. In: Das Hochschulwesen 4, 1956. S. 10–12.
- Hartwig, Wolfgang: Skizze über einen Parteisekretär. In: Die neue Universität 9, H. 17, 1966
- Heidorn, Günter: Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Günter Heidorn am 17. November 2006. In: Krüger, Kersten (Hrsg.): Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Band 1. Rostock 2007. S. 21–39.
- Hildebrand, Kriemhild: Einige Bedingungen der Heranbildung eines sozialistischen wissenschaftlichen Nachwuchses. Rostock 1969.

- Hoch- und Fachschulrecht. Eine Zusammenstellung der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen. Berlin 1963.
- Höhne, Horst: Ideologische Arbeit planen? Diskussion zu den "Prinzipien". In: Die neue Universität 7, 1966. S. 3.
- Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Bonn 1998.
- Kemter, Max: Erfahrungen eines Erzieherkollektivs. In: Das Hochschulwesen 11, 1963. S. 769–770.
- Knepler, Georg: Einige konkrete Vorschläge zur Erziehungsarbeit. In: Das Hochschulwesen 1, 1953. S. 16–18.
- Kosmodemjanskij, A. A.: Die Erziehung der Studenten zum modernen wissenschaftlichen Denken. Ein sowjetischer Naturwissenschaftler über seine Erfahrungen als Hochschullehrer. In: Das Hochschulwesen 11, 1963. S. 691–697.
- Kuhlmann, Werner: 7. Sitzung der Zentralen Kommission für Hochschulpädagogik. In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 1070.
- Kuhlmann, Werner: Kommission Hochschulpädagogik tagte in Berlin. In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 66–69.
- Kuhlmann, Werner: Sitzung der Zentralen Kommission für Hochschulpädagogik. In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 563–565.
- Kuhlmann, Werner: Studenten wachsen an praxisverbundenen Aufgaben. In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 504–512.
- Kuhlmann, Werner: Kommission Hochschulpädagogik tagte in Berlin. In: Das Hochschulwesen 11, 1963. S. 66.
- Kursitz, Heinz: Wie steht es mit der Erziehungsarbeit an den Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten? In: Das Hochschulwesen 2, 1954. S. 18–22.
- Lang, Lothar: Elternhaus und Hochschule arbeiten zusammen. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 513.
- Lehmann, Helmut: Hochschulpädagogen tagten in Weimar. In: Das Hochschulwesen 12, 1964. S. 847–848.
- Lehmann, Helmut: Zur Planung der erzieherischen Arbeit an der Hochschule. In: Hochschulpädagogische Schriftenreihe 9, 1968. S. 3–39.
- Lehmann, Heinz; Körner, Marianne: Führungsprobleme bei der politisch-ideologischen Erziehung von Lehrerstudenten. Erfahrungen des Pädagogischen Instituts Karl Friedrich Wilhelm Wander. In: Das Hochschulwesen 15, 1967. S. 463–468.
- Lehnert, Martin: Zur Frage der Bedeutung und Aufgabe der Fachrichtung. In: Das Hochschulwesen 4, 1956. S. 11.

- Lehrplan der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule vom 20. Juni 1958. In: Baske, Siegfried; Engelbert, Martha (Hrsg.): Dokumente zur Bildungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone. Heidelberg 1966. S. 132–148.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Was tun? . 3. Aufl. Berlin 1948.
- Mannschatz, Eberhard: Beiträge zur Methodik der Kollektiverziehung. Berlin 1955.
- Martin, Hans Joachim: Der Beitrag produktionsverbundener Studienabschnitte zur Erziehung sozialistischer Diplomlandwirte. Dissertation 1966.
- Martin, Hans-Joachim: Zur Einheit von wissenschaftlicher Bildung und Erziehung. In: Das Hochschulwesen 14, 1966.
- Beschluß über das Aufnahmeverfahren an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen. In: Gesetzblatt der DDR 14, 1963. S. 1–2.
- Verordnung über die Berufung und Stellung der Hochschullehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen. Vom 6. November 1968. In: Gesetzblatt der DDR 20, 1968. S. 997–1003.
- Mühle, Horst: Wie formen wir den Typ des sozialistischen Studenten? In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 35–42.
- Müller, Fritz: Der Erziehungsgedanke der Universität. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 5, 1955/56. S. 125–133.
- Neubert, Rudolf: Eine neue Generation Lehrer und Erzieher. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 15–21.
- Nichtweiss, Johannes: Das Bauernlegen in Mecklenburg. Eine Untersuchung zur Geschichte der Eine Untersuchung zur Geschichte der Bauernschaft und der zweiten Leibeigenschaft in Mecklenburg bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Berlin 1954.
- Nichtweiss, Johannes: Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches. Berlin 1959.
- Parchomenko, M.: Erziehungsarbeit an den sowjetischen Hochschulen. In: Das Hochschulwesen 2, 1954. S. 7–11.
- Petuchow, Nikolai Nikolajewitsch: Erziehung zum sozialistischen Patriotismus. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 71–73.
- Polzin, Martin: Neue Wege zum sozialistischen Bewußtsein. Diskussion zur Hochschulkonferenz. In: Das Hochschulwesen 4, 1956. S. 5–8.
- Polzin, Martin: Die sozialistische Praxis—der beste Erzieher unserer Studenten. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 333–338.
- Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. In: Rühle, Otto (Hrsg.): Idee und Gestalt der deutschen Universität. Tradition und Aufgabe. Berlin 1966. S. 313–317.

- Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 1: 1.–3. Verhandlungstag. Berlin 1951.
- Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 3.: Berlin 1963.
- Regenstein, Heidi; Hildebrand, Volker: Erziehungsfaktor Elternhaus. In: Das Hochschulwesen 7, 1959. S. 348–353.
- Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens vom 22. Februar 1951. In: Gesetzblatt der DDR 3, 1951. S. 123–125.
- Resolution der Zentralen Hochschulkonferenz. Verbesserung der Ausbildung und Erziehung der Studierenden an den Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik. In: Das Hochschulwesen 3, 1955. S. 99–100.
- Richtlinien für die Bildung wissenschaftlicher Beiräte beim Staatssekretariat für Hochschulwesen. Beschluß des Ministerrates. In: Zentrale Hochschulkonferenz am 19/20.09.1952. Berlin 1952.
- Roger, Gerhard (Hrsg.): Der Beitrag der sozialistischen Hochschulpädagogik zur Entwicklung neuer Ausbildungsmethoden. Materialien des Hochschulpädagogischen Symposions in Rostock vom 25.-30.8.1969. Berlin 1969.
- Roger, Gerhard: Die pädagogische Bedeutung der proletarischen Jugendbewegung Deutschlands. Berlin 1956.
- Roger, Gerhard: Schaffung einer Hochschulpädagogik ist unaufschiebbar. In: Das Hochschulwesen 7, 1959. S. 117–121.
- Roger, Gerhard: Der Siebenjahrplan. Die richtige Gesprächsgrundlage. In: Das Hochschulwesen 8, 1960. S. 120.
- Roger, Gerhard: Gegenstand und Aufgabe der sozialistischen Hochschulpädagogik. In: Das Hochschulwesen 8, 1960. S. 411.
- Roger, Gerhard: Die Bedeutung der Entwicklung einer sozialistischen Hochschulpädagogik. In: Hochschulpädagogische Schriftenreihe 1, 1961. S. 1–6.
- Roger, Gerhard: Die Grundzüge in der Entwicklung der Hochschulpolitik unseres Arbeiter- und Bauernstaates. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 10, 1961. S. 295–301.
- Roger, Gerhard: Die Kollektiverziehung in ihrer Bedeutung für die Erziehung der Studenten zur Parteilichkeit und zu selbstständiger Arbeit. In: Hochschulpädagogische Schriftenreihe 2, 1962. S. 53–75.
- Roger, Gerhard: Pädagogische Aufgabe der Hochschule klarer formulieren. In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 337–341.
- Roger, Gerhard: Hausherrn von morgen. In: Die neue Universität 5, 1964.

- Roger, Gerhard: Untersuchungen zur Kollektiverziehung an Hochschulen. Unter besonderer Berücksichtigung der studentischen Seminargruppen im Bereich der Lehrerbildung an der Universität Rostock. Habilitationsschrift. Rostock 1964.
- Roger, Gerhard: Die nächsten Aufgaben unserer Parteiorganisation. In: Die neue Universität 8, H. 15, 1967
- Roger, Gerhard: Zehn Jahre Aufbau und Entwicklung des Wissenschaftsgebietes Hochschulpädagogik an der Universität Rostock. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 20, 1971. S. 165–171.
- Roger, Gerhard: Der Hochschullehrer als Erzieher und gesellschaftliches Vorbild. In: Busch, Friedrich W.; Rütger, Beate; Straube, Peter-Paul (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft. Oldenburg 1992. S. 245–259.
- Roger, Gerhard; Deiters, Heinrich: Pädagogische Aufgaben der Hochschulen klarer formulieren. In: Das Hochschulwesen 10, 1962. S. 337.
- Roger, Gerhard; Knöchel, Wolfram: Hoch- und Fachschulpädagogik. Entwicklung des Wissenschaftsbereichs. In: Hellfeld; Günther; Rackow, Heinz Gerd (Hrsg.): 40 Jahre neue Lehrerbildung an der Universität Rostock. Rostock 1986. S. 45–54.
- Rühle, Otto (Hrsg.): Idee und Gestalt der deutschen Universität. Tradition und Aufgabe. Berlin 1966.
- Sachse, Ekkehard: Stellung und Aufgaben des Seminargruppenssekretärs. In: Das Hochschulwesen 7, 1959. S. 330–332.
- Scheele, Günter: Einbeziehung der Assistenten in den Erziehungsprozeß. In: Das Hochschulwesen 5, 1957. S. 310–312.
- Schick, Rudolf: Einige Gedanken zu den Aufgaben unserer Universitäten und Hochschulen. In: Hochschulpädagogische Schriftenreihe 2, 1962. S. 113–116.
- Schmidt, Wilhelm: Den Lehrer von morgen formen. Das hochschulpädagogische Experiment der PH Potsdam. In: Das Hochschulwesen 16, 1968. S. 768–780.
- Sozialistische Erziehung – eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Konzil der Universität zu Fragen der Persönlichkeitsbildung. In: Die neue Universität 7, H. 11, 1966
- Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen: Studienplan für die 4jährige Ausbildung von Mittelschullehrern. Geschichte, 01.08.1958. In: UAR, H. Historisches Institut. Studienpläne, Studienprogramme 1945–1968.
- Fünfte Durchführungsbestimmung vom 4. August 1951 zur Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens. Gesellschaftswissenschaft-

- liches Grundstudium an den Universitäten und Hochschulen. In: Gesetzblatt der DDR 3, 1951. S. 727–728.
- Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung vom 21. Mai 1951 über die Neuorganisation des Hochschulwesens. Einsetzung von Prorektoren für besondere Aufgabengebiete. In: Gesetzblatt der DDR 3, 1951. S. 491.
- Anordnung über die Tätigkeit der wissenschaftlichen Assistenten und Oberassistenten an den Universitäten und Hochschulen vom 26. November 1957. In: Gesetzblatt der DDR 9, 1957. S. 620–623.
- Anweisung Nr.56 des Staatssekretariats für Hochschulwesen in der Neufassung vom 26. April 1957–Disziplinarordnung für Studierende der Universitäten und Hochschulen. In: Hoch- und Fachschulrecht. Eine Zusammenstellung der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen. Berlin 1957. S. 344–354.
- Stalin, Josef: Über die Grundlagen des Leninismus. Berlin 1946.
- Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Beschlüsse und Dokumente des III. Parteitages der SED. Bd. 2. Berlin 1950. S. 276–321.
- Stohr, Bernhard: Methodik des Geschichtsunterrichts. Probleme der methodischen Gestaltung des Geschichtsunterrichts in der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. Berlin 1962.
- Tännigkeit, Roderich: Erziehungsfragen an der Arbeiter- und Bauernfakultät. In: Das Hochschulwesen 2, 1954. S. 17–20.
- Turski, Werner: Über die Arbeit mit der Jugend im Studienprozeß. In: Das Hochschulwesen 4, 1956. S. 379–386.
- Über die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Entschließung der 3. Hochschulkonferenz der SED. In: Das Hochschulwesen 6, 1958. S. 101–122.
- Übersicht über die zur Zeit an den Universitäten der DDR bestehenden hochschulpädagogischen Einrichtungen. In: Hochschulpädagogische Schriftenreihe 7, 1967. S. 59.
- Ulbricht, Walter: Zu einigen Fragen an den Hochschulen. Aus der Rede auf dem 36. Plenum des ZK der SED v. 10.–11.6.1958. In: Neues Deutschland, 14.06.1958
- Ulbricht, Walter: Der Fünfjahrplan und die Perspektive der Volkswirtschaft. In: Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 1: 1.–3. Verhandlungstag. Berlin 1951.
- Ulbricht, Walter: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Protokoll der

- Verhandlungen des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 3.: Berlin 1963. S. 28–151.
- Ulbricht, Walter: Die zehn Gebote der sozialistischen Moral. In: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Bonn 1998. S. 54–55.
- Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Beschluss des Politbüros vom 5. Juli 1955. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 6. Berlin 1958. S. 337–368.
- Verordnung über das Berufspraktikum der Studierenden der Universitäten und Hochschulen vom 27. März 1952. In: Das Hochschulwesen 4, 1952. S. 234.
- Verordnung über die Berufung und Stellung der Hochschullehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen vom 6. November 1968. In: Gesetzblatt der DDR 20, 1968. S. 997–1003.
- Verordnung über die Gewährung von Stipendien an Studierende der Universitäten und Hochschulen. Vom 3. Februar 1955. In: Hoch- und Fachschulrecht. Eine Zusammenstellung der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen. Berlin 1963. S. 977–988.
- Verordnung über die weitere sozialistische Umgestaltung des Hoch- und Fachschulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Februar 1958. In: Gesetzblatt der DDR 10, 1958. S. 175–180.
- Verordnung über die weitere sozialistische Umgestaltung des Hoch- und Fachschulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Februar 1958. In: Gesetzblatt der DDR 10, 1958. S. 175–180.
- Vorläufige Arbeitsordnung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 23. Mai 1949. In: Malycha, Andreas (Hrsg.): Geplante Wissenschaft. Eine Quelledition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961. Leipzig 1949. S. 278–288.
- W. Knöchel (Hrsg.): Einführung in die Hochschulpädagogik. Grundlagen und Aufgaben der kommunistischen Erziehung an den Hochschulen der DDR. Berlin 1984.
- Weiden, Heinz: Untersuchungen zur Neugestaltung des technischen Studiums unter besonderer Berücksichtigung des Ingenieurpraktikums. Dissertation. Rostock 1967.
- Weitere Arbeit auf dem Gebiet der politisch-ideologischen Erziehung. Beschluss des Akademischen Senats. In: Die neue Universität 7, 1966. S. 2.

- Wolf, Christa: Über Schuldgefühle und Loyalität. In: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Bonn 1998. S. 59–60.
- Zehnte Durchführungsbestimmung vom 10. September 1951 zur Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens. Unterricht in russischer Sprache und Literatur und in deutscher Sprache und Literatur für alle Studierenden. In: Gesetzblatt der DDR 3, 1951. S. 870–872.
- Zentrale Hochschulkonferenz am 19/20.09.1952. Berlin 1952.
- Zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts und zur Verbesserung der Parteiarbeit an den allgemeinbildenden Schulen vom. Beschluss des Politbüros vom 26 November 1957. In: Baske, Siegfried; Engelbert, Martha (Hrsg.): Dokumente zur Bildungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone. Heidelberg 1966. S. 88–95.
- Zweite Durchführungsbestimmung vom 4. Mai 1951 zur Verordnung vom über die Neuorganisation des Hochschulwesens: Rahmenzeitplan für das 10-Monate-Studienjahr. In: Gesetzblatt der DDR 3, 1951. S. 415–416.

2.2. Darstellungen

- Ploenus, Michael: "... so wichtig wie das tägliche Brot". Das Jenaer Institut für Marxismus-Leninismus 1945–1990. Köln [u.a] 2007.
- Abraham, Martin; Büschges, Günter: Einführung in die Organisationssoziologie. 3. Aufl. Wiesbaden 2004.
- Agde, Günther (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Berlin 1991.
- Andersen, Uwe (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2003.
- Apel, Hans-Jürgen; Sacher, Werner (Hrsg.): Studienbuch Schulpädagogik. Bad Heilbrunn 2009.
- Arbeiter- und Bauernmacht. In: König, Gerhard (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch. Berlin 1967. S. 17–19.
- Ash, Mitchell G. (Hrsg.): Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten. Wien 1999.
- Ash, Mitchell G.: Wissenschaft, Politik und Modernität in der DDR. Ansätze zu einer Neubetrachtung. In: Weisemann, Karin (Hrsg.): Wissenschaft und Politik, Genetik und Humangenetik in der DDR (1949–1989) Dokumentation zum Arbeitssymposium in Münster, 15.–18.03.1995. Münster 1997. S. 1–24.

- Ash, Mitchell G.: "Mythos Humboldt" gestern und heute. In: Ash, Mitchell G. (Hrsg.): Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten. Wien 1999. S. 7–25.
- Ash, Mitchell G.: Konstruierte Kontinuitäten und divergierende Neuanfänge nach 1945. In: Grüttner, Michael; Hachtmann, Rüdiger; Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert. Göttingen 2010. S. 215–245.
- Ash, Mitchell G.: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. In: Archiv für Sozialgeschichte / hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung 50, 2010. S. 11–46.
- Bauerkämper, Arnd: Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren. In: Hübner, Peter (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln [u.a.] 1999. S. 37–65.
- Bauerkämper, Arnd: Die Sozialgeschichte der DDR. München 2005.
- Becker, Egon: Die Einflußnahme der SED auf die Entwicklung der Technischen Hochschule Magdeburg. Magdeburg 2000–2002.
- Benner, Dietrich: Wilhelm von Humboldts Bildungstheorie. 3. Aufl. Weinheim [u.a.] 2003.
- Benner, Dietrich; Schriewer, Jürgen; Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Erziehungsstaaten. Historisch-vergleichende Analysen ihrer Denktraditionen und nationaler Gestalten. Weinheim 1998.
- Benner, Dietrich; Sladek, Horst: Vergessene Theoriekontroversen in der Pädagogik der SBZ und DDR 1946–1961. Weinheim 1998.
- Bessel, Richard; Jessen, Ralph (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996.
- Bessel, Richard; Jessen, Ralph: Die Grenzen der Diktatur. In: Bessel, Richard; Jessen, Ralph (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996. S. 7–24.
- Böhm, Winfried (Hrsg.): Wörterbuch der Pädagogik. Stuttgart 2005.
- Böhm, Winfried: Erziehung. In: Böhm, Winfried (Hrsg.): Wörterbuch der Pädagogik. Stuttgart 2005. S. 186.
- Böhm, Winfried: Kybernetische Pädagogik. In: Böhm, Winfried (Hrsg.): Wörterbuch der Pädagogik. Stuttgart 2005. S. 385–386.
- Burrichter, Clemens; Malycha, Andreas: Wissenschaft in der DDR. In: Eppelmann, Rainer (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag. Paderborn 2003. S. 300–307.

- Busch, Friedrich W.; Rüter, Beate; Straube, Peter-Paul (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft. Oldenburg 1992.
- Busch, Friedrich W.; Rüter, Beate; Straube, Peter-Paul: Der Erziehungsauftrag der Universitäten und Hochschulen in der Deutschen Demokratischen Republik. Eine bildungshistorische und bildungssoziologische Untersuchung. Oldenburg 1992.
- Connelly, John; Grüttner, Michael (Hrsg.): Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Paderborn 2003.
- Deja-Löhlöffel, Brigitte: Erziehung nach Plan. Schule u. Ausbildung in d. DDR. Berlin 1988.
- Demantowsky, Marko: Die Geschichtsmethodik in der SBZ und DDR. Ihre konzeptuelle, institutionelle und personelle Konstituierung als akademische Disziplin 1945–1970. Idstein 2003.
- Dengel, Sabine: Untertan, Volksgenosse, Sozialistische Persönlichkeit. Politische Erziehung im Deutschen Kaiserreich, im NS-Staat und der DDR. Frankfurt am Main 2005.
- Dialektischer und historischer Materialismus. In: König, Gerhard (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch. Berlin 1967. S. 170–175.
- Girnus, Wolfgang (Hrsg.): Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen, Einblicke, Analysen. Leipzig 2010.
- Diesener, Gerald: Lyssenkoismus in der DDR. Anmerkungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der SBZ/DDR. In: Deutschland-Archiv : Zeitschrift für das vereinigte Deutschland / hrsg. im Auftrag der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) 32, 1999. S. 953–962.
- Dudek, Peter: Grenzen der Erziehung im 20. Jahrhundert. Bad Heilbrunn/Obb 1999.
- Eckert, Rainer: Massenorganisationen. In: Eppelmann, Rainer; Buchstab, Günter (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Band 1: A -M. Paderborn [u.a.] 1996. S. 546–549.
- Eckert, Rainer; Kowalczyk, Ilko-Sascha; Stark, Isolde (Hrsg.): Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes. Berlin 1994.
- Ehrlich, Lothar (Hrsg.): Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht. Köln 2000.
- Elsner, Lothar; Heitz, Gerhard: 25 Jahre Historisches Institut, Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, 1956–1981. Rostock 1981.

- Eppelmann, Rainer (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag. Paderborn 2003.
- Eppelmann, Rainer; Buchstab, Günter (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Band 1: A -M. Paderborn [u.a.] 1996.
- Erren, Lorenz: 'Selbstkritik' und Schuldbekentnis. Kommunikation und Herrschaft unter Stalin (1917–1953) . 1. Aufl. München 2008.
- Erziehung im engeren Sinne. In: Laabs, Hans-Joachim (Hrsg.): Pädagogisches Wörterbuch. Berlin 1987. S. 110-111.
- Etzemüller, Thomas (Hrsg.): Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2009.
- Fiedler, Anke: Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument. Berlin [u.a.] 2011.
- Fischer, Bernd-Reiner: Das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR. Funktion, Inhalte, Instrumentalisierung, Freiräume. In: Sattler, Friederike (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" im Deutschen Bundestag. Bd. 3. Baden-Baden 1995. S. 852–875.
- Fischer, Bernd-Rainer: Erziehung, politisch-ideologische. In: Eppelmann, Rainer; Buchstab, Günter (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Band 1: A -M. Paderborn [u.a.] 1996. S. 253–257.
- Fischer, E.; Nast, M.; Schulz, H.-J: Das Institut für Hochschulbildung 1964 bis 1979. Berlin 1979.
- Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962. Frankfurt am Main [u.a.] 2000.
- Geißler, Gert; Wiegmann, Ulrich: "Das Sein verstimmt das Bewußtsein". Zur gesellschaftspolitischen Funktionalisierung der Erziehung. In: Benner, Dietrich; Schriewer, Jürgen; Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Erziehungsstaaten. Historisch-vergleichende Analysen ihrer Denktraditionen und nationaler Gestalten. Weinheim 1998. S. 225–247.
- Gessmann, Martin (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch. Stuttgart 2009.
- Gessmann, Martin: Materialismus, historischer. In: Gessmann, Martin (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch. Stuttgart 2009. S. 314–315.
- Gestwa, Klaus: Social und Soul Engineering bei Stalin und Chruschtow 1928–1964. In: Etzemüller, Thomas (Hrsg.): Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2009. S. 241–278.
- Gibas, Monika: Ideologie und Propaganda. In: Herbst, Andreas; Krauss, Christine (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997. S. 241–263.

- Grüttner, Michael; Hachtmann, Rüdiger; Konrad H. Jaraus (Hrsg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert. Göttingen 2010.
- Gudjons, Herbert: Pädagogisches Grundwissen. 10. Aufl. Bad Heilbrunn 2008.
- Handro, Saskia: Geschichtsunterricht und historisch-politische Sozialisation in der SBZ und DDR (1945–1961). Weinheim [u.a.] 2002.
- Hanke, Irma: Vom neuen Menschen zur sozialistischen Persönlichkeit. In: Deutschland Archiv 9, 1976. S. 492–415.
- Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Weilerswist 2004.
- Heidorn, Günter; Heitz, Gerhard; Kalisch, Johannes Olechnowitz Friedrich; Seemann, Ulrich (Hrsg.): Geschichte der Universität Rostock 1419–1969. Band 2: Die Universität von 1945–1969. Berlin 1969.
- Hellfeld; Günther; Rackow, Heinz Gerd (Hrsg.): 40 Jahre neue Lehrerbildung an der Universität Rostock. Rostock 1986.
- Herbst, Andreas; Krauss, Christine (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997.
- Herrmann, Anna; Römer, Gesa: Didaktik-Kurse für Dozenten. Sollen Lehrende das Lehren lernen? Oder muss der Student eben nehmen was kommt? In: Der Heuler – das Studentenmagazin 2011. S. 17.
- Herzig, Jobst; Trost, Catharina: Die Universität Rostock 1945–1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Rostock 2008.
- Hierdeis, Helmwart: Erziehungsinstitutionen. 5. Aufl. Donauwörth 1995.
- Hille, Barbara: Freie Deutsche Jugend. In: Eppelmann, Rainer; Buchstab, Günter (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Band 1: A -M. Paderborn [u.a.] 1996. S. 280–282.
- Pasternack, Peer: Hochschule & Wissenschaft in SBZ/DDR/Ostdeutschland 1945–1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990–1998. Weinheim 1999.
- Kaiser, Tobias: Hochschule im Sozialismus – die so genannte "Dritte Hochschulreform" (1968) in der DDR. In: Walther, Helmut G. (Hrsg.): Wendepunkte in viereinhalb Jahrhunderten Jenaer Universitätsgeschichte. Universität Jena, 1558 – 2008, 450 Jahre. Jena 2010. S. 139–158.
- Hübner, Peter (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln [u.a.] 1999.
- Ihme-Tuchel, Beate: Die DDR. Darmstadt 2002.

- Blask, Falk; Kudella, Sonja (Hrsg.): In Linie angetreten. Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln. Geschichte, Struktur und Funktionsweise. der DDR-Volksbildung. Bd. 2. Berlin 1996.
- Jarausch, Konrad H.: Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR. Berlin 1991.
- Jessen, Ralph: Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von "Bürokratie" und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte. In: Lüdke, Alf; Becker, Peter (Hrsg.): Akten, Eingaben, Schaufenster : die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag 1998. S. 57–75.
- Jessen, Ralph: Partei, Staat und "Bündnispartner". Die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur. In: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Bonn 1998. S. 27–86.
- Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Göttingen 1999.
- Jessen, Ralph: Zwischen Bildungspathos und Spezialistentum. Werthaltungen und Identitätskonstruktionen der Hochschullehrerschaft in West- und Ostdeutschland nach 1945. In: Hübner, Peter (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln [u.a.] 1999. S. 103–120.
- Jessen, Ralph: "Bildungsbürger", "Experten", "Intelligenz" : Kontinuität und Wandel der ostdeutschen Bildungsschichten in der Ulbricht-Ära. In: Ehrlich, Lothar (Hrsg.): Weimarer Klassik in der Ära Ulbricht. Köln 2000. S. 113–134.
- Jessen, Ralph: Von den Vorzügen des Sozialismus und der deutschen Teilung. Kollaborationsverhältnisse im ostdeutschen Wissenschaftssystem der fünfziger Jahre. In: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit. Göttingen 2002. S. 39–52.
- Jessen, Ralph: Zwischen diktatorischer Kontrolle und Kollaboration : die Universitäten in der SBZ/DDR. In: Connelly, John; Grüttner, Michael (Hrsg.): Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Paderborn 2003. S. 229–263.
- Jessen, Ralph: Zwischen Bildungsökonomie und zivilgesellschaftlicher Mobilisierung : Die doppelte deutsche Bildungsdebatte der sechziger Jahre. In: Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Weilerswist 2004. S. 209–231.

- Jessen, Ralph: Wissenschaftsfreiheit und kommunistische Diktatur in der DDR. In: Müller, Rainer Albrecht; Schwinges, Christoph Rainer (Hrsg.): Wissenschaftsfreiheit in Vergangenheit und Gegenwart. Basel 2008. S. 185–206.
- Jessen, Ralph: Massenausbildung, Unterfinanzierung und Stagnation. Ost- und Westdeutsche Universitäten in den siebziger und achtziger Jahren. In: Grüttner, Michael; Hachtmann, Rüdiger; Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert. Göttingen 2010. S. 261–278.
- Jordan, Carlo: Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 2001.
- Kaelble, Hartmut; Kocka, Jürgen; Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994.
- Kaiser, Paul; Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Enge und Vielfalt. Auftragskunst und Kunstförderung in der DDR. Hamburg 1999.
- Kausch, Jana: "Eine Gesellschaft, die ihre Jugend verliert, ist verloren". Das hochschulpolitische Konzept der SED am Beispiel der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt und die daraus resultierende Verantwortung der FDJ zwischen 1953 und 1989/90. Chemnitz 2009.
- Keck, Rudolf (u.a) (Hrsg.): Wörterbuch Schulpädagogik. Bad Heilbrunn 2004.
- Keck, Rudolf: Bildung. In: Keck, Rudolf (u.a) (Hrsg.): Wörterbuch Schulpädagogik. Bad Heilbrunn 2004. S. 71–73.
- Keck, Rudolf: Erziehung. In: Keck, Rudolf (u.a) (Hrsg.): Wörterbuch Schulpädagogik. Bad Heilbrunn 2004. S. 122–125.
- Kell, Adolf (Hrsg.): Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern. Weinheim 1997.
- Kirchhöfer, Dieter: DDR, Pädagogik und Bildungspolitik. In: Krüger, Heinz-Hermann (Hrsg.): Wörterbuch Erziehungswissenschaft. Opladen [u.a.] 2006. S. 95–101.
- Kloth, Nikola: Das 11. Plenum – Wirtschafts- oder Kulturplenum? In: Agde, Günther (Hrsg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Berlin 1991. S. 64–68.
- Kluchert, Gerhard: Erziehung durch Einheit zur Einheit. Das schulische Erziehungsfeld in der SBZ/DDR. In: Leschinsky, Achim; Gruner, Petra; Kluchert, Gerhard (Hrsg.): Die Schule als moralische Anstalt. Erziehung in der Schule: Allgemeines und der "Fall DDR". Weinheim 1999. S. 93–124.
- Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Kaelble, Hartmut; Kocka, Jürgen; Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994. S. 547–554.

- König, Gerhard (Hrsg.): Kleines politisches Wörterbuch. Berlin 1967.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Berlin 2003.
- Krüger, Heinz-Hermann (Hrsg.): Wörterbuch Erziehungswissenschaft. Opladen [u.a.] 2006.
- Krüger, Kersten (Hrsg.): Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Band 1. Rostock 2007.
- Kudella, Sonja; Paetz, Andreas; Tenorth, Heinz-Elmar: Die Politisierung des Schulalltags. In: Blask, Falk; Kudella, Sonja (Hrsg.): In Linie angetreten. Die Volksbildung der DDR in ausgewählten Kapiteln. Geschichte, Struktur und Funktionsweise. der DDR-Volksbildung. Bd. 2. Berlin 1996. S. S. 21–210.
- Kuhn, Thomas S.: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. (25.) 2. Aufl. Frankfurt am Main 2011.
- Laabs, Hans-Joachim (Hrsg.): Pädagogisches Wörterbuch. Berlin 1987.
- Laitko, Hubert: Wissenschaftspolitik. In: Herbst, Andreas; Krauss, Christine (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997. S. 405–419.
- Laitko, Hubert: Das Hochschulwesen der DDR als Gegenstand wissenschaftshistorischer Forschung. Fragen an die Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin. In: Girnus, Wolfgang (Hrsg.): Die Humboldt-Universität Unter den Linden 1945 bis 1990. Zeitzeugen, Einblicke, Analysen. Leipzig 2010. S. 37–58.
- Lepsius, M. Rainer: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR. In: Kaelble, Hartmut; Kocka, Jürgen; Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994. S. 17–30.
- Leschinsky, Achim; Gruner, Petra; Kluchert, Gerhard (Hrsg.): Die Schule als moralische Anstalt. Erziehung in der Schule: Allgemeines und der "Fall DDR". Weinheim 1999.
- Leschinsky, Achim; Kluchert, Gerhard: Die erzieherische Funktion der Schule. Schultheoretische und schulhistorische Überlegungen. In: Leschinsky, Achim; Gruner, Petra; Kluchert, Gerhard (Hrsg.): Die Schule als moralische Anstalt. Erziehung in der Schule: Allgemeines und der "Fall DDR". Weinheim 1999. S. 15–42.
- Lindenberger, Thomas (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln 1999.
- Lost, Christine: Sowjetpädagogik. Wandlungen, Wirkungen, Wertungen in der Bildungsgeschichte der DDR. Baltmannsweiler 2000.
- Lüdke, Alf; Becker, Peter (Hrsg.): Akten, Eingaben, Schaufenster : die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag 1998.

- Malycha, Andreas (Hrsg.): Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961. Leipzig 2003.
- Methoden der Erziehung. In: Laabs, Hans-Joachim (Hrsg.): Pädagogisches Wörterbuch. Berlin 1987. S. 253–254.
- Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989. (1688 = N.F., 688.) Frankfurt am Main 1993.
- Müller, Marianne; Müller, Egon Erwin: "... stürmt die Festung Wissenschaft!". Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Repr. der Ausg. Berlin-Dahlem 1953. Berlin 1994.
- Müller, Rainer Albrecht; Schwinges, Christoph Rainer (Hrsg.): Wissenschaftsfreiheit in Vergangenheit und Gegenwart. Basel 2008.
- Müller-Enbergs, Helmut; Wielgohs, Jan; Hoffmann, Dieter; Reimann, Olaf W. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Bonn 2001.
- Münzner, Daniel: Die Stellung der Rektoren der Universität Rostock. In: Krüger, Kersten (Hrsg.): Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Band 1. Rostock 2007. S. 11–17.
- Niermann, Johannes: Wörterbuch der DDR-Pädagogik. Heidelberg 1974.
- Niethammer, Lutz: Das Kollektiv. In: Sabrow, Martin (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR. München 2009. S. 206–217.
- Olbertz, Jan-Hendrik: Hochschulpädagogik. Hintergründe eines "Transformationsverzichts". In: Kell, Adolf (Hrsg.): Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern. Weinheim 1997. S. S.246–284.
- Pamperrien, Sabine: Versuch am untauglichen Objekt. Der Schriftstellerverband der DDR im Dienst der sozialistischen Ideologie. Frankfurt am Main [u.a.] 2004.
- Raphael, Lutz: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. In: Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft 22, 1996. S. 165–193.
- Richert, Ernst: "Sozialistische Universität". Die Hochschulpolitik der SED. Berlin 1967.
- Richter, Holger: Die operative Psychologie des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Frankfurt am Main 2001.

- Rohrmann, Henning: Der Erziehungsauftrag der DDR-Universitäten am Beispiel der Geschichtslehrausbildung in Rostock bis 1970. Staatsexamenarbeit. Rostock 2011.
- Rüther, Beate: Die Bedeutung des Erziehungsauftrages für Hochschullehrer und Studierende. In: Busch, Friedrich W.; Rüther, Beate; Straube, Peter-Paul (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft. Oldenburg 1992. S. 62–90.
- Sabrow, Martin (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR. München 2009.
- Sabrow, Martin: Zukunftspathos als Legitimationsressource. Zu Charakter und Wandel des Fortschrittsparadigmas in der DDR. In: Haupt, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Weilerswist 2004. S. 165–184.
- Sattler, Friederike (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" im Deutschen Bundestag. Bd. 3. Baden-Baden 1995.
- Schluß, Henning (Hrsg.): Indoktrination und Erziehung. Wiesbaden 2007.
- Schmid, Hans-Dieter: Geschichtsunterricht in der DDR. Eine Einführung. Stuttgart 1979.
- Schuhmann, Annette: Kulturarbeit im sozialistischen Betrieb. Köln, Berlin 2006.
- Schulz, Tobias: "Sozialistische Wissenschaft". Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975). Köln, Potsdam 2010.
- Stanelle, Helmut: Die Bedeutung des Lehrerkollektivs für die systematische Erziehungsarbeit. Berlin 1955.
- Steinbach, Matthias: "Lob des Dialogs". In: Steinbach, Matthias; Ploenus, Michael (Hrsg.): Universitätserfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch. Jena 2005. S. 7–18.
- Straube, Peter-Paul: Zur Einführung eines Erziehungsauftrages an den Universitäten und Hochschulen in der DDR. In: Busch, Friedrich W.; Rüther, Beate; Straube, Peter-Paul (Hrsg.): Universitäten im Umbruch. Zum Verhältnis von Hochschule, Studenten und Gesellschaft. Oldenburg 1992. S. 29–61.
- Stroß, Annette M.: Indoktrination–ein unpädagogischer Begriff? In: Schluß, Henning (Hrsg.): Indoktrination und Erziehung. Wiesbaden 2007. S. 13–34.
- Tenorth, Heinz-Elmar: "Erziehungsstaaten". Pädagogik des Staates und Etaisismus der Erziehung. In: Benner, Dietrich; Schriewer, Jürgen; Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Erziehungsstaaten. Historisch-vergleichende

- Analysen ihrer Denktraditionen und nationaler Gestalten. Weinheim 1998. S. 13–54.
- Tenorth, Heinz-Elmar: Selbstbehauptung einer Vision. Zur Einleitung. In: Tenorth, Heinz-Elmar; Vom Bruch, Rüdiger (Hrsg.): Geschichte der Universität unter den Linden. Bd. 6: Selbstbehauptung einer Vision. Berlin 2010. S. 9–46.
- Tenorth, Heinz-Elmar; Vom Bruch, Rüdiger (Hrsg.): Geschichte der Universität unter den Linden. Bd. 6: Selbstbehauptung einer Vision. Berlin 2010.
- Timm, Albrecht: Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone seit 1945. 3. Aufl. Bonn 1961.
- Steinbach, Matthias; Ploenus, Michael (Hrsg.): Universitätserfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch. Jena 2005.
- Voigt, Dieter; Meck, Sabine: Intelligenz. In: Eppelmann, Rainer; Buchstab, Günter (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Band 1: A -M. Paderborn [u.a.] 1996. S. 412–414.
- Walther, Helmut G. (Hrsg.): Wendepunkte in viereinhalb Jahrhunderten Jenaer Universitätsgeschichte. Universität Jena, 1558 – 2008, 450 Jahre. Jena 2010.
- Weingart, Peter; Carrier, Martin; Krohn, Wolfgang: Nachrichten aus der Wissensgesellschaft. Analysen zur Veränderung der Wissenschaft. Weilerswist 2007.
- Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit. Göttingen 2002.
- Weisemann, Karin (Hrsg.): Wissenschaft und Politik, Genetik und Humangenetik in der DDR (1949–1989) Dokumentation zum Arbeitssymposium in Münster, 15.–18.03.1995. Münster 1997.
- Wiater, Werner: Bildung und Erziehung als Aufgabe der Schule. In: Apel, Hans-Jürgen; Sacher, Werner (Hrsg.): Studienbuch Schulpädagogik. Bad Heilbrunn 2009. S. 311–336.
- Wiegmann, Ulrich; Geißler, Gert: Schule und Erziehung in der DDR. Neuwied [u.a.] 1995.
- Wockenfuß, Karl: Einblicke in Akten und Schicksale Rostocker Studenten und Professoren nach 1945. 2. Aufl. Rostock 2002.
- Wockenfuß, Karl: Streng vertraulich. Die Berichte über die politische Lage und Stimmung an der Universität Rostock 1955 bis 1989. 2. Aufl. Rostock 2002.
- Wolle, Stefan: Aufbruch nach Utopia : Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971. Berlin 2011.

Wustmann, Markus: Die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät in Leipzig 1947–1951. Experimentierfeld kommunistischer Hochschulpolitik in SBZ und früher DDR. Leipzig 2004.

2.3. Internetquellen und –literatur

- Benz, Wolfgang: Demokratisierung durch Entnazifizierung und Demokratisierung, 2005.
http://www.bpb.de/publikationen/ISISIR,0,Demokratisierung_durch_Ennazifizierung_und_Erziehung.html (07.08.2011).
- Politikberatung. In: Andersen, Uwe (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2003.
- Baudisch, Markus: VERS - Verband Ehemaliger Rostocker Studenten. Aufgaben und Ziele, 2003. <http://www.vers-online.org/aufgaben.html> (21.08.2011).
- Barth, Bernd-Reiner; Müller-Engbergs, Helmut: Franz Dahlem. In: Müller-Engbergs, Helmut; Wielgoß, Jan; Hoffmann, Dieter; Reimann, Olaf W. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Bonn 2001.
- Laitko, Hubert: Wissenschaftlich-technische Revolution. Akzepte des Konzepts in Wissenschaft und Ideologie der DDR. In: Utopie kreativ, 1996. S. 33–50.
http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/73-4/73_4_Laitko.pdf.
- Baum, Hanna: 20 Jahre Hochschulwesen in der Deutschen Demokratischen Republik, 1969. <http://edoc.hu-berlin.de/series/schriftenreihe-ub/6/PDF/6.pdf>.
- Adalbert Dessau. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/142361143> (30.08.2011).
- Albrecht Timm. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/118622749> (29.08.2011).
- Donath, Friedrich. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/13277299X> (27.08.2011).
- Dowe, Dieter; Kuba, Karheinz; Wilke, Manfred: Sozialistischer Wettbewerb. In: FDGB-Lexikon, 2009. http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/s/Sozialistischer_Wettbewerb.html (23.08.2013).
- Erich Kühne. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/142624594> (22.08.2011).
- Ernst Hohl. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/116957506> (29.08.2011).
- Fritz Müller. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/142394645> (22.08.2011).
- Georg-Friedrich Koch. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/106089455> (22.08.2011).
- Gerhard Heitz. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/119036762> (23.08.2011).
- Gerhard Roger. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/140855912> (20.08.2011).

- Gerhard Schilfert. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/1013967372> (29.08.2011).
- Gesetz über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. In der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Januar 2011.
<http://www.landesrecht-mv.de/jportal/portal/page/bsmvprod.psml;jsessionid=F599F52368A0F1F93AAA3472FD8446B3.jp15?showdoccase=1&doc.id=jlr-HSchulGMV2011rahmen&doc.part=X&doc.origin=bs> (20.08.2011).
- Günter Heidorn. http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_person_00001456 (22.08.2011).
- Hanna Haack. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/106763350> (30.08.2011).
- Harald Raab. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/142674427> (27.08.2011).
- Harry Wüstemann. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/141649607> (23.08.2011).
- Heinrich Sproemberg. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/119186187> (29.08.2011).
- Heinz Bäskau. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/140929282> (27.08.2011).
- Heinz Herz. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/140787372> (22.08.2011).
- Johannes Kalisch. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/1015286763> (25.08.2011).
- Johannes Nichtweiss. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/1013803647> (22.08.2011).
- Karl-Friedrich Olechnowitz. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/141750502> (22.08.2011).
- Karl Heinz Jahnke, 2011. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/120081482> (29.08.2011).
- Käte Gries. http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_person_00002803 (22.08.2011).
- Keil, Johannes: Professoren und Pädagogik? Die Entwicklung der Hochschulpädagogik an der Humboldt-Universität bis 1989, 2010.
http://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/10_1/Keil.pdf (15.04.2012).
- Konrad Canis. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/135947308> (27.08.2011).
- Lothar Elsner. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/120565293> (12.09.2013).
- Martin Polzin. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/132777002> (23.08.2011).
- Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Studienjahr 1956/57 - Herbstsemester.
http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1956_WS_VV.pdf (25.08.2011).
- Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Studienjahr 1964/65 - Herbstsemester.
http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1964_WS_VV.pdf (26.08.2011).
- Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Studienjahr 1958/59 - Herbstsemester.
http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1958_WS_VV.pdf (25.08.2011).

- Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Studienjahr 1965/66 - Herbstsemester.
http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1964_WS_VV.pdf
(27.08.2011).
- Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Studienjahr 1964/65 - Herbstsemester.
http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1964_SS_VV.pdf
(26.08.2011).
- Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Studienjahr 1961/62 - Herbstsemester.
http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1961_WS_VV.pdf
(23.08.2011).
- Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Studienjahr 1967/68 -
Frühjahrssemester. http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1967_WS_VV.pdf (26.08.2011).
- Personalverzeichnis der Universität Rostock. Studienjahr 1969/70.
http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1969_VV.pdf
(29.08.2011).
- Personen- und Vorlesungsverzeichnis. Sommersemester 1951.
http://rosdok.uni-rostock.de/data/Preview-PuV/PDF/1951_FS_VV.pdf
(30.08.2011).
- Roger, Gerhard: Schriftenverzeichnis, 2012. http://cpr.uni-rostock.de/file/cpr_derivate_00002296/roger_gerhard_bib.pdf
(27.08.2013).
- Roger, Gerhard: Tabellarischer Lebenslauf, 2006. http://cpr.uni-rostock.de/file/cpr_derivate_00000002295/roger_gerhard_cv.pdf
(28.03.2012).
- Rudolf Brummer. http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_person_00002285
(22.08.2011).
- Werner Hartke. <http://cpr.uni-rostock.de/gnd/118546171> (29.08.2011).
- Engelbrecht, Helmut: Zum 75. Geburtstag des Erziehungswissenschaftlers
Wolfgang Brezinkas. <http://vcl-oe.at/bdztg/032/brezinka.pdf>
(03.08.2011).
- Geißler, Gert: Heinrich Deiters. In: Wer war wer in der DDR?
<http://www.stiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=547> (20.08.2011).
- Heidorn, Günter: Lebenslauf. http://cpr.uni-rostock.de/file/cpr_derivate_00000001645/heidorn_guenter_cv.pdf
(28.03.2012).
- Kant, Horst; Müller-Enbergs, Helmut: Gießmann, Ernst-Joachim. In: Wer war
in der DDR? <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=992> (14.08.2011).

Kaulfuß, Jürgen;Barth, Bernd-Rainer: Wilhelm Girnus. In: Wer war in der DDR? <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=997> (14.08.2011).

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte

Bisher erschienen:

Band 1

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 1. Rostock 2007.

Band 2

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 2. Rostock 2008.

Band 3

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten. Herausgegeben von Kersten Krüger. Teil 3. Rostock 2009.

Band 4

Martin Buchsteiner und Antje Strahl
Zwischen Monarchie und Moderne. Die 500-Jahrfeier der Universität Rostock 1919. Rostock 2008.

Band 5

Kurt Ziegler
Zum 50-jährigen Bestehen der Tropenmedizin an der Universität Rostock. Rostock 2008.

Band 6

Jobst D. Herzig und Catharina Trost
Die Universität Rostock 1945-1946. Entnazifizierung und Wiedereröffnung. Herausgegeben von Kersten Krüger. Rostock 2008.

Band 7

Anita Krätzner
Mauerbau und Wehrpflicht. Die politischen Diskussionen am Rostocker Germanistischen Institut in den Jahren 1961 und 1962. Rostock 2009.

Band 8

Tochter oder Schwester – die Universität Greifswald aus Rostocker Sicht. Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Wintersemester 2006/07.

Herausgegeben von Hans-Uwe Lammel und Gisela Boeck.
Rostock 2010.

Band 9

Frauenstudium in Rostock. Berichte von und über Akademikerinnen. Herausgegeben von Kersten Krüger.
Rostock 2010.

Band 10

Maik Landsmann

Die Universitätsparteileitung der Universität Rostock von 1946 bis zur Vorbereitung der Volkswahlen der DDR 1954.

Herausgegeben von Kersten Krüger.
Rostock 2010.

Band 11

Juliane Deinert

Die Studierenden der Universität Rostock im Dritten Reich.
Rostock 2010.

Band 12

Wissen im Wandel – Disziplinengeschichte im 19. Jahrhundert. Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Wintersemester 2007/08.

Herausgegeben von Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel.
Rostock 2011.

Band 13

Angela Hartwig

Das Gedächtnis der Universität. Das Universitätsarchiv Rostock von 1870 bis 1990.
Rostock 2010.

Band 14

Angela Hartwig und Bettina Kleinschmidt
Bestandsübersicht des Universitätsarchivs Rostock.
Rostock 2010.

Band 15

Universitätsgeschichte und Zeitzeugen. Die Verwaltung der Universität
Rostock und Nachträge.
Herausgegeben von Kersten Krüger.
Rostock 2011.

Band 16

Frauen in der Wissenschaft.
Herausgegeben von Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel.
Rostock 2011.

Band 17

Gert Haendler
Erlebte Kirchengeschichte.
Erinnerungen an Kirchen und Universitäten zwischen Sachsen und den
Ostseeländern.
Herausgegeben von Hermann Michael Niemann und Heinrich Holze.
Rostock 2011.

Band 18

Wie schreibt man Rostocker Universitätsgeschichte?
Referate und Materialien der Tagung am 31. Januar 2010 in Rostock.
Herausgegeben von Hans-Uwe Lammel und Gisela Boeck.
Rostock 2011.

Band 19

Benjamin Venske
Das Rechenzentrum der Universität Rostock 1964-2010.
Rostock 2012.

Band 20

Rostocker gelehrte Köpfe, Referate der interdisziplinären Ringvorlesung
des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“
im Wintersemester 2009/2010.
Herausgegeben von Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel.
Rostock 2012.

Band 21

Die Universität Rostock in den Jahren 1933-1945. Referate der interdisziplinären Ringvorlesung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“ im Sommersemester 2011.

Herausgegeben von Gisela Boeck und Hans-Uwe Lammel.

Rostock 2012.

Band 22

Die Universitätsbibliothek Rostock. Aufbruch und Umbruch seit 1972. Direktoren berichten.

Herausgegeben von Kersten Krüger.

Rostock 2013.

Band 23

Susi-Hilde Michael

Recht und Verfassung der Universität Rostock
im Spiegel wesentlicher Rechtsquellen 1419-1563

Teil 1: Darstellung

Rostock 2013.

Band 24

Susi-Hilde Michael

Recht und Verfassung der Universität Rostock
im Spiegel wesentlicher Rechtsquellen 1419-1563

Teil 2: Quellen

Rostock 2013.

Band 25

Henning Rohrmann

Forschung, Lehre, Menschenformung. Studien zur „Pädagogisierung“ der
Universität Rostock in der Ulbricht-Ära

Rostock 2013.

Bezugsmöglichkeiten bis Band 22: Universität Rostock, Universitätsarchiv,
Schwaansche Straße 4, 18051 Rostock, Telefon: +49-381 498 8621; Fax:
+49-381 498 8622, ab Band 23 im Buchhandel.

